

102. Sitzung

Donnerstag, den 22.11.2012

Erfurt, Plenarsaal

Regierungserklärung der Ministerpräsidentin zum Thüringen-Monitor 2012

9576

Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 5/5193 -

Die Regierungserklärung wird durch Ministerpräsidentin Lieberknecht abgegeben.

Die Aussprache zu der Regierungserklärung wird durchgeführt.

Lieberknecht, Ministerpräsidentin
Ramelow, DIE LINKE
Mohring, CDU
Höhn, SPD
Barth, FDP
Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Renner, DIE LINKE
Fiedler, CDU

9576, 9615
9585
9590
9594
9598
9602
9607, 9611
9611

Thüringer Gesetz zu dem Abkommen zur zweiten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik

9617

Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 5/5171 -
ERSTE und ZWEITE BERATUNG

Die ERSTE BERATUNG findet statt.

Der Gesetzentwurf wird in ZWEITER BERATUNG und in der Schlussabstimmung jeweils angenommen.

Untermann, FDP	9617
Carius, Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr	9617

Fragestunde	9618
--------------------	------

a) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten König (DIE LINKE)	9618
Werbung von ehemaligen Mitarbeitern von Landtagsabgeordneten als Informanten und Informantinnen für das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz	
- Drucksache 5/5135 -	

wird von Staatssekretär Rieder beantwortet. Zusatzfragen.

König, DIE LINKE	9618, 9619, 9620, 9620
Rieder, Staatssekretär	9619, 9619, 9620, 9620, 9620, 9620
Blehschmidt, DIE LINKE	9619
Bärwolf, DIE LINKE	9620

b) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kuschel (DIE LINKE)	9620
Berücksichtigung der Thüringer Kurorte im Kommunalen Finanzausgleich?	
- Drucksache 5/5138 -	

wird von Staatssekretär Diedrichs beantwortet. Zusatzfragen.

Kuschel, DIE LINKE	9620, 9621
Diedrichs, Staatssekretär	9621, 9621, 9622
Leukefeld, DIE LINKE	9622

c) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Hausold (DIE LINKE)	9622
Zur Situation bei a. S. GmbH	
- Drucksache 5/5145 -	

wird von der Abgeordneten Leukefeld vorgetragen und von Staatssekretär Staschewski beantwortet. Zusatzfrage.

Leukefeld, DIE LINKE	9622, 9623
Staschewski, Staatssekretär	9622, 9624

d) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Berninger (DIE LINKE)	9624
Ende „rassistischer Kontrollpraxis“ auch in Thüringen?	
- Drucksache 5/5175 -	

wird von Staatssekretär Rieder beantwortet. Zusatzfragen.

Berninger, DIE LINKE	9624, 9624, 9625, 9625, 9625
Rieder, Staatssekretär	9624, 9625, 9625, 9625, 9625
König, DIE LINKE	9625
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	9625

- e) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Untermann (FDP)** 9625
Erneute Bauverzögerung an der A 71
- Drucksache 5/5181 - Neufassung -

wird von Staatssekretärin Klaan beantwortet. Zusatzfrage.

Untermann, FDP 9625, 9626
Klaan, Staatssekretärin 9626, 9626

- f) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Renner (DIE LINKE)** 9626
Rechtswidrige Einschränkung der Meinungsfreiheit in Thüringen?
- Drucksache 5/5182 -

wird von Staatssekretär Rieder beantwortet. Zusatzfrage.

Renner, DIE LINKE 9626, 9628
Rieder, Staatssekretär 9627, 9628

- g) Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Jung (DIE LINKE)** 9628
Haltung der Landesregierung zur Stärkung von Betreuungsbehörden und zur Klarstellung von Betreuerkompetenzen
- Drucksache 6/5191 -

wird von Staatssekretär Prof. Dr. Herz beantwortet. Zusatzfrage.

Jung, DIE LINKE 9628, 9630
Prof. Dr. Herz, Staatssekretär 9629, 9630

- h) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kemmerich (FDP)** 9630
„Kommunaler Energiezweckverband“ - aktueller Stand
- Drucksache 5/5195 -

wird von Ministerin Walsmann beantwortet. Zusatzfragen.

Kemmerich, FDP 9630, 9630,
9631, 9632
Walsmann, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefin der Staatskanzlei 9631, 9631,
9631, 9632

- Nachwahl und ggf. Ernennung** 9632
und Vereidigung eines stellvertretenden Mitglieds des Thüringer Verfassungsgerichtshofs
Wahlvorschlag der Fraktion der CDU
- Drucksache 5/5123 -

Der Wahlvorschlag erreicht in geheimer Wahl nicht die erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtags.

Die Sitzung wird für 16 Minuten unterbrochen.

Der Wahlvorschlag wird in geheimer Wahl im zweiten Wahlgang mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtags angenommen.

Kellner, CDU
Berninger, DIE LINKE

9632, 9633
9632, 9633

**Nachwahl eines Mitglieds des
Stiftungsrats der „Stiftung
Europäische Jugendbildungs-
und Jugendbegegnungsstätte
Weimar“**

9634

Wahlvorschlag der Fraktion der
CDU
- Drucksache 5/5133 -

*Der Wahlvorschlag wird in geheimer Wahl mit der erforderlichen
Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen angenommen.*

Kellner, CDU
Berninger, DIE LINKE

9634
9634

**Thüringer Gesetz zur freiwilli-
gen Neugliederung kreisange-
höriger Gemeinden im Jahr
2012**

9634

Gesetzentwurf der Landesregie-
rung
- Drucksache 5/4714 -
dazu: Beschlussempfehlung des
Innenausschusses
- Drucksache 5/5236 -
dazu: Änderungsantrag der Frak-
tion der FDP
- Drucksache 5/5249 -
dazu: Änderungsantrag der Frak-
tion DIE LINKE
- Drucksache 5/5252 -
dazu: Änderungsantrag der Frak-
tion BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN
- Drucksache 5/5255 -
dazu: Änderungsantrag der Frak-
tionen der CDU und der
SPD
- Drucksache 5/5256 -
dazu: Änderungsantrag der Frak-
tion DIE LINKE
- Drucksache 5/5257 -

ZWEITE BERATUNG

*Die beantragte Überweisung der Nummer I des Änderungsantrags
der Fraktion der FDP sowie die beantragte erneute Überweisung der
§§ 2 und 10 des Gesetzentwurfs an den Innenausschuss werden je-
weils abgelehnt.*

*Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP wird in namentlicher Ab-
stimmung bei 82 abgegebenen Stimmen mit 6 Jastimmen, 68 Nein-
stimmen und 8 Enthaltungen abgelehnt (Anlage).*

*Die Fraktion DIE LINKE zieht ihren Änderungsantrag in Drucksache
5/5252 zurück.*

Der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird angenommen.

Eine Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD unterbleibt aufgrund dessen Wortgleichheit mit dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 5/5257 wird in getrennter Abstimmung zu den Nummern 1 bis 3 abgelehnt.

Die Beschlussempfehlung wird unter Berücksichtigung der Annahme des Änderungsantrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Die beantragte getrennte Abstimmung zu den §§ 1 bis 13 des Gesetzentwurfs unterbleibt wegen des dagegen erhobenen Widerspruchs.

Der Gesetzentwurf wird unter Berücksichtigung der Annahme der Beschlussempfehlung in ZWEITER BERATUNG und in der Schlussabstimmung jeweils angenommen.

Fiedler, CDU	9635, 9641
Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	9635, 9652,
	9652, 9652, 9653
Hey, SPD	9637
Bergner, FDP	9639, 9651
Kuschel, DIE LINKE	9643
Bergemann, CDU	9648
Lehmann, CDU	9648
Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	9649
Geibert, Innenminister	9650
Günther, CDU	9651
Blehschmidt, DIE LINKE	9652
Doht, SPD	9653
Mühlbauer, SPD	9654

Europapolitische Strategie der Landesregierung - Thüringen in Europa stärken hier: Nummern 2 und 3

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
 - Drucksache 5/3295 - Neufassung -
 dazu: Beschlussempfehlung des Europaausschusses
 - Drucksache 5/5225 -
 dazu: Bericht des Europaausschusses
 - Drucksache 5/5224 -
 dazu: Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD
 - Drucksache 5/5229 -

9654

Die Nummer 3 des Antrags in Drucksache 5/3295 - Neufassung - wird angenommen.

In getrennter Abstimmung zu der Nummer 1 sowie den Nummern 2 bis 8 wird der Entschließungsantrag angenommen.

Kubitzki, DIE LINKE	9654, 9666
Koppe, FDP	9658, 9658
Marx, SPD	9659
Bergemann, CDU	9661
Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	9664
Walsmann, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefin der Staatskanzlei	9669, 9671

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Bergemann, Carius, Diezel, Emde, Fiedler, Grob, Groß, Günther, Gumprecht, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Krauße, von der Krone, Lehmann, Lieberknecht, Meißner, Mohring, Primas, Reinholz, Scherer, Schröter, Tasch, Dr. Voigt, Walsmann, Wetzels, Worm, Wucherpfennig

Fraktion DIE LINKE:

Bärwolff, Berninger, Blechschmidt, Hausold, Hellmann, Huster, Jung, Dr. Kaschuba, Dr. Klaubert, König, Korschewsky, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Dr. Lukin, Möller, Nothnagel, Ramelow, Renner, Dr. Scheringer-Wright, Sedlacik, Skibbe, Stange

Fraktion der SPD:

Baumann, Döring, Doht, Eckardt, Gentzel, Dr. Hartung, Hey, Höhn, Kanis, Künast, Lemb, Marx, Matschie, Metz, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Taubert, Weber

Fraktion der FDP:

Barth, Bergner, Hitzing, Kemmerich, Koppe, Recknagel, Untermann

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Dr. Augsten, Meyer, Rothe-Beinlich, Schubert, Siegesmund

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsidentin Lieberknecht, die Minister Matschie, Carius, Geibert, Machnig, Dr. Poppenhäger, Reinholz, Taubert, Dr. Voß, Walsmann

Beginn: 9.02 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich heiße Sie ganz herzlich willkommen zur heutigen Sitzung, die ich damit jetzt offiziell eröffne. Ich begrüße auch unsere zahlreichen Gäste auf der Zuschauertribüne und die Vertreter der Medien.

Als Schriftführer hat neben mir Platz genommen der Abgeordnete Metz und für die Rednerliste wird Frau Abgeordnete König ihren Dienst tun.

Für die heutige Sitzung haben sich folgende Kolleginnen und Kollegen entschuldigt: Herr Abgeordneter Adams zeitweise, Herr Abgeordneter Günther, Frau Abgeordnete Hennig, Herr Abgeordneter Lemb, Herr Abgeordneter Dr. Pidde zeitweise, Herr Minister Reinholz und Herr Minister Machnig zeitweise.

Ich möchte Ihnen noch folgenden Hinweis geben: Aufgrund der Eilbedürftigkeit wurde für Frau Anja Ulbricht von Salve-TV eine Sondergenehmigung für Bild- und Tonaufnahmen gemäß der Regelungen für dringende Fälle nach § 17 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung für diese Plenarsitzung erteilt.

Die Landtagspräsidentin wird heute um 13.00 Uhr im Zwischengang zum Fraktionsgebäude gemeinsam mit dem Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland Stephan Kramer die Fotoausstellung „Jüdisches Leben in Deutschland“ eröffnen. Der Fotograf Rafael Herlich wird bei der Eröffnung anwesend sein. Ich lade Sie ganz herzlich dazu ein. Ich wäre Ihnen übrigens außerordentlich verbunden, wenn Sie die individuellen Gespräche jetzt einstellen könnten, denn die Sitzung ist eröffnet.

Die UNICEF Arbeitsgruppe Erfurt wird in einer vorweihnachtlichen Verkaufsaktion Weihnachtskarten, Grußkarten und Kalender für das Jahr 2013 zugunsten der Kinderhilfsprojekte der UNICEF anbieten. Der Stand befindet sich wie immer direkt vor dem Eingang zum Landtagsrestaurant.

Zur heutigen Tagesordnung sei noch anzumerken, wir waren übereingekommen und ich erinnere daran, dass wir den Tagesordnungspunkt 5 nach den Wahlen und damit nach den Tagesordnungspunkten 30 und 31 aufrufen, also Fragestunde, Wahlen und dann der Tagesordnungspunkt 5.

Zu TOP 5 wurden inzwischen ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Drucksache 5/5255 und ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD in der Drucksache 5/5256 verteilt.

Wird der nun vorliegenden Tagesordnung widersprochen? Ich sehe, das ist nicht der Fall, so dass ich jetzt den **Tagesordnungspunkt 1** aufrufe

Regierungserklärung der Ministerpräsidentin zum Thüringen-Monitor 2012

Unterrichtung durch die Landesregierung

- Drucksache 5/5193 -

Frau Ministerpräsidentin Lieberknecht, Sie haben das Wort zur Regierungserklärung.

Lieberknecht, Ministerpräsidentin:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, seit dem Jahr 2000 fragt die Thüringer Landesregierung im jährlichen Thüringen-Monitor, wie tief die Demokratie in den Herzen und Köpfen der Menschen im Land verwurzelt ist. So gewinnen wir ein Bild über die politische Kultur, über Orientierungen und Einstellungen. Im Jahr 2000 lag schon ein Jahrzehnt der Transformation eines sozialistischen Systems hin zu einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat hinter uns. Es drängt sich die Frage auf: Ist nach der friedlichen Revolution bei uns eine neue politische Kultur entstanden? Dass mit demokratisch verfassten Strukturen nicht automatisch eine demokratische Kultur entsteht, das hatten schon die Theoretiker der politischen Kultur Gabriel Almond und Sidney Verba im Jahr 1965 in ihrem Buch „The Civil Culture“ festgestellt.

In diesem Jahr steht der Thüringen-Monitor im Zeichen der Weltoffenheit, Zuwanderung und Akzeptanz. Es ist Fraktionen übergreifend unser politisches Ziel, den Freistaat Thüringen zu einem weltoffenen, toleranten, international erfolgreichen Land zu entwickeln. Der diesjährige Thüringen-Monitor zeigt, wir sind auf dem Weg, wir können Erfolge vorweisen. Doch wir sind noch lange nicht am Ziel. Unsere Vision eines weltoffenen Thüringen lässt uns allen noch viel Raum für Ideen, für persönlichen wie politischen Einsatz und vor allem für die Tat. Der Auslöser für die jährlichen Erhebungen des Thüringen-Monitors war allerdings ein unrühmlicher, das darf auch nicht verschwiegen werden. Am 20. April 2000 verübten drei rechtsradikale Jugendliche einen Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge. Es war - so dachten wir damals - der traurige Höhepunkt einer ganzen Reihe von rechts-extremistisch motivierten Straftaten, die für große Erschütterung sorgten. Die Thüringer Landesregierung entschloss sich damals, erstmals eine wissenschaftliche Studie in Auftrag zu geben, die die politische Kultur im Lande untersuchen sollte. Seither wird jährlich der Thüringen-Monitor erhoben.

So ist der Thüringen-Monitor im Laufe der Jahre zu einer bundesweit einmaligen Langzeituntersuchung über die Einstellung und Meinung der Menschen zu Demokratie und Rechtsstaat geworden. Wir können inzwischen über längere Zeiträume Trends der politischen Kultur im Freistaat aufzeigen und gewinnen

(Ministerpräsidentin Lieberknecht)

daraus Erkenntnisse für unser politisches Handeln. Darüber hinaus werden jährlich wechselnde Themenschwerpunkte gesetzt, so auch 2012, indem wir bewusst den Fokus der Fragen auf Weltoffenheit, Zuwanderung und Akzeptanz gelegt haben. Wir wollten wissen, wie weltoffen sind die Thüringerinnen und Thüringer im Zeitalter der Globalisierung. Wie stehen sie zu Zuwanderung? Wie viel Kontakt mit Ausländern pflegen sie? Wie international ist unser Freistaat aufgestellt?

Mein Dank gilt an dieser Stelle den Autoren der Studie, namentlich Herrn Prof. Dr. Best und Dr. Axel Salheiser und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität in Jena.

(Beifall im Hause)

Der Übergang von Prof. Karl Schmitt, der von Anfang an über zehn Jahre den Thüringen-Monitor verantwortet und geprägt hat, zu Prof. Best ist gelungen. Ich danke beiden dafür ausdrücklich, dass dies so Hand in Hand möglich war.

Lassen Sie mich zunächst auch noch einmal verdeutlichen, warum wir die Frage von Internationalisierung, Zuwanderung, Willkommenskultur auch mit diesem Thüringen-Monitor 2012 so zentral in den Mittelpunkt stellen. Ich bin fest davon überzeugt, dass neben der Sanierung der staatlichen Finanzen, neben strukturellen Weichenstellungen im Land wie der Verwaltungsreform, der Umsetzung der Energiewende, der Sicherung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft die Frage der Internationalisierung unseres Freistaats von zentraler Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit Thüringens ist. Mit Blick auf mein Leitbild eines modernen Thüringen 2020 sage ich, Thüringen wird 2020 noch erheblich internationaler und weltoffener sein als heute. Das betrifft alle Bereiche. Es geht um unsere Exzellenz in Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft, es geht um jeden Einzelnen. Aber es betrifft vor allem auch die Wirtschaft unseres Landes. Ich möchte, dass wir die Exporte weiter steigern und die ökonomische Vernetzung mit dem Ausland weiter ausbauen. Die Unternehmen in unserem Land leisten hier bereits sehr viel. Mein Anspruch ist aber, dass wir hier noch stärker werden. Ich werde alles tun, damit wir das erreichen.

Aber es geht auch um unser ureigenstes Inneres, so will ich es einmal sagen. Es geht auch darum, dass die Ereignisse der vergangenen 12 Monate die politische Kultur noch einmal mehr in den Fokus rücken. Heute wissen wir, dass in demselben Jahr, als die Brandsätze gegen die Erfurter Synagoge geworfen wurden und der erste Thüringen-Monitor erhoben wurde, auch die Verbrechen des aus Jena stammenden rechtsterroristischen Mordtrios bereits in vollem Gange waren. Drei rechtsradikale Jugendliche aus Jena, die sich zum Nationalsozialistischen Untergrund zusammengeschlossen hatten,

verübten im Jahr 2000 mutmaßlich ihren ersten Mord. Es war der Beginn einer in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellosen rechtsterroristischen Mordserie. Vor wenigen Tagen hat die Bundesanwaltschaft nun Anklage gegen das einzig noch lebende Mitglied des Trios und gegen eine Reihe von mutmaßlichen Helfern erhoben. Ich kann nur hoffen und fordere an dieser Stelle Frau Zschäpe noch einmal auf, endlich ihr Schweigen zu brechen. Wenige Tage nach Aufdeckung des rechtsterroristischen Trios am 4. November 2011 habe ich vor dem Thüringer Landtag eine Regierungserklärung mit einer ersten Bewertung der schockierenden Ereignisse aus der Sicht der Landesregierung abgegeben. Was ich damals sagte, gilt auch heute. Die Aufklärung hat schonungslos zu erfolgen ohne Ansehen von Personen und Institutionen, lückenlos und transparent. Die Landesregierung steht im Wort, hierbei alles, was ihr möglich ist, zu leisten. Meine Forderung nach lückenloser Aufklärung gilt weiter, bis wir tatsächlich alle Zeugnisse dieses Schreckensbildes zusammengesetzt haben. Ich halte dieses Vorgehen auch für eine Grundvoraussetzung, um die Glaubwürdigkeit von Politik und das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden des Staates zurückzugewinnen.

(Beifall CDU)

Insbesondere danke ich ausdrücklich auch den Mitgliedern dieses Hohen Hauses, die im Untersuchungsausschuss seit Monaten ihre Arbeit tun in mühsamer Detailarbeit oft über viele Stunden am Tag in parlamentarischer Aufklärungsarbeit. Sie leisten diese Arbeit stellvertretend und im Auftrag des gesamten Parlaments. Auch dafür gebührt ihnen an dieser Stelle ausdrücklich Dank.

(Beifall im Hause)

Natürlich haben wir alle einen zivilgesellschaftlichen Auftrag, den Anfängen zu wehren. Die Handlungsstrategie der Thüringer Landesregierung basiert auf drei Säulen: die Prävention, die Intervention und die Repression. Dafür steht unser Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit „Thüringen denkt bunt“. Wir sind dankbar für die vielen Partner, mit denen wir hier gemeinsam arbeiten können. Die Bürgerbündnisse gegen Rechts, die Kirchen, die Gewerkschaften, der Landessportbund, die Feuerwehren, die Mobilen Beratungsteams MOBIT, der Landesjugendring, sie alle haben zusammengefunden, um ihren Einsatz für ein buntes Thüringen, gegen Nazis, gegen ewig Gestrige zu leisten. Als Landesregierung haben wir auch unsere finanzielle Unterstützung dafür ausbauen können. Waren es im Jahr 2011 noch 1,1 Mio. €, so werden es gemäß den Plänen der Landesregierung im Jahr 2013 insgesamt über 2,4 Mio. € sein, mit denen zahlreiche Projekte unterstützt werden. Ich danke allen, die sich hier seit Jahren engagiert einbringen, ausdrücklich.

(Ministerpräsidentin Lieberknecht)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in meiner Regierungserklärung nach dem Bekanntwerden der rechtsterroristischen Morde vor einem Jahr habe ich gesagt, trotz aller Scham und Trauer und allen Versagens habe ich betont: „Deutschland ist ein gastfreundliches, ein weltoffenes Land, das von seiner internationalen Einbindung lebt. Dies gilt auch für Thüringen.“ Diese Aussage gilt. Sie gilt auch als Ansage gegen jegliche Form von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Dazu gehört auch, dass wir uns allen dunklen Kapiteln der deutschen Geschichte stellen. Endlich wurde nach nunmehr sieben Jahrzehnten mit der Einweihung des Denkmals für die 500.000 im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma vor wenigen Wochen in Berlin auch eine Gedenkstätte geschaffen, die an den Völkermord an den Sinti und Roma erinnert. Dieses Zeichen der Anerkennung vergangenen Leids war lange überfällig, aber es reicht nicht aus. Die Länder haben deshalb die Bundesregierung mit einer Bundesratsentschließung vom Oktober gebeten, Mittel auch für die Pflege der Gräber der Sinti und Roma, die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung waren, bereitzustellen. Natürlich werden wir auch an unserem aktuellen Verhalten heute im Alltag unseres Landes daran gemessen, wie wir den Sinti und Roma unter uns begegnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Thüringen-Monitor 2012 hat sich besonders der Frage der Internationalisierung Thüringens gewidmet und festgestellt: 90 Prozent der befragten Thüringerinnen und Thüringer befürworten eine vollständige Teilhabe von Zuwanderern an unserem Leben - so lautete die Formulierung in der Fragestellung. Zuwanderer werden als Nachbarn akzeptiert, ebenso als Kollegen und Vorgesetzte. Zwei Drittel der Thüringer würden allein hier lebenden Zuwanderern, also auch Nicht-EU-Bürgern, ein kommunales Wahlrecht einräumen. Das heißt aber auch, Menschen nehmen ihre Nachbarn an wie du und ich. Wer hier wohnt, soll mitmachen, soll dabei sein. Ich finde, das ist ein gutes Zeichen. Die Wissenschaftler ziehen das Fazit - ich zitiere: dass „sich die Thüringer Bevölkerung mit großer Mehrheit im Grundsatz, aber auch mit Blick auf konkrete Handlungszusammenhänge des Alltags zur Offenheit gegenüber anderen Kulturen, zur Aufnahmebereitschaft gegenüber Zuwanderern und einer positiven Einschätzung der Chancen internationaler wirtschaftlicher Verflechtung bekennt.“ Ich möchte hier stellvertretend für viele interkulturelle Initiativen in unserem Land das Programm „Fremde werden Freunde“ in Erfurt nennen, das vor wenigen Tagen sein zehnjähriges erfolgreiches Bestehen gefeiert hat. Diese Initiative hat viel dazu beigetragen, ausländische Studierende in Erfurt und Thüringen willkommen zu heißen.

Fremde werden Freunde, das ist Ausdruck einer gelebten Willkommenskultur, die wir brauchen. Eine

Willkommenskultur, die es bei uns gibt, die wir aber noch weiter pflegen und stärken müssen. Dazu gibt es wahrlich viele Gelegenheiten durch persönliche Einladungen, gemeinsame Unternehmungen, das Hineinnehmen derer, die zu uns gekommen sind, gerade jetzt in der bevorstehenden Advents- und Weihnachtszeit. Ich kann nur alle ermuntern, tun Sie das, es wird auch für Sie selbst bereichernd sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Jenaer Wissenschaftler bilanzieren einige wichtige Voraussetzungen für diese Aufgabe wie folgt - ich zitiere: „Fast jeder zweite Thüringer kann sich in einer Fremdsprache unterhalten und hat Kontakt ins Ausland. Jeder zehnte hat schon einmal für eine längere Zeit im Ausland gelebt. Etwa die Hälfte hat Freunde und Verwandte im Ausland. Durch die Einbindung in soziale Netzwerke nutzen zwei Drittel der jungen Thüringer das Internet, um Kontakte mit Ausländern zu pflegen.“ So weit der Befund.

Angeichts des insgesamt sehr geringen Ausländeranteils in Thüringen von etwa 2 Prozent sind diese Werte, wie ich finde, überraschend hoch. Dennoch bilden sie eine gute Grundlage, auf der die Bemühungen um Integration von Ausländern weiter vorangehen können. Integration ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Politikbereiche betrifft; mehr noch, Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die vor Ort mit Leben erfüllt werden muss. Sie findet vor allem im Alltag statt in unseren Städten und Gemeinden, in Vereinen und Verbänden, am Arbeitsplatz, kurz überall dort, wo Menschen miteinander leben. Diesen Zusammenhang nahm im Übrigen auch der Fünfte Integrationsgipfel der Bundeskanzlerin Angela Merkel Ende Januar dieses Jahres in den Fokus ebenso wie der Nationale Aktionsplan Integration, den Bund, Länder, Kommunen und zivilgesellschaftliche Akteure gemeinsam erarbeitet haben. Auch die Landesregierung hat auf dieser Basis Leitlinien erarbeitet, die die Integration erleichtern sollen.

Ich sage ganz klar: Integration ist auch für Thüringen eine Chance zur Internationalisierung. Ich habe den Eindruck, viele Thüringer sind bereit, diese Chance zu ergreifen. Die Aufgeschlossenheit für Neues, die Bereitschaft, sich mit Neuem zu Beschäftigen, die Weltoffenheit und der Respekt vor den Menschen, gleich welcher Herkunft, wird von vielen Thüringern mit großer Offenheit und Gastfreundlichkeit gelebt.

(Beifall CDU, SPD)

Lebendige Partnerschaften mit internationalem Austausch als Städte- und Gemeindepartnerschaften, in Vereinen, in fast 400 internationalen Schulpartnerschaften, an Hochschulen, in Forschungseinrichtungen, in der Kultur und im Sport bewirken, dass sich Thüringen weit über die Grenzen hinaus

(Ministerpräsidentin Lieberknecht)

effektiv repräsentiert und von seinen Partnern auch lernt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, 77 Prozent sind dem Thüringen-Monitor zufolge der Meinung, unser Land sei seit der Wiedervereinigung internationaler geworden. Etwa die Hälfte sagt, dass sich die Vor- und Nachteile der Globalisierung die Waage halten. Je ein Fünftel sieht in der zunehmenden internationalen Verflechtung mehr Vorteile oder mehr Nachteile für Thüringen. Unter diesem Blickwinkel der zunehmenden Internationalisierung der Wirtschaftsaktivitäten wurde im Thüringen-Monitor auch untersucht, wie Thüringer Bürgerinnen und Bürger die ökonomische Entwicklung im Freistaat bewerten. Die Ergebnisse spiegeln eine grundsätzlich positive Bewertung wider. Eine Mehrheit von drei Vierteln ist überzeugt, dass der Freistaat den Vergleich mit westdeutschen Ländern nicht scheuen muss. Das ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Höchstwert seit Beginn der Messungen.

(Beifall CDU)

Die Jenaer Wissenschaftler schreiben, Zitat: „Der mittelfristige Aufwärtstrend in der Bewertung der thüringischen Wirtschaft folgt einer günstigen Entwicklung wichtiger Wirtschaftsstrukturdaten des Freistaates. So zeigt die Erwerbstätigenquote seit 2005 einen konstanten Anstieg und liegt derzeit bei 74,5 Prozent. Damit ist Thüringen führend unter den neuen Bundesländern; im gesamtdeutschen Vergleich liegen mit Baden-Württemberg und Bayern nur zwei alte Bundesländer vor dem Freistaat Thüringen.“ Auch das ist überaus erfreulich.

(Beifall CDU)

Ihr Fazit lautet daher: „Die Thüringer haben ... also gute Gründe, wenn sie sagen, dass ihr Freistaat den Vergleich mit westdeutschen Bundesländern nicht scheuen muss.“ Die wirtschaftliche Entwicklung in Thüringen stützt sich ganz wesentlich auf eine breite Basis kleiner und mittelständischer Unternehmen. An ihrer Spitze stehen oft persönlich haftende Gesellschafter. Sie, diese persönlich haftenden Gesellschafter, oft auch die Familienbetriebe, haben einen großen Anteil daran, dass Thüringen eine gute Entwicklung genommen hat. Sie haben mit angefasst, die Ärmel hochgekrempelt und den schwierigen Wandel gestaltet, sie waren mutig und innovativ und haben zu früherem Selbstvertrauen und Können zurückgefunden. Ich kann nur sagen, Respekt und Anerkennung vor den Lebensleistungen, die hier in den vergangenen zwei Jahrzehnten Thüringen zu dem gemacht haben, was wir heute sind: Ein Land mit Zukunft, ein Land in der Mitte Deutschlands und Europas.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier zeigt sich, meine sehr verehrten Damen und Herren, in Thüringen hat Zukunft Tradition. Ein trefender Satz, denn wir haben es geschafft, an die große industrielle Tradition, an die Tradition von Forschung und Entwicklung, von Tüftlern und Denkern im mitteldeutschen Raum anzuknüpfen und uns für das 21. Jahrhundert gut aufzustellen. Thüringen ist heute laut einer Studie von „Site Selection“, dem US-amerikanischen Fachmagazin für Investorenwerbung, der attraktivste Wirtschaftsstandort Deutschlands und rangiert an der Spitze in ganz Westeuropa. Auch das ist überaus erfreulich.

Gleichwohl haben wir auch Probleme. Auch die dürfen nicht verschwiegen werden. Wir haben Probleme infolge eines massiven demographischen Wandels. Wie dramatisch sich die Situation zuspitzen wird, zeigt neben der sinkenden Zahl unserer Bevölkerung insgesamt vor allen Dingen auch die Verschiebung der Altersgruppen. Machte die Altersgruppe der Personen im erwerbsfähigen Alter im Jahr 2010 noch gut 63 Prozent an der Gesamtbevölkerung oder insgesamt 1,4 Mio. Menschen in Thüringen aus, wird deren Anteil an der Gesamtbevölkerung bis 2030 auf nur noch 49 Prozent, also nicht einmal mehr die Hälfte aller Thüringerinnen und Thüringer oder in Summe genannt auf 900.000 Personen zurückgehen. Gleichzeitig wird sich der Anteil der unter 20-Jährigen bei nur noch 14 Prozent stabilisieren. Einzig die Generation 65plus wird stark zunehmen, von heute etwa 23 Prozent auf ca. 37 Prozent bis 2030. In dieser Generation werden 2030 ca. 140.000 Menschen mehr in Thüringen leben als heute und dies bei insgesamt abnehmender Bevölkerung. Das heißt im Klartext, wenn wir insgesamt etwa 350.000 Menschen bis 2030 verlieren, verlieren wir in der Gruppe der 16- bis 65-Jährigen 500.000 Menschen, das ist eine halbe Million. Wir werden dafür aber bei den Älteren noch einmal etwa 140.000 Menschen mehr haben. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, finde ich dramatisch. Darauf müssen wir uns einstellen. Es geht nicht nur um das Saldo insgesamt, sondern wir müssen sehen, was ist hinter diesem Saldo, und das wird tiefgreifende Veränderungen von uns weiterhin erfordern. Dazu kommen auch die Wanderungsbewegungen. Wenn Thüringen im Saldo 2011 im vergangenen Jahr - ich sage einmal in Anführungsstrichen - „nur“ noch 4.200 Menschen durch Wanderung verloren hat, so heißt das aber auch in diesem Bereich, dass allein 87 Prozent oder rund eben 3.600 im Alter von 20 bis 35 Jahren sind. Da kann ich nur sagen, auch bei allen Debatten, die wir zwischen Nehmerländern, zwischen Geberländern haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind Geberland, und zwar bei dem, was das Wertvollste ist, was wir haben, unseren jungen Menschen, gut ausgebildeten jungen Menschen. Auch das sollte in der Debatte eine Rolle spielen.

(Ministerpräsidentin Lieberknecht)

Auch in der Prognose bis 2030 werden die höchsten Gesamtwanderungsverluste in dieser Altersgruppe erwartet. Natürlich tun wir alles, um gegenzusteuern, nicht zuletzt auch im Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung Thüringens. Deswegen hat die Landesregierung Maßnahmen ergriffen, unter anderem die Gründung der Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung, der ThAFF. Bereits dies macht deutlich, dieses Thema steht ganz oben auch auf unserer wirtschaftspolitischen Agenda. Es stehen auch Aktionen dafür wie „Thüringen braucht dich“, die ja einen wesentlichen Beitrag leistet und breite Akzeptanz gefunden hat.

Eine Hürde für die Integration von gut qualifizierten Zuwanderungen bildet seit Langem aber noch immer die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse. Am 1. April 2012 ist auf Bundesebene das Berufsamerkennungsgesetz in Kraft getreten, das die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen erleichtern soll. Für in Landeszuständigkeit fallende Berufe bereitet die Landesregierung derzeit einen entsprechenden Gesetzentwurf zum Thüringer Anerkennungs-gesetz vor. Dies betrifft zum Beispiel Migranten in Pflegehelferberufen, in denen ebenfalls dringender Bedarf besteht. Das Gesetz soll bundesgesetzliche Regelungen ergänzen und zielt insbesondere darauf, einheitliche und unbürokratische Regelungen der Anerkennungsverfahren zu etablieren. Das Anerkennungs-gesetz wird dazu beitragen, die berufliche Integration von Ausländern in Thüringen zu erleichtern. Nach den Ergebnissen des Thüringen-Monitors sind 80 Prozent der Bevölkerung für die Anwerbung von Fachkräften. Fragt man allerdings gezielt nach bestimmten Berufsgruppen, liegt die Zustimmung deutlich niedriger. Klar ist, gut qualifizierte Zuwanderer tragen nicht nur dazu bei, den Fachkräftebedarf zu lindern, mit ihren Sprachkenntnissen und kulturellen Erfahrungen sind sie auch Brückenbauer für unsere Unternehmen in fremde Märkte, aber insgesamt für unsere Gesellschaft zum Blick auf eine gemeinsame Welt, in der wir uns auch als Thüringerinnen und Thüringer behaupten wollen.

Ich hatte meine diesjährige Thüringentour deswegen bewusst auf Internationalität und Weltoffenheit des Freistaats Thüringen ausgerichtet. Das war hochinteressant, wie ich in jedem einzelnen Fall feststellen konnte, zumal gilt, am Ende wird in der globalen Welt der gewinnen, der sich wirtschaftlich, aber auch kulturell öffnet. Thüringen hatte immer dann seine besten Zeiten, wenn sich Eigenes mit Fremdem vermischt hat und daraus kreativ Neues wurde. Die Geschichte Thüringens ist voll von konkreten Beispielen dafür. Ich habe es erlebt, 31 Mitarbeiter aus 13 Nationen, zum Beispiel bei eZono AG Jena, ich glaube, das ist fast das multikulturellste Unternehmen in Thüringen, und dazu mit einer Exportquote von 85 Prozent, ein kleines Unternehmen, was sich aus Wissenschaftlern gebildet hat,

zwei Leuten, die am Anfang standen und die eine richtig tolle Truppe weltweit um sich geschart haben. Das heißt, es kommen Menschen, wenn Angebote da sind, wenn man tatsächlich etwas zu bieten hat, wenn Attraktivität gegeben ist. Ein anderes Beispiel: Egal ob das Weiße Haus in Washington oder der Kreml in Moskau, ob es Gäste internationaler Sterneköche sind, sie haben eines gemeinsam: ihre Backwaren sind in einem Ofen aus Meiningen der Firma MIWE gebacken. Ich finde das schon erstaunlich. Oder der Thüringer Bäcker Steffen Stiebling aus Schwarzhausen hat eine Bäckerei in Indien aufgebaut. Ein kleines Familienunternehmen mitten aus Thüringen sucht Perspektiven im internationalen Markt und mit diesen handfesten Produkten, die im Übrigen auch für gute Thüringer Kultur, in dem Fall Gastfreundschaft und Esskultur, stehen.

(Unruhe im Hause)

Noch nicht in Indien, aber was nicht ist, kann noch werden, wird bestimmt. Jedenfalls hat die britische Armee diesen Bäcker schon entdeckt und jetzt Kuchen bestellt, weil er diesen mit drei Jahren Haltbarkeit anbietet durch ein Vakuumisierungsverfahren, das er erfunden hat. Man sucht also Nischen und ist unterwegs.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Begegnung mit dem Anderen, mit dem Fremden sollte nicht nur in der Wirtschaft, sondern überall als Bereicherung, als Anregung empfunden werden. Nur ein Land, das in der Welt zu Hause ist und in dem sich Fremde zu Hause fühlen, hat im Zeitalter der Globalisierung eine gute Zukunft. Thüringen muss noch internationaler werden in Wissenschaft und Wirtschaft, in Politik und Gesellschaft. Wir müssen uns öffnen für die Welt, dann werden wir auch attraktiver für andere sein. Da bin ich mir ganz sicher.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da der demographische Wandel nicht allein Thüringen betrifft, sondern ganz Deutschland, wo wir zwar seismographische Situationen haben bei uns, aber letztlich nur etwas vorgezogen mit Blick auf das, was ganz Deutschland, auch die westdeutschen Flächenländer zu erwarten haben, müssen wir beim Thema Fachkräftegewinnung auf Zuwanderung setzen. Das ist natürlich auch ein nationales Thema. Ich nenne das Stichwort „Blue Card“. Wir müssen dafür sorgen, dass die Fachkräfte, die wir benötigen, unbürokratisch einen Aufenthaltsstatus bekommen, der eine zügige Integration unterstützt. Die Blue Card EU, diesen Aufenthaltstitel, erhalten allerdings nur Hochschulabsolventen, die über ein Arbeitsverhältnis verfügen mit einem Bruttojahresgehalt von rund 45.000 €. Ich sage, das löst unsere Probleme nicht. Wir brauchen weitergehende, unbürokratische Möglichkeiten. Dabei setzen wir auch auf die Leistungsfähigkeit und Erfahrung unserer eigenen Strukturen. Dazu gehört der weitere Ausbau

(Ministerpräsidentin Lieberknecht)

der internationalen Abteilung unserer Landesentwicklungsgesellschaft, die über das ganze Jahr Hervorragendes geleistet hat und die unterwegs war, mehrfach in Amerika, in Brasilien oder wie zuletzt in Indien mit unserem Wirtschaftsminister Matthias Machnig. Auch eine Außenwirtschaftsstrategie ist verabschiedet worden. Mit der Rahmenvereinbarung III, die vor einem knappen Jahr von der Landesregierung und den Hochschulen unterzeichnet worden ist, verpflichten sich die Hochschulen unter anderem, verstärkt Studienanfänger aus dem Ausland zu gewinnen und somit der Internationalisierung weiter Rechnung zu tragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Ergebnisse des Thüringen-Monitors ergeben mit Blick auf die Weltoffenheit und Internationalisierung so gesehen ein widersprüchliches Bild mit viel Licht, aber auch mit Schatten. So stehen viele Befragte ausländischen Investitionen im Freistaat ablehnend gegenüber. Ein Befund, der nicht einfach zu deuten ist, denn ausländische Investitionen schaffen Arbeitsplätze in unserer Heimat. Außerdem wären 85 Prozent der Befragten bereit, einen ausländischen Vorgesetzten zu akzeptieren. Deshalb ist es zweifellos richtig, das Thema Internationalisierung noch stärker in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Dabei geht es dann allerdings nicht nur um wirtschaftliche Fragen im engeren Sinne. Es geht auch um Teilhabe am gesellschaftlichen Leben vor Ort. Es geht um die Veränderungen im Alltag durch die gemeinsame Arbeit mit ausländischen Arbeitskollegen und es geht um eine Willkommenskultur in der Nachbarschaft, im Verein, aber auch in den Familien gegenüber denen, die zu uns gekommen sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Erkenntnisse des Thüringen-Monitors, die aufmerken lassen, beziehen sich denn auch auf die europäische Ebene. Rund zwei Drittel der Thüringerinnen und Thüringer erkennen zwar, dass trotz aller Unterschiede zwischen einzelnen Nationalstaaten eine gemeinsame europäische Kultur existiert, allerdings vertreten ebenso zwei Drittel der Befragten skeptische bis ablehnende Einstellungen gegenüber der Europäischen Union und dem weiteren europäischen Vereinigungsprozess. Rund ein Drittel lehnen sowohl die weitere Vertiefung als auch die Erweiterung der Europäischen Union ab. Dem stehen lediglich 6 Prozent gegenüber, die beides für wichtig und richtig erachten. Die Wissenschaftler stellen deshalb insgesamt ein ambivalentes Einstellungsmuster der Thüringer hinsichtlich der Internationalisierung fest. Angesichts der essentiellen Bedeutung der Europäischen Union für die Zukunft Deutschlands und damit auch für Thüringen sehe ich es auch als eine wichtige landespolitische Aufgabe, weiterhin umfassend über Europa zu informieren und für den europäischen Gedanken zu werben.

(Beifall CDU, SPD)

Dass das nicht einfach ist bei der Lage, in der Europa sich befindet, natürlich mit den immer währenden Rettungsschirmen, mit der Frage des Fiskalpakts, mit der Unterstützung Griechenlands und anderer Staaten, egal ob Portugal, Spanien oder auch die Debatten, die wir um Italien hatten, also mit Blick auf die Situation, in der sich Europa befindet, ist das nicht einfach. Umso bedeutender und wichtiger finde ich aber auch eines, was wir darüber nicht vergessen sollten: die Europäische Union ist zweifellos das erfolgreichste und größte Friedensprojekt in der von Krieg und Zerstörung vielfach geprägten Geschichte unseres Kontinents. Dass wir demnächst erleben werden, dass die Europäische Union am 10. Dezember den Friedensnobelpreis erhält, ist ein deutliches Zeichen, auf das wir auch aufmerksam machen sollten von Thüringer Seite.

(Beifall im Hause)

Auch wenn es unendliche Verhandlungsrunden sind, wenn maximal die Politik der kleinen Schritte immer wieder nur schrittweise vor- und manchmal eben auch zurückführt, es geschieht in Frieden und das ist der große Wert.

(Beifall CDU, SPD)

Nur ganz nebenbei, am 2. Dezember - also schon in wenigen Tagen - werden wir auch an 20 Jahre Maastrichter Vertrag - eines der wichtigeren Ereignisse, die ich damals als Europaministerin erlebte - erinnern, 20 Jahre Vollendung des Europäischen Binnenmarkts und eben auch Einführung dieser gemeinsamen europäischen Währung, die damals beschlossen wurde.

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist alles nicht gering. Deshalb möchte ich uns allen ein chinesisches Sprichwort nahelegen, dass wir Erfahrung ermöglichen müssen, Erfahrung für die Menschen in Europa, in dieser Europäischen Union, damit dies nicht alles Makulatur bleibt: „Sag es mir, und ich werde es vergessen. Zeig es mir, und ich werde mich daran erinnern. Beteilige mich, und ich werde es verstehen.“ Ja, Menschen brauchen Beteiligung, wenn es um Europa geht, und zwar echte Beteiligung. Menschen müssen mitreden können und auch konkrete persönliche Erfahrungen sammeln können. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, nur dann wird auch diese Verinnerlichung diesen Krisen, in denen wir stehen, standhalten können.

Wir haben in Thüringen europafreundliche Rahmenbedingungen. Das europäische Informationszentrum, das in der Staatskanzlei angesiedelt ist, leistet eine wichtige Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Ich setze mich dafür ein, diese Arbeit fortzusetzen. Auch deshalb haben wir in diesem Jahr bei der Europäischen Kommission darum geworben, unsere Europaministerin Marion Walsmann ganz vorn dran, auch in den kommenden fünf

(Ministerpräsidentin Lieberknecht)

Jahren Teil dieses europäischen Informationsnetzwerkes zu bleiben, und ich hoffe auf eine baldige positive Entscheidung.

Noch wichtiger ist auch hier allerdings der Alltag. Junge Ungarn, die in Thüringen eine berufliche Ausbildung über die Industrie- und Handelskammer Erfurt absolvieren, junge Spanier, die in Kürze über das Erfurter Berufsbildungszentrum nach Thüringen kommen, der Export unseres dualen Systems der beruflichen Bildung, das sind Initiativen, die gute Möglichkeiten des Austausches mit Nachhaltigkeit bieten und die zudem europäischen Mitgliedstaaten helfen: Griechenland 58 Prozent Jugendarbeitslosigkeit, Spanien über 40 Prozent Jugendarbeitslosigkeit, Frankreich - wir können die Länder aufzählen. Wenn man bedenkt, was da los ist, was da auch für Transformationen im Gang sind, dann kann ich nur sagen, wir haben hier in Thüringen wirklich vorbildliche Daten erarbeitet, um die uns andere nur beneiden können.

(Beifall CDU, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der thematische Schwerpunkt „Internationalisierung“, dem sich der diesjährige Thüringen-Monitor widmet, steht in enger Verbindung mit dem zweiten, stets gleichen Untersuchungsgegenstand, der politischen Kultur insgesamt in Thüringen. Es handelt sich dabei um die Einstellungen der Thüringerinnen und Thüringer zu rechtsextremen Verhaltensweisen, wie Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus. Die fremdenfeindlichen Einstellungen liegen hier in diesem Jahr gleichauf mit den Werten des Jahres 2010 - und damit auf dem niedrigsten Niveau seit Beginn der Messung. Diese an sich erfreuliche Nachricht wird allerdings eingetrübt, wenn man sich die Antworten auf einzelne Fragen in diesem Themenblock insgesamt ansieht. So finden es zwar 85 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer gut, „dass wir durch die bei uns lebenden Zuwanderer anderen Kulturen begegnen“ und immerhin noch ca. 60 Prozent teilen die Ansicht, dass „wir [...] uns in Zukunft den Wertvorstellungen und Maßstäben anderer Kulturen stärker öffnen“ müssten. Gleichzeitig stimmen aber 48 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer der Aussage zu, die Bundesrepublik sei „in einem gefährlichen Maße überfremdet“ - und das bei einem Ausländeranteil von 2 Prozent. 44 Prozent stimmen darüber hinaus der Aussage zu, Ausländer kämen „nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“

Die widersprüchlichen Ergebnisse - auch mit Blick auf den gemessenen hohen Grad an Weltoffenheit auf der einen Seite - sollten uns davor bewahren, allzu einfache Erklärungen im Blick auf diese andere Seite zu finden. Die Autoren des Thüringen-Monitors legen in ihrem Fazit nahe, dass die hier zum Ausdruck kommende Ablehnung gegenüber Ausländern mehrheitlich - so meinen sie es - auch auf

eigene Interessenkalküle zurückgehen. In den Antworten kommen demnach eher auch Sorgen vor Arbeitsplatzverlust oder diffuser Konkurrenz zum Ausdruck, als dass sie von vornherein fremdenfeindliche Motive hätten - so jedenfalls nachzulesen auf Seite 102 des Thüringen-Monitors. Gleichwohl bestätigt es die Notwendigkeit, weiter auf Aufklärung und Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements zu setzen. Zu nennen ist hier auch die Initiative von Innenminister Geibert zum diesjährigen Schülerwettbewerb „WER BIST DU?“, der sich an alle Thüringer Schülerinnen und Schüler der 5. bis 12. Klasse richtet. Im Mittelpunkt steht in diesem Schuljahr das Thema „Integration“. Die Schülerinnen und Schüler sind aufgerufen, mit eigenen Projekten alle Bereiche von Integration und Zuwanderung zu beleuchten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch immer besorgniserregend sind die rechtsextremen Einstellungen. Ein Anstieg des Rechtsextremismus ist zwar nicht erkennbar - im Gegenteil, mit 12 Prozent hat der Anteil der Befragten mit rechtsextremen Einstellungen 2012 im Vergleich der bisherigen Thüringen-Monitore weiter abgenommen und setzt damit den seit 2005 beobachteten Rückgang fort.

(Beifall CDU, SPD)

Damit bestätigt sich allerdings auch ein Ergebnis mit Blick auf die Mitte-Studie für Ostdeutschland der Friedrich-Ebert-Stiftung für Thüringen so nicht. Dennoch ist es natürlich wichtig, sich die gemessenen Werte genau anzusehen. Die Jenaer Wissenschaftler haben das im Thüringen-Monitor getan. Dabei ist aufgefallen, dass nur 9 Prozent derjenigen, die rechtsextreme Einstellungen vertreten, sich auch selbst als „weit rechts“ einordnen würden, weitere 22 Prozent als „etwas rechts“. Die überwiegende Mehrheit der Befragten - 70 Prozent - mit rechtsextremen Einstellungen verortet sich hingegen im Thüringen-Monitor selbst dagegen links von der Mitte oder in der Mitte des politischen Spektrums. Hier klafft also auch eine deutliche Lücke zwischen Selbstbild und Fremdbild - auch ein Ergebnis, was wir näher diskutieren müssen, voreilige Schlüsse wären hier auf jeden Fall fehl am Platz. Entsprechend ambivalent fällt das Fazit des Thüringen-Monitors auch aus. Einerseits wird konstatiert, dass sich der - ich zitiere: „seit 2006 beobachtete Trend eines abnehmenden Rückhalts rechtsextremer Überzeugungen unter den Thüringer Bürgern (...) erfreulicherweise fort(setzt).“ Andererseits halten die Autoren fest, dass es „für nahezu ein Fünftel der Befragten ‚bessere Staatsideen‘ als die Demokratie gibt.“ Und 16 Prozent der Befragten „unter bestimmten Umständen“, wie es in der Abfrage heißt, „sogar eine Diktatur für die beste Staatsform halten“. Befunde, die sich allerdings gegenüber dem Vorjahr nicht verändert haben.

(Ministerpräsidentin Lieberknecht)

Die Ursachen für rechtsextreme Einstellungen sind vielschichtig. Sie gehen vielfach einher mit einem diffusen Gefühl der Bedrohung der eigenen sozialen Existenz und dem Gefühl, an den Rand der Gesellschaft zu geraten. Wie in früheren Jahren bestätigt der Thüringen-Monitor 2012 auch die Studie der Ebert-Stiftung, zu dem die besondere Relevanz der Bildung gehört. Sie befähigt zu Teilhabe und Reflexion, erhöht auch die individuellen Chancen auf wirtschaftlichen Erfolg und schützt damit in mehrfacher Hinsicht vor rechtsextremen Einstellungen. Auch diese Erkenntnisse müssen wir bei unserem Bemühen um ein weltoffenes, demokratisches Thüringen weiterhin einbeziehen. Das gilt auch für die Zusammenarbeit bei der Jugendarbeit Jugendarbeit für die Frau Ministerin Taubert und Bildungsminister Christoph Matschie, gemeinsam mit dem ThILLM, das hier auch programmatisch gute Arbeit leistet und die wir weiter unterstützen wollen.

Ich nannte bereits das „Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ und seine Bedeutung für die Landesregierung. Deshalb überprüfen wir auch die Wirksamkeit der bisherigen Programme. Es geht darum, vor Gewalt, Intoleranz und eben auch politisch motivierter Gewalt von den Anfängen her bei den Wurzeln bereits zu packen und den Anfängen zu wehren.

(Beifall CDU)

Dazu haben wir uns im Übrigen auch - das hatte ich im vergangenen Jahr angekündigt - wissenschaftlichen Sachverstand noch einmal mit Herrn Prof. Dicke, Herrn Prof. Best, Herrn Prof. Frindte oder auch Herrn Heitmeier aus Frankfurt hinzugeholt. Frau Kollegin Taubert und ich haben gemeinsam an dieser ersten Sitzung dazu teilgenommen.

Seit Langem bewährt und geschätzt ist auch die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung, eine der profiliertesten Bildungsträger in Sachen Präventionsarbeit im Freistaat. Ihr ist es zu verdanken, dass der preisgekrönte Dokumentarfilm „Blut muss fließen“ eine aufklärende Reportage über die rechtsextreme Musikszene in zahlreichen Thüringer Gemeinden gezeigt wurde. Auch hier im Landtag gab es anlässlich einer gleichzeitig stattfindenden NPD-Demonstration eine Aufführung, das war am 20. September 2012 - ein gutes Zeichen, das von diesem Parlament ausging.

(Beifall im Hause)

Am 4. Dezember veranstaltet die Landeszentrale für politische Bildung beispielsweise auch gemeinsam mit dem Bildungszentrum der Thüringer Polizei die Tagung „Die Polizei, der Rechtsextremismus und der NSU“, auch das etwas Notwendiges für die Alltagsarbeit unserer im öffentlichen Dienst, in diesem Fall in der Polizei, tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Beifall CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Thüringen-Monitor untersucht traditionell nicht nur die rechtsextremen Einstellungen der Thüringer, sondern auch die grundlegende Sichtweise zu unserer Staatsform. Hier bestätigen sich auch 2012 die Ergebnisse der Vorjahre. Die Unterstützung für Demokratie ist ungebrochen hoch. Vier von fünf Befragten sind der Überzeugung, dass die Demokratie die beste Staatsform sei, die Diktatur hatte ich vorhin bereits genannt. Deutlich geringer ist dagegen die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland in der Praxis. Der entsprechende Wert erreicht nur 46 Prozent, also nicht einmal die Hälfte der Befragten. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch die jüngste, auch schon zitierte Studie der Ebert-Stiftung. Einmal mehr hat sich bestätigt, dass Zufriedenheit und Akzeptanz der Demokratie eng von der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation abhängen. Zur Demokratie stehen diejenigen am festesten, die den Eindruck haben, ihren fairen Teil in der Gesellschaft zu erhalten. Das heißt, je besser man die eigene Lage einschätzt, desto höher ist auch die Zufriedenheit mit der Demokratie an sich. Daran wird deutlich, dass es den Menschen in Thüringen nicht ausreicht, grundlegende Freiheiten und Rechte zu sichern. Es kommt auch auf den ökonomischen Erfolg der Demokratie an, die Ergebnisse für die Bürgerinnen und Bürger im Blick auf ihre Demokratiezufriedenheit an. So deuten die Wissenschaftler denn auch die Ergebnisse als „Hinweis darauf, dass sich unsere demokratische Ordnung im Hinblick auf die Praxis und die Ergebnisse politischen Handelns bewähren muss, um die Zustimmung der Bevölkerung zu erhalten.“ An dieser Stelle ist auch der gemeinsame Einsatz der Thüringer Landesregierung für faire Löhne, für Löhne, mit denen eine Auskömmlichkeit im Alltag erreicht werden muss, bei acht Stunden Vollzeitarbeit zu sehen. Die Menschen müssen das Gefühl haben, es geht gerecht zu,

(Beifall CDU, SPD)

auch in diesem Bereich. Deswegen setzen wir uns hier so ein. Nicht zufriedenstellend ist das politische Interesse der Bevölkerung insgesamt. Das politische Interesse ist in diesem Jahr so niedrig wie nie zuvor seit Beginn des Thüringen-Monitors. Nur 32 Prozent der Befragten geben an, sehr stark oder stark an Politik interessiert zu sein, womit der bisherige Tiefststand aus dem Jahr 2003 noch unterboten wurde. Dagegen ist der Anteil derjenigen, die sich für Politik nicht interessieren gegenüber den Vorjahren auf einen Höchststand geklettert, nämlich 26 Prozent. 77 Prozent der Befragten schließen ein Engagement in einer Partei als Möglichkeit der politischen Teilhabe für sich aus. Dennoch meine ich, dass auch hier mehr Angebote zur Beteiligung an Politik helfen könnten, denn die Erhebungen des Thüringen-Monitors zeigen, dass die Bürger

(Ministerpräsidentin Lieberknecht)

durchaus mitgestalten wollen. Zurückhaltung besteht aber in der Bereitschaft, in einer politischen Partei mitzuarbeiten. Das Thema Bürgerbeteiligung wird also weiter an Bedeutung gewinnen. Gerade auch bei jungen Menschen besteht ein gesteigertes Interesse, themen- und projektbezogen mitzureden, sich mit einzumischen. Dafür müssen wir Angebote schaffen, dazu müssen auch partielle Bündnisse möglich sein. So können wir Menschen auch darüber hinaus am Ende interessieren. Das Internet, vor allem die Social Media Plattform, ermöglicht heute eine völlig neue, sehr schnelle Mobilisierung von Menschen und deren Austausch von Informationen. Gerade junge Menschen gewinnen auf diese Weise zunehmend Interesse, sich wieder mit politischen Themen auseinanderzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Thüringen-Monitor zeigt insgesamt ein differenziertes Bild der politischen Kultur im Lande und von der Internationalität Thüringens. Es gibt Licht und Schatten. Einfache Antworten verbieten sich. Ich habe die unterschiedlichen Ergebnisse in aller Kürze dargestellt. Es ist und bleibt unsere Aufgabe, die politische Kultur zu pflegen und die Weltoffenheit und Internationalität Thüringens weiter zu fördern in allen Bereichen. Dabei ist nicht nur die Regierung, nicht nur die Politik gefragt, sondern jeder Einzelne. Es liegt an uns allen, ob unsere Gesellschaft durch eine Willkommenskultur geprägt wird oder nicht, ob wir Fremde zu Freunden werden lassen oder nicht. Toleranz und Akzeptanz können ebenso wenig vom Staat verordnet werden wie die Bereitschaft zur Integration. Sie können aber gefördert werden.

Für die Landesregierung sage ich, unser Kurs ist richtig mit all den beschriebenen Maßnahmen, die ich hier vorgetragen habe. Wir müssen unsere Anstrengungen aber weiter fortsetzen für ein weltoffenes, tolerantes und internationales Thüringen. Ich habe es bereits gesagt, in meinem Zielfoto eines modernen Thüringen 2020 sehe ich ein noch internationaleres und weltoffeneres Thüringen. Deshalb ist es erstens richtig, die Präventionsarbeit gegen Extremismus und Intoleranz fortzusetzen, das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit ist dabei ein entscheidender Baustein. Deshalb ist es zweitens richtig, dass wir gute Bildung als zentralen Schlüssel begreifen, um die Weltoffenheit der Thüringer zu fördern.

(Beifall CDU)

Die Frage von Internationalisierung, ob im Bereich der Fremdsprachenkompetenz an sich oder interkultureller Kompetenz insgesamt, müssen wir bis 2020 in unserem Bildungssystem neben allem, was wir ohnehin schon tun, noch stärker verankern. Ich nannte bereits auch die entsprechenden Minister für Bildung und Soziales. Wir sind hier auf dem Weg. Der Bereich Bildung und Wissenschaft ist einer der wichtigsten Bausteine für Internationalisie-

rung unseres Landes; vor allem dort haben wir die Chance, den Geist und die Potenziale eines weltoffenen, toleranten und internationalen Thüringens zu vermitteln.

Drittens: Es ist richtig, dass wir als Landesregierung die Kontakte Thüringens mit dem Ausland verbessern und vertiefen. Das betrifft insbesondere unsere Partnerregionen, die Picardie, gerade am letzten Wochenende wieder, oder Kleinpolen, Malopolska, oder auch die parlamentarischen Partnerschaften mit Litauen, Mordowien, mit all den Ländern, zu denen wir Kontakte haben, mit Tirol, Innsbruck, wo ähnliche Themen immer wieder aufschlagen wie auch bei uns überall, wo Abgeordnete unterwegs sind, bis hin auch zum Oblast Kaliningrad, wo jüngst die Landtagspräsidentin gewesen ist, und darüber hinaus in andere Kontinente, ich nenne unsere Partnerregion in China Shaanxi. Also Offenheit ist hier gefragt.

Eine dezidierte Internationalisierungsstrategie der Landesregierung ist wichtig, die Potenziale und Chancen der Globalisierung für Thüringen noch weiter nutzbar zu machen. Prävention gegenüber Intoleranz, Bildung als Schlüssel zur Förderung von Weltoffenheit und klare strategische Maßnahmen der Regierung zur internationalen Verflechtung Thüringens sind zentrale Säulen für ein tolerantes, weltoffenes und international breit aufgestelltes Thüringen im Jahr 2020.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Thüringen-Monitor hat gezeigt, dass sich viele Menschen in unserem Land der Welt öffnen, die Welt in unterschiedlichster Weise bei uns willkommen heißen. Das ist ein erfreuliches Ergebnis. Wir müssen gerade im Zeitalter der Globalisierung weiter darauf aufbauen, denn zu groß ist immer noch das Unwissen, sind immer noch die Ängste. Hier weiter aufzuklären, sind alle aufgefordert: Parteien, aber auch Kirchen, Vereine, Verbände, Unternehmen, Gewerkschaften, jeder Einzelne.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in ihrer Ansprache beim Gedenken an die Opfer der rechtsterroristischen Terrorzelle gesagt: „Wann immer Menschen in unserem Land ausgegrenzt, bedroht, verfolgt werden, verletzt das die Fundamente der freiheitlichen Grundordnung, verletzt es die Werte unseres Grundgesetzes.“ Umgekehrt heißt das: Wer sich mutig gegen Fremdenfeindlichkeit einsetzt, gegen Hass und Gewalt oder auch nur zu einem freundlichen Willkommen unserer Gäste beiträgt, der setzt sich auch für unsere Grundwerte ein, für unsere politische Kultur. Und darum, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich Sie alle einladen: Helfen Sie mit, ein tolerantes, ein weltoffenes, ein internationales Thüringen gemeinsam zu gestalten. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. Ich eröffne die Aussprache. Es hat als Erster das Wort für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Ramelow.

Abgeordneter Ramelow, DIE LINKE:

Werte Frau Ministerpräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube tatsächlich, dass es keine lästige Pflicht ist, dass wir den Thüringen-Monitor einmal im Jahr hier im Landtag gemeinsam bewerten und besprechen. Ich danke ausdrücklich der Landesregierung dafür, dass die Fortsetzung des Thüringen-Monitors verstetigt worden ist, das war nicht immer so. Es gab vorübergehend auch mal Überlegungen, ob man das nicht sein lassen könnte, gerade wo sich die wissenschaftliche Begleitung verändert hat. Deswegen sage ich ausdrücklich Danke dafür, dass der Thüringen-Monitor aufgesetzt wird, erhoben wird und uns auch gemeinsam zur Diskussion gestellt wird.

(Beifall CDU, DIE LINKE)

Wir hatten das letzte Mal allerdings - und das will ich anmahnen, weil die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung deutet darauf hin - die Diskussion eröffnet, dass wir über die Methoden reden müssen, dass wir auch über die Weiterentwicklung reden müssen, ob die Fragenkataloge alle noch ausreichend sind. Denn scheinbar kommt die Friedrich-Ebert-Stiftung zu anderen Ergebnissen, zumindest wenn man die veröffentlichte Meinung liest. Geht man in beide Studien rein, stellt man fest, die Ergebnisse sind relativ dicht beieinander und es sind ein paar alarmierende Befunde dabei sowohl beim Thüringen-Monitor als auch bei der Friedrich-Ebert-Stiftung. Es kommt gar nicht darauf an, die Kakophonie über den alarmierenden Befund in den Vordergrund zu stellen, sondern für uns einen Handlungsrahmen daraus abzuleiten. Frau Ministerpräsidentin, Sie haben eben deutlich das chinesische Sprichwort zitiert und gesagt, am besten ist das Mittun. So habe ich jedenfalls das Zitat verstanden. Wenn das Mittun zu einer Verinnerlichung für alle Beteiligten führt, dann wäre es auch gut, an einem Beispiel die Landesregierung zu vermessen. Der Thüringen-Monitor vermisst sozusagen wie ein Echolot unsere Bevölkerung. Aber die Handlungen der Landesregierung sollten wir dann als Parlament hier vermessen, das ist zum Beispiel das europäische Wahlrecht. Warum sollen die Europäer, die in Thüringen leben, nicht auch zur Landtagswahl wahlberechtigt sein? Unsere Fraktion fand diese Initiative jedenfalls richtig und zielführend, dass jeder Mensch, der hier lebt in Thüringen und Teil unserer Gesellschaft ist,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nicht einfach nur irgendein Teil ist, sondern ein lebendiger Teil, ein Mensch unter uns, zwischen uns

und mit uns. Insoweit, Frau Ministerpräsidentin, habe ich mich daran so ein bisschen gerieben; ich möchte nicht, dass wir ein Geberland sind, zumindest nicht ein Geberland im Sinne, dass die Menschen, die hier abwandern, der Obolus sind, den wir an andere Bundesländer bezahlen und uns anschließend noch dafür beschimpfen lassen, dass wir nur die verfressene Ostverwandtschaft wären. Ich will es einmal ein bisschen böse sagen, wie man diese Diskussion im Moment über den Länderfinanzausgleich führt. Deswegen glaube ich, dass wir über Lebensperspektiven in Thüringen reden müssen, die dann dazu führen, dass Menschen auch herkommen, sich aufgenommen fühlen, sich wohlfühlen. Dazu gehört das Angebot an Menschen zurückzukehren, aber auch die Einladung an alle Menschen hierher zu kommen. Wir haben es bitter nötig, Sie haben es anhand der Zahlen noch einmal verdeutlicht. Bei den Entwicklungspotenzialen von Arbeitskräften wird es bitter nötig, dass wir Menschen haben, die hier mitarbeiten, die nicht nur irgendwie nach Kriterien eingeteilt werden, ob sie uns nützlich sind oder nicht. Da würde ich dann die Differenz zwischen meiner Bewertung, unserer Bewertung und Ihrer Bewertung ableiten; wir haben ein Problem beim Thema Ausländerfeindlichkeit, beim Thema Fremdenfeindlichkeit und der Paradoxie, dass auf einmal beim Thema Wirtschaft eine Form argumentiert wird, als wenn der Ausländer, der Nichtdeutsche hier erwünscht ist, wenn er uns allen nützt. Das setzt alle anderen unter den Generalverdacht, dass sie unnütz sind. Das ist die Einteilung in nützlich Leben und unnützes Leben.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will das deswegen so kritisch anmerken, weil wir darüber eine gemeinsame Handlungsoption brauchen, wie wir die Dinge denn anfassen, wenn wir sie denn verändern wollen. Dann müssen wir auch eine klare Sprache sprechen, dann müssen wir auch eine klare Ausrichtung haben. Da, liebe Frau Ministerpräsidentin, vermisste ich eine ehrliche Debatte, z.B. wenn es um den Rechtsextremismus geht, dass wir ein Landesprogramm brauchen, das auch die Worte verdient, nämlich ein Landesprogramm gegen Rechts, ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, ein Landesprogramm gegen Menschenfeindlichkeit und nicht ein Geschwurbel, bei dem man um diese Dinge herumredet und den Menschen das Gefühl ermöglicht, als wenn es da irgendwelche Grautöne oder Brauntöne gibt, die man tolerieren kann. Ich sage es deswegen und ich freue mich, dass die Vertreter von MOBIT heute hier sind, und bedanke mich für ihre Arbeit, die sie tagtäglich in Thüringen machen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Ramelow)

Ich sage es deswegen, weil es ein langer Prozess war vom Mai 2000, als der Anlass für den ersten Thüringen-Monitor entstanden ist, das war der Brandanschlag auf die Synagoge. Damals war es noch sehr zögerlich - ich erinnere mich ziemlich gut -, dass alle Vertreter dieses Hauses gemeinsam zur Synagoge gekommen sind und gesagt haben, wir stehen hier gemeinsam ein gegen Antisemitismus und gegen Übergriffe auf die Synagoge. Ich würde mir wünschen, wenn in einem nächsten Schritt wir genauso einhellig - und da hat sich eine Menge positiv, wie ich finde, bewegt - deutlich machen vor dem Landtag, wir stehen gemeinsam gegen Nazis hier ein. Da will ich einfach Danke sagen, weil das eben keine Selbstverständlichkeit ist und sich im Prozess der Jahre seit 2000 so verändert hat.

Aber wenn ich den Befund nehme und tagesaktuelle Prüfungen vornehme, ist das Thema Islamophobie und die Frage Ausländerfeindlichkeit verbunden mit arabischer Feindlichkeit oder Araberfeindlichkeit, ein Befund, der uns hier ganz stark ins Stammbuch geschrieben worden ist. Ich erzähle deswegen deutlich die Situation, als vor einiger Zeit die NPD Mahnwachen vor Moscheen in Thüringen durchführen wollte. Da ist es nicht einmal im Allgemeinen den Beteiligten aufgefallen, dass es sich um ein Gotteshaus handelt. Hätte dieselbe Behörde sich da mit verhalten, wenn es die Synagoge gewesen wäre, dann wären Alarmzeichen angegangen; vor dem Dom hätte es niemand akzeptiert, aber vor der Moschee hat man überlegt, ob drei Meter oder fünf Meter Abstand zu sein hat. Da glaube ich, dass da so ein bisschen auch für uns Alltagskultur aufgenommen werden muss, wie wollen wir es denn verändern und wie gehen wir mit der Kultur der Menschen um, die hierherkommen. Da ist die Frage der Unterscheidung in Nützliche und Unnützliche eine, die ich gefährlich finde.

Da will ich noch einmal auf einen sehr seltsamen Befund aufmerksam machen - das haben die Wissenschaftler selber gesagt -, die Einteilung, wer ist Thüringer. Da sagt die Mehrheit der Befragten, nur wer hier geboren ist. Ich würde gern mal durchzählen, wer dann alles hier im Parlament nicht zu den Thüringern zählt. Da geht es noch gar nicht um die West-Ost-Frage, da geht es nur um die Frage, Thüringer ja oder nein. Und tschüss, Herr Barth, das ist es, was ich meine. 39.000 Menschen sind im vergangenen Jahr nach Thüringen zugezogen, die haben uns den Hintern gerettet im wahrsten Sinne des Wortes, damit die Abwanderungsbilanz nicht so katastrophal ist, wie sie denn tatsächlich ist. Genau um den Hintern geht es irgendwann, wenn er nämlich geputzt werden muss.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da kann man doch nicht unterscheiden zwischen denen, die hier sein dürfen, das sind die, die hier geboren sind, die lehnen sich dann zurück. Dann sage ich, macht doch mehr Kinder, kümmert euch doch darum, dann braucht ihr doch die anderen nicht. Oder sind wir ein weltoffenes Land, dann müssen wir es aber auch sein wollen.

(Beifall DIE LINKE)

Dann müssen wir auch leben, dass wir alle einladen. Dann müssen wir eine Willkommenskultur haben und nicht die Erbpacht derjenigen, die als Einzige hier Vertretungsansprüche haben, dann fühlen sich nämlich alle anderen nicht willkommen. Auf diese Diskrepanz will ich aufmerksam machen, denn 39.800 Menschen sind im vergangenen Jahr zugezogen. Die Mehrheit der Bevölkerung, die hier befragt wurde, sagt uns, das seien keine Thüringer und es werden keine Thüringer. Das finde ich bedenklich. Das ist erst mal nur die Frage der innerdeutschen Wanderungsbewegung. Ich weiß nicht, ob da mehr oder weniger unterschieden wird zwischen Hessen einerseits und Sachsen andererseits. Das wäre dann noch mal die Fortentwicklung des Thüringen-Monitors, ob es da noch tiefergehende Verwerfungen gibt. Aber das eigentlich Besorgniserregende - ja, Herr Voß quält uns als Neuthüringer, als ehemaliger Sachse.

(Zwischenruf Dr. Voß, Finanzminister: Ich kann Ihnen ... was erzählen.)

Trotzdem bleibt die Frage - und die besorgt mich am meisten - der Islamophobie, die aus dem gesamten Befund deutlich wird. Alles, was hier angegeben wird - die Unterscheidung, ob man neben einem Westdeutschen leben will oder ob man neben einem Franzosen leben will und dann gibt es eine Übereinkunft der gesamten Befragten, dass sie neben Arabern nicht leben wollen. Darunter macht sich sozusagen die ganze Frage des Islams breit. Da unterscheidet es uns dann doch, weil ich der Meinung bin, dass alle abrahamitischen Religionen zu uns gehören und Teil unseres Lebens sein sollten. Herr Wulff hat das mal sehr mutig gesagt, danach war er kein Bundespräsident mehr. Aber Herr Sarazzin hat das Gegenteil dazu verkündet. Herr Sarazzin ist derjenige, der hier vom „Islam-Gen“, vom „Muslim-Gen“ spricht oder das zumindest in den Raum setzt. Dann kommen sehr viele Menschen, hören ihm zu, sind ganz fasziniert, was er für seltsame Thesen dort vertritt. Es sind biologistische Thesen und sie sind auch rassistische Thesen, deswegen muss man sich mit dieser Form des Stammtischs in unserer Gesellschaft auseinandersetzen.

(Beifall DIE LINKE)

Frau Lieberknecht, ich will noch mal den Bogen ziehen. Mai 2000, der Anlass, der besorgniserregende Anlass zu diesem Thüringen-Monitor, Brandan-

(Abg. Ramelow)

schlag auf die Synagoge - ich habe damals einige Stimmen gehört, die gesagt haben, das ist schlecht für den Standort Thüringen. Ich fand es schlecht für unser Zusammenleben. Deswegen war das Standortargument nie mein Argument. In der gleichen Zeit begann allerdings die Mordserie. Bei dieser Mordserie will ich mal gedanklich eine Frage aufwerfen: Was wäre in der Mehrheitsgesellschaft passiert, wenn es nicht türkische, muslimische Kleinhändler gewesen wären? Was wäre passiert, wenn es amerikanische Christen, Banker, Hedgefonds-Manager in Deutschland gewesen wären? Ich weiß nicht, ob nach dem dritten Mord mit derselben Ceska der Aufstand in Deutschland der Mehrheitsgesellschaft nicht ein ganz anderer gewesen wäre. Das bedrückt mich, weil das hat etwas mit uns zu tun. Das sage ich nicht als Vorhalt an die Landesregierung und nicht wohlfeil in irgendeine Richtung, sondern das ergibt sich aus dem Thüringen-Monitor, und diese Frage bewegt mich, weil ich immer wieder an die Stelle komme und sage, warum gab es eine solche Mordserie, warum gab es ein solches Versagen der Sicherheitsbehörden, warum gab es keinen Aufstand in der Mitte der Gesellschaft, dass eine solche Mordserie geschieht? Das ist das, was mich ängstigt. Das ist das, warum ich sage, wir brauchen eine Handlungsoption, einen Handlungsrahmen, in dem jeder Mensch willkommen geheißen wird. Da muss es auch ausgesprochen werden, die Dinge richtig beim Namen zu nennen.

Ich will das Beispiel Kirchheim nennen. In Kirchheim ist es gelungen, ausgehend von dem Vorgang von vor 12 Jahren, die Bürger einzuladen, gegen die Braune Feierscheune Gesicht zu zeigen. Das ist mutig, das ist gut, das gehört mit Anerkennung zur Kenntnis genommen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da haben wir uns an die Seite zu stellen, das haben wir zu unterstützen, aber es bleibt die Anerkennung für die Bürger in Kirchheim, dass sie diese Courage zeigen. Wenn dann beim Papstbesuch, das BKA in der Brauen Feierscheune einquartiert wird, dann bin ich seltsam berührt davon, da bin ich unangenehm berührt, dass das niemand gemerkt hat, und dass es danach überhaupt keinen Aufschrei dazu gibt. Wie kann es denn sein, dass Beamte des Bundeskriminalamtes ausgerechnet bei diesem Gastronom einquartiert werden? Das ist für mich eine Diskrepanz, die verstehen auch die Bürger in Kirchheim nicht. Wenn ich aber Guthmannshausen danebenstelle, eine ehemalige Landesliegenschaft und wir erleben, dass mittlerweile dieses Guthmannshausen zu so einem neureligiösen, rechten Schmelztiegel wird, in dem sehr viele neureligiöse Rechte eingeladen werden, ihre hohe Schule dort zu zelebrieren, wenn ich dann höre, dass der Bus, den MOBIT organisiert hat, um an

die Häuser zu fahren, damit man sie gemeinsam sieht, auch mal erfährt, was bedeutet es denn, das ist ja nicht einfach nur ein x-beliebiger Ort und x-beliebige Mauern. Das sind doch Orte, an denen auch Angst ausgestrahlt wird, Menschen kleingehalten werden und Menschen am Widerstand gehindert werden. Wenn dann meine Information mir sagt, dass der Bus in Guthmannshausen nicht halten sollte, weil er nicht willkommen ist, dann mache ich mir Sorgen und wenn ich dann höre, dass die Beratungsangebote, die in Guthmannshausen und die Gesprächsangebote, die in Guthmannshausen erteilt werden sollen, dazu dienen, dass nicht einmal das Kulturhaus zur Verfügung gestellt wird für die Zivilgesellschaft, dann haben wir ein Problem, dann müssen wir über dieses Problem reden und dann dürfen wir nicht sagen, es gibt da den netten Nazi um die Ecke und es gibt einen Übergang, den man tolerabel hinnehmen kann und wenn von dem Ort keine Gewalt ausgeht, keine erkennbare Gewalt ausgeht, dann müsste man es irgendwie hinnehmen, weil man lebt ja in guter Nachbarschaft. Ich sage, eine gute Nachbarschaft zu Orten, an denen Angst als System wächst und wabert und die Menschen anfangen still zu werden, diese Orte sollten uns bedrücken, sollten uns Angst machen. Die Angst vor diesem Schweigen sollte uns eher umgreifen. Deswegen brauchen wir klare Worte, klare Bekenntnisse, brauchen ein Landesprogramm, bei denen sich Bürger auch mit einbringen können und auch Hilfe bekommen, qualifizierte Hilfe und es geht nicht um Stellvertreterdemonstrationen irgendwo hinzufahren und zu sagen, wir demonstrieren jetzt mal drei Tage und dann sei das Problem erledigt. Demonstrieren, wo es notwendig ist, wenn wir vor unserem Landtag gemeinsam stehen, dann ist Demonstrieren notwendig, wenn Nazis hier aufmarschieren, ist Demonstrieren notwendig, wenn Nazis versuchen, Gedenktage umzudrehen, ist Demonstrieren notwendig, wenn der Volkstrauertag zum Heldengedenktag umgebaut werden soll von solchen Kameraden, dann ist unser wachsames Auge notwendig, um zu sagen, das machen wir nicht mit, aber es bedrückt mich, meine Damen und Herren, wenn wir eben sehen, vor 12 Jahren, einmal beginnt der Monitor, andererseits beginnt die Mordserie. Die Mordserie kann man nicht nur über die Untersuchungsausschüsse aufklären. Ich bedanke mich ausdrücklich bei allen Untersuchungsausschüssen und bei allen, die an der Arbeit der Untersuchungsausschüsse mitwirken, aber die Aufklärung reicht eben nicht, sie zu übertragen auf die Untersuchungsausschüsse, weil auch wir müssen uns damit auseinandersetzen, das heißt alle in dieser Gesellschaft, wie es sein konnte, dass niemand diese Mordserie bemerken wollte, bemerkt hat und das Ganze als kleinkriminelles Milieu abgetan worden ist. Wenn ich dann höre, dass unterschieden wird zwischen nützlichen Menschen und weniger nützlichen Menschen - das zieht sich leider wie ein

(Abg. Ramelow)

Faden durch den Befund -, dann sollten wir über ein Weltbild, ein Menschenbild und über ethische Grundsätze gemeinsam reden. Es gibt keine Unterscheidung in unwertes und wertvolles Leben. Wer diese Unterscheidung vornimmt, der vergeht sich schon wieder an dem, was wir freiheitliche Werte nennen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben darauf hingewiesen, welche Bedeutung das Thema Weltoffenheit für uns als Bundesland hat nicht nur im Zuzug, sondern auch in wirtschaftlicher Kraft. Wir müssen aus eigener Sorge dafür sorgen, dass Menschen sich hier wohlfühlen und Menschen eingeladen sind. Deswegen mein Beispiel mit dem europäischen Wahlrecht. Ich appelliere noch einmal an die Fraktion der CDU, darüber nachzudenken, ob es wirklich richtig ist, die Initiative nicht gemeinsam als Hohes Haus zu tragen, weil ich glaube, jeder Mensch, der in diesem Land lebt und in diesem Land beiträgt, dass dieses Land blüht, wächst und gedeiht, sollte teilhaben können und teilhaben müssen. Das ist das Mindeste, was ich von uns erwarte, dass wir dies auf den Weg bringen.

Lassen Sie mich aber auch die Frage der Gerechtigkeit ansprechen, von der Sie geredet haben. Sie sagen, die Menschen empfinden, fühlen die Gerechtigkeit. Sie haben ein feines Gefühl dafür. Wenn Sie sich daraufhin den Befund ansehen, dann sagen die Menschen, wir fühlen uns nicht gerecht beteiligt, also wir fühlen uns auch finanziell nicht gerecht beteiligt. Das kommt an mehreren Stellen sehr deutlich zum Vorschein. Da will ich noch einmal Ihren Satz aufgreifen, das Gefühl, es geht gerecht zu, sei die Botschaft. Darauf hat das Haus applaudiert. Da habe ich ausnahmsweise nicht applaudiert. Weil das Gefühl, Frau Ministerpräsidentin, es geht gerecht zu, reicht nicht. Es muss gerecht zugehen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sage ich, eine reine Ankündigungspolitik, wo überall Gerechtigkeitsplakate aufgestellt werden, ist nicht die ausreichende Grundlage, um dieses Land gemeinsam voranzubringen. Wenn also Menschen sich im Ost-West-Verhältnis benachteiligt fühlen, und das sagt der Befund sehr deutlich, dann hat das etwas mit der Unterscheidung im Einkommen zu tun. Und die Einkommen in Ost und West sind nach wie vor ungerecht, im höchsten Maß ungerecht. Sie werden auch so empfunden.

(Beifall DIE LINKE)

Derjenige, der Arbeit hat, bekommt für die gleiche Arbeit, nur weil er in einem anderen Bundesland ist, in der Regel ein statistisch deutlich niedrigeres Einkommen. Dazu kommt noch das Mann-Frau-Ver-

hältnis. Das heißt, wir haben eine Vierfach-Spaltung am Arbeitsmarkt und leider war die Strategie über lange Zeit „Niedriglohnland Thüringen“ eine verheerende Strategie, die diesem Land und den Menschen in diesem Land geschadet hat.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, Ihre Ankündigung zum Mindestlohn war eine aus unserer Sicht sachgerechte Antwort. Dass da die Landesregierung eine gemeinsame Initiative eingebracht hat, haben wir auch öffentlich positiv begleitet, weil es nicht nur darum geht, zu sagen, wer hat denn die Idee des Mindestlohns erfunden, sondern es geht darum, wer setzt es durch und wie setzen wir es gemeinsam durch, weil das Thema Ungerechtigkeit erst bearbeitet wird, wenn wir einen Mindestlohn haben, der flächendeckend ist und der nicht mehr zwischen West- und Ost-Bundesländern und -Branchen unterscheidet. Und der muss armutsfest sein, der muss dazu führen, was Sie angesprochen haben, nämlich dass man von seiner Hände Arbeit am Ende des Lebens, der Lebensleistung nicht auf staatliche Armutswohlfahrt angewiesen ist.

(Beifall DIE LINKE)

Das ist das Thema, was an Ungerechtigkeit im Raum steht. Ich habe die Ankündigung von Ihnen gehört. Die kann ich unterstützen. Ich habe aber eben auch gelesen, was der Kollege Haseloff aus Sachsen-Anhalt wieder dazu gesagt hat, Ihre Ost-Renten-Initiative teilt er überhaupt nicht, sondern er sagt, dass Sachsen-Anhalt zwar früher aufsteht, aber mit dem Thema nichts am Hut hat. Dasselbe ist auch bei der Mindestlohn-Initiative. Da kann ich sagen, die Mindestlohn-Initiative von Thüringen, wo mir auch persönlich die 8,50 € fehlen würden, also wenn Sie mich fragen, würde ich sie auch klar ins Gesetz reinschreiben. Trotzdem finde ich das Gesetz und die Herangehensweise richtig. Wir unterstützen das. In Sachsen-Anhalt schieben die eine Mindestlohn-Initiative auf den Weg, die hat mit der Initiative von Thüringen so viel zu tun wie Edelstahl mit Diebstahl. Es hört sich so ähnlich an, hat aber mit Gerechtigkeit nichts zu tun, sondern erhöht nur die Ungerechtigkeit, wie sie bisher bestanden hat. Also beim Thema Mindestlohn und beim Thema Alterseinkommen würden wir Sie gern an Ihren Taten messen und nicht nur an der Ankündigung. Das ist unsere Sicht als Opposition auf die Konsequenzen, die Sie aus dem Befund des Thüringen-Monitors vorgestellt haben.

Eine Frage oder einen Fakt möchte ich ansprechen. Sie haben in Ihren Ausführungen zu Recht auf das Denkmal der Sinti und Roma hingewiesen. Es ist eigentlich eine Schande für uns Deutsche, dass es so lange gedauert hat, dass auch den Sinti und Roma würdig gedacht wurde für die Ermordung in der Hitlerbarbarei. Es ist gut, dass das Denkmal

(Abg. Ramelow)

jetzt auf den Weg gekommen ist, dass es da ist, dass ein Gedenkort geschaffen wurde. Sie haben es zu Recht angesprochen. Warum haben wir dann den Abschiebestopp für Roma nicht hier auf der Tagesordnung?

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann sage ich, das ist sozusagen meine Diskrepanz, die ich dann wieder auf der Ebene der Handlungsoptionen sehe, weil ich glaube, man darf nicht im selben Moment Roma in einen Winter abschieben, wo es besser wäre, wir würden auch Menschlichkeit walten lassen. Dieses Stück Menschlichkeit, mahne ich dann an, weil es eben auch in den Häusern, in denen die Menschen im Moment untergebracht sind, drumherum große Irritationen gibt. Wer gestern Abend MDR gesehen hat, da war ein Beitrag über Sachsen. In Großenhain soll gerade eine Asylunterkunft eingerichtet werden und es gab eine Riesenversammlung in einer Kirche und jeder, den man gestern Abend hören konnte, hat gesagt, die wollen wir hier nicht. Wenn das die Haltung ist - das ist nicht nur eine Frage von Sachsen, sondern das ist eine Frage der Unterbringung von Asylbewerbern -, dann gibt es doch durchaus Handlungsbedarf, zu sagen, raus aus diesen Heimen, rein in Einzelunterbringung und eine andere Form des Umgangs mit den Menschen, die hier sind.

(Beifall DIE LINKE)

Es kann doch nicht so schwer sein, dass wir diese Menschen einladen, mit uns zu leben und sie nicht nur zu dulden oder zu erdulden. Sie sind keine Last, sie sind Teil unseres Lebens und das muss der Ansatz sein.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Deswegen sagen wir, Frau Ministerpräsidentin, wir würden gern zu den Themen, die wir ableiten aus dem Monitor, eine klare Sprache auch der Landesregierung erwarten. Das Landesprogramm hat eine deutlichere Sprache verdient. Frau Ministerin Taubert hat sich dazu geäußert, dafür danke ich. Ich würde mir wünschen, wenn das Landesprogramm in diese Richtung jetzt auch sprachlich so weiterentwickelt wird und die ganzen Initiativen und Beratergruppen, die im Land tätig sind, auch finanziell so ausgestattet werden, damit auch in Guthmannshausen eine Kultur entsteht, eine Umgangskultur der Bevölkerung, dass sie merkt, dass wir sie begleiten und nicht nur den Finger auf sie richten, denn die Veräußerung der Landesimmobilie bleibt eine Schande der Landesregierung. Ich kann es Ihnen nicht von den Schultern nehmen, es war eine Landesimmobilie. Damit ist eine Situation geschaffen worden, die wir gemeinsam lösen müssen mit den Bürgern in der ganzen Region. Das meine ich an all den Orten, wo Nazis Häuser gekauft haben und wo aus diesen Häusern diese schleichende

Angst, das schleichende Gift tagtäglich auf den Weg gebracht wird. Dem müssen wir uns in den Weg stellen.

Eine letzte Bemerkung: Wir müssen uns solidarisieren mit den Angehörigen der Opfer. Da tun wir uns irgendwie schwer. Deswegen habe ich vorhin mal den Gedanken geäußert, was wäre denn, wenn es amerikanische, katholische oder evangelische Hedgefonds-Manager gewesen wären. Wie würden wir mit den Familien umgehen? In diesem Fall ist es so, dass man sogar Journalisten oder als Journalisten getarnte V-Leute auf die Familien der Opfer angesetzt hat, das heißt, man hat einen Leidensdruck erzeugt, weil man in der gesamten Mordserie die Schuld immer wieder zurückgewiesen hat oder zurückgegeben hat in die Familien selbst. Ich glaube, diese Diskrepanz heißt es für uns aufzuklären, aufzunehmen und klare Signale für die Opfer, dass wir verstehen haben, dass diese Mordserie uns zum Nachdenken zwingt, unsere Handlungsmaxime verändert und Menschen deutlich zu machen, sie sind alle willkommen.

In diesem Sinne würde ich mir wünschen, wir würden über den Thüringen-Monitor, über die Methoden des Thüringen-Monitors gemeinsam die Weiterentwicklung debattieren. Ich würde mich freuen, wenn wir mit eingeladen wären, über die Methoden miteinander zu reden, aber ich glaube, es ist notwendig, dass wir auch weiterhin das Echolot Thüringen-Monitor nutzen, um uns zu vermessen und festzustellen, wie sind wir Teil dieses gemeinsamen Lebens.

Der Hinweis, den uns die Bürger geben, dass sie die Demokratie gut finden, aber die Handhabung der Demokratie irgendwie großen Mist finden, das sollte uns zum Nachdenken bringen. Das ist eine deutliche Botschaft an uns alle, dass die Mehrheit der Bevölkerung weder in Parteien mitmachen will noch die Praktizierung der Demokratie und der Teilhabe akzeptabel findet. Da haben wir viel, viel mehr zu tun. Eine Mitmach-Demokratie heißt Verantwortung teilen und nicht nur arrogant über die Menschen hinweggehen. Lassen Sie uns die Menschen einladen, mit uns gemeinsam alltäglich Thüringen zu verändern, zu verbessern.

Weltoffenheit misst man nicht an Feststellungen hier am Pult. Weltoffenheit misst man am Bahnhof, wenn es keine rassistisch motivierten Untersuchungen gibt, ob jemand dunkelhäutig ist oder nicht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weltoffenheit misst man daran, dass man nach dem Menschen schaut und nicht nach der Hautfarbe. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat Abgeordneter Mohring das Wort.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wut und Empörung, daran denkt man, wenn man an den Brandanschlag auf die jüdische Synagoge im Jahr 2000 denkt. Klug und weise, daran denkt man, wenn man die Reaktion der damaligen Thüringer Landesregierung annimmt, einen Thüringen-Monitor in Auftrag zu geben. Richtig und konsequent und demokratiefördernd, daran denkt man, wenn man weiß, dass sich die jetzige Landesregierung entschieden hat, Thüringen-Monitore fortzusetzen. Wir sind ausdrücklich dankbar dafür.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und was war dazwischen?)

Wir sind dankbar dafür, dass die Tradition auch in diesem Monitor fortgeschrieben wird, den Thüringen-Monitor auf zwei Standbeine zu setzen: Zum einen auf die Frage, wie halten es die Thüringer mit der Demokratie und zum anderen auf das neue Standbein in diesem Thüringer-Monitor, wie steht es um Thüringen International, wie weltoffen ist dieses Land, welche internationalen Beziehungen und Folgen lassen sich für Thüringen abschätzen. Der Wohlstand unseres Landes hängt genau von diesen internationalen Verflechtungen ab, in einer globalisierten Welt umso mehr, nicht zuletzt, wenn man darauf schaut, dass Thüringen im Jahr 2011 ein Drittel seiner Wertschöpfung im Export erzielt hat.

Die Gunst unserer Lage in der Mitte in Deutschland, in der Mitte in Europa können wir nutzen, wenn wir als Standort attraktiv sein wollen, wenn sich Investoren aus ganz Europa und der Welt für Thüringen entscheiden wollen. Gleichzeitig sehen wir, wir haben seit 1990 400.000 Einwohner verloren. Der geburtenschwächste Jahrgang, der von 1994, macht jetzt gerade Abitur oder steht mitten in der Ausbildung. Wir sind fest davon überzeugt, wenn man das zusammen sieht, die Mitte in Europa, die Mitte in Deutschland, der Demographieverlust an Einwohnern, wir können diese Lücke an Bedarfen, an Menschen, an Fachkräften nur schließen, wenn wir diese Fachkräfte zur Rückkehr bewegen und wenn wir Zuwanderung zulassen.

(Beifall CDU)

Das alles zeigt, das Thema Weltoffenheit, Toleranz, Zuwanderung ist von ausschlaggebender Bedeutung für die Zukunft unseres Freistaats Thüringen. Diese Zukunft werden wir nicht gewinnen, wenn wir als Brutstätte von xenophobem Terror wahrgenom-

men werden. Ich will ganz klar sagen: Wir in Thüringen sind das auch nicht. Das ist nicht Thüringen.

(Beifall CDU, FDP)

Dieser Eindruck konnte seit gut einem Jahr natürlich entstehen, weil im Zusammenhang mit Thüringen vornehmlich von dem in Jena entstandenen nationalsozialistischen Mordkommando die Rede war. Vor diesem Hintergrund ist der Schwerpunkt des Thüringen-Monitors 2012 klug gewählt. Mein Dank gilt vor allem den Wissenschaftlern, die ihn erarbeitet haben, und wer das Konvolut zur Kenntnis nimmt, wird zwar nicht sagen können, es ist alles in Butter, viel wichtiger ist jedoch, dass gern bediente Klischees im Monitor keine Nahrung finden. Das Dunkeldeutschland, in dem die Fremdenfeindlichkeit nistet und das Ausländer lieber meiden sollten, gibt es nicht, im Gegenteil. Die Thüringer verhalten sich gegenüber Fremden und dem Fremden in großem Maße aufgeschlossen. Das bestätigt der Thüringen-Monitor 2012.

(Beifall CDU)

Die Thüringer tun das auf einem Fundament ausgeprägten regionalen und nationalen Bewusstseins. Die Identifikation mit Thüringen ist weiterhin ausgesprochen hoch und ich glaube, es sind erfüllbare Faktoren, die in den Augen der Befragten am ehesten über die Zugehörigkeit entscheiden, nämlich sich selbst so zu fühlen und dort lange gelebt zu haben. Die Offenheit für andere und Heimatliebe sind für mich kein Widerspruch, sondern sie bedingen einander und das zeigt auch die Befragung in diesem Jahr. Nur wer sich seiner selbst einigermaßen gewiss ist, der kann auch offen auf andere zugehen. Je mehr die Menschen in einer globalisierten Welt miteinander verbindet, desto mehr suchen sie auch nach Rückversicherung in den kleinen Einheiten.

(Beifall CDU)

Der Thüringen-Monitor zeigt auch, Probleme entstehen durch kollektive Identitäten erst dann, wenn sie zu geschlossenen Gesellschaften werden. Darauf weisen die Ausführungen völlig zu Recht hin und wir unterstützen diese Analyse. Es ist schön, dass die Thüringer von dieser Tendenz zur Abschottung in weit überwiegendem Maß frei sind, wie die Studie zeigt. Ich finde, das ist eine gute Nachricht.

(Beifall CDU)

In diesem Zusammenhang ist - wie auch unsere Ministerpräsidentin in ihrer Regierungserklärung gesagt hat - von einer Willkommenskultur die Rede, die sich genau in dieser Offenheit niederschlagen soll. Diese Willkommenskultur ist für meine Fraktion Bestandteil einer gelingenden Integrationspolitik. Sie zielt darauf, dass sich Zuwanderer im Land zurechtfinden, die deutsche Sprache beherrschen, so-

(Abg. Mohring)

zial und wirtschaftlich integriert sind und die freiheitlich-demokratische Grundordnung unserer Bundesrepublik innerlich bejahen.

(Beifall CDU)

In diesem Sinne ist bereits viel geschehen. Ich erinnere an das Wirken unserer Ausländerbeauftragten Peters und jetzt Frau Heß. Ich weise auf die Große Anfrage meiner Fraktion zur Migration und Integration vom Februar 2007 hin. Wer sich diese Anfrage noch einmal vornimmt, der sieht eine wahre Fundgrube auf das bis dahin Geleistete. Ich erwähne die Leitlinie „Handlungsempfehlung zur Integration von Zuwanderern in Thüringen“ der letzten Landesregierung von Dieter Althaus. Ich erinnere daran, dass unsere Fraktion seit Langem fordert, dass endlich auch die Anerkennung von Abschlüssen geregelt wird,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie war das mit Herrn Althaus?)

die Zuwanderer und auch unsere Rückkehrer im Ausland erworben haben. Ich appelliere gern an das zuständige Bildungsministerium, dies nun zügig vorzulegen, nachdem der Bund seit Längerem die Rahmenbedingungen für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen gesetzt hat.

(Beifall CDU, FDP)

Ich erinnere daran, dass die jetzige Landesregierung von Christine Lieberknecht bewusst entschieden hat, den Innenminister auch zum Integrationsminister zu machen. Ich freue mich, dass unser Integrationsminister für den kommenden Montag zu einer Einbürgerungsfeier in den Barocksaal der Staatskanzlei einlädt. Das ist Bestandteil der Willkommenskultur, die wir meinen.

(Beifall CDU)

Die Annahme der Staatsangehörigkeit ist der Abschluss einer gelungenen Integration und die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft ist der Höhepunkt eben dieser gelungenen Integration. Sie ist ein Zeichen der Zugehörigkeit mit allen Rechten und Pflichten. Gerade wenn wir uns mehr kulturelle Vielfalt leisten wollen, muss das Band der Staatsangehörigkeit nach unseren Vorstellungen eng verknüpft sein. Die Kommune, das Land, der Nationalstaat, das sind die politischen Ebenen, mit denen sich die Thüringer vor allem verbunden fühlen. Das sind Solidar- und das sind Verantwortungsgemeinschaften, zu denen auch ein emotionales Band gehört. Darin unterscheiden wir uns in keiner Weise von anderen europäischen Völkern, sondern wir teilen gemeinsam in Europa diese Auffassung.

Lassen Sie mich deshalb in diesem Zusammenhang ein Wort zum Wunsch des Justizministers sagen, Staatsangehörigkeiten von EU-Mitgliedsländern ein Landtagswahlrecht in Thüringen und im Bund zu gewähren. Ich will vorwegschicken, dass

ich der Art und Weise, wie unser Justizminister sein Begehren engagiert vorträgt, ausdrücklich Respekt zolle. Ich finde, das gehört auch dazu, wenn man eine politische Idee hat, wie man sie vorträgt und um Zustimmung wirbt - davor habe ich großen Respekt. Er tut das mit großem Anstand und in seiner ruhigen Art. Das kann man nur begrüßen und gut finden. Aber dazu gehört dann auch, dass man Diskurs darüber führt, wie sieht der eine das, wie sehen die anderen das. Unsere Fraktion hat sich gegen diesen Wunsch ausgesprochen, weil wir dieses staatliche Band nicht schwächen wollen. Die Landtage und der Bundestag sind im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland die Parlamente von Staaten. Der Staatsbürger übt auch mit seiner Wahl Staatsgewalt aus, wenn er dann vor allen Dingen Parlamente wählt. Genauso ist es in dieser Gesamtbetrachtung richtig, dass EU-Bürger die Kommunalparlamente mitwählen und ihren unmittelbaren Lebenskreis mitgestalten. Es ist selbstverständlich, dass EU-Bürger auch das Europäische Parlament wählen. Es bleibt ein Ansporn zur vollständigen Integration, wenn wir sagen, die vollen staatsbürgerlichen Rechte übt der aus, der alle Pflichten übernimmt und der die Staatsangehörigkeit annimmt. Aber entscheidend ist auch, wenn man in der Genese sieht, warum dürfen EU-Bürger Kommunalparlamente und Europaparlament wählen und nicht Bundestag und Landtag, daran macht sich das auch an der Staatsdefinition fest, weil unsere kommunale Ebene, aber auch die Regionen in anderen europäischen Mitgliedstaaten und eben auch das Europäische Parlament keine Organe eines eigenen Staatsgefüges sind im Gegensatz zu den deutschen Landtagen im föderalen Bundesstaat und des Deutschen Bundestages.

(Beifall CDU)

Aber es passt dazu, dass die Jenaer Wissenschaftler, die Sozialwissenschaftler, auch die Einstellung zum Fortgang der europäischen Integration abgefragt haben. Das ist angesichts der europäischen Verschuldenskrisen und der im Raum stehenden Lösungswege naheliegend und das Ergebnis ist auch nicht wirklich überraschend. Die europäische Idee kann sich auf eine breite Zweidrittelmehrheit stützen. Das zeigt auch die Festigkeit, wie die europäische Integration auch hier in Thüringen vorangekommen ist. Die Befragten sehen zutreffend die gemeinsamen kulturellen Grundlagen Europas. Etwas Sorge bereitet der andere Befund, nämlich der, dass sich Vor- und Nachteile einer EU-Mitgliedschaft für den Großteil der Befragten in Waage halten. Ich befürchte, dass zurzeit vor allem wirtschaftliche und finanzielle Aspekte, die die Bürger auch aus den Tageszeitungen, aus den Nachrichten jeden Tag wahrnehmen, im Vordergrund stehen, und die Europäische Union als Friedens- und Wertegemeinschaft zu wenig im Blick ist. Ich glaube, dass man raten kann, dass ein etwas feingliedrigeres

(Abg. Mohring)

Fragemuster beim nächsten Thüringen-Monitor an dieser Stelle hilfreich wäre. Ich glaube auch, dass es zu anderen Ergebnissen führen würde, wenn man fragt, welche Vorteile stehen für eine EU-Mitgliedschaft für die Bundesrepublik im Vordergrund. Wenn die Menschen hinsichtlich einer weitergehenden Integration eher skeptisch sind, stützt sich das auch auf reale Befürchtungen, denn der Weg in eine Transfer- und Haftungsgemeinschaft ist keine Erfindung. Richtig ist, unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel kämpft entschlossen dagegen, aber eine Mehrheit der europäischen Staaten hätte sie nur zu gern. Das hat sich auch in Europa herumgesprochen. Es ist gut, dass die Bundesbürger in großer Mehrheit den Kurs unserer Bundeskanzlerin, in Europa eben genau dieses Schrittmäß weiterzugehen, für richtig erklären und es in großer Mehrheit auch unterstützen.

(Beifall CDU)

Die Skepsis, die die Befragten zum Ausdruck bringen, stützt sich jedoch auch auf Erfahrungen unserer Landtagsabgeordneten. Mehrfach hat unser Europaausschuss, den wir in dieser Wahlperiode eingerichtet haben, inzwischen Anlass zu Subsidiaritätsrügen gesehen. Immer wieder engt europäisches Recht unsere gesetzgeberischen Gestaltungsspielräume ein und zwingt uns zu kostspieligen Regelungen. Die Abwasserentsorgung sei nur immer wieder als mahnendes Beispiel genannt.

(Beifall CDU)

Seit Langem sagt nicht allein meine Fraktion, weniger wäre mehr. Es ist nicht Aufgabe der Europäischen Kommission, von Estland bis Portugal und von Zypern bis Großbritannien quer durch Europa Gesellschaften und gewachsene Kulturen anzugleichen. Das widerspricht dem Subsidiaritätsprinzip, das quasi der Gründung der Europäischen Gemeinschaft zugrunde liegt, und nährt die Befürchtung, dass Entscheidungen nicht mehr möglichst bürgernah getroffen werden. Aber genau das wollen wir und genau darin liegt die Chance. Die Stärke der Region in Europa ist die Stärke der Europäischen Gemeinschaft insgesamt. Immer wieder muss gemahnt werden, dass dieser Weg und dieses Schrittmäß genau so eingehalten werden. Das sichert Bürgernähe, die braucht Europa, dann hat Europa auch die Akzeptanz, die wir gern als politische Gemeinschaft wollen.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, unser Europaausschuss ist nicht ohne Grund eingerichtet worden, sondern weil wir wissen wollen, was hat das eigentlich für Konsequenzen, wenn die Europäische Kommission eine Richtlinie auf den Weg bringt. Das hat nichts mit Europaskepsis zu tun, sondern mit der nüchternen Erfahrung, dass jede einmal etablierte Institution versucht, ihren Regelungsbereich auszudehnen.

Wir spüren das auch in Thüringen, die Idee, Verwaltungsreformen auf den Weg zu bringen, ist leicht, die Umsetzung dessen, das zu beseitigen, was sich da ausgebreitet hat, eher schwieriger. Nicht ohne Grund hat das Bundesverfassungsgericht rote Linien für die weitere europäische Integration gezogen. Nicht weil es die europäische Integration nicht will, dazu sitzen viel zu viele Europafreunde am Karlsruher Gericht, sondern weil parlamentarische Beteiligungsrechte nicht entleert werden sollen, denn dann nähme die Demokratie Schaden. Das Grundgesetz gibt uns ein Mandat für den europäischen Staatenbund, aber eben keines für einen europäischen Bundesstaat. Darauf haben die Richter in Karlsruhe immer wieder zu Recht hingewiesen.

(Beifall CDU)

Zu den wiederkehrenden Fragen, eben genau zum zweiten Standbein des Thüringen-Monitors, gehören die nach Stabilität der Demokratie in Thüringen und auch die Fragen nach dem Rechtsextremismus. Bereits vor Jahren haben die Vorgänger der jetzigen Wissenschaftlergeneration festgestellt, die Demokratie in Thüringen hat feste Wurzeln geschlagen. Dieser Befund wird ein um das andere Mal mehr bestätigt, so auch in diesem Thüringen-Monitor, und dass die Demokratiefestigkeit sich so niederschlägt, das ist höchst erfreulich.

(Beifall CDU)

Aber, meine Damen und Herren, die Einschränkungen, durch die uns die Bürger etwas Wasser in diesen Wein gießen, sind genauso geblieben. Dazu gehört zum Beispiel die Aussage von 15 Prozent aller Befragten, im nationalen Interesse sei unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform, oder noch besorgniserregender der harte Kern der Antidemokraten, der nach wie vor immer noch 6 Prozent der Befragten ausmacht. Es ist aber auch irritierend der große Anteil derjenigen, die sagen, dass der DDR mehr eine gute als schlechte Staatsform attestiert wird. Über das Wesen der Demokratie können sie jedenfalls noch nicht nachgedacht haben, wenn sie so eine Aussage treffen.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, es gehören auch die dazu, die überzeugte Anhänger der Demokratie sind, die aber sagen in der Befragung beim Thüringen-Monitor, dass sie mit der Funktionsweise der Demokratie in der Praxis nicht zufrieden sind. Oft haben sie das Gefühl, sie könnten ohnehin nichts mitbestimmen. Auch dies spricht übrigens gegen ein System zu weit gehender Politikverflechtungen, Institutionen mit eindeutigen Rechten und Zuständigkeiten sind eine Grundvoraussetzung, um Einfluss zu nehmen. Ich will angesichts der aktuellen Debatte, die man auch in der Tageszeitung gestern und

(Abg. Mohring)

heute nachlesen kann, ergänzen, Demokratiefestigkeit macht auch das aus, wenn man die, die entscheiden müssen in der Demokratie, auch mit Wissen so ausstattet, dass sie wissen, um was sie abstimmen und nicht sozusagen unter Zeitdruck gesetzt werden abzustimmen, ohne zu wissen, was auf sie zukommt.

Diese Unzufriedenheit ist eine beständige Herausforderung vor allen Dingen für unsere Parteien im Thüringer Landtag. Ich will es ausdrücklich ergänzen zu der Frage, die die Ministerpräsidentin gestellt hat und selbst beantwortet hat: Wir sind noch nicht am Ziel, wenn es um Demokratieerziehung und Demokratiefestigkeit geht. Ich glaube, man kann es ergänzen. Wir werden wahrscheinlich nie am Ziel sein, weil es eine tägliche Aufgabe und eine tägliche Herausforderung für Demokraten bleibt, für die Demokratie zu werben. Der Thüringen-Monitor ist dafür ein wichtiges Beispiel und markiert Jahr für Jahr diese Demokratiefestigkeiten. Deshalb noch einmal Danke dafür, dass es auch hier in dem Landtag in Form einer Regierungserklärung so in das richtige Maß in das Haus gehoben wird.

(Beifall CDU)

Demokratiefestigkeit, das macht sich auch daran fest, dass man Demokratie erklärt. Deshalb begrüße ich ausdrücklich, dass der Thüringer Landtag auch auf Vorschlag der beiden Koalitionsfraktionen im Einvernehmen mit allen Fraktionen und der Landtagsverwaltung sich dazu entschieden hat, wichtige Vorhaben des Landtages, eben wichtige Sätze auch im Internet zur Diskussion zu stellen und die Bürger anzuregen, ihre Meinung dazu zu sagen und das auch aufzunehmen. Es war eine kluge Idee und es ist richtig, dass wir das jetzt machen. Danke für diese Initiative.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Gern geschehen.)

Bleibt schließlich noch ein Wort zur Erhebung zu den rechtsextremen Einstellungen in Thüringen zu sagen. Die Autoren weisen in dankenswerter Klarheit auf die Grenzen der Einstellungsforschung hin. Damit hat unsere Fraktion sich bereits vor fünf Jahren in einer Fachtagung befasst. Wir wissen seit Längerem, dass das gemessene Einstellungsmuster kaum das Wahlverhalten oder die Disposition zur Gewalt beeinflusst. Auch der Anteil derer, die die DDR zurückhaben wollen, ist unter diesen rechtsextrem Eingestellten am größten und jetzt in diesem Monitor erfahren wir zusätzlich, dass sich diese Rechtsextremisten mehrheitlich mehr links als rechts verorten. Das darf verwundern und bedarf einer tiefergründigeren Nachfrage im nächsten Thüringen-Monitor.

Zu Recht fragen die Autoren deshalb danach, wie diesem Einstellungsmuster eigentlich sinnvoll be-

gegnet werden kann. Die einzig sinnvolle Antwort ist nach unserer Ansicht, an den Ursachen anzusetzen. An erster Stelle steht da die autoritäre Orientierung. Prof. Best, der neue Gutachter des Thüringen-Monitors hat sie knapp mit dem Bild umschrieben, nach oben buckeln und nach unten treten. Zu den Ursachen gehört schließlich ein niedriger Bildungsgrad, die empfundene Diskriminierung als Ostdeutscher und Ohnmachtsgefühle gegenüber der Politik. Die CDU-Fraktion empfiehlt seit Langem, dieses Übel an den Wurzeln zu kurieren. Gelingt dies, entzieht das der Fremdenfeindlichkeit und antidemokratischen Einstellung den Boden, egal ob sie nun Diktatur im nationalen Interesse oder DDR-Sehnsucht heißen. Ich glaube, wir tun gut daran, gemeinsam daran zu arbeiten, dass wir diese Notwendigkeit an noch qualifizierterer Bildung in Thüringen umsetzen und dass wir darauf hinwirken, dass die Zahl der Schüler, die Schule ohne Schulabschluss verlassen, zurückgeht. Jeder muss einen Abschluss haben, das ist die Grundlage. Wer einen guten Bildungsabschluss hat, wer sich dann im Leben gut zurechtfindet, der ist auch nicht offen für solche antidemokratischen Haltungen. Das ist die Lehre aus diesem Thüringen-Monitor.

(Beifall CDU)

Ich glaube, viele Programme in Thüringen sind auch mittlerweile so weiterentwickelt, dass sie genau das auch aufnehmen. Ich bin dankbar, dass dieses Haus am Anfang dieser Wahlperiode gemeinsam das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit auf den Weg gebracht hat. Ich will daran erinnern, es war unser erster Beschluss, den wir in diesem Landtag in dieser Wahlperiode gefasst haben. Er ist die Grundlage, wo man genau auch diesen Tendenzen begegnen kann. Es ist wichtig, dass dieses Programm so auf den Weg gekommen ist. Diesen Kurs sollten wir beibehalten, denn was nützen Landesprogramme gegen Rechtsextremismus, wenn sich - und ich will die Umfrage noch mal aufgreifen - die Rechtsextremisten als Adressaten selber als Linke verstehen. Das fragen die Autoren völlig zu Recht, das fragen auch wir noch mal ausdrücklich nach. Ich will das noch mal aufgreifen. Ich glaube, es tut gut, im nächsten Thüringen-Monitor diese Fragestellung vertieft noch mal aufzunehmen.

(Beifall CDU)

Daneben bleiben Bildung, auch - ich sage das ausdrücklich - Herzensbildung, Demokratie, Erziehung und Beteiligungsmöglichkeiten die entscheidenden Ansatzpunkte, um diesen xenophoben Einstellungen und Demokratiefeindschaft den Boden zu entziehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Aufgabe bleibt wichtig, weil Ungleichwertigkeitsvorstellungen dem Begriff der Menschenwürde zuwiderlaufen, die aber unserem Grundgesetz zugrunde

(Abg. Mohring)

liegt. Es wäre allerdings grundfalsch, den Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung eben nur darauf zu beschränken. Die Frage, wer unsere demokratische Staats- und Verfassungsordnung bedroht - auch das zeigt die Untersuchung im diesjährigen Thüringen-Monitor indirekt -, lässt sich mit dem rechtsextremen Einstellungsmuster kaum beantworten. Für die Feindschaft gegenüber fundamentalen Normen und Werten des Grundgesetzes kann es sehr unterschiedliche Motive geben. Deshalb brauchen wir auch in Zukunft einen Verfassungsschutz, der sich mit allen Formen des Extremismus, mit allen Formen politisch motivierter Gewalt und mit allen Formen des Terrors auseinandersetzt, unabhängig davon, wie sie sich selbst ideologisch kostümieren, das ist wichtig.

(Beifall CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei aller berechtigter Kritik an der Arbeit der Institution Innere Sicherheit ist es mir wichtig darauf hinzuweisen, dass wir Verfassungsschutz brauchen. Ich will das nicht vorwegnehmen, was wir untersuchen, aber ich glaube, für uns ergibt sich aus dem Thüringen-Monitor genau diese Schlussfolgerung.

(Beifall CDU)

Ich will abschließend noch eines sagen: Wenn wir darüber nachdenken, wie messen wir Demokratiefestigkeit, dann, glaube ich, sind wir auch gut beraten, darauf einzugehen, auch der Demokratie ein Denkmal zu setzen, vor allen Dingen wenn es für positive Traditionen steht und nicht gegen etwas. Ich will für unsere CDU-Fraktion ausdrücklich sagen zum Vorschlag unserer Kollegen aus der SPD-Fraktion und namentlich des Fraktionsvorsitzenden Uwe Höhn für ein Demokratiedenkmal hier im Umfeld des Thüringer Landtags, unsere Zustimmung sei hiermit signalisiert. Auch das kann ein Beitrag für Weltoffenheit, Demokratie und Toleranz sein. Wir wollen diese Idee ausdrücklich unterstützen.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat Abgeordneter Höhn das Wort.

Abgeordneter Höhn, SPD:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Frau Ministerpräsidentin, zunächst einmal an dieser Stelle einen ganz ausdrücklichen, einen ganz herzlichen Dank für Ihre Regierungserklärung zum Thema Thüringen-Monitor. Es ist schon gesagt, aber nur nicht von allen, er begleitet uns nunmehr schon im zwölften Jahr seines Bestehens. Sie sind auf die Entstehungsgeschichte eingegangen. Es bleibt zu konstatieren, es ist wichtig, es ist gut, dass es diese Erhebungen gibt. Sie sind ein ganz deutlicher und

ein für uns sehr lehrreicher Indikator, wie wir mit solchen extremen, rechtsextremen Einstellungen in Thüringen umzugehen haben als Politik.

Genau wegen dieser Umtriebe damals ist dieser Thüringen-Monitor entstanden. Es ist daran erinnert worden, die Vorgänge um die Erfurter Synagoge, als rechtsradikale Jugendliche im Jahr 2000 diesen Brandanschlag verübt haben, waren der unmittelbare Anlass für diese anschließenden Erhebungen.

Was wir uns alle nicht hätten vorstellen können, meine Damen und Herren, dass es, was rechtsextreme Umtriebe betrifft, noch schlimmer hätte kommen können. Drei Thüringer Rechtsterroristen zogen über zehn Jahre unentdeckt mordend und raubend durch die Republik. Niemand hat sie gestoppt, niemand hat sie zunächst entdeckt, aber vor allem - und das ist für mich besonders erschütternd - niemand hat sie überhaupt erst einmal verdächtigt. Die Behörden gingen nicht von rechtsextremistisch motivierten Straftaten aus, sondern ermittelten stattdessen im Umfeld der Angehörigen der Opfer und damit war man sehr schnell auch im Bereich des Islam. Der Kollege Ramelow hat an dieser Stelle vorhin in seiner Rede ausdrücklich darauf hingewiesen. Es muss auch konstatiert werden, meine Damen und Herren, dass die Gesellschaft und die Politik dieses Vorgehen nicht oder - wenn überhaupt - nur unzureichend infrage stellten. Wenn wir ehrlich miteinander umgehen, dann müssen wir sagen, auch die Bezeichnung „Dönermorde“ haben die meisten ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen. So verwundert es auch nicht, wenn der diesjährige Thüringen-Monitor erhebliche Vorbehalte in der Bevölkerung gegenüber Muslimen und dem Islam als Religion beschreibt. Leider müssen wir uns eingestehen, der Staat hat jahrelang daran mitgewirkt, die Gefahr für Demokratie immer nur bei der extremen Form des Islam, des Islamismus anzusiedeln; von Rechtsterrorismus war jedenfalls zu dieser Zeit kaum oder gar nicht die Rede.

Fakt ist und bleibt, wir Thüringer, wir in Thüringen haben eine besondere Verantwortung, diese Taten aufzuklären. Deshalb, Frau Ministerpräsidentin, ich bin sehr dankbar auch namens meiner Fraktion, dass Sie darauf in Ihrer Erklärung auch wirklich umfassend eingegangen sind. Das Aufdecken der Straftaten des NSU ist auch einer der Gründe gewesen, weshalb der Titel des diesjährigen Monitors unter der Überschrift „Thüringen International: Weltoffenheit, Zuwanderung und Akzeptanz“ steht; das findet unsere ausdrückliche Zustimmung.

An dieser Stelle möchte ich einmal - ich sage das mit einem gewissen Schmunzeln in der Stimme im Gegensatz zu meiner letzten Erwiderung auf eine Regierungserklärung - ein ausdrückliches Lob an den Innenminister loswerden an dieser Stelle. Es steht Thüringen gut, es steht Thüringen sogar sehr gut zu Gesicht, dass Sie, Herr Geibert, entgegen

(Abg. Höhn)

dem Widerstand auch vieler Ihrer Länderkollegen und auch des Bundesinnenministers ungeschwächte Akten an die Untersuchungsausschüsse in Bund und Ländern weitergegeben haben. Das ist die Form von Transparenz, die wir erwarten. Deswegen ermuntern wir auch an dieser Stelle,

(Beifall CDU, SPD)

auch nicht nachzulassen und sich vor allen Dingen von den Widerständen nicht beeinflussen zu lassen. Es ist schon darauf hingewiesen worden, wir haben einen akribisch arbeitenden parlamentarischen Untersuchungsausschuss hier im Thüringer Landtag mit einer engagierten Vorsitzenden, der schon viele Missstände ans Licht brachte.

(Beifall SPD)

Es ist auch zu erwähnen, dass wir im Bereich unserer Medien in Thüringen Leute finden, die mit sehr viel Sorgfalt, mit sehr viel Akribie recherchieren und denen wir ebenfalls viele Erkenntnisse zu verdanken haben. Aber - und das ist dann das Wasser auch im Wein - wir haben eben noch keine umfassenden Vorschläge für eine Reform unserer gesamten Sicherheitsarchitektur. Mir ist klar, die Diskussion dazu läuft, sie läuft nicht nur in Thüringen, sie läuft bundesweit. Aber diese Reform der Sicherheitsarchitekten ist dringend notwendig und es liegt zunächst einmal in der Verantwortung des Innenressorts, dass Verfassungsschutz und Landeskriminalamt neu aufgestellt werden und - ich sage auch ganz deutlich - sich neu aufstellen. Doch obwohl inzwischen jedem klar sein dürfte, dass das Versagen der Sicherheitsbehörden, wie in den entsprechenden Ausschüssen mittlerweile dokumentiert, nicht nur struktureller, sondern auch personeller Natur war, fehlt, sage ich, sagen wir, ein schlüssiges Gesamtkonzept, meine Damen und Herren. Wir, die SPD-Fraktion, meinen, die Fehler der vergangenen Jahre verlangen grundlegende inhaltliche, strukturelle und personelle Veränderungen - kurzum eine neue Sicherheitsarchitektur. Wir haben klare Anforderungen, wie diese Struktur in Zukunft aussehen soll. Da wäre zum Ersten zu sagen, wir wollen eine konstruktive Zusammenarbeit anstelle von Behördenchaos. Die Sicherheitsbehörden müssen verpflichtet werden, sich besser zu koordinieren und relevante Informationen auch entsprechend auszutauschen und weiterzugeben. Wir wollen zweitens die Analysefähigkeit durch professionelle Auswertung stärken. Das ist - das hat zum Beispiel auch der Schäfer-Bericht gezeigt - ein großes Manko in der Vergangenheit gewesen. Der Schwerpunkt der Aufgaben des Verfassungsschutzes soll von der Informationsgewinnung zur Informationsaufbereitung und -auswertung verlagert werden. Das wäre die zweite Forderung unsererseits. Drittens müssen wir klären, sehr deutlich und vor allen Dingen schnell, in welchen Bereichen in Zukunft V-Leute arbeiten sollen. Vor allem müssen wir für ei-

ne gesetzliche Normierung für die Kriterien von Auswahl, Führung und Dokumentation und auch für die Grenzen des Einsatzes sorgen. Nicht zuletzt darf es keine V-Leute in Führungsgremien verfassungsfeindlicher Parteien und Organisationen mehr geben.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Vergiss die Justiz dabei nicht. Dem Rest stimme ich zu. Auch die Justiz hat ein gerüttelt Maß an Schuld.)

Herr Kollege Fiedler, es besteht auch für Sie die Möglichkeit, sich hier vorn zu produzieren, das können Sie gern tun.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Ja, aber ich muss es gleich sagen, sonst vergesse ich es.)

Nichtsdestotrotz werde ich meinen vierten Vorschlag unterbreiten. Wir brauchen kompetentes Führungspersonal anstelle von Personalrotation. Eine qualitative Neuausrichtung speziell des Verfassungsschutzes erfordert die Verbesserung der Personalauswahl, der Personalführung, und eine verpflichtende Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir brauchen einen Mentalitätswechsel, meine Damen und Herren, wir müssen weg von Korpsgeist und Geheimniskrämerei

(Beifall SPD)

hin zu einem Selbstverständnis, in dessen Zentrum der Schutz der demokratischen Ordnung gemeinsam mit anderen Verfassungsorganen steht. Last, but not least - die Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes ist und bleibt ein notwendiger Punkt in einer neuen Sicherheitsarchitektur. Das wären die Vorschläge, die wir als SPD in die Debatte einzubringen haben.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, es war mir wichtig, an dieser Stelle zu diesem Thema diese Punkte hier anzusprechen, weil uns das seit vielen Monaten in wirklich außerordentlichem Maße bewegt. Die Studie sagt uns, rein zahlenmäßig gesehen, rechtsextreme Einstellungen sind zurückgegangen. Das ist erfreulich. Vielleicht kann man da konstatieren, dass unser aller Anstrengungen, die ich niemandem in Abrede stellen will, im Kampf gegen Rechtsextremismus in gewissem Maße Wirkung gezeigt haben. Vielleicht ist aber auch dieser Rückgang durch Effekte der sogenannten sozialen Erwünschtheit oder durch einen Erkenntnisprozess bei vielen Menschen infolge der erschreckenden Erkenntnisse bei der Aufdeckung der NSU-Taten zu erklären. Deutlich wird aber in jedem Fall, meine Damen und Herren, dass wir uns mit diesem Ergebnis nicht zufriedengeben dürfen. Rechtsextremismus darf, wenn überhaupt - am besten ist, es gibt ihn überhaupt nicht, aber wir können ihn nicht wegdiskutie-

(Abg. Höhn)

ren -, nur eine Randerscheinung sein. Davon sind wir in Thüringen leider noch weit entfernt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich darf an dieser Stelle erinnern, in der letzten Woche gab es den Versuch - ich glaube, Kollege Ramelow hat es in seiner Rede schon angesprochen - in verschiedenen Teilen Thüringens, so leider auch in meinem Heimatlandkreis Hildburghausen, in einer Kleinstadt in Ummerstadt ist der Versuch unternommen worden von Rechtsextremen, den Volks- trauertrag für ihre Zwecke zu missbrauchen. Ich bin sehr dankbar, dass viele, viele Menschen des Heldburger Unterlandes sich an diesem Tag in der Kirche versammelt haben, um ein deutliches Zeichen gegen diese Umtriebe zu setzen. Darauf können wir durchaus stolz sein.

(Beifall im Hause)

Die Vorgänge eine Woche vorher auf dem Markt- platz in Hildburghausen sollen auch nicht an dieser Stelle unerwähnt bleiben. Das heißt, ich will damit sagen, wir dürfen nach wie vor nicht nachlassen in unseren Bemühungen, den Rechtsextremismus in seine Schranken zu verweisen.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammen- hang muss und will ich ganz deutlich auch auf das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit zu sprechen kommen. Wir als Sozial- demokraten bezeichnen uns durchaus mit Fug und Recht als einen der Initiatoren. Richtig ist, es ist ein gemeinsamer Beschluss des Landtags, der erste gemeinsame Beschluss des Landtags dieser Legis- latur gewesen, dass es überhaupt dieses Pro- gramm gibt, und es ist klar geworden, es war und es ist nach wie vor dringend notwendig. Zeigt doch die Studie, zeigt doch der Thüringen-Monitor, dass wir rechtsextreme Einstellungen nicht nur bei denen finden, die sich auch selbst als Rechte bezeichnen. Nein, viele von denen, denen die Studie eine rechtsextreme Einstellung zuschreibt, verorten sich ganz woanders auf der Skala der politischen Ein- stellungen. Frau Lieberknecht hat darauf hingewie- sen in ihrer Rede. Sie bezeichnen sich oftmals gar als links. Das heißt für mich, das heißt für uns, rechtsextreme Einstellungen und Denkmuster sind in der ganzen Gesellschaft vorzufinden und es ist auch ein Problem der sogenannten Mitte der Ge- sellschaft und genau an dieser Stelle setzt das Lan- desprogramm an. Gefördert werden nicht nur Initia- tiven, die sich die Bekämpfung des öffentlich zuta- ge tretenden Rechtsextremismus zur Aufgabe ge- macht haben, sondern es fördert auch Projekte zum Beispiel in den Vereinen, in den freiwilligen Feuerwehren, in den Sportvereinen, genau da, wo die unterschiedlichsten Menschen mit unterschied- lichsten Interessen zusammenkommen. Dieses En- gagement müssen wir weiter ausbauen und deswe- gen ist die deutliche Aufstockung der finanziellen

Mittel dieses Landesprogramms im jetzt vor uns lie- genden Doppelhaushalt ein ganz wichtiger Schritt.

(Beifall SPD)

Es ist noch ein Schritt notwendig, den können wir leider von Thüringen recht wenig beeinflussen, wir werden ihn nach wie vor und weiterhin deutlich kriti- sieren, das ist die sogenannte Extremismusklausel, die vom Bund hier angewandt wird.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das muss weg, das sage ich so deutlich, wie ich hier stehe.

Ich will mich an dieser Stelle sehr deutlich und auch wirklich erfreut bei unserer Sozialministerin Heike Taubert bedanken, die sich wirklich engagiert für die Fortentwicklung des Programms eingesetzt hat. Es erscheint vor dem Hintergrund der Studie durchaus richtig, das Programm einzig auf die För- derung von Projekten gegen Rechts auszurichten. Es war ein richtiger Schritt, den sie da gegangen ist und er findet auch unsere ausdrückliche Unterstüt- zung an dieser Stelle.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich müssen wir auch den Kampf gegen die extremen Rechte auf allen Gebieten verstärken. Ich möchte an dieser Stelle betonen, wir müssen alle rechtsstaatlichen Mittel ausschöpfen in diesem Kampf. Wir müssen zum Beispiel alles daran set- zen, den Immobilienerwerb durch Rechtsextreme zu verhindern, ob es immer zu verhindern ist, zu- mindest zu erschweren, aber deutliche Zeichen da- gegenzusetzen, wir müssen alles daran setzen, rechte Konzertveranstaltungen zu untersagen und, wo es möglich ist, Versammlungsverbote entschie- den durchzusetzen. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich alle zuständigen Behörden ermuntern, sich nicht zu und nicht so vorsichtig, wie ich das ge- rade in den letzten Wochen erlebt habe, bei der Genehmigung von rechtsextremen Veranstaltungen zu verhalten. Wir glauben, damit auch ein deutli- ches Zeichen zu setzen. Natürlich muss dem rechtsstaatlichen Gebot der Versammlungsfreiheit Rechnung getragen werden, aber ich habe manch- mal den Eindruck, bei Genehmigung von solchen Veranstaltungen wird es den Antragstellern oftmals zu leicht gemacht, das muss an dieser Stelle nicht sein.

(Beifall SPD)

Ebenso wichtig ist es, meine Damen und Herren, und das weiß man übrigens nicht erst nach dem Lesen dieser jetzt vorliegenden Studie, dass wir die Möglichkeiten für Bildung und Teilhabe, vor allen Dingen junger Menschen, stärker ausbauen müs- sen. Nachweislich ist das eines der besten Mittel, um rechtsextremen Denkweisen gar nicht erst den Weg zu ebnen. Wenn wir die Studie zur Hand neh-

(Abg. Höhn)

men, dann wird auffällig, dass es eine Anfälligkeit für rechtsextremes Gedankengut gibt, je niedriger der Bildungsabschluss der jungen Menschen ist. Das zeigt, dass wir den Menschen die Chancen zu besserer Bildung bieten müssen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, unabhängig von ihrem Status. Es geht um Integration in und durch Bildungseinrichtungen und das meint auch Integration von Zuwanderern und Integration von sozial schwächeren Menschen mit Behinderungen. Es geht um Inklusion anstelle von Ausgrenzung. Wir müssen und wollen Andersartigkeit und gesellschaftliche Vielfalt erfahrbar und erlebbar machen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Unser Bildungsminister Christoph Matschie geht hier den richtigen Weg. Die Einführung der Thüringer Gemeinschaftsschule, das neue Kindertagesstättengesetz, verbunden mit einer besseren Betreuung und die verlässliche Finanzierung der Hochschulen sind einige Beispiele für eine zukunftsgerichtete Bildungspolitik, die wir nicht nur weiterverfolgen sollten, sondern auch weiterverfolgen müssen.

Meine Damen und Herren, es bleibt uns allerdings nicht erspart, auf einige besorgniserregende Aspekte der Umfrage des Thüringen-Monitors an dieser Stelle einzugehen. Einerseits zeigt die Umfrage, dass die Thüringer - das verwundert mich als Südhüringer nun überhaupt nicht - sehr gastfreundlich und weltoffen sind. So sehen 87 Prozent der Thüringer Zuwanderung als kulturelle Bereicherung. Zwei Drittel der Befragten befürworten auch ein kommunales Wahlrecht für hier lebende Ausländer. Das ist erfreulich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn in einer globalisierten und immer stärker vernetzten Welt bedarf es eben einer Grundhaltung, die dieser Tatsache Rechnung trägt. Aber auch wirtschaftlich ist diese Weltoffenheit von immenser Bedeutung. Deutschland und Thüringen leben vom ständigen Austausch mit anderen. Die Zeit der regionalen, die Zeit der nationalen Beschränkung ist längst vorbei, meine Damen und Herren. Klar ist, unser Wohlergehen vor Ort ist auch abhängig vom Wohlergehen andernorts, das sollten wir uns immer wieder vor Augen halten. Wirtschaftliche Verflechtung bedeutet mehr als den Austausch von Gütern. Es wandern auch Menschen und es wandern auch Ideen. Es bedarf nicht nur Fremdsprachenkenntnissen und es ist mehr als eine Erweiterung des Kreises möglicher Urlaubsziele, vielmehr geht es um interkulturelle Kompetenzen und interkulturelles Lernen. Damit verknüpft ist natürlich auch eine soziale Verantwortung. Wir brauchen ein offenes Thüringen nach außen wie nach innen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, SPD)

Frau Ministerpräsidentin hat in ihrer Rede deutlich gemacht, dass sie für eine offene, für eine wirklich umfassende Willkommenskultur hier bei uns in Thüringen eintritt. Das ist richtig und wird von uns - ich glaube, ich habe das schon erwähnt, ich will das gern noch einmal tun - ausdrücklich unterstützt. Ich nehme allerdings auch zur Kenntnis, nicht alle in Ihren Reihen, Frau Ministerpräsidentin, sehen das so. Auch die Thüringer Bevölkerung ist da offenbar ein Stück weiter. Die Studie sagt, die Thüringer stehen anderen Kulturen grundsätzlich offen gegenüber, sie begrüßen die Zuwanderung, sie treten mit großer Mehrheit für ein kommunales Wahlrecht ein, auch für Nicht-EU-Bürger - hört, hört an dieser Stelle. Kurzum, die Weltoffenheit der Thüringer ist offenbar größer als bei manch einem in diesem Hause, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt weitere Themen, die wir im Zusammenhang mit einer besseren Willkommenskultur für notwendig erachten. Noch immer gibt es etwa die diskriminierende Residenzpflicht, die endlich abgeschafft gehört, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erst vorgestern, wer hätte das gedacht, hat das CDU-geführte Hessen die Abschaffung der Residenzpflicht verkündet, und das unter einem Ministerpräsidenten, den man durchaus, zumindest was dieses Thema betrifft, in den eigenen Reihen schon früher als Hardliner bezeichnet hat. Sein Innenminister, und das ist für mich ein sehr deutliches Signal, der hessische Innenminister spricht von einem Schritt zu mehr Menschlichkeit und von vielen positiven Erfahrungen anderer Länder. Ja, meine Damen und Herren, inzwischen sind es nämlich 14 Bundesländer, die die Residenzpflicht abgeschafft haben. Wir fordern das ganz klar auch für Thüringen. Das ist eine Aufgabe, Herr Innenminister, der Sie sich stellen müssen.

(Beifall SPD)

Es ist angesprochen worden, zu dieser Menschlichkeit gehört natürlich auch die Frage des sogenannten Wintererlasses,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wenn es um die Abschiebung von Sinti und Roma und Ashkali in die Staaten der Balkanhalbinsel geht. Auch das ist in anderen Ländern gang und gäbe. Hinzu kommt die Novellierung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes, die sich momentan im Geschäftsgang des Innenausschusses befindet. Wir haben als Fraktion vorgeschlagen, dass in das Gesetz ein Passus eingefügt werden soll, der gewährleistet, dass soziale Organisationen nach Anmel-

(Abg. Höhn)

dung jederzeit Zugang zu den Gemeinschaftsunterkünften erhalten. Auch hier gibt es noch Widerstände. Da muss ich am Ende konstatieren, das ist nicht die Form von Willkommenskultur, die Thüringen gut zu Gesicht steht.

(Beifall SPD)

Hier muss sich Entscheidendes ändern, meine Damen und Herren. Es braucht eine substanzielle Verbesserung der Situation auch von Asylbewerbern. Ich sage ganz deutlich, meine Fraktion wird hier an dieser Stelle nicht nachlassen, diese Forderungen weiterhin zu erheben.

Es ist erwähnt worden, beim Wahlrecht für hier lebende Ausländer ergibt sich ein ähnliches Bild. Das Regionalwahlrecht, das heißt das Wahlrecht von EU-Bürgern bei Landtagswahlen für EU-Ausländer zum Beispiel, findet noch keine Mehrheit in diesem Hause. Ich hoffe, auch hier ergibt sich ein Wandlungsprozess. Ich habe es schon erwähnt, die Einstellung der Thüringer laut Thüringen-Monitor ist an dieser Stelle schon ein ganzes Stück weiter.

(Beifall SPD)

Frau Lieberknecht, Sie können auf uns, Sie können auf mich zählen, wenn es darum geht, die Förderung einer gelebten Willkommenskultur weiter voranzutreiben. Es ist erfreulich, für mich erfreulich, für uns erfreulich, dass Sie mit Ihrer Rede heute diesen Weg vorgezeichnet haben, den so manch ein anderer in diesem Hause noch gehen muss. Wir sollten und wir wollen Deutschland als Zuwanderungsland akzeptieren, Bedingungen für Integration verbessern und - wie man so schön sagt - eine Willkommenskultur auch wirklich leben.

(Beifall SPD)

Ich hoffe, wir können uns gemeinsam durchsetzen, meine Damen und Herren. Ihre Initiativen, Frau Ministerpräsidentin, aber auch die Initiative des Wirtschaftsministers zur Internationalisierung und Öffnung Thüringens, gerade auch im wirtschaftlichen Bereich, will ich an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen. Die in der letzten Zeit absolvierten Auslandsreisen haben gezeigt, dass es sich lohnt, für Thüringen in der Welt zu werben. Auch das zeigt eine Form von Weltoffenheit, von der wir am Ende hier in Thüringen und in Deutschland profitieren.

Meine Damen und Herren, es gibt noch einen Passus oder ein Ergebnis des Monitors zu erwähnen, der gerade für uns hier im Parlament nicht so wirklich erfreulich ist. Das politische Interesse der Thüringer ist so niedrig wie noch niemals zuvor, aber gerade der Bestand unserer demokratischen Ordnung beruht auf Zustimmung und er beruht auf Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Was heißt das? Das heißt für uns, wir müssen, wir sollten alles daran setzen, Politik- und Parteiverdrossenheit entschieden entgegenzuwirken. Wir müssen die

Menschen dazu ermuntern, sich mehr zu beteiligen. Da gibt es Möglichkeiten, die wir noch verstärken, die wir noch ausbauen können bei der Frage von Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene oder auch an der Stelle ein konkretes Beispiel, nämlich die Einführung des Wahlrechts ab 16 bei Landtagswahlen. All das sind Vorschläge, die sind nicht erst seit heute oder seit gestern in der Welt, aber angesichts dieser Studie müssen wir diese Ergebnisse ernst nehmen und entsprechend als Politik darauf reagieren. Wie gesagt, unsere Unterstützung als Sozialdemokraten an dieser Stelle kann ich da nur noch betonen.

Last, but not least: Mein Kollege Mohring hat mich gelobt, das ist sehr erfreulich, dafür bedanke ich mich ausdrücklich. Das äußere Zeichen für Demokratie und Weltoffenheit - ich betone es ausdrücklich -, das äußere Zeichen eines Denkmals hier im Umfeld des Thüringer Landtags als Vorschlag. Wir sollten diese Idee fraktionsübergreifend gemeinsam mit der Präsidentin weiter aufgreifen. Die Initiative auch meinerseits wird dort fortgeführt werden, das kann ich an dieser Stelle schon sagen. Ich glaube, nicht nur uns als Parlament, in Gesamth Thüringen würde uns ein solcher Gedenkort für Demokratie sehr gut zu Gesicht stehen.

Abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren, trotz aller in Teilen vorgebrachter Kritik, die Landesregierung beschreitet nach unserer Auffassung insgesamt einen guten Weg bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus und bei der Aufklärung der Mordserie. Erste Konsequenzen sind durchaus sichtbar. Wir haben - ich darf daran erinnern - in diesem Haus das Verfassungsschutzgesetz geändert und zum Beispiel auch schon für mehr parlamentarische Kontrolle gesorgt. Die wirtschaftliche Situation der Thüringer wird besser, ein Indikator dafür, die Arbeitslosenquote ist für Thüringen erfreulich, wenngleich auch in ihrer absoluten Zahl immer noch zu hoch, das muss man deutlich sagen. Auch das sind Ergebnisse der Politik dieser Koalition, die geeignet sind, dem Rechtsextremismus den Nährboden zu entziehen. Dennoch, meine Damen und Herren, macht die Studie eines sehr, sehr deutlich: Wir dürfen nicht nachlassen. Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Für die Fraktion der FDP spricht Abgeordneter Uwe Barth.

Abgeordneter Barth, FDP:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, nachdem im November des vergangenen Jahres die neonazistische Terrorzelle, die sich selbst NSU genannt hat, aufgefliegen ist, fand sich unser Land,

(Abg. Barth)

fand sich Thüringen vor allem an einem Ort wieder, nämlich am öffentlichen Pranger. Um nicht falsch verstanden zu werden an der Stelle, die von diesem Trio begangenen Morde, die verübten Taten sind durch nichts zu rechtfertigen, sind heimtückisch und abscheulich.

(Beifall FDP)

Das Maß an Unprofessionalität, mit dem die Behörden die Sicherheit in unserem Land gewährleisten sollen, in diesem Zusammenhang gearbeitet haben, verlangt genauso nach Aufklärung und auch nach spürbaren Konsequenzen. Das haben alle Vorredner gesagt. An dieser Stelle gibt es in diesem Haus auch keine zwei Meinungen. Aber ein Jahr lang wird unser Thüringen landauf, landab als „Naziland“ dargestellt, und es ist meine feste Überzeugung - und da bin ich sehr eng bei Kollegen Mohring -, wenn ich sage, dieses Bild ist falsch, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Dieses falsche Bild schadet uns und unserem Land, weil es Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Thüringen haben, in ein falsches Licht rückt, weil es Menschen, die nach Thüringen kommen wollen oder hier investieren wollen, abschreckt, es schadet uns, wenn das das Bild von Thüringen in der Öffentlichkeit ist.

(Beifall FDP)

Jeder Rechtsextreme ist einer zu viel, überhaupt keine Frage,

(Beifall FDP)

aber auch jeder Linksextreme und auch jeder religiös motivierte Extreme ist einer zu viel,

(Beifall CDU, FDP)

deshalb sind die Formulierung und der Titel des Landesprogramms „Für Demokratie und Weltoffenheit“ aus unserer Sicht genau der richtige.

(Beifall CDU, FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen es nicht zulassen, dass unser Land von außen als Dunkeldeutschland wahrgenommen wird. Niemand muss in Thüringen Angst haben, niemand muss mit Angst und feuchten Händen in Thüringen aus dem Zug steigen, nicht in Nordhausen, nicht in Gera oder Bad Salzungen und auch nicht in Jena. Das gilt für Schriftsteller aus Jena, aus München genauso wie für Teams des ZDF, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Die Wahrheit ist, wir Thüringer sind in unserer überwiegenden Mehrzahl nette und normale Menschen. Man kann das auch weltoffen, selbstbewusst und heimatverbunden nennen, aber das ist doch alles

ganz nett und eigentlich auch ziemlich normal, zumindest in Deutschland. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, will ich mit einem Ergebnis beginnen, was mich ganz besonders freut. Die Idee der Freiheit, eine zutiefst liberale Idee, ist in Thüringen tief und fest verwurzelt. Wenn wir Thüringer vor die Wahl gestellt werden, Freiheit oder Gleichheit, dann entscheidet sich eine überwiegende, eine deutliche Mehrheit für die Freiheit. Das ist eine gute Botschaft.

(Beifall FDP)

Überdurchschnittlich offen sind sogar unsere jungen Menschen, meine Damen und Herren. Die unter 25-jährigen Leute würden sich vor genau diese Wahl, Freiheit oder Gleichheit gestellt, zu zwei Dritteln für die Freiheit entscheiden. Das finde ich richtig klasse, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall FDP)

Ich finde es auch gut und rechne es den Autoren der Studie, denen ich an dieser Stelle auch ausdrücklich danken will, sehr hoch an, dass sie die Ergebnisse ihrer Befragungen und die möglichen Interpretationen durchaus vorsichtig und kritisch hinterfragen und formulieren, denn in der Tat gibt es eine ganze Reihe von ambivalenten und in sich zunächst oder tatsächlich scheinbar widersprüchlichen Ergebnissen. So sind wir Thüringer zu über 90 Prozent der Meinung, dass Zuwanderer vollständig am Leben in unserem Land teilhaben sollen. Kaum jemand stört sich an der Herkunft seiner Arbeitskollegen oder seiner Nachbarn. Auch der Zugang von Ausländern wird, etwas abgestuft nach Herkunftsländern, aber in der Mehrzahl in jedem Fall deutlich befürwortet. Unser Land braucht Zuwanderung, das heißt, es braucht Zuwanderer. Das wissen wir und deshalb heißen vier von fünf Thüringern ausländische Arbeitskräfte herzlich willkommen und befürworten auch deren gezielte Anwerbung, meine Damen und Herren. Ich bekenne, ich gehöre zu diesen 80 Prozent, deshalb kann ich auch die moralisch gelegentlich hochkondensierten Debatten, die hier in diesem Raum dazu geführt werden, über die Frage, gibt es vielleicht Zuwanderer, die für unsere Volkswirtschaft nützlicher sind, die wir brauchen, nicht nachvollziehen.

(Beifall FDP)

Ich bin, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch der Meinung, dass nicht jeder gleich rechtsextrem ist, der sagt, ich halte es nicht für richtig, dass wir eine Position beziehen, die heißt, jeder soll in unser Land kommen, bedingungslos und ohne dass wir irgendeine Erwartung hinsichtlich eines Verhaltens oder eines Bekenntnisses, keines religiösen wohl gemerkt, sondern eines Bekenntnisses zu unseren Grundwerten von ihm erwarten. Nicht jeder, der diese Erwartung hat, ist automatisch ein Rechter, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Barth)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, zu was denn, was ist denn das Grundbekenntnis? Das ist doch kein Wahlprogramm, zu dem man sich bekennt.)

An die Adresse der Ministerpräsidentin will ich an dieser Stelle sagen: Frau Ministerpräsidentin, Sie haben gesagt und auch erkannt, dass wir Zuwanderung und Zuwanderer brauchen. Aber ich will sagen, Ihre ganze schöne Internationalisierungsstrategie, auch die „Thüringen braucht dich“-Kampagnen sind in Wahrheit nur die Hälfte wert, wenn Sie es nicht endlich unterbinden, dass aus Ihrer eigenen Regierung heraus unser Land permanent schlechtgeredet wird.

(Beifall FDP)

Sie wissen, was ich meine. Wenn Ihr Wirtschaftsminister Thüringen als Ort der Ausbeutung und als dunkles Kapitel im Umgang mit den Arbeitnehmern in Deutschland insgesamt darstellt.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Das hat er so nie gesagt.)

Meine Damen und Herren, wie erklärt sich die hohe Zustimmung zur Zuwanderung auf der einen Seite, wenn auf der anderen Seite fast die Hälfte von uns den Bau einer Moschee in seiner unmittelbaren Nachbarschaft als störend empfindet oder wenn auch die Hälfte meint, dass Zuwanderer den deutschen Sozialstaat ausnutzen? Ist man rechtsextrem, wenn man solche Antworten gibt? Ist es wirklich ein Widerspruch? Was bedeutet es, wenn fast jeder Zweite sagt, dass unser Land in einem gefährlichen Maß überfremdet ist? Wobei hier nicht nach Thüringen, sondern nach Deutschland gefragt wurde. Warum eigentlich? Das ist eine Frage, die ich an die Autoren der Studie richte: Was bedeutet es, wenn diese Frage bei einem Ausländeranteil in Thüringen von 2 Prozent nicht gestellt wird, ist Thüringen überfremdet, sondern ist Deutschland überfremdet, empfinden Sie Deutschland als überfremdet? Und was bedeutet diese Antwort für uns? Ich kann mit diesem Befund offen gesprochen nicht so sehr viel anfangen.

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dass wir in der Mitte der Gesellschaft ein Problem haben.)

Aber die Frage ist: Wo liegt bei diesem - Frau Siegesmund, Sie haben ja dann die Gelegenheit, uns das alles zu erklären - scheinbar oder tatsächlich widersprüchlichen Meinungsbild die Wahrheit? Ich weiß es nicht, ich sage es ganz ehrlich, ich weiß es nicht. Wahrscheinlich wie so oft im Leben irgendwo dazwischen, irgendwo zwischen den Extremen, auch nicht in der Mitte übrigens, aber eben irgendwo dazwischen. Es existiert - und das sagen ja auch die Autoren der Studie selbst - eine große

Diskrepanz zwischen der Fremdeinschätzung durch Wissenschaft und Politik und der Selbsteinschätzung der Befragten. Die wissenschaftlichen Bewertungen, das muss ich jetzt mal richtig ablesen, die wesentlich von indikatorengestützten Klassifikationen ausgehen, sehen sich konfrontiert mit medienvermittelten und erfahrungsgestützten Wahrnehmungen, die sich zu komplexen und gelegentlich widersprüchlichen Einstellungsmustern verdichten. So klingt es in Deutsch von Sozialwissenschaftlern. Ich würde das übersetzen damit, dass ich sage, die Befragten werden wahrscheinlich die Fragen auch aus ihrem persönlichen Erfahrungsschatz heraus und in ihrem persönlichen Lebensumfeld beantworten. Dass man sich selbst nicht für rechtsextrem hält, wenn man eine Moschee nicht unmittelbar vor der Haustür haben will, das halte ich jetzt für nachvollziehbar und nicht für rechtsextrem. Es gibt auch Leute, die klagen gegen das Geläut von christlichen Kirchen, ohne dass sie deswegen gleich in irgendeine extreme Ecke gestellt werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau, erschießen wir deshalb welche?)

Es gibt, Herr Adams, tatsächlich Kirchen, die wegen solcher Klagen ihr Geläute zu bestimmten Zeiten einstellen müssen. Das gibt es tatsächlich, hört, hört.

(Zwischenruf Abg. Hitzing, FDP: In Schmölln.)

Und dass sich fast die Hälfte der Befragten für links und auch weit links einordnen, das halte ich auch für erklärbar. In der öffentlichen Debatte wird zwischen ein bisschen rechts und rechtsextrem eigentlich kein Unterschied gemacht. Alles, was unmittelbar neben der Mitte anfängt, ist in der öffentlichen Debatte ein brauner Sumpf. Das linke Spektrum dagegen wird in ein Tausend facettenreiches Spektrum aufgegliedert. Diese ganzen einzelnen Facetten haben vor allem eins gemeinsam, sie sind alle furchtbar nett und auf jeden Fall en vogue.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, erklärt, dass man sich natürlich lieber auf der gesellschaftlich akzeptierten Seite selbst einordnet, als irgendwo, wo man Angst haben muss, gleich stigmatisiert zu werden. Man ist kein potenzieller NSU-Mörder, nur wenn man an der einen oder anderen Stelle auch mal Entwicklungen skeptisch gegenübersteht.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau, was haben Sie eigentlich gegen diese Leute?)

Und die Skepsis gegenüber der Politik, meine Damen und Herren, hat vielleicht auch damit zu tun, dass da eben so schnell Stigmatisierungen vorgenommen werden. Wenn wir immer gleich mit dem

(Abg. Barth)

erhobenen Zeigefinger kommen und von vornherein Antworten als falsch oder richtig klassifizieren, wenn wir Fragen gar nicht mehr zulassen, dann wird natürlich keine Diskussion stattfinden, dann kriegen die Menschen keine Antwort und dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn dieses Selbst- und Fremdbild in diesem Maße auch auseinanderfällt und wenn solche Antworten zustande kommen.

(Beifall FDP)

15 Prozent sagen, der Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten. Man muss schon eine sehr selektive Wahrnehmung haben, um auch nur ansatzweise zu so einem Bild zu kommen, wenn man die Verhältnisse einigermaßen gesamt betrachtet, kann man so eine Antwort in keiner Weise nachvollziehen. Für mich ist das völlig unnachvollziehbar, wenn es dieses Wort gibt, wie man zu so einer Antwort kommen kann. Aber auf der anderen Seite sagt mehr als die Hälfte heute, die DDR hätte mehr gute als schlechte Seiten. Es geht hier also nicht um das Ampelmännchen, den grünen Pfeil oder den Brötchenpreis, sondern es geht um die Lebensumstände in der DDR insgesamt. Über alle Altersgruppen hinweg sieht über die Hälfte der Menschen in unserem Land das Leben der letzten Diktatur auf deutschem Boden, deren Ende gerade mal 23 Jahre zurückliegt, heute mehr positiv als negativ, nicht ein bisschen, mehr positiv. Da spielen persönliche Lebensumstände eine Rolle. Die Tatsache, dass man sich an Schönes lieber und wahrscheinlich auch länger erinnert als an Negatives, mag da auch eine Rolle spielen. Aber die Wahrheit in der Erinnerung ist doch, dass die überwältigende Mehrheit der echten Bevölkerung damals in der DDR mit dem Land und dem Regime, in dem es leben musste, so wenig anfangen konnte, dass man die herrschende Kaste mit erheblichem Risiko zum Teufel gejagt hat, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, im letzten Jahr.)

Das macht man doch nicht, wenn es eigentlich ganz nett ist. Also Verklärung, würde ich mal sagen, ist da jedenfalls im Spiel. Was mich dann aber besonders überrascht, ist, dass auch die Hälfte der unter 25-jährigen Thüringer noch dieser Meinung sind. Die Leute, Menschen, die gar keine bewusste Erfahrung mit diesem Regime verbinden können, geben diese Antwort. Noch einmal gesagt, es geht hier nicht um „es war nicht alles schlecht“, sondern es geht um „das Meiste war gut“. Dazwischen liegen schon Welten. Deswegen will ich appellieren und sagen, von einer ehrlichen Auseinandersetzung mit den leidvollen Erfahrungen der überstandenen Diktaturen des 20. Jahrhunderts spricht die Präampel unserer Thüringer Verfassung. Diese Auseinandersetzung ist noch längst nicht abge-

schlossen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir diskutieren. Das trifft auf die nationalsozialistische Vergangenheit zu, aber wir diskutieren ja in diesem Plenum auch noch im Zusammenhang mit dem Gesetz über die Stasiunterlagenbeauftragte, über die Frage, wie es mit dieser Aufarbeitung weitergeht. Ich werde an dieser Stelle schon appellieren, wichtig ist es eben, dass wir diese Aufarbeitung auch nicht von oben herab, sondern aus einem breiten Bürgerinteresse mit vielen interessierten Seiten und aktiven Seiten weiter so betreiben.

(Beifall FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen will ich das auch noch einmal sagen, dieser Zeigefinger, der in diesen Debatten immer kommt, diese hoch moralische Einteilung, die wir vornehmen in unserer Gesellschaft, in gute und schlechte Menschen, das ist etwas, was uns insgesamt, glaube ich, nicht weiterhilft. Es geht nicht, Kollege Rammelow hat von „guten Nazis um die Ecke“ gesprochen, es geht nicht um „gute Nazis“, es geht darum, dass wir offen auch Fragen und Probleme, die unsere Bevölkerung hat, die die Menschen in unserem Land haben, wenn sie einen Fernseher anschalten, jeden Tag frei Haus geliefert bekommen, dass wir mit diesen Fragen offen umgehen, dass wir sie aufnehmen, dass wir darüber diskutieren und nicht von vornherein sagen, es gibt Böse und Gute, es gibt Fragen, über die dürfen wir nicht diskutieren und insbesondere gibt es Antworten, die man nicht geben darf. Das, meine Damen und Herren, ist nicht unsere Aufgabe.

(Beifall FDP)

Es ist nicht unsere Aufgabe, unsere Gesellschaft in Gut und Böse einzuteilen, sondern es ist unsere Aufgabe, unsere Gesellschaft zu organisieren und zu gestalten.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das macht doch gar keiner.)

Ja, nun waren Sie heute früh nicht da, Herr Adams, das kann ja mal passieren.

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Adams war da.)

Einer konstant hohen Zustimmung, meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Demokratie von 80 Prozent steht nämlich eine ebenso grundsätzliche und in den letzten Jahren auch angewachsene Skepsis gegenüber Politikern und Parteien gegenüber. Mein Vorredner hat auch darauf Bezug genommen. Wir, und das ist der Befund, die politisch Verantwortlichen füllen den gesetzten demokratischen Rahmen in den Augen unserer Bürger alles andere als zufriedenstellend aus. Dieser Befund, meine Damen und Herren, muss Auftrag an uns sein. Ich begreife ihn jedenfalls als Auftrag an mich, unsere Arbeit zu hinterfragen. Wir, dieses Parla-

(Abg. Barth)

ment, sind die Vertretung dieses Volkes. Freie Wahlen zu genau diesen Volksvertretungen, zu genau diesen Parlamenten sind es gewesen, die die Ausgangsforderung der Umwälzungen im Jahr 1989, der Veränderungen, die 1989 ihren Ausgang genommen haben, gebildet haben. Damit waren Hoffnungen verbunden, von denen sich, wenn man ganz ehrlich ist, ja viele auch erfüllt haben. Aber diejenigen, die Politik machen, müssen auch und vor allem darauf achten, dass dies eine Politik ist, die die Menschen versteht und die die Menschen ihrerseits auch verstehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall FDP)

Deshalb will ich zum Schluss nicht mit dem erhobenen Zeigefinger, aber trotzdem uns den Spiegel einmal etwas vorhalten. Ich will einen Spiegel vorhalten und eben nicht den Zeigefinger. Etwas mehr als die Hälfte von uns Thüringern sind der Meinung, sie würden als Ostdeutsche von den Westdeutschen diskriminiert. Auf die Frage, was ist wichtig, um Thüringer zu sein, sagt auch mehr als die Hälfte, man müsse in Thüringen geboren sein.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist wie im Mittelalter.)

Zwei Drittel sind sogar der Meinung, man müsse dazu in Thüringen aufgewachsen sein oder zumindest lange hier gelebt haben, wobei „lange“ zum Glück vielleicht nicht näher spezifiziert wird - der Finanzminister lächelt.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Wir nehmen auch Sachsen oder Randsachsen.)

Wir machen es also Neuthüringern - wenn wir ehrlich sind - auch nicht ganz leicht, zu uns zu gehören, nicht bei uns zu leben, sondern zu uns zu gehören, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Völlig verwirrt hat mich dann allerdings die Erwartung von zwei Dritteln der Befragten, man müsse am politischen Leben hier teilnehmen, um Thüringer zu sein.

(Beifall DIE LINKE)

Das ist deshalb bemerkenswert, weil die eigene Bereitschaft der Thüringer, sich selbst politisch zu engagieren, bei schmalen 32 Prozent liegt. Es gibt eine Frage an die Kollegen, die die Umfrage gemacht haben: Haben Sie vielleicht Leute gefragt, die gar nicht Thüringer sind?

(Heiterkeit FDP)

Das wäre eine mögliche Erklärung. Also ich finde, vielleicht sollten wir auch in den Spiegel schauen und fragen: Legen wir die gleichen Maßstäbe, die wir von anderen bei der Akzeptanz erwarten, auch bei uns selbst an? Vielleicht kann man auch ein bisschen schmunzelnd darauf antworten: Nein,

aber wir legen dieselben an, die andere auch anlegen. Ob das viel weiterführt?

In diesem Sinne, glaube ich, liebe Kollegen, der Thüringen-Monitor dieses Jahres, der gibt gleichermaßen Antworten, wie er auch neue Fragen aufwirft. Die Aufgabe, die vor uns Thüringern liegt, ist nach dem Thüringen-Monitor 2012 eigentlich keine andere als vorher, nämlich ein weltoffenes Land gemeinsam zu gestalten im Interesse all unserer Mitbürger, in unserem Interesse. Wir haben dazu ein paar wichtige und ein paar verwirrende neue Aspekte erfahren und es ist an uns, das Beste daraus zu machen. Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Abgeordnete Anja Siegesmund.

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch ich möchte an erster Stelle den Autoren des Thüringen-Monitors ausdrücklich danken. Diese Erhebungen sind ein Spiegelbild unserer Gesellschaft und sie zeigen vor allen Dingen, wie es um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft steht. Deswegen ausdrücklichen Dank in diesem Fall an das Institut für Soziologie. Ich finde, Sie haben das gut übernommen vom Institut für Politikwissenschaft. Vielen Dank an diejenigen, die da mitgearbeitet haben.

Es gibt sie in diesem Thüringen-Monitor, alarmierende Befunde, die uns sprachlos machen. Heute Vormittag haben wir zu einigen dieser bereits diskutiert, einige gehört. Es gibt Licht und Schatten, es gibt eben Licht und Schatten in unserer jungen Demokratie in Thüringen. Diese junge Demokratie, sie wächst nicht von allein. Das zeigt unter anderem der Befund, dass das politische Interesse in unserem Land so niedrig ist wie nie seit Start der Befragungen im Rahmen des Thüringen-Monitors. Die Bürgerinnen und Bürger ziehen sich geradezu immer mehr aus der Politik zurück. Und wenn mehr als ein Viertel der Menschen in unserem Land politisch gar nicht interessiert ist, dann haben wir allen Grund darüber nachzudenken, woran das unter anderem liegen könnte.

Der zweite Punkt, den ich voranstellen möchte, ist, dass rechtsextreme Einstellungen und Orientierungen ganz klar den Weg in die Mitte der Gesellschaft gefunden haben. Dazu muss man stehen, denn wenn 49 Prozent der Menschen in Thüringen sagen, dass sie Deutschland für überfremdet halten, dann ist doch ganz klar, dass wir uns damit auseinandersetzen müssen, wie es sein kann, dass

(Abg. Siegesmund)

rechtsextreme Einstellungen und Orientierungen den Weg in die Mitte der Gesellschaft gefunden haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen wundere ich mich schon, wie dann einige Vorredner hier anknüpfen an Debatten, die populistischerweise mit Büchern begleitet wurden. Erst vergangene Woche Donnerstag in Jena konnte man sich mit Herrn Sarrazin auseinandersetzen oder es eben lassen, weil man sich bewusst vom Populismus distanziert. Es wundert mich schon, dass dann hier so Sätze fallen, wie: „Das dunkle Deutschland, in dem sich Ausländer nicht wohlfühlen“, gibt es nicht. Ich stelle mir unter einem konsequenten Eintreten für Demokratie und einem konsequenten Eintreten gegen Rechtsextremismus aber eine ganz andere Sprache vor und ich bin entsetzt.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin entsetzt und enttäuscht, dass wir gerade nach dem, was wir am 04.11.2011 erfahren haben und was seitdem in diesem Land passiert, was seitdem für ein ungeheurer Verantwortungsdruck auf diesem Land lastet, hier immer noch für Sätze fallen müssen. Lassen Sie mich das so deutlich sagen, so kann es nicht gehen, so stärken wir nicht unsere Demokratie, im Gegenteil. Es gibt aber auch Mythen, die dieser Thüringen-Monitor in gewisser Hinsicht strickt, das will ich auch sagen. Ich habe mich insbesondere gefragt, was ist denn jetzt eigentlich die Thüringer Identität und was meinen denn jetzt eigentlich die Thüringerinnen und Thüringer, wenn sie sagen - also ein Drittel sagt das - ,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass zur Thüringer Identität gehört, dass man bitte schön den thüringischen Dialekt zu sprechen hat. Das ist schon erstaunlich, weil, wenn Sie vorhin zugehört haben, Herr Höhn sagte, er käme aus Hildburghausen, der spricht hennebergisch. Ich weiß nicht, ob Ihnen das bewusst ist, aber das ist die Mundart, die im Süden zutrifft. Herr Mohring, der hier geredet hat und aus Weimar kommt, gehört zum

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Ich komme aus Apolda.)

zentalthüringischen Dialekt und der zentralthüringischen Mundart. Wenn Sie mir zuhören, ich bin in Gera geboren, das ist der ostthüringische Dialekt, das merkt man an dem Problem mit „ü“ und „i“, wer genau hinhört. Mit anderen Worten, neun Mundarten, neun Dialekte, was ist denn jetzt die Thüringer Identität; die neun Mundarten, die neun Dialekte? Es gibt ihn nicht, den einen Thüringer Dialekt, es

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

gibt sie, die neun Mundarten. Und dass wir so verschieden reden, wenn man uns zuhört in Dialekten und Sprache, zeigt, dass wir ein vielfältiges Land sind und dass Verschiedenheit uns ausmacht

(Zwischenruf Dr. Voß, Finanzminister: Und das ist die Identität.)

und das ist - völlig richtig - unsere Identität. Verschiedenheit macht uns aus in Sprache und das gehört dazu.

Ich will insbesondere auf sechs Punkte eingehen, die wir, davon sind wir fest überzeugt, im Thüringen-Monitor anpacken müssen, die uns sehr wichtig sind. Dazu gehört an erster Stelle, noch einmal klare Worte zu finden zur Frage, wie es künftig weitergehen soll, dass Thüringer sich mehr beteiligen. Es wurde das chinesische Sprichwort zitiert von der Ministerpräsidentin: Es geht darum, sich zu beteiligen, weil: „Dann werde ich verstanden.“ So haben Sie es zitiert und da sage ich ganz klar, dann ist der Zeitpunkt verstrichen, wo es sinnvoll ist, noch darüber zu reden, jetzt muss man einfach tun.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor uns liegen Wahlen, zahlreiche Wahlen, von denen Menschen in Thüringen ausgeschlossen sind. Die Ministerpräsidentin sagte heute Morgen, es müsse mehr Angebote zur Beteiligung geben, damit Menschen sich wieder mehr engagieren. Dann frage ich mich, warum Sie unseren Antrag zur Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre in den Kommunen abgelehnt haben?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann frage ich mich, warum der Fraktionsvorsitzende der SPD heute sagt, genau das findet er gut; Wahlalterabsenkung in den Kommunen und sogar im Land auf 16 Jahre. Dann reicht es eben nicht, darüber zu reden: „Wir wollen, dass Jugendliche mitentscheiden können, wir wollen, dass sie mehr Angebote zur Beteiligung“ - Zitat Frau Lieberknecht - „bekommen“. Im Übrigen, in sieben anderen Bundesländern gibt es bereits ein aktives kommunales Wahlrecht für Jugendliche ab 16 Jahre, Rheinland-Pfalz bereitet es gerade vor, Thüringen ist mal wieder Schlusslicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man könnte ja geradezu die Interpretation wagen, dass Sie sich davor fürchten, dass sich viele Jugendliche beteiligen. Ich hoffe, dass Sie das dann noch ausräumen können. Ich frage mich dann auch, wenn Sie sagen, Sie wollen mehr Beteiligung, wie es sein kann, dass Sie den aus unserer Sicht völlig richtigen Vorstoß des Justizministers, ein erweitertes Wahlrecht wenigstens für EU-Bürger und EU-Bürgerinnen einzuführen, blockieren.

(Abg. Siegesmund)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch das stand hier heute in Rede. Derzeit leben in Thüringen dauerhaft etwa 11.000 prinzipiell wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die nur eingeschränkte Möglichkeiten haben, sich an der Gestaltung ihres Umfelds zu beteiligen. „Die Ergebnisse des Thüringen-Monitors zeigen, dass die Zeit reif ist für ein erweitertes Ausländerwahlrecht auch auf Landesebene.“ - Zitat des Justizministers.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Richtig, Herr Dr. Poppenhäger. Zwei Drittel der in Thüringen lebenden Menschen wollen, dass Zuwanderer sich beteiligen, und wollen, dass sie das Wahlrecht bekommen. Deswegen ist die Frage: Warum wird ihnen das verwehrt? Da passen das Wort und die Tat nicht zusammen. Das vermisst ich, das vermisst meine Fraktion.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Machen Sie Nägel mit Köpfen, anstatt die Menschen auszubooten. Wir unterstützen die Initiative des Justizministers ausdrücklich.

Und dann ist der dritte Punkt - wie passiert denn mehr Beteiligung? Vielleicht geht es nicht nur darum, dass man den Menschen vorwirft, ihr tut zu wenig, vielleicht geht es darum, dass die Menschen nicht die richtigen Instrumente an der Hand haben. Dazu gehört zum Beispiel, dass wir darüber sprechen müssen, wie es in den Kommunen mit Bürgerhaushalten aussieht, ob Bürgerbefragungen nicht nur etwas versprechen und nichts halten, wie es mit Bürgerentscheiden aussieht, wie Planungsprojekte mit den Menschen vor Ort umgesetzt werden. All das gehört dazu. Der GRÜNE Ministerpräsident aus Baden-Württemberg spricht in diesem Zusammenhang gern von der Politik des Gehörtwerdens. Vielleicht brauchen wir mehr Politik des Gehörtwerdens für Bürgerinnen und Bürger in Thüringen

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und dann beteiligen sie sich auch mehr, anstatt darauf herumzuhacken, dass die Menschen nicht diese Instrumente benutzen, die wir ihnen vorsetzen.

Meine Damen und Herren, wir wollen - das ist mein zweiter Punkt in der Auseinandersetzung mit dem Thüringen-Monitor -, dass Thüringen europäischer wird. Was in Brüssel passiert, das ist leider an vielen Küchentischen einfach nicht mehr nachvollziehbar. Eine Mehrheit, so der Thüringen-Monitor, kann die persönlichen Folgen und auch die Folgen für die Bundesrepublik europäischer Entscheidungen nur schwer einschätzen. Nur etwa jeder Fünfte in Thüringen denkt, dass die EU-Mitgliedschaft mehr Vorteile als Nachteile bringt. Die Mehrheit sieht zwar Vor- und Nachteile ausgeglichen, aber dann kommen die 28 Prozent, die die Europäische Union

vorwiegend skeptisch sehen. Mangelnden Kenntnissen über die EU insgesamt und über die Aufgaben und Tätigkeiten der einzelnen Institutionen kann eben nur begegnet werden, indem man Europa erklärt. Das zu erklären, ist auch unsere Aufgabe. Es ist unsere Aufgabe, Europa nicht nur als Krise oder als Problem zu debattieren oder zu erklären oder als rein ökonomisches Konstrukt, sondern als Antwort auf eine immer stärkere globalisierte Welt, als etwas, das hält, und nicht als etwas, das zerfällt. Das ist unsere Aufgabe. Ich finde, der Aufgabenblock ist an dieser Stelle noch mal richtig voll, weil wir zu wenige klare Worte finden, und da reicht es auch nicht, wenn wir sagen, übrigens wir waren die Ersten mit einem Europaausschuss. Da brauchen wir, glaube ich, alle zusammen noch mehr Ideen, wie wir dafür sorgen können. Europa ist mehr als der Euro, ist mehr als bloße Bürokratie und mehr als reine Mitgliedschaft auf dem Papier. Wir sagen, Europa muss auch stärker demokratisch legitimiert werden, weil nur so Vertrauen wachsen kann, Vertrauen in die Institutionen, Vertrauen in die Europäische Union. Deswegen fordern wir auch einen Europäischen Konvent für ein neues, demokratischeres Fundament der Europäischen Union. Dafür kann sich im Übrigen auch Thüringen stark machen. Wir würden uns da freuen und stehen ausdrücklich auch für Gespräche bereit.

Dritter Punkt: Wir wollen, dass Thüringen sich öffnet. Mir hat kürzlich ein Erfurter von seinem Besuch aus London erzählt. Die Familie aus London war ganz begeistert, ging durch Erfurt, schaute sich hier um, der Dom, die Krämerbrücke, Fischmarkt, wunderbar, und die Begeisterung war grenzenlos, das muss man so sagen,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

bis dann der Satz kam: „It is so beautiful here, but it's too monocultural.“

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist so wunderschön hier, aber irgendwie auch total monokulturell. Wir liegen, wenn Sie sich die Zahlen anschauen, gerade mal an vorletzter Stelle im Ranking der Bundesländer im Hinblick auf den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in unserem Land. Nur in Sachsen-Anhalt leben weniger Menschen mit Migrationshintergrund. Wenn Sie die Aussage dazufügen, dass 90 Prozent der Thüringer und Thüringerinnen die Aussage treffen, dass in Deutschland lebende Zuwanderer und Zuwanderinnen vollständig an unserem Leben teilhaben sollen, dann, finde ich, haben auch wir hier eine Aufgabe, nämlich uns klar zu positionieren. Wir wollen, dass Thüringen bunter, offener und toleranter wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen, dass diejenigen, die uns hier besuchen, sich nicht darüber wundern, dass es offenbar viel zu wenige gibt, die aus der ganzen Welt zu uns

(Abg. Siegesmund)

kommen wollen, weil, wären sie hier, würde man ihnen auch begegnen, würde man sie sehen.

Da haben wir den Punkt, der im Thüringen-Monitor geradezu alarmierend ist, dass sich negative Einstellungen verfestigen, obschon es kaum Berührungspunkte gibt. Ich will das am Beispiel der Muslime deutlich machen. Der Anteil an Muslimen in Thüringen beträgt gerade mal 0,4 Prozent. Man muss sie geradezu mit der Lupe suchen, um ihnen begegnen zu können. Das ist das, was die Familie aus London vermutlich auch meinte. Die Wissenschaftler stellen fest, dass es trotzdem gerade gegenüber Muslimen besonders große Vorbehalte gibt, Fremdenfeindlichkeit, rassistische Einstellungen, und erklären sich das eigentlich nur so oder können es sich nur so erklären, dass sie von einem „antimuslimischen Ressentiment ohne Muslime“ sprechen. Das ist die Gefahr, mit der wir uns auseinandersetzen müssen, dass die Menschen aufgrund mangelnder Begegnung gar nicht die Möglichkeit haben, festzustellen, was für ein Wert interkulturelle Begegnung hat und was für ein Wert eine wirkliche interkulturelle Gesellschaft hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu oft, meine sehr geehrten Damen und Herren, zeigt der Thüringen-Monitor aber auch, dass solche Einstellungen zusammenhängen mit der persönlichen Lebenssituation von Befragten - zu oft, nicht immer. Deswegen ist es auch wichtig, dass wir uns sehr genau Gedanken darüber machen, wie wir gegensteuern, wenn es heißt, der Bildungsgrad und die eigene wirtschaftliche Situation sorgen dafür, dass solche Ressentiments, dass Rassismus, dass im Zweifel auch Rechtsextremismus geschürt werden. Darüber müssen wir uns Gedanken machen, darum muss man diskutieren. Im Umkehrschluss ist erkennbar, dass Bildung, Beschäftigung und soziale Sicherheit dazu beitragen können, dass immigrations- und migrationsfeindlichen Einstellungen entgegengewirkt wird. Das ist auch glasklar Landesaufgabe. Es ist auch ein Zusammenhang. Ich will nicht sagen, dass grundsätzlich all jene mit einem geringeren Bildungsgrad sofort rechtsextremistische Neigungen haben, im Gegenteil. Das ist das, was in der Debatte immer vorn dran steht. Lassen Sie uns die Augen nicht davor verschließen, dass wir ein Problem in der Mitte der Gesellschaft haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber lassen Sie uns auch ganz offen darüber reden, welche Zusammenhänge es gibt und wo die herkommen. Deswegen braucht ein offenes Thüringen an erster Stelle offene Menschen. Der Thüringen-Monitor konstatiert zu Recht, ich will zitieren: „Die Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft bemisst sich daran, wie sie mit Vielfalt und Differenz umgeht.“ Genau - und ein chancengerechtes, inklu-

sives und diskriminierungsfreies Bildungswesen ist das Fundament dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das brauchen wir in Thüringen und wir müssen die Blockaden, die es dahin gehend gibt, endlich auflösen und allen Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung, mit und ohne Migrationshintergrund und mit und ohne den Dokortitel ihrer Eltern gute Chancen mitgeben und ihnen erklären, dass ihnen die Welt offensteht und dass sie die Möglichkeit haben, sich zu verwirklichen. Das ist unser Auftrag. Das ist ein klarer Bildungsauftrag und der muss bei uns ganz dick im Aufgabenblock stehen.

Vierter Punkt: Wir wollen eine echte Willkommenskultur in Thüringen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir lehnen eine Zuwanderungskultur, in der es Zuwanderer erster und zweiter Klasse gibt, ab. Ich sage das so deutlich, weil man sehr vorsichtig sein muss unter dem Begriff „Nützlichkeitsdebatte“, auch dieses Wort fiel hier, zu argumentieren, die Jobmaschine anzuschmeißen und zu bestimmen, welche Menschen wir hier haben wollen und welche nicht. So geht es nicht.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein demokratisches Gemeinwesen, eine Gesellschaft, die zusammenhält, sieht anders aus und ja, ich freue mich darüber, dass die Ministerpräsidentin heute davon sprach, das Anerkennungsgesetz wird kommen, aber das alleine macht noch keine Willkommenskultur.

Ich will an dieser Stelle die Geschichte eines Arztes erzählen, den ich kürzlich in Altenburg bei einer Veranstaltung im Rahmen der Interkulturellen Woche traf, bei der die Landrätin im Altenburger Land uns auch das Landratsamt zur Verfügung stellte. Sein Name ist Ahmed Mostafa aus Ägypten und er erzählte, dass er als Assistenzarzt bereits seit einem halben Jahr im Altenburger Klinikum ist. Er ist zwölf Jahre lang Arzt, hat zwölf Jahre Berufserfahrung, wurde in das Altenburger Klinikum geholt, weil man einen Unfallchirurgen im Klinikum brauchte. Er darf seit sechs Monaten, seitdem er in Altenburg ist, nicht operieren, weil er die Zulassung nicht bekommen hat, weil er inzwischen den Eindruck hat, es reicht nicht, zwölf Jahre Berufserfahrung zu haben, sondern er befindet sich inzwischen, nachdem er es geschafft hat, endlich seine Frau hierherzuholen, auf dem Absprung nach Kanada mit der Begründung: „Ich dachte, ihr wollt mich, aber nach sechs Monaten habe ich den Eindruck, dem ist nicht so.“ Das ist keine Willkommenskultur!

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Solche Geschichten gibt es viele, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es kann nicht sein, dass

(Abg. Siegesmund)

wir auf der einen Seite meinen, wir sind auf dem richtigen Weg, wir pflegen eine Willkommenskultur und auf der anderen Seite sind noch nicht einmal die zarten Pflänzchen dessen erkennbar.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sehen, wir brauchen das Anerkennungsgesetz, aber eigentlich wäre es besser, wir hätten es bereits seit mehreren Jahren. Ihn jedenfalls haben wir verloren.

Zu einer echten Willkommenskultur, meine sehr geehrten Damen und Herren, gehört auch eine Integrationsbeauftragte des Landes, die heute leider nicht da ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da gehören Integrationsbeiräte, Einladungen an diejenigen, die einen Antrag auf Einbürgerung stellen, ebenso dazu. Es gehören intensiv vorbereitete, miteinander gestaltete Interkulturelle Wochen in den Kommunen von Nord nach Süd, von West nach Ost dazu. Es gehören dazu, dass sich mehr Schulen dem Programm „Schule ohne Rassismus“ anschließen und, und, und. Der Strauß ist bunt, Willkommenskultur ist nicht nur ein Schlagwort, sondern es muss gefüllt werden, und zwar mit Ideen und Ideen, die vor allen Dingen von den Menschen kommen, die in Thüringen leben, das ist der wichtige Punkt. Wir können nicht erwarten und die Hände aufhalten, dass uns andere erzählen, wie Integration geht, wir müssen Integration leben und davon sind wir noch weit entfernt, auch wenn es einige Ansätze gibt.

Zur Willkommenskultur gehört im Übrigen auch, dass unsere Institutionen und die Mitarbeiterinnen in Behörden und öffentlichen Diensten geschult werden, dass sie sich Zeit nehmen können in Fortbildungen, dass sie geschult werden in sensibler Kommunikation. Auch das gehört zu einer Willkommenskultur, dass man miteinander auf Augenhöhe sich begegnen kann und sich diejenigen, die zu uns kommen wollen, nicht als Bittsteller fühlen, sondern als gleichberechtigte Menschen. Darum geht es uns, dafür treten wir ein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorletzter Punkt: Wir wollen, dass Thüringen humaner wird. Seit langem stellen wir im Land immer wieder massive Defizite im Umgang mit Flüchtlingen fest. Daran hat sich leider auch seit 2009 nichts geändert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu viele Flüchtlinge, Asylbewerberinnen und Asylbewerber oder Geduldete sind in desolaten Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, obwohl die integrativen Vorteile von dezentraler Unterbringung auf der Hand liegen. Auch dürfen sich Flüchtlinge

im Freistaat nicht frei bewegen, obwohl dies ein garantiertes Menschenrecht ist. Uwe Höhn hat es vorhin erwähnt, vorgestern hat das CDU-geführte Bundesland Hessen die Residenzpflicht abgeschafft. Rot-Grüne Bundesländer sind diesen Schritt längst gegangen. Warum Thüringen auch hier Schlusslicht ist, erschließt sich mir nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Immer noch existiert in einigen Landkreisen die menschenunwürdige und diskriminierende Gut-schein-statt-Bargeld-Praxis. Die Abgeordneten, die aus Greiz oder dem Weimarer Land hier sind, haben, soweit ich das weiß, in diesem Jahr noch die Möglichkeit, weise Entscheidungen zu treffen. Ich schaue da in alle Parteien und sage, entscheiden Sie wohl, entscheiden Sie weise, entscheiden Sie richtig.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Und getroffene Hunde bellen.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zudem sind Abschiebehaft und Abschiebungen in Krisenregionen auch weiterhin in Thüringen auf der Tagesordnung. Die Tatsache, dass Sie unserem Plenarantrag zum Winterabschiebestopp der Roma nach Serbien und die Balkanstaaten dieses Mal wieder nicht diskutieren wollen bei diesem Plenum, zeigt mir, dass auch hier doppelzüngig agiert wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

A passt nicht mit B zusammen, das ist ärgerlich. Dass wir mitten im Winter über die Frage des Abschiebestopps reden und wir noch nicht einmal Aussicht auf Erfolg haben, das ist ein Skandal und in jeder Hinsicht zu geißeln. Ich sage das so deutlich, ich bin darüber sehr enttäuscht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns ist auch klar, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die bundespolitischen Rahmenbedingungen nachhaltig geändert werden müssen. Wir haben im Landtag beantragt, dass Thüringen sich an einer Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes beteiligt und werden sehen, wie die Debatte dazu verläuft, nachdem der Thüringen-Monitor die eine oder andere interessante Zahl geliefert hat. Es braucht gerade für langjährig hier lebende Menschen mit Migrationshintergrund und ohne festen Aufenthaltsstatus ein umfassendes Bleiberecht, welches auch Kinder und Ehepartner und Ehepartnerinnen mit einbezieht. Auch dafür machen wir uns stark. Sie sehen, es gibt so viele Punkte für ein humaneres Thüringen, dass es nicht an der Zeit ist, darüber lange zu reden, sondern endlich Entscheidungen zu treffen. Das erwarten wir von Ihnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Siegesmund)

Das erwarten wir, weil die Erkenntnisse längst auf dem Tisch liegen und nur die Taten fehlen.

Sechster und letzter Punkt: Wir wollen als GRÜNE eine starke Zivilgesellschaft in Thüringen. Eine starke Zivilgesellschaft, die Rechtsextremismus, die allen Facetten - Rassismus, Antisemitismus, Nationalsozialismus, Homophobie usw. - die Stirn bietet. Das ist die Grundlage für eine wachsende Willkommenskultur. Die Landesregierung hat lange um die Einsetzung eines Landesprogramms gegen Rechtsextremismus gestritten. Ich nenne es so, weil es so heißen muss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Egal, ob der offizielle Titel „Für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ lautet. Er ist richtig, der ist ohne Zweifel richtig, aber er zeigt auch, dass Sie immer noch hinter dem Busch stecken. Ich finde es richtig, dass Frau Taubert ganz klare Worte gefunden und gesagt hat, wir nennen es beim Namen, bei dem es auch wirklich Handlungsstränge hat. Dieses Landesprogramm muss „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus“ heißen, weil es darum geht.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht um die Aktivierung und Unterstützung der Zivilgesellschaft, vor allem zur unmittelbaren Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, und es geht um die Förderung und Entwicklung partizipativ demokratischer und pluraler Alltagskultur. Darum geht es, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit die Stirn zu bieten. Dieses Landesprogramm ist ein richtiger Weg, wenn Sie die Zeichen aus der Zivilgesellschaft tatsächlich auch ernst nehmen und neben der begleitenden Evaluation sich mit denen zusammensetzen, die während des Diskussionsprozesses leider ausgestiegen sind, sich mit denen zusammensetzen, die sagen, ja, wir wollen uns davon unterstützen lassen, und mit denen zusammensetzen, die - übrigens auch zu Recht, finde ich - eine wissenschaftliche Begleitung des Landesprogramms fordern. Da haben Sie uns an ihrer Seite. Im Übrigen müssen wir auch diskutieren, wie wir die Zivilgesellschaft stärken und sie nicht mit zusätzlich bürokratischen Monstern überfordern. Ich rede hier von den LAPs, den lokalen Aktionsplänen. Egal wohin Sie hören, von Nord nach Süd, von Ost nach West, nachhaltige Konzepte braucht es, keine achtseitigen Anträge mit einmaliger Projektitis.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das stärkt nicht unsere Gesellschaft, das stärkt höchstens die Papierwirtschaft. Das bringt uns nicht weiter. Wir brauchen, meine sehr geehrten Damen und Herren, starke Vereine, starke Vereine wie MOBIT, starke Vereine und Opferberatungen wie ezra, wie Drudel 11, wie viele andere, wie Bürgerin-

initiativen. Wir brauchen Beratungsangebote bei den Feuerwehren. Wir brauchen jedes Bürgerbündnis. Wir brauchen die runden Tische. Sie alle und noch viele, viele mehr in den Sportvereinen usw., sie sind die Zivilgesellschaft. Sie geben ihr in Thüringen ein Gesicht. Sie machen sich dafür stark, dass Thüringen bunt und tolerant ist. Sie brauchen unsere Unterstützung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wäre zu kurz gegriffen, zu sagen, ein weltoffenes Thüringen wächst von unten mit den Menschen, ja, aber es braucht eine gute politische Unterstützung und Flankierung. Das fängt bei der Sprache an und hört bei den politisch notwendigen Maßnahmen auf. Ich wünsche mir, dass wir viele Schritte weitergehen, dass in Thüringen eine echte Willkommenskultur wachsen kann, und dann fühlen sich auch noch mehr Menschen willkommen. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Frau Abgeordnete Martina Renner zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Renner, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, alle Redner und Rednerinnen sind auf die Funktion des Monitors eingegangen. Er hat eine wichtige Funktion für die politische Debatte. Er hat eine wichtige Funktion für die Analyse, aber auch für die Entwicklung von Handlungsempfehlungen. Herr Mohring ist neben der Geschichte des Monitors auch intensiv auf seinen historischen Kontext, die Genese eingegangen. Hier wird er von mir Widerspruch ernten. Nicht alles, was die Landesregierung im Zusammenhang mit dem widerlichen Anschlag auf die Erfurter Synagoge am 20.04.2000 unternommen, gesagt und auf den Weg gebracht hat, war gut und richtig.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch am 03.05.2000 hat der damalige Innenminister Köckert die Ermittlungen, nach denen die Täter im linken Milieu zu suchen seien, hier im Landtag verteidigt. Der Monitor war eine kluge Entscheidung. Nicht alles war klug und manches war sogar gefährlich, wenn wir heute in die 90er-Jahre und die frühen 2000er blicken.

(Beifall DIE LINKE)

Es war eine gute und richtige Entscheidung, dass genau diese Jahre zuerst in den Blick des NSU-Untersuchungsausschusses gerückt wurden, nach Behördenversagen, aber auch Behördenschuld beim Erstarken der neonazistischen Szene damals in Thüringen gefragt wird und die Verantwortung der

(Abg. Renner)

Politik nicht aus dem Blick genommen wird. Der Monitor war eine kluge Entscheidung und wir glauben, der Monitor könnte noch besser werden, wenn wir eine Debatte über die Methodik des Monitors tatsächlich ergebnisoffen hier gemeinsam, aber auch mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern führen. Wir können uns vorstellen, dass der jetzige Fragekanon erweitert wird durch qualitative Interviews, die ermöglichen, eine Analyse zu den Motiven bei den Antworten zu den Fragen zu erstellen. Warum lehnt jemand eine bestimmte Aussage ab? Warum stimmt er einer gewissen Aussage zu? Gibt es möglicherweise Missverständnisse zur Fragestellung oder reagiert jemand auf eine bestimmte Frage mit sozial angepasstem Antwortverhalten. Das könnte man durch qualitative Interviews Face to Face tatsächlich untersuchen und das wäre eine Anregung, diese qualitativen Interviews zusätzlich im Monitor auch zu verankern.

Daneben, glaube ich - mein Kollege Bodo Ramelow hat schon darauf hingewiesen -, muss es auch darum gehen, andere Fragestellungen in den Blick zu nehmen. Die Ideologien des Neonazismus und Rassismus unterliegen ständigen Veränderungen. Wenn wir insbesondere den Vorstellungen der extremen oder neuen Rechten auch durch den Monitor Rechnung tragen wollen, nachdem zum Beispiel jemand überzeugter Rassist, überzeugter Antisemit oder Nationalist sein kann, aber durchaus nicht befürworten würde, dass der Nationalsozialismus auch gute Seiten hat, dann müssen wir tatsächlich auch andere Fragen in diesen Monitor einfügen. Ich glaube, das ist eine Debatte, die wir tatsächlich zur Methodik des Monitors im nächsten Jahr führen müssen.

Nun aber zum Inhalt des Monitors: Sie haben die öffentliche Reflexion, Sie haben aber auch das gesehen, was die Wissenschaftler zum Monitor ausgesagt haben. Es war von „Parallelwelten“ die Rede, ein „schizophrener Befund“ hieß es, ein Monitor voller Widersprüche. Im Kern dieses Widerspruchs steht doch die Feststellung: Wir haben zum einen einen Rückgang beim harten Kern der rechtsextrem Eingestellten und auf der anderen Seite eine verfestigte rechtsextreme Einstellung in der Mitte der Gesellschaft. Ich glaube, genau mit diesem Widerspruch muss man sich hier in der Regierungserklärung, aber auch in der Aussprache intensiv auseinandersetzen. Da muss man nicht nur diesen Widerspruch darstellen, sondern auch versuchen, Erklärungen zu finden. Erklärungen habe ich für diesen Befund heute nicht gehört.

Ich habe etwas Zweites nicht gehört, und das gehört eigentlich in diese Debatte: Wir müssen auch nach der Verantwortung von Politik und Partei für das Erstarken der rechtsextremen und rassistischen Einstellung in der Mitte der Gesellschaft fragen. Dieser Dimension verweigert sich im Augen-

blick hier die Debatte, aber, ich glaube, darum muss es auch gehen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich habe Verständnis, wenn natürlich eine Regierung sich zuerst den positiven Befunden zuwendet. Was meiner Meinung nach aber nicht geht, ist, wenn die Ministerpräsidentin hier ausführt - Zitat aus der Regierungserklärung: „Natürlich haben wir alle einen zivilgesellschaftlichen Auftrag, den Anfängen zu wehren.“ Diese Aussage finde ich in zweifacher Hinsicht unzureichend, weil man mit den Worten „Anfängen“ den Gefahren aus rassistischen, neonazistischen Einstellungen in keiner Weise gerecht wird. Aus rassistischen Einstellungen erwachsen Handlungen direkt oder vermittelt, Schmähungen, Diskriminierung und Gewalt. Jeden Tag ereignen sich im Schnitt in Thüringen drei rechtsextreme Straftaten. Es existieren Angsträume, in denen potenzielle Opfer von Neonazigewalt bestimmte Orte und Anwesenheit zu bestimmten Zeiten meiden. Das sind keine Anfänge, das sind Zustände in Thüringen,

(Beifall DIE LINKE)

und denen müssen wir uns stellen, weil diese Zustände Demokratie, Rechtsstaat und offene Gesellschaft gefährden, und diese dürfen wir nicht dulden. Wenn Herr Barth hier sagt, wenn man so etwas thematisiert, dass es diese Angsträume gibt, dann würde das a) nicht den Fakten entsprechen und b) ein schlechtes Licht auf Thüringen werfen, dann, will ich Ihnen sagen, verkennen Sie die Realität in diesem Land.

(Beifall DIE LINKE)

Letzten Sonntag wurde in Köthen - zugegebenermaßen das liegt in Sachsen - ein chinesischer Student zusammengeschlagen. Nun, Sie können jetzt sagen, das liegt in Sachsen, was interessiert mich das. Diese Zustände haben wir auch in Thüringen, in Nordhausen, Gera, Erfurt, wir können vor Ort schauen, es gibt Angsträume für Menschen, die Angst haben, Opfer einer neonazistischen Gewalttat zu werden

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und - um das gleich zu sagen - es gibt sie auch natürlich in bestimmten Regionen Niedersachsens, Nordrhein-Westfalens, Bayerns oder Hessens, das ist nicht die Frage. Die Frage ist, wenn alle Politiker in diesen Ländern sagen, bei uns gibt es das nicht, wer stellt sich tatsächlich der Herausforderung, die durch Neonazigewalt in dieser Gesellschaft tatsächlich existiert und wer stellt sich tatsächlich an die Seite der Opfer oder derer, die Angst haben, Opfer einer Nazigewalt zu werden? Das ist die Frage.

(Beifall DIE LINKE)

(Abg. Renner)

Im Einleitungstext des Monitors heißt es: „Internationalität und interkulturelle Orientierung gehören zum Selbstbild des Freistaats Thüringen.“ Manchen Einschätzungen zum Trotz, das Selbstbild wird durch den Thüringen-Monitor nicht durchgehend bestätigt. Nur 7 Prozent verstehen sich als Europäer. In der Europäischen Union sehen ein Drittel der Befragten mehr Nachteile und 79 Prozent lehnen eine weitere Stärkung der Europäischen Union ab. Eine Mehrheit von 51 Prozent hält die EU bereits heute mit zu weitreichenden Kompetenzen ausgestattet, das korrespondiert dann auch mit dem Befund, dass 55 Prozent der Befragten der Auffassung sind, dass deutsche Interessen hart und energisch gegenüber dem Ausland durchgesetzt werden sollen. Ein über Nationalstaatsgrenzen gehendes solidarisches Verständnis fehlt hier bei den Befragten. Dazu tragen auch Politik und Medien bei.

(Beifall DIE LINKE)

Gerade in den letzten Wochen und Monaten wird ein Bild von Europa gezeichnet, das zur Stärkung dieser Vorurteile, aber auch Klischees beiträgt.

(Beifall DIE LINKE)

Man muss es klar nennen, wir leben in einer Zeit antieuropäischer Hetze, insbesondere gegen die Mitgliedsländer im Süden ist das zu lesen. Wer die Zeitungen aufschlägt, wer an Stammtischen zuhört, wer in der Straßenbahn die Ohren spitzt, aber auch in der Politik gibt es diese Ressentiments. Nicht die skandalöse Spardiktatpolitik der EU, die dort in den Ländern zu Armut, Deindustrialisierung, Abbau von Sozial- und Arbeitnehmerrechten führt und quasi den Mittelstand enteignet, ist Gegenstand der Empörung, nein, im Gegenteil, es werden hier nationalstaatliche Ressentiments geschürt und einem Protektionismus das Wort geredet. Ich glaube, das ist eine ganz gefährliche Entwicklung. Hier müssen wir insbesondere dieser antieuropäischen Hetze tatsächlich auch etwas entgegenhalten,

(Beifall DIE LINKE)

sollen in Zukunft mehr Thüringer von sich mit Überzeugung sagen, dass sie Europäer sind.

(Zwischenruf Abg. Bärwolff, DIE LINKE: Aber recht hat sie doch.)

Wir kommen in den Bereich - hier finden wir auch ein sehr widersprüchliches Bild - der Frage, was Thüringerinnen und Thüringer über Zuwanderung denken. Es ist an vieler Stelle schon gesagt worden, es wird offensichtlich, dass wir hier einen schizophrenen Befund haben - und das sagt auch der Autor der Studie selbst. Möglicherweise ist dieser Befund gar nicht so widersprüchlich, sondern vielmehr Ausdruck einer Verdünnung von xenophoben Einstellungen und Nützlichkeitskriterien. Dem Meinungsbild zur Zuwanderung und auch zur Fragestellung liegt tatsächlich eine aktuelle gesellschaftli-

che Debatte zugrunde. Einerseits halten erschreckende 48 Prozent die Bundesrepublik in einem erschreckenden Maß für überfremdet. Rechnet man darüber hinaus noch diejenigen dazu, die den Ausländeranteil von wohlgerneht 2,3 Prozent in Thüringen als ausreichend empfinden, zeichnet sich das Bild einer quasi geschlossenen Gesellschaft. Wie nutzorientiert xenophobe Einstellungen sich relativieren, wird daran deutlich, dass 25 Prozent der Befragten selbst für Franzosen den Zuzug erschweren wollen - bei anderen nachgefragten Nationalitäten ist der Anteil deutlich höher -, aber bei Berufsgruppen wie Ärzten, Pflegepersonal und Ingenieuren, also dort, wo es einen Mangel an inländischem Fachpersonal aus unterschiedlichsten Gründen gibt, eine deutliche Mehrheit für eine gezielte Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte ist. Das ist der Befund und wir haben vorhin deutlich gesagt - mein Kollege Bodo Ramelow hat es auch gesagt -, eine Debatte um Zuwanderung unter den Fragestellungen, wer nützlich ist, wer hier den Arbeitsmarkt befördert, wer möglicherweise angesichts der demokratischen Entwicklung in Zukunft auch den Bereich der Dienstleistungen aufrechterhält, diese Debatte schürt auch Vorurteile, weil sie davon ausgeht,

(Beifall DIE LINKE)

wir unterscheiden die Menschen nach denen, die uns nützen, und denen, die uns nicht nützen. Das ist im Kern ein Element der Theorie der Ungleichheit der Menschen.

Einige Anmerkungen zur Debatte um Integration von Migrantinnen und Migranten: Der Thüringen-Monitor fragt zu der für die Verbesserung der Integration zuständigen Institution. Keine Aussage gibt es - das ist bedauerlich - was denn eigentlich im Monitor unter Integration verstanden wird, denn Integration findet eigentlich überall und täglich statt, da, wo Menschen sich begegnen, da, wo sie miteinander kommunizieren, da, wo sie im Alltag einfach miteinander leben. Integration findet dort Grenzen, wo Menschen aufgrund von tatsächlichen Kriterien wie Geschlecht, Weltanschauung, Glaube, Herkunft oder zugeschriebenen Kriterien ausgegrenzt, diskriminiert und benachteiligt werden. Das heißt, Integration muss bedeuten, Abbau von Diskriminierungen, die auf Stereotypen basieren, und heißt gleicher Zugang zu politischen, sozialen, ökonomischen und soziokulturellen Ressourcen. Eine Politik, die Zuwanderung nur unter dem Stichwort der demographischen Entwicklung, des Fachkräftemangels diskutiert, manifestiert nach unserer Meinung sozioökonomische begründete Zustimmung zur Migration von Qualifizierten, ohne dabei tatsächlich rassistische Einstellungen abzubauen. Darum muss es uns doch im Kern gehen, wenn wir den Monitor diskutieren. Was können wir tun, damit die in der Mitte der Gesellschaft manifestierten rassistischen Einstellungen tatsächlich abgebaut wer-

(Abg. Renner)

den? Es geht doch nicht, dass wir jedes Jahr feststellen, es betrifft etwa die Hälfte der Bevölkerung in Thüringen, die diesen Einstellungen des Rassismus zustimmt. Nein, wir brauchen Konzepte, dass diese Einstellungen tatsächlich abgebaut werden. Das ist die Frage, der wir uns stellen müssen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein erfreulicher Befund - das muss man auch sagen - ist, dass 68 Prozent der Auffassung sind, dass Migranten und Migrantinnen ein kommunales Wahlrecht haben sollen. Darauf sind hier andere Redner und Rednerinnen eingegangen, insbesondere Herr Höhn. Herr Höhn, Sie haben noch andere Punkte hier eingebracht, Aufhebung der Residenzpflicht, Wahlrecht ab 16, ich würde einfach vorschlagen, wir erwarten dann zur nächsten Plenarsitzung die entsprechende Gesetzesinitiative Ihrer Fraktion.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Warum nicht gleich morgen?)

Wir werden dem zustimmen, das können wir schon im Dezember auf den Weg gebracht haben. Ich sehe dafür Mehrheiten in diesem Haus, wenn ich Ihre Rede heute ernst nehme, wenn es keinen eigenen Gesetzentwurf gibt, dann werden sicherlich wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und andere, diese Themen erneut hier auf die Tagesordnung setzen. Dann werden wir tatsächlich sehen, ob wir Sie an Taten oder nur an Worten messen können.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Worte haben wir genug gehört, wir wollen endlich Taten sehen, was diese Fragen der Demokratisierung der Gesellschaft angeht.

Ich glaube, wir müssen uns viel mehr - das habe ich schon mit Blick auf Herrn Barth gesagt - den tatsächlichen gesellschaftlichen Realitäten in Thüringen stellen und nicht diejenigen, die den Finger in die Wunde legen, beschimpfen. Zu einer dieser Realitäten gehört, dass der rassistische und sozialdemagogische Hetzer Sarrazin in Thüringen Säle füllen kann. Mehr als 2.000 Thüringer und Thüringerinnen kamen zu seinen Lesungen in Erfurt, Jena und Gera und haben sogar bei diesem Hohepriester der Ungleichheit der Menschen noch Eintritt bezahlt. Eine unglaubliche Zahl, 2.000 Menschen gehen dort hin und bezahlen für diesen rassistischen Müll auch noch Geld. Dagegen protestierte noch nicht mal die Hälfte vor der Tür. Jetzt werden einige sagen, vielleicht ist es auch das falsche Mittel, mit einer Kundgebung gegen Herrn Sarrazin und seine rassistischen Ausfälle zu protestieren. Aber wo waren eigentlich die anderen Proteste, die Leserbriefe, die politischen Interventionen, die kleinen Aktionen und Wortmeldungen, die deutlich gemacht haben, wir lehnen diese Hetze, die im Kern

nicht nur rassistisch, sondern vor allem auch sozialdarwinistisch ist, ab, weil wir aus dem Monitor gelernt haben und uns gegen diese Einstellung stellen müssen? Ich habe diesen Aufschrei aus der Mitte der Gesellschaft nicht vernommen.

(Beifall DIE LINKE)

Das Problem ist, da sind wir wieder bei der Frage Worte oder Taten. Alles, was wir hier postulieren - Interkulturalität, Weltoffenheit, Toleranz, ein Bekenntnis zu Zuwanderung -, das erreichen wir nicht mit Ansagen, sondern es muss konkretes politisches Handeln sein, was diese Postulate dann tatsächlich auch in die Praxis umsetzt.

(Beifall DIE LINKE)

Frau Lieberknecht sagte - Zitat: „In meiner Regierungserklärung zum NSU-Terror vor einem Jahr habe ich gesagt: ‚Deutschland ist ein gastfreundliches, ein weltoffenes Land, das von seiner internationalen Einbindung lebt. Das gilt auch für Thüringen.‘ Diese Aussage gilt. Sie gilt auch als Ansage gegen jede Form von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.“ Ja, das ist richtig. Aber Ansagen schaffen noch kein anderes gesellschaftliches Klima. Wir brauchen eine andere gesellschaftliche Praxis. Das Postulat hilft uns da nicht weiter.

(Beifall DIE LINKE)

Ich habe es mittlerweile ein Stück weit satt, dass wir jeden Monitor dazu nutzen, diese notwendigen Werte der Gesellschaft wie Weltoffenheit, Toleranz, Interkulturalität, Bekenntnis zu Heterogenität und Zuwanderung vor uns herzutragen wie ein Mantra und dann passiert wieder ein Jahr nichts mehr. Für den, der Zweifel daran hat, dass nichts passiert, empfehle ich mal einen Blick in den Beschluss des letzten CDU-Landesparteitags in Seebach unter dem Motto „Zeit für Zusammenhalt“, der kann diese vielen Seiten Papier durchlesen und mal bitte die Begriffe Weltoffenheit, Interkulturalität und Zuwanderung suchen. Sie werden noch nicht mal in den Kapiteln zu Werten und Demographie eines dieser Worte darin finden.

(Beifall DIE LINKE)

Was ist das, dass wir nur zur Monitor-Debatte davon hören und es ansonsten in der Praxis und Theorie der Parteien, wenigstens der Regierungspartei CDU, keine Rolle spielt? Da passt auch die Äußerung von Herrn Mohring, die er vorhin hier getätigt hat, zur Frage des Staatsbürgerschaftsrechts, der Integration und des Wahlrechts für EU-Bürger in diesem Land. Er hat gesagt, Staatsbürgerschaft ist die höchste Form der Integration und er hat der Forderung nach Wahlrecht für Bürger aus der EU zum Landes- und Bundestparlament eine Absage erteilt. Ich finde das sehr entlarvend,

(Beifall DIE LINKE)

(Abg. Renner)

diese klare Äußerung, oder man könnte auch sagen ehrlich. Denn wenn das sein Konzept von Integration ist, dann heißt sein Konzept, Anpassungszwang und nationalchauvinistischer Staatsbegriff. Da bekommt er vielleicht eine Eloge in der Jungen Freiheit, aber hoffentlich nicht hier im Haus.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordnete Renner, DIE LINKE:

Das ist schade.

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Nein, finde ich nicht, Ihre Empörung reicht.)

Finden Sie nicht.

(Unruhe CDU, FDP)

Ich hätte gern noch gesagt, was unsere drei Punkte sind. Zuwanderung jenseits von Nützlichkeitskriterien, Interkulturalität in der Bildung und Ächtung jeder Form von Rassismus.

Präsidentin Diezel:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit.

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Wort hat jetzt Abgeordneter Wolfgang Fiedler von der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Das ist mir vollkommen klar, wenn die Kommunistische Plattform sich meldet, wenn wir Demokraten an das Pult gehen, dann werden die unruhig.

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Bärwolff, DIE LINKE: Ist das billig.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Zwischenruf Abg. Barth, FDP: Einfach, aber wahr.)

ich wollte mich eigentlich nicht zu Wort melden, weil ja wohl ... Frau Rothe-Beinlich ...

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich habe nichts gesagt.)

Sie waren es nicht, schade.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Kann ja noch kommen.)

Schade, schade, die roten Stiefeletten haben Sie ja schon an. Jetzt noch einmal ganz ernsthaft. Es war wohl vereinbart, dass nur die Fraktionsvorsitzenden reden und ich hätte mich selbstverständlich daran gehalten, aber da das nun durchbrochen wurde, diese Vereinbarung, mir ist es so gesagt worden, dass es so vereinbart ist. Wenn DIE LINKE sich nicht daran hält oder das nicht will, ist das ihr Problem. Es ist ein ernstes Thema, was angesprochen wurde und ich danke der Ministerpräsidentin, dass sie auch in Fortführung der Vorgänger das Ganze weitergeführt hat. Das will ich noch einmal ausdrücklich sagen, denn ich glaube, es ist wichtig, dass man über diese vielen Jahre diese kontinuierlich in Zahlen auch einmal bewerten kann. Ich danke natürlich auch den Verfassern, sage aber in Klammern dazu, Sie haben auch Geld dafür bekommen. Wir wollen es nicht übertreiben, Sie haben eine gute Arbeit geleistet, das kann man durchaus sagen, da sind wir auch zufrieden, aber am Ende werden Sie auch dafür bezahlt. Sie haben das nicht im Ehrenamt gemacht, das will ich nur mal festhalten.

Meine Damen und Herren, die Ministerpräsidentin hat klar gesagt, in welche Richtung wir, die Landesregierung und die tragenden Fraktionen, hier gehen. Dass es dabei auch Unterschiede gibt und dass wir da unterschiedliche Akzente setzen, das ist das Normalste von der Welt. Dass die Opposition natürlich mit aller Vehemenz das und jenes anprangert und sagt, das ist nicht in Ordnung, wobei ich diesmal den Kollegen Barth ausnehmen muss, seine Rede hat mir in großen Teilen sehr gut gefallen, will ich mal ausdrücklich sagen. Mir hat es in großen Teilen gefallen, Ihnen muss sie nicht gefallen, das ist Ihr gutes Recht, dass sie Ihnen nicht gefällt, aber wenn sie mir gefällt, kann ich das ja sagen.

Ich wollte noch einmal nach der Zeit fragen, damit wir am Ende nicht das Wichtige vergessen und dann noch reinreden müssen und dürfen es gar nicht. Deswegen ist mir wichtig, dass man doch auf einige Dinge noch einmal eingeht. Frau Renner, Sie haben am Ende versucht, hier einiges noch einmal aus Ihrer Sicht darzustellen. Ich will Ihnen noch einmal eines ganz vorn ansetzen, da können Sie auf mich einprägen, wie Sie wollen, es bleibt dabei, es gibt keine gute und keine schlechte Gewalt. Da will ich noch einmal ausdrücklich dort anfangen, weil Sie immer so tun, also ob die anderen die Bösen wären, wenn aber Parlamentarier selber schottern und Gewalt ausüben, sind sie nicht besser. Das sollten Sie sich endlich einmal zu Herzen nehmen. Sie sind Gesetzgeber und vom Gesetzgeber erwartete ich einfach, dass er sich auch an die Gesetze hält. Die mögen ihm ja nicht passen, aber er hält sich dran.

Meine Damen und Herren, Sie haben hier immer wieder auch Ressentiments und Ihre Worte, die da

(Abg. Fiedler)

so hochtrabend sind, auch in Richtung EU gebracht.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE:
Das haben wir nicht gesagt!)

Herr Blechschmidt, Sie können doch vorgehen und können reden. Wir sind froh und dankbar, dass wir diese EU haben. Damit haben wir nämlich über viele Jahrzehnte Frieden gehabt. Das ist wichtiger als manches Geld, was irgendwo - ich beantworte jetzt keine Frage - es ist mir viel wichtiger, dass wir Frieden haben, als dass wir hier immer nur über das Geld reden. Ich glaube, es war ein guter Akt, dass der Friedensnobelpreis der EU gegeben wurde. Das war ein - ich denke mal - positiver Akt, mit dem das Komitee zeigen wollte, dass man auch sagen kann, die EU ist mit all ihren Stärken und Schwächen - sie ist ja nicht vollkommen - für uns ein wichtiges Instrumentarium. Das sagt auch die Ministerpräsidentin, sie hat mit dazu beigetragen, dass wir zum Beispiel auch als Landtag jetzt mitreden können, dass dort entsprechend der Landtag mit beteiligt wird. Das ist ein mühsames Geschäft, wenn man die Akten manchmal sieht. Vor Gustav Bergemann und so einigen habe ich Respekt, die die Akten durchlesen. Aber ich will nur sagen, wir sind dort voll mit dabei.

(Heiterkeit CDU, FDP)

Meine Damen und Herren,

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie)

gestern habe ich dich gelobt,

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie: Ich weiß.)

nun rei dich zusammen. Außerdem habe ich dir heute Früh etwas gesagt, das wiederhole ich jetzt nicht - mit der Anzugsordnung.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ihre Stammtischgesprche gehören nicht hierher.)

Wissen Sie, Frau Rothe-Beinlich, wenn Sie während den Dingen lesen, kann ich doch auch sagen, hören Sie mir doch zu. Das machen Sie doch sowieso nicht. Und wenn wir mal einen kleinen Plausch austauschen nebenbei, was ist denn da dabei?

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Reden Sie zum Thüringen-Monitor.)

Ja, das geht um den Thüringen-Monitor, um Toleranz, um Weltoffenheit, das ist das Hauptthema. Das hat die Ministerpräsidentin klar und deutlich gesagt. Dazu stehen wir, dafür setzen wir uns ein. Aber wir können auch nicht, wie Frau Renner das heute versucht hat, hier noch rüberzubringen, sol-

len wir denn das jetzt alles, was wir fast unisono wollen, per Gesetz beschließen, wir würden zu wenig tun. Wollen wir ein Gesetz machen, wir beschließen ab sofort, dass das und das nicht mehr gemacht wird. Wir wissen, wie das dann geht. Ich bin nur der Meinung, wir sollten auch mal das Positive wahrnehmen, was im Lande passiert. Schauen Sie in die Feuerwehrintegration, schauen Sie in die Sportvereineintegration, schauen Sie in die Musikvereine. Meine Kollegin Meißner hat mir gerade Bilder gezeigt, weil es zum Thema passte. Da sie als Kreissportbundvorsitzende weiß, dass die verschiedenen Migranten hier entsprechend auch mitmachen. Die werden eingeladen, so kenne ich das bei mir vor Ort auch. Da gibt es kein, du hast eine dunkle Farbe, du hast eine hellere Farbe oder so etwas, sondern sie treiben miteinander Sport und ähnliche Dinge. Das müssen wir fördern und unterstützen. Da gebe ich recht, da müssen wir vielleicht da und dort Geld woanders abknapsen, um das noch zu verstärken, nicht nur Spitzensport, sondern auch solche Dinge usw. Ich will sagen, das passiert doch im Lande. Wir reden doch das Land hier schlechter, als es wirklich ist. Es ist bedrückend, dass immer noch 12 Prozent in diese Richtung gehen. Das ist bedrückend, daran müssen wir alle arbeiten - Kirchen, Gewerkschaften.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE:
Dann fangen Sie doch an, daran zu arbeiten.)

Das machen wir doch. Was denken Sie denn, was wir machen? Was denken Sie denn, warum ich mich in der Feuerwehr so engagiere oder in anderen Vereinen? Weil wir genau solche Dinge - wir waren einer der ersten Kreise, die damals vom Sportbund das aufgenommen haben, dass wir Rechtsextremismus, dass so was nicht passieren kann. Sie tun immer so, als ob Sie das nur gemacht hätten. Das machen auch andere. Wir tragen es nicht wie eine Monstranz vor uns her, wir machen es einfach.

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Ja, Herr Fiedler kämpft in der ersten Reihe seit Jahren.)

Wissen Sie, ich lasse mich auch von Ihnen, Frau Kollegin König - Sie haben letztes Mal ein bisschen neben der Reihe gelegen -, nicht provozieren. Also mir ist wichtig, dass wir hier gemeinsam in diese Richtung marschieren, aber es kann durchaus sein, dass es auch abweichende Meinungen gibt und die muss man auch zugestehen.

Weil Sie vorhin hier den CDU-Parteitag genannt haben, also wissen Sie, es ist ja anerkennenswert, dass Sie das vielleicht alles gelesen haben. Ich weiß nicht, ob Sie alles gelesen haben, aber vielleicht laden wir Sie mal ein zum nächsten Parteitag. Da können Sie zuhören, was dort diskutiert wird, damit Sie mal mitbekommen ...

(Abg. Fiedler)

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit)

Na, Matthias Machnig, du kannst sowieso mal kommen, damit du nicht immer nur zu denen gehst, das schadet auch nichts.

(Zwischenruf Machnig, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit: Ich komme gern zu euch.)

Auch da denke ich mal, können wir durchaus noch einiges dazu beitragen. Wir haben auch eine bunte Partei mit allem, was dazugehört. Und da gibt es dieses und jenes, aber wir haben eine Richtung und die halten wir.

Jetzt sage ich Ihnen einige Dinge, da wird es gleich da und dort einen Aufschrei geben. Aber ich bin es auch leid, jedes Mal muss man sich hier vorn hinstellen, wie der Kollege Barth - hat man mal eine abweichende Meinung, auf einmal wird man in eine rechte Ecke transportiert. Das geht so schnell, so schnell kann man gar nicht schauen. Ich sage ganz klar, weil das heute vom Kollegen auch anders gesagt wurde, wir sind der Meinung, dass das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, das haben wir hier im Hohen Hause gemeinsam beschlossen, dann kann nicht abweichend von dem Beschluss auch eine von mir sehr geschätzte Ministerin einseitig die Geschäftsgrundlage verlassen. So einfach geht die Welt auch nicht.

(Beifall CDU)

Ich freue mich, dass einer noch geklopft hat, danke. Ich will damit nur sagen, da kann man doch unterschiedlicher Meinung sein. Zurzeit ist ganz klar vorrangig, Rechtsextremismus ist dort unter die Knute zu nehmen mit allem, was wir haben, da gibt es keine Frage, aber einfach zu versuchen, das andere vielleicht auszublenden, dann überholt uns in ein paar Wochen oder Monaten wieder eine andere Gruppierung, die da tätig ist, ob Rocker, Organisierte Kriminalität etc. Wir müssen in alle Richtungen auch schauen und aufpassen, dass so etwas hier im Lande nicht passiert, und das muss man sagen dürfen, ohne gleich zu sagen, ich bin nicht dafür, dass die Rechtsextremisten mit allen Mitteln bekämpft werden. Das muss man sagen dürfen und das muss auch möglich sein. Ich denke auch, Sie haben hier einige Punkte herausgepickt, da kann man durchaus strittiger Meinung sein, es ist gesagt worden Residenzpflicht. Die kann man durchaus auch auf das ganze Land ausdehnen.

(Beifall im Hause)

Wir haben aber

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.)

- Vorsicht, nicht so zeitig klopfen, es fehlt noch der zweite Ansatz dann - in dieser Koalition, bevor wir eingetreten sind nach großen Mühen, einen Koalitionsvertrag geschlossen und in diesem steht etwas drin und an diesen halten wir uns und an nichts anderes.

(Unruhe DIE LINKE)

Wir halten uns daran. Wenn der Zeitpunkt X irgendwann kommen sollte, man kann mit uns über alles reden. Ich erinnere nur daran, meine Damen und Herren, auch das wollen Sie manchmal nicht wahrnehmen, es gibt leider auch gewaltbereite Migranten, wir haben es vor dem Landtag erlebt.

(Zwischenruf Abg. Renner, DIE LINKE: Was soll das denn heißen?)

Wir haben es uns doch im Film angeschaut, wer hat denn die Gewalt dort ausgeübt und

(Zwischenruf Abg. Renner, DIE LINKE: Welche Gewalt?)

welche von Ihren Abgeordneten ist vorneweg gerannt und hat die Gewalt mit ausgeübt von der linken Seite? Sie haben sie doch gesehen.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: Schämen Sie sich, Herr Fiedler.)

Hören Sie einfach auf, die einen sind gut und die anderen sind ...

(Unruhe DIE LINKE)

Da können Sie rufen, wie Sie wollen, ich habe den Film gesehen, wir haben ihn uns angeschaut und es war klar und deutlich zu sehen, wer dort wen angegriffen hat.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: Dann können Sie ihn nicht anders sehen als er war.)

Da können Sie sich aufregen, wie Sie wollen, es ist einfach die Wahrheit.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Unglaublich.)

Herr Adams, Sie waren doch dabei. Herr Adams, Sie waren dabei, also müssen wir uns jetzt nicht streiten.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist die halbe Wahrheit.)

Man kann sich auch darüber streiten, wenn man gerade sagt, auch die Asylbewerber Roma, Ashkali, Ägypter, das ist für mich ein wichtiger Grundsatz, wir waren nicht umsonst vor Ort und haben es uns angeschaut, wir haben dem Innenminister gemeinsam viele Dinge auf den Weg gegeben, dass man viele Dinge vereinfachen kann, dass man vor allen Dingen Kinder, die hier geboren sind, Kinder, die lange hier in die Schule gegangen sind, nicht, wenn

(Abg. Fiedler)

sie kurz vorm Abschluss sind, wieder nach Hause schickt, sondern dann müssen sie noch gefälligst einen Abschluss machen können und dann müssen weitere Schritte bedacht werden. Es wird immer so dargestellt, als ob wir da manche Dinge überhaupt nicht ernst nehmen, aber man kann durchaus auch anderer Meinung sein.

Frau Kollegin Renner, Sie haben vorhin ganz geschickt bei der ganzen Frage der antieuropäischen Hetze - ich weiß schon, worauf Sie hinzielen, Sie zielen in die Richtung, dass unsere Bundeskanzlerin, unser Bundesfinanzminister auch in der EU die Rechte der Deutschen dort vertreten, dass das Geld nicht sinnlos in ein Fass ohne Boden gekippt wird. Da muss ich sagen, da bin ich ganz bei der Bundeskanzlerin, so ist es auch gesagt worden, ganz beim Bundesfinanzminister, wir müssen helfen, jawohl, aber es kann nicht sein, wenn geholfen wurde, dann sagt der Gegenpartner, es ist ja schön, aber von mir bekommt ihr nichts zurück. So geht die Welt auch nicht. Erzählen Sie das mal draußen jemandem, wenn wir gerade einen Fußballplatz nicht bauen können oder ähnliche Dinge, erzählen Sie das mal den Leuten, wie man das rüberbringen soll. Deswegen, meine Damen und Herren, denke ich mal, war und ist dieser Monitor eine gute Richtschnur für uns.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE:
Der Monitor war für Sie noch nie eine Richtschnur, Herr Fiedler.)

Es kommt darauf an, in welche Richtung man eine Richtschnur hat, Sie haben sie in die linke Richtung, ich habe sie in die normale Richtung.

(Heiterkeit DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es sind natürlich auch einige Dinge genannt worden, bei denen ich zustimme. Das ist auch die Frage, dass wir jetzt einen Untersuchungsausschuss haben, der sich insbesondere mit der Aufklärung NSU usw. beschäftigt. Aber ich warne auch etwas davor, dass man Dinge, die leider Gottes passiert sind - ich habe mich hier vorn hingestellt und habe mich entschuldigt, und das war aus innerster Überzeugung -, aber man darf auch nicht nur nach hinten schauen, es muss auch endlich mal was rauskommen. Wir müssen nach vorn schauen. Wir müssen da, wo Fehler passiert sind - das ist bei Polizei passiert, das ist beim Verfassungsschutz passiert und das ist bei der Justiz passiert. Kollege Höhn, es geht nicht, nur in anderen Gefilden zu wildern, sondern - und da gucke ich den Justizminister Dr. Poppenhäger an - wir haben es in vielen Aktenvorlagen erlebt, wie das hin- und hergeschoben wurde. Wir haben mittlerweile gelernt, weil Sie auch gute Mitarbeiter haben, dass bei vielen Dingen die Staatsanwaltschaft Herr des Verfahrens ist. Ich will jetzt keine Richterschele betreiben, das hebe ich mir für andere Dinge auf, aber

Staatsanwaltschaft, was dort alles passiert ist, als die Polizei bestimmte Dinge entsprechend voruntersucht hat, dann die Dinge an die entsprechende Staatsanwaltschaft gegeben hat und dann ist rausgekommen, wird nicht verfolgt, wird nicht weitergemacht, brauchen wir nicht. Oder, ich könnte Beispiele nennen, warum war bei den sogenannten wichtigen Durchsuchungen kein Staatsanwalt dabei und so weiter. Ich könnte viele Dinge nennen. Ich will damit nur sagen, nicht nur auf die eine Gruppe oder zwei Gruppen hinschauen, sondern das ist ein Gesamtproblem. Wir müssen die Abläufe von Polizei, von Verfassungsschutz - dass die nicht machen können, was sie wollen, bin ich voll dabei - und auch von Justiz, bei Justiz weiß ich aber, wie schwierig das ist, aber bis zur Staatsanwaltschaft können wir schon noch ein Stückchen mit einwirken. Bei der Richterschaft, Herr Staatssekretär, ich sehe Sie leicht lächeln, bei der Richterschaft wird es komplizierter. Aber ich gehe auch davon aus, dass Richter ja nicht abgehoben an der Rechtsmaterie urteilen, sondern dass sie auch das gesellschaftliche Umfeld mit wahrnehmen. Da erwarte ich mir in Zukunft auch von der Generalbundesanwaltschaft - heute wird so getan, die Generalbundesanwaltschaft, die Allergrößten und die Besten, sie mögen gut und groß und so weiter sein, aber damals zu der Zeit sind Anträge von Thüringen dort hingebracht worden, dass das 129 a, dass da entsprechende Verbote gemacht werden, die Bundesanwaltschaft hat es abgelehnt. Wir wollen uns immer mal am Ende auch daran erinnern, es war eine Zeit vor 13, 15 Jahren. Was wir daraus lernen müssen, dass in Zukunft so was nicht mehr passieren kann, und dass wir endlich Schritte unternehmen, dass abgestimmte Verfahren, wie es der Bundesinnenminister mit den Zentren - das ist hier alles genannt worden -, dass wir auch die Justiz hier voll mit einbeziehen, dass wir hier gemeinsam nach vorn gehen. Ich wehre mich nur, Kollege Höhn, wenn man immer das nur auf eine oder zwei Gruppen,

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Macht doch keiner.)

hier sind drei Gruppen, die dran sind. Alle drei haben mitzuwirken, dass so was in Zukunft nicht wieder passieren kann.

Meine Damen und Herren, Untersuchungsausschuss, gut, richtig, notwendig, aber man sollte anpassen, dass man den Untersuchungsausschuss nicht einseitig nutzt. Ich sage nur, was uns auch nicht geholfen hat: Die erste Amtshandlung sollte sein, die Frau Zschäpe zur Vernehmung vorzuladen. Leider Gottes, muss ich sagen, hat der Rest der Bundesrepublik über uns gelacht. Das brauchen wir uns nicht antun. Wir sollten das machen, was wir können, wo wir auch Möglichkeiten haben. Ich warne auch - ich sage es an der Stelle ganz klar -, wer anfängt und vielleicht solche Lumpen wie Tino Brandt, solche Leute vielleicht vorzuladen, damit

(Abg. Fiedler)

die ihr Zeug dort loslassen können. Wir in der Parlamentarischen Kontrollkommission, die wir uns auch seit Monaten intensivst damit beschäftigt haben, da redet zwar keiner drüber, weil wir wahrscheinlich so geheim sind, aber trotzdem haben wir Tage, Stunden und Wochen daran gearbeitet, haben uns mit dem Innenminister gestritten, dürfen wir V-Männer-Akten sehen oder nicht sehen unter den geheimsten Dingen, wir sind vor die Presse gegangen, haben alles Mögliche gemacht, am Ende haben wir uns irgendwo alle Mann durchgesetzt und der Innenminister geht jetzt vorneweg. Das ist sein gutes Recht und auch gut, aber - jetzt kommt doch das kleine „aber“ wieder - wir dürfen uns nicht isolieren in der Bundesrepublik Deutschland. Als langjähriger Innenpolitiker warne ich davor, dass wir uns isolieren. Man muss seine Meinung vertreten, aber es darf nicht am Ende sein, wir sind vollkommen isoliert. Das ist quer gemischt nach A und B und was weiß ich und grün. Da müssen wir aufpassen, dass das nicht passiert und Thüringen hier in eine Ecke kommt.

Meine Damen und Herren, ich denke, wir sollten das weiter auswerten. Wir sollten gemeinsam daran arbeiten, wo können wir etwas verbessern. Das geht nicht per Gesetz, das geht nur mit der gesamten Bevölkerung. Wir müssen bestimmte Bedingungen dazu herstellen und da lade ich uns alle ein, dass wir gemeinsam in diese Richtung marschieren. Aber es bringt auch nichts, wenn wir uns gegenseitig sagen, wer ist der bessere Demokrat.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Danke schön, Herr Abgeordneter. Ich sehe keine Wortmeldungen mehr aus den Reihen der Abgeordneten. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Ministerpräsidentin. Bitte schön, Frau Ministerpräsidentin.

Lieberknecht, Ministerpräsidentin:

Ganz herzlichen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich will nur ganz kurz aus meiner Sicht noch einmal ein kleines Resümee ziehen, auch für das weitere Miteinanderumgehen in Fragen Thüringen-Monitor. Frau Siegesmund hat einen sehr richtigen Satz gesagt, nämlich: Ein offenes Thüringen braucht offene Menschen. So habe ich auch diese Debatte, die wir jetzt immerhin vormittagfüllend über den Thüringen-Monitor hier geführt haben, verstanden. Bei allem Unterschied im Naturell, gerade bei den beiden letzten Rednern, aber auch ihnen spreche ich eine Offenheit nicht ab und auch bei den Fraktionsvorsitzenden kam es sehr, sehr deutlich zum Ausdruck, dass dieser Thüringen-Monitor nicht nur die Erkenntnisse liefert, die er selber beschreibt, sondern es gibt eine Interpretation für die verschiedenen Er-

hebungen, sondern auch im Thüringen-Monitor selber eine Offenheit angelegt ist im weiteren Umgang mit dem, was uns da an Zahlen präsentiert wird und von dieser Offenheit dann auch hier in den Diskussionsbeiträgen ganz bewusst die Rede ist.

So habe ich vieles als ausgestreckte Hand empfunden von den einzelnen Rednern der Fraktionen. Das fängt an mit dem Redner Bodo Ramelow von der Fraktion DIE LINKE, der von Frau Renner bestätigt wurde, und trifft sich auch mit dem, was Mike Mohring für die CDU-Fraktion gesagt hat, die Frage der Methodik, des Herangehens. Mike Mohring hat es ganz konkret gemacht. Es lohnt schon die Vertiefung, warum ist das so? Dieser Unterschied zwischen Selbsteinschätzung in der Mitte der Gesellschaft oder eher noch links - manchmal sogar ganz links -, aber immer mit Blick auf Fremdenfeindlichkeit, im Blick auf autoritär-diktatorische Einstellungsmuster. Das verdient weitere Betrachtungen und auch noch einmal differenziertes Nachfragen, weil wir das im letzten Jahr schon hatten. Ich erinnere mich, dass wir wirklich mal zu einer ganz offenen Runde kommen, wo man das auch mit den Wissenschaftlern noch einmal bespricht. Ich hätte daran großes Interesse, also dieser ausgestreckte Arm von Ihnen, da mitzutun. Ich will ausgesprochen gern meinerseits darauf reagieren.

Ich nehme auch die Wortmeldungen von dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Uwe Höhn. Uwe Höhn hat sich im Besonderen noch einmal mit konkreten Auswirkungen, Folgen aufgrund des Behördenversagens, auch Versagens einzelner Personen, also den Folgen dieser Aufklärung ohne Ansehen von Institutionen und Personen beschäftigt. Was heißt das jetzt - Neujustierung unserer Sicherheitsarchitektur, bei der wir natürlich den nationalen Rahmen insgesamt sehen müssen, aber uns auch als Thüringer verständigen müssen und wo ich ausdrücklich zustimme, dass es da keine Alleingänge geben darf und soll.

Da sind wir uns auch in der Landesregierung einig. Wir haben regierungsseitig untereinander schon beraten, tun das wieder und auch ausdrücklich unter Einbeziehung des Parlaments. Das finde ich sehr, sehr wichtig, weil das letztlich eine Basis ist, wo wir dann breit legitimiert auch einen Neustart brauchen, der verloren gegangenes Vertrauen wieder ein bisschen wachsen lässt, sich entwickeln lässt. Das ist eine Zäsur, die hier geschehen ist und wo wir wirklich in einer gemeinsamen Arbeit auch mit dem Parlament - das sage ich ausdrücklich - und unter Wahrung nicht nur der Rechte des Parlaments, sondern noch mehr Mitsprache als bisher - da haben wir uns mit dem Verfassungsschutzgesetz auf den Weg gemacht -, aber zu schauen, was heißt das dann bei einer Neuordnung im Einzelnen? Da habe ich großes Interesse, dass dies gemeinsam geschieht.

(Ministerpräsidentin Lieberknecht)

Auch was die Frage dieser schwierigen Einstellung, dieser ambivalenten Einstellung zur Europäischen Union betrifft, gibt es ein ganz breites, denke ich, Argumentationsmuster, Befundmuster, das wir haben. Ich will an dieser Stelle noch einmal sagen, ich habe die Europaministerin genannt, ich nenne aber ausdrücklich auch den parlamentarischen Raum, Gustav Bergemann, der uns in verschiedenen Gremien vertritt, die Arbeit des Europaausschusses, aber auch Holger Poppenhäger als unser Justizminister, der hier auch mittut, nicht zuletzt als Vorsitzender der deutschen Gruppe im Ausschuss der Regionen, wo neben der Gesetzgebung gerade auf diese mentalen Fragen immer wieder eingegangen werden kann und wo Begegnung stattfindet, die aber auch hier letztlich durch uns als Volksvertretung in eine Breite getragen werden muss. Das wird dabei immer Aufgabe sein.

Auch zum Landesprogramm für Demokratie, Toleranz, Weltoffenheit möchte ich meinerseits noch einmal ein Wort verlieren. Es stand in der Tat konstitutiv am Beginn dieser Legislaturperiode, für die regierungstragenden Fraktionen und auch für das gesamte Parlament. Wir kennen den Auslöser damals, das gemeinsame Auftreten unmittelbar nach den Wahlen vom 30. August dann Anfang September in Pößneck, als ich ja auch dabei war und wo wir uns deutlich bekannt haben. Das ist dann in einen Beschluss hier im Hohen Haus, im Parlament eingeflossen. Es ist klar, die Zielrichtung ist eindeutig die Bekämpfung des Rechtsextremismus, weil er im Moment das dominante Problem ist und auch Auslöser für den Thüringen-Monitors war. Nicht zuletzt waren es diese schrecklichen Beispiele des vergangenen Jahres mit den NSU-Morden, die wir nicht für möglich gehalten haben, die die Zielrichtung klar vorgeben. Aber es gilt, ich sage es noch einmal, weil verschiedene Redner auch darauf eingegangen sind, den Anfängen zu wehren. Ein Rechtsextremist ist eben nicht ein Rechtsextremist, weil er eines Tages einfach sagt, ich bin jetzt ein Rechtsextremist oder an Nazidemonstrationen oder sonst wo teilnimmt. Es geht auch nicht nur darum, die Stirn zu bieten, wenn sie auftauchen und meinen, sich in den Städten Plätze erkämpfen zu müssen und da ihr Unwesen zu treiben, sondern es geht tatsächlich um die Anfänge. Bei diesen Anfängen, in dieser ersten Säule der Prävention ist unendlich viel schon zu bearbeiten, aufzuarbeiten, zu begleiten, wo auch immer Gewaltanwendung stattfindet, sei es schon in der ganz frühkindlichen Phase im Elternhaus, sei es dann durch Erfahrungen, die doch immer wieder auf dem Schulhof vorkommen. „Faustlos“ war ein Programm in früheren Jahren einmal. Das Programm „Body“, das Selbstwertgefühl von Schülern stabilisiert. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie muss gegen jede Form von Gewalt geschützt werden, auch gegen politisch motivierte Gewalt. Nein, wir müssen bei der Bekämpfung von Gewalt auf breiter Basis und

bereits bei den Anfängen ansetzen. Es geht darum, den Anfängen zu wehren. Deswegen halte ich es für richtig, dass Demokratie, Toleranz, Weltoffenheit darüberstehen, um diese Breite in der Bekämpfung zu erzielen, gerade weil es um die Anfänge geht. Das hat überhaupt nichts mit Relativierung zu tun oder damit, dass wir sagen, es gibt nicht nur Rechtsextremismus, sondern wir bekämpfen Rechtsextremismus am zielführendsten - das ist meine feste Überzeugung -, wenn wir die Menschen stabilisieren, wenn wir ihr Selbstwertgefühl stabilisieren, wenn wir zu souveränen, mündigen Bürgern kommen. Das fängt in der frühkindlichen Phase in den Schulen und in den Elternhäusern an. Darauf setzen dann Interventionsmaßnahmen auf und, wenn es dann tatsächlich nicht anders geht, auch Repression. Deswegen wollte ich das an dieser Stelle noch einmal sagen. Deswegen ist es auch gut, dass wir bei aller Kontroverse, die darüber besteht, auch mit Wissenschaftlern darüber sprechen, die sehr unterschiedlicher Meinung sind. Es ist gut, dass wir diese Offenheit in dieser Debatte haben. Aber ich wollte keinen Zweifel daran lassen, wie ich diese Dinge sehe, nicht zuletzt auch aus eigener Erfahrung, weil ich in früherer Zeit auch einmal für diesen Bereich eine Zuständigkeit mit hatte.

Sehr gefreut habe ich mich, dass der Vorsitzende der FDP-Fraktion noch einmal den Fokus auf einen Tatbestand gelenkt hat, der uns über viele Jahre sehr umgetrieben hat und bei dem es doch offensichtlich, vielleicht auch dank einer jüngeren Generation, eine beachtliche Entwicklung gibt. Dass bei der Frage nach der Freiheit und der Gleichheit in einer Gesellschaft die Freiheit tatsächlich inzwischen dominant beantwortet wird. Das war nicht immer so. Das heißt überhaupt nicht, dass die Freiheit als Freibrief verstanden würde, sondern Freiheit zusammen mit Gerechtigkeit und Solidarität gibt ein Ganzes. Aber man braucht diese Freiheit, um tatsächlich selbstbestimmt seine Lebensentscheidungen treffen zu können, um in der Bindung, in der Rückbindung an die Gesellschaft tatsächlich für Gerechtigkeit, für Solidarität mit den entsprechenden Mitteln entsprechend eintreten zu können. Deswegen lohnt es, auch hier weiter nachzugehen.

Dann möchte ich mich an einer Stelle doch verwahren gegen einen Vorwurf. Der kam aber nur von Ihnen, Frau Renner, bei den anderen habe ich das nicht so empfunden, dass wir uns zu sehr nur die positiven Ergebnisse zu eigen gemacht hätten. Ich will das für mich nicht so stehen lassen, sondern ich sage hier - vielleicht habe ich das nicht alles im Einzelnen so darlegen können -, dass ich die kritischen Punkte für mich zum Weiterdenken, zum Weiterarbeiten ansehe und dass sie zum Teil sehr offen angesprochen worden sind.

Die Tatsache, dass wir hier immer nur reden würden und dann wäre wieder 12 Monate Ruhe, stimmt

(Ministerpräsidentin Lieberknecht)

nicht. Es gibt Entwicklungen. Es gibt Gesetzgebungen, die wir vorgenommen haben, auch wenn nicht alle am Ziel ihrer Wünsche sind. Politik ist ein langwieriges Geschäft. Auch da bedeutet es, dicke Bretter zu bohren mit Leidenschaft, aber auch mit Augenmaß. Da sind wir auf dem Weg. Eines können wir schon jetzt nach über zwei Jahrzehnten Thüringen und über einem Jahrzehnt Thüringen-Monitor sagen, die Thüringer sind internationaler geworden. Da gibt es überhaupt keine Frage. Sie sind auch, was die rechtsextremen Einstellungen betrifft, etwas stabiler geworden offensichtlich, jedenfalls wenn man den Trend insgesamt sieht, auch nicht am Ziel der Wünsche. Wir haben die Problemlagen offen dargelegt, aber die Richtung ist, dass diese Einstellungen - ich sage, Gott sei Dank - abgenommen haben. Das Dritte, was ich sagen will, was ich erfreulich interpretiere, ist, das Bekenntnis zur Freiheit hat wieder zugenommen. Alles in allem ist das, denke ich, eine gute Basis, dass wir hier im Haus, aber auch mit den Menschen im Land weiter für ein wirklich weltoffenes, tolerantes und internationales Thüringen eintreten können. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, dann schließe ich den Tagesordnungspunkt 1. Ich schaue auf die Uhr. Aber wir haben noch einen Tagesordnungspunkt, der verspricht, kurz behandelt werden zu können. Das ist der **Tagesordnungspunkt 6** und den rufe ich jetzt auf

Thüringer Gesetz zu dem Abkommen zur zweiten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 5/5171 -

ERSTE und ZWEITE BERATUNG

Wünscht die Landesregierung das Wort zur Begründung? Ich sehe das nicht. Ich eröffne die Aussprache. Wir haben eine Wortmeldung, Herr Abgeordneter Heinz Untermann von der FDP-Fraktion.

Abgeordneter Untermann, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kollegen, liebe Zuschauer auf der Zuschauertribüne, ich versuche, das ganz kurz zu machen. Vielleicht können wir uns irgendwie einigen. Ich hatte mir am Anfang eigentlich gedacht, dass wir das so beschließen, wie wir das eigentlich vorhatten mit

diesen 35.000 €, aber nach näherem Hinschauen möchte ich nur ganz kurz ein paar Bedenken aufführen. Ich werde noch sagen, was ich Ihnen dann vorschlagen werde.

Das Thüringer Gesetz zu dem Abkommen über das Deutsche Institut für Bautechnik wurde 1993 ratifiziert, die erste Änderung zum Gesetz erfolgte im Jahr 2006. Seit dem Jahr 2010 liegen neue Richtlinien und Rechtsakte der Europäischen Union vor. Dem Institut für Bautechnik werden die Aufgaben der Marktüberwachung von harmonisierenden Bauprodukten übertragen. Das Institut als Marktüberwachungsbehörde nimmt im Auftrag aller Länder die technische Prüfung von Bauprodukten vor. Das Institut vertritt die Länder in Gremien, beispielsweise in den Gremien, die für die Erarbeitung und Zulassung von Baurichtlinien zuständig sind. Nach Aussage des zuständigen Ministeriums ist die Wahrnehmung dieser Aufgaben der Marktüberwachung von harmonisierenden Bauprodukten in Thüringen nicht möglich bzw. es kommt wesentlich teurer. Wenn wir das an das Deutsche Institut geben, kommt es für uns billiger. Das ist aber alles einzusehen auch mit diesen zusätzlichen Kosten von 35.000 €, diese einmalige Zusatzaufgabe.

Wir haben noch mal die gesamten Kosten für das Institut für Bautechnik hinterfragt und sind zu folgenden Ergebnissen gekommen: Schaut man sich die Haushaltspläne der vergangenen Jahre und den Haushaltsplan 2013/2014 an, so stehen im Titel 632 01 als Anteil an den Kosten für das Institut für Bautechnik im Jahr 2010 rund 55.000 €, im Jahr 2011 - man höre und staune - 177.000 €, im Jahr 2012 218.000 €, im Jahr 2013 224.000 € und in 2014 226.000 €, also ein Anstieg von 2010 von 55.000 € auf 226.000 €. Ich habe in der kurzen Zeit leider nicht so tief prüfen können, wie diese Sache zustande kommt und warum wir dann trotzdem noch diese 35.000 € brauchen. Meine Anfrage wäre hier, das zu klären. Ich würde doch bitten, hier noch mal Stellung zu nehmen, wie das zustande kommt. Die Zahlen sind mir doch ein bisschen zu gewaltig, um hier einfach die 35.000 € durchzuwinken. Das wäre mein Antrag.

(Beifall FDP)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Herr Abgeordneter. Der Minister hat sich zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Minister Carius.

Carius, Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wollte mich eigentlich nicht zu Wort melden, weil ja vereinbart war, keine Aussprache zu dem Thema zu machen. Da Herr Untermann aber

(Minister Carius)

eine Frage gestellt hat, will ich es nur ganz kurz erläutern und verspreche, dass wir gern im zuständigen Ausschuss noch mal in einem extra Tagesordnungspunkt über die Daten informieren.

Es geht im Grunde um Folgendes: Wir haben uns als Länder darauf verständigt, dass wir für die im Zuge durch die Europäische Union eingeführte Marktüberwachung für Bauprodukte nicht in jedem Land eine einzelne, einzige Marktüberwachung für alle Bauprodukte schaffen, sondern das aufteilen auf die verschiedenen Fachkompetenzen der Länder und dort, wo das nicht geht, dass wir für die wissenschaftlichen Aufgaben das Deutsche Institut für Bautechnik beauftragen, die den entsprechenden auch wissenschaftlichen Hintergrund haben, um dafür zu sorgen, dass wir eine gute Marktüberwachung für die Bauprodukte haben. Das heißt natürlich, das haben wir in der Vergangenheit auch schon gemacht. Deswegen gab es in der Vergangenheit zunehmend neue Aufgaben für dieses Institut, was die Länder insgesamt beschäftigen und wo wir, glaube ich, nach Königsteiner Schlüssel oder nach einem veränderten Königsteiner Schlüssel letztlich in der Beteiligung sind. Das heißt, dass die Aufgaben des Instituts in den letzten Jahren natürlich immer weiter gewachsen sind. Ich vermute, das ist auch der Hintergrund für die aufwachsenden Zuweisungen, die wir hier an das Institut geleistet haben. Aber, Herr Untermann, da muss ich an der Stelle einfach um Verständnis bitten.

Ich würde gern darum bitten, dass wir diesem Abkommen heute zustimmen, damit wir handlungsfähig sind. Das ist abgestimmt zwischen allen Ländern. Es ermöglicht uns am Ende, deutlich die Kosten, die uns sonst entstehen würden, zu reduzieren. Ich erinnere mal daran, dass wir allein für die Betonprodukte zwei Stellen im Landesverwaltungsamt schaffen müssen, wo wir für eine Produktkategorie zuständig sind. Wenn wir es für alle machen wollten, hätten wir dort einen nicht hinzunehmenden Personalaufbau, den wir letztlich dem europäischen Recht schulden. Ich würde sehr um Zustimmung werben und sage zu, dass wir den Ausschuss gern noch mal informieren.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Ich schließe die Aussprache und schließe die erste Beratung zum Gesetzentwurf, rufe die zweite Beratung zum Gesetzentwurf auf. Ich sehe keine Wortmeldung, dann schließe ich die zweite Beratung zum Gesetzentwurf.

Wir kommen zur Abstimmung zum Gesetzentwurf in der Drucksache 5/5171, zweite Beratung. Wer ist für diesen Gesetzentwurf? Zustimmung bei der FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Wer ist dagegen? Ich sehe keine Gegenstimmen. Wer Enthält sich? Ich sehe auch keine

Enthaltung. Damit ist der Gesetzentwurf angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben, wenn Sie dem Gesetzentwurf zustimmen. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung angenommen und ich schließe diesen Tagesordnungspunkt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir gehen jetzt in die Mittagspause bis 14.00 Uhr zur Fragestunde. Ich erinnere noch mal an die Eröffnung der Ausstellung „Jüdisches Leben in Deutschland“ im Zwischengang zum Fraktionsgebäude. Vielen Dank.

Vizepräsident Gentzel:

Wir setzen die Sitzung fort. Ich rufe auf **Tagesordnungspunkt 32**

Fragestunde

Wir beginnen mit der Mündlichen Anfrage der Abgeordneten König von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5135.

Abgeordnete König, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Präsident!

Werbung von ehemaligen Mitarbeitern von Landtagsabgeordneten als Informanten und Informantinnen für das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz

Am 17. Oktober 2012 wurde ein ehemaliger Mitarbeiter einer Landtagsabgeordneten der Partei DIE LINKE zu Hause durch einen Mitarbeiter des Landesamts für Verfassungsschutz aufgesucht und persönlich angesprochen. Offenkundiges Ziel dieser Ansprache war es, ihn als Informanten für das Landesamt für Verfassungsschutz zu gewinnen. Durch Wortwahl und Verweise auf einschlägig bekannte Redewendungen in Bezug auf eine Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden wurde deutlich gemacht, dass es dem Mitarbeiter des Landesamts darum ging, über den ehemaligen Mitarbeiter einer Landtagsabgeordneten künftig an Informationen aus der linken Szene zu gelangen. Es ist nicht auszuschließen, dass das Landesamt für Verfassungsschutz auch beabsichtigte, über die frühere Tätigkeit des Angesprochenen an Informationen über die Vernetzung der Abgeordneten sowie deren Wahlkreisbüro zu gelangen. Ein solches Anliegen dürfte regelmäßig einen unzulässigen Eingriff in den verfassungsrechtlich geschützten Status von Abgeordneten darstellen.

Ich frage die Landesregierung:

(Abg. König)

1. Welche Gründe lagen dem Versuch der Anwerbung eines ehemaligen Mitarbeiters einer Abgeordneten des Thüringer Landtags als Informant sachlich und personell vor?
2. Welchem Ziel diene die versuchte Anwerbung eines ehemaligen Mitarbeiters einer Abgeordneten des Thüringer Landtags als Informant?
3. Hält es die Landesregierung für verfassungsrechtlich unbedenklich, dass durch das Landesamt für Verfassungsschutz ehemalige Mitarbeiter einer Abgeordneten des Thüringer Landtags als Informanten angeworben werden und wie begründet sie ihre Auffassung, insbesondere vor dem Hintergrund des Artikels 56 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen?
4. Kann die Landesregierung für den Zeitraum 1990 bis 2012 ausschließen, dass durch das Landesamt für Verfassungsschutz Menschen als V-Personen oder Informanten geführt werden bzw. wurden, die Mitarbeiter von Fraktionen bzw. von Abgeordneten sind bzw. waren? Wenn nein, welche Fraktionen und Abgeordneten sind bzw. waren in welchem Zeitraum durch eine derartige Tätigkeit als Informant eines ihrer Mitarbeiter bzw. ehemaligen Mitarbeiter betroffen?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Innenministerium. Das macht Herr Staatssekretär Rieder.

Rieder, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, im Namen der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage der Abgeordneten König wie folgt:

Zu Frage 1: Auf die Gründe einer Anwerbung von V-Leuten kann ich hier nur in allgemeiner Form eingehen.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Warum?)

Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seines gesetzlichen Auftrags nachrichtendienstliche Mittel einsetzen. Dies regelt § 6 Abs. 1 des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes. Hierzu zählt auch der Einsatz von V-Leuten. V-Leute werden in Betracht gezogen, wenn Informationen nicht offen gewonnen werden können, aber Erkenntnisse über die inneren Strukturen einer Gruppierung notwendig sind, weil ihre Zielsetzung gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet ist. Aus der allgemeinen verfassungsrechtlichen Rechtsstellung des Abgeordneten in Verbindung mit dem Rechtsgedanken des Artikels 56 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen folgt, dass Mitarbeiter von Abgeordneten nicht als Informationsquelle für Sicherheitsbehörden

in Betracht kommen. Im vorliegenden Fall lagen keine Hinweise vor, dass es sich bei der in der Mündlichen Anfrage erwähnten Person um einen ehemaligen Mitarbeiter einer Landtagsabgeordneten handelt.

(Zwischenruf Abg. Bärwolff, DIE LINKE: Wie gut funktioniert Immunität?)

Über die Veröffentlichungen in der Presse hinaus hat die Landesregierung auch heute keine Erkenntnisse hierüber.

Zu Frage 2: Ich verweise auf die Antwort zu Frage 1.

Zu Frage 3: Hier verweise ich ebenfalls auf die Antwort zu Frage 1.

Zu Frage 4: Hierfür liegen keine Anhaltspunkte vor.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt zunächst erst einmal eine Nachfrage durch die Fragestellerin.

Abgeordnete König, DIE LINKE:

Herr Rieder, ausgehend von Ihrer Antwort auf Frage 1, die auch für Frage 2 und Frage 3 gilt, würde ich gern von Ihnen wissen, ob es denn so ist, dass die Partei oder auch die Fraktion DIE LINKE in ihren inneren Strukturen eine Gruppierung darstellt, deren offenkundiges Ziel es vorrangig ist, die FDGO zu zerstören oder anzugreifen, weil das der einzige Grund wäre, einen ehemaligen Mitarbeiter von mir in dem Fall bzw. der Fraktion DIE LINKE anzuwerben.

Rieder, Staatssekretär:

Die Antwort ist eindeutig. Die Partei DIE LINKE ist kein Beobachtungsobjekt des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz.

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Fraktion hatte ich auch gefragt.)

Die Fraktion erst recht nicht.

Vizepräsident Gentzel:

Die nächste Anfrage wäre ...

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Ich trete sie an meinen Parlamentarischen Geschäftsführer ab.)

Herr Blechschmidt, bitte.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Bei uns ist die Welt noch in Ordnung.)

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident. Meine Nachfrage, Herr Staatssekretär, bezieht sich auf Frage 4. Wenn ich

(Abg. Blechschmidt)

es richtig in Erinnerung habe, haben Sie formuliert, es gibt keine Anhaltspunkte. Also können Sie nicht verneinen, dass nicht gegen die, welche Fraktion auch immer, ermittelt worden ist. Verstehe ich diese Antwort so richtig?

Rieder, Staatssekretär:

Die Antwort ist, dass es keinerlei Anhaltspunkte dafür gibt, dass irgendwann einmal ein Mitarbeiter einer Fraktion als V-Mann geworben werden sollte.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine weitere Nachfrage von der Abgeordneten König.

Abgeordnete König, DIE LINKE:

Sie sagen, es liegen bis heute keine Erkenntnisse bzw. keinerlei Hinweise vor, dass es sich um einen ehemaligen Mitarbeiter handelt. Daraus schließe ich, dass Ihre Antwort auf Frage 4 ebenso glaubwürdig ist, ob es jemals schon Mitarbeiter von anderen Fraktionen oder Parteien getroffen hätte, weil diese Hinweise sind - das ist jetzt die Frage - doch hier im Landtag durch Sie, das Innenministerium bzw. alternativ das Landesamt für Verfassungsschutz, bei der zuständigen Stelle für Abgeordnete und deren Personalverhältnisse abzurufen.

Rieder, Staatssekretär:

Ich verstehe Ihre Frage nicht ganz. Sie ändert nichts an meinen Antworten.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Vizepräsident Gentzel:

Dann machen wir weiter ...

Abgeordnete König, DIE LINKE:

Dann würde ich die Frage gern noch mal einfacher stellen, wenn er sie nicht versteht. Welche Hinweise und welche Erkenntnisse benötigen Sie denn, um auszuschließen, dass es sich bei einer Person, die Sie anwerben, um einen Mitarbeiter einer Partei oder einer Fraktion handelt?

Rieder, Staatssekretär:

Mitarbeiter von Abgeordneten sind für das Landesamt sakrosankt, das heißt, auch im personellen Umfeld von Abgeordneten dürfen keine Recherchen angestellt werden.

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Sie können es nicht ausschließen, auch nicht für den Zeitraum 1990 bis 1992?)

Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, dass jemand mal angeworben wurde.

Vizepräsident Gentzel:

So, wer tritt jetzt ab und wer möchte jetzt? Herr Abgeordneter Bärwolff, die letzte Anfrage.

Abgeordneter Bärwolff, DIE LINKE:

Der Kollege Kuschel zeichnet sich durch grenzenlose Freizügigkeit aus. Herr Staatssekretär, Sie hatten gerade eben gesagt, dass die Mitarbeiter von Abgeordneten sakrosankt sind. Nun verstehe ich aber nicht, wie dann das Landesamt für Verfassungsschutz trotzdem ehemalige Mitarbeiter von Landtagsabgeordneten ansprechen oder anwerben möchte. Welche Instrumente und Mittel haben Sie denn, herauszufinden, welche möglichen Zielpersonen, die als V-Leute geeignet sind, möglicherweise Mitarbeiter von Abgeordneten sind?

Rieder, Staatssekretär:

Es wird ja gerade nicht recherchiert im personellen Umfeld von Abgeordneten.

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Sie können es doch nicht ausschließen, wenn Sie es nicht recherchieren.)

Ich habe gesagt, es gibt keinerlei Anhaltspunkte. Es wird nicht recherchiert im personellen Umfeld von Abgeordneten. Darauf, denke ich, kommt es doch an.

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Staatssekretär. Wir machen weiter mit der Mündlichen Anfrage des Abgeordneten Kuschel von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5138.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident.

Berücksichtigung der Thüringer Kurorte im Kommunalen Finanzausgleich?

Im Rahmen eines Arbeitsbesuchs im Rathaus von Bad Salzungen soll der Thüringer Finanzminister gegenüber den Teilnehmern des Gesprächs geäußert haben, die Berücksichtigung der Kurorte in Thüringen mit ihren kurortrelevanten Aufgaben im Kommunalen Finanzausgleich prüfen zu wollen (vgl. Südthüringer Zeitung, Bad Salzungen, vom 4. Oktober 2012). Während in anderen Bundesländern Kurorte einen finanziellen Landesausgleich für die Wahrnehmung spezifischer kurortrelevanter Aufgaben erhalten, ist dies bisher in Thüringen nicht der Fall.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist es zutreffend, dass es durch den Finanzminister die im Einleitungstext dargestellte Zusage gab?

(Abg. Kuschel)

2. Mit welcher Zielstellung soll möglicherweise geprüft werden, ob Thüringer Kurorte für die Wahrnehmung kurortrelevanter Aufgaben im kommunalen Finanzausgleich Berücksichtigung finden?

3. Welche Finanzierungsmodelle anderer Bundesländer könnten dabei künftig auch in Thüringen zur Anwendung kommen?

4. Mit welcher Begründung hält es die Landesregierung möglicherweise für nicht geboten, dass die Thüringer Kurorte für die Wahrnehmung kurortrelevanter Aufgaben im kommunalen Finanzausgleich Berücksichtigung finden?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet Staatssekretär Herr Diedrichs aus dem Finanzministerium.

Diedrichs, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kuschel beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: In dem Arbeitsgespräch im Bad Salzunger Rathaus sagte der Finanzminister zu, das Thema Kurorte mit nach Erfurt zu nehmen. Eine konkrete Prüfung, wie sie in der Einleitung der Mündlichen Anfrage dargestellt ist, wurde hingegen nicht zugesagt. Gleichwohl ist das Finanzministerium dieser Frage nachgegangen.

Zu Frage 2: Als Orientierung, was in einem pauschalen Ausgleichssystem wie in einem kommunalen Finanzausgleich bei der horizontalen Verteilung berücksichtigt werden sollte, dienen ganz grundsätzlich die folgenden Kriterien: Zunächst einmal, die finanzielle Belastung, die durch die betreffende Aufgabe ausgelöst wird, muss hinreichend groß sein. Weiterhin muss die Streuung der Belastung zwischen den einzelnen Körperschaften erheblich sein und durch den vorhandenen Bedarfsindikator, Herr Kuschel, das ist in der Regel der Einwohner im Hauptansatz, nicht repräsentativ abgebildet werden. Bei einer Umsetzung im Schlüsselzuweisungssystem müssen nicht strategieanfällige Indikatoren weiterhin zur Abbildung der Streuung verfügbar sein. Bejaht man all diese Aspekte, dann erscheint eine besondere Berücksichtigung der betreffenden Aufgabe in einem pauschalen Ausgleichssystem, z.B. über einen entsprechenden Nebenansatz, grundsätzlich möglich.

Zu Frage 3: Das Finanzministerium hat einen sogenannten Tourismus- und Kurortausgleich geprüft. Hierzu wurde ein Nebenansatz anhand der Übernachtungszahlen je Einwohner erprobt. Dieses Verfahren wenden z.B. Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen an, indem es kurtaxpflichtige Übernachtungen als Bedarfsindikator zugrunde legt.

Zu Frage 4: Im Ergebnis der Prüfung, wie sie das Finanzministerium unter Frage 3 vorgenommen hat, lässt sich Folgendes feststellen: Die finanziell bedeutsame Belastung der Kommunen, wie sie z.B. bei den Soziallasten gegeben ist, den SGB-XII- und SGB-II-Leistungen, ist hier im Bereich Tourismus nicht gegeben. Die konkreten Belastungen allein aus dem Status Kurort sind mit den verfügbaren Statistiken - das ist ein zweiter wichtiger Punkt - und Instrumenten nicht exakt messbar. Sie verlieren sich in der Regel über den ganzen Kommunalhaushalt und finden sich in den verschiedensten Unterabschnitten wieder. Ein Umfang, wie er sich bei den Sozialausgaben mit rund 500 Mio. € darstellt, wird jedoch bei Weitem nicht erreicht werden. Es dürfte sich um eine eher kleine Ausgabeposition handeln. Darüber hinaus führte der geprüfte Nebenansatz in Thüringen lediglich zu sehr geringen Umverteilungswirkungen, so dass der Aufwand und Nutzen eines solchen Nebenansatzes infrage zu stellen ist. Auch bleibt zu beachten, je mehr Nebenansätze für verschiedenste Aufgaben eingeführt werden, umso größer ist die Gefahr, dass die gewünschte Lenkungswirkung nicht eintritt, da sich die verschiedenen Nebenansätze in ihrer Wirkung gegenseitig aufheben können. In der Gesamtwürdigung dieser Aspekte hat das Thüringer Finanzministerium von einem Vorschlag für einen Kurortansatz im Schlüsselzuweisungssystem abgesehen.

Vizepräsident Gentzel:

Danke, Herr Staatssekretär. Es gibt eine Nachfrage durch den Fragesteller.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke. Herr Staatssekretär, wäre es denn nicht eine Überlegung wert, Kurorte doch im Finanzausschuss zu berücksichtigen, weil Kureinrichtungen, insbesondere Kurkliniken ja nicht der Gewerbesteuerpflicht unterliegen, also insofern zeichnet die 19 Kurorte in Thüringen die Besonderheit aus, dass sie im Regelfall Unternehmen am Ort haben, die keine Gewerbesteuer bezahlen. Nun weiß ich natürlich, das wird über Schlüsselzuweisungen auch etwas nivelliert, aber wäre das nicht der Ansatz? Dann kann ich gleich die zweite Frage hinterher stellen. Was sagen Sie denn zu der Regelung in Hessen, wo Kurorte eine besondere Berücksichtigung ebenfalls im Rahmen des Finanzausgleichs finden, die sich aber von denen von Ihnen zitierten Regelungen teilweise in Nordrhein-Westfalen unterscheiden? Wäre die hessische Regelung vielleicht ein Ansatz für Thüringen? Danke.

Diedrichs, Staatssekretär:

Zu der ersten Frage der Gewerbesteuerfreiheit von Kliniken: Wir haben nach meiner Einschätzung nur wenige Kliniken und dies würde eine Berücksichti-

(Staatssekretär Diedrichs)

gung als Bedarfsindikator im Finanzausgleich kaum rechtfertigen. Auch ist zunächst einmal per se nicht einsehbar, warum eine Klinik besondere Belastungen für die Kommune bedeutet. Sie bedeutet zunächst einmal Arbeitsplätze, das muss man sehen, und sie bedeutet natürlich auch Gäste. Die Gemeinde hat mit der Fremdenverkehrsabgabe, aber auch der Kurtaxe natürlich grundsätzlich Instrumente zur Verfügung, um entsprechende Einnahmen für den Gemeindehaushalt zu generieren.

Die zweite Frage - Hessen: Mir ist die Regelung von Hessen leider nicht präsent, deshalb tue ich mich schwer, sie zu kommentieren. Soweit sie allein auf den Kurortestatus abstellt, Herr Abgeordneter, so habe ich Sie jetzt verstanden, das heißt also, der Kurortestatus zu einer präferenziellen Berücksichtigung im Rahmen des Bedarfsbemessungssystems führt, erschien mir dies bedenklich, weil der Status ja durch ein Prädikat der Staatsregierung verliehen wird und darüber hinaus auch nur eine vergleichsweise geringe Anzahl von Gemeinden betrifft.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch die Abgeordnete Leukefeld.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Herr Staatssekretär, es fällt mir schwer, die Argumentation nachzuvollziehen, dass diese Kurorte keine zusätzlichen Aufwendungen haben. Ich mache es mal deutlich am Beispiel Oberhof, 1.350 Einwohner, im Durchschnitt pro Übernachtung gerechnet wären das 5.000 bis 6.000 Bürger dieser Gemeinde, die so über das Jahr zusätzlich zur Einwohnerzahl dazukommen. Da frage ich Sie: Meinen Sie nicht, dass das für Infrastruktur, für Veranstaltungen, für Betreuung jenseits von touristischen und gewerblichen, privaten Aufgaben, die da natürlich eine Rolle spielen, auch für Kommunalpolitik eine entscheidende relevante Größe ist?

Diedrichs, Staatssekretär:

Das kann eine entscheidende Größe sein, es kann auch mit Belastungen verbunden sein, auch im infrastrukturellen Bereich, wie Sie zu Recht sagen. Ich sagte nur, dass die Klinik für sich genommen per se zunächst mal keine Belastung darstellt, sondern - auch wenn sie keine Gewerbesteuer zahlt - auch positive Effekte für die Gemeinde zeitigt.

Vizepräsident Gentzel:

Weitere Nachfragen sehe ich nicht. Danke, Herr Staatssekretär. Wir machen weiter mit der Mündlichen Anfrage des Abgeordneten Hausold von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5145. Sie wird vorgetragen von der Abgeordneten Leukefeld.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident.

Zur Situation bei a. S. GmbH

Am 29. September 2012 sprach die Geschäftsführung von a. S. GmbH, eine Firma der Solarwirtschaft, weiteren 58 Beschäftigten die betriebsbedingte Kündigung aus. Damit verringert sich der Mitarbeiterbestand im Unternehmen von ehemals 118 Beschäftigten im Sommer dieses Jahres auf nur noch 41 Beschäftigte. Mit der Förderung mit öffentlichen Mitteln sollten nach meiner Kenntnis 93 Arbeitsplätze geschaffen bzw. erhalten werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist der Landesregierung die Situation beim Unternehmen a. S. GmbH bekannt und wie beurteilt sie die einschneidende Zahl der Entlassungen?
2. Welche Arten von Fördermitteln, in welcher Höhe und geknüpft an welche Bedingungen wurden seitens des Freistaats Thüringen und seiner Institutionen an die a. S. GmbH gewährt?
3. Welche Schlussfolgerungen werden seitens der Thüringer Aufbaubank und der Landesregierung aus der Unterschreitung der Arbeitsplatzgarantie für 93 Mitarbeiter gezogen, welche die Voraussetzung für die Gewährung der erteilten Fördermittel war?
4. Was gedenkt die Landesregierung zu tun, um dem Arbeitsplatzabbau in der Solarbranche generell und bei der a. S. GmbH im Speziellen zu begegnen?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie, Herr Staatssekretär Staschewski, bitte.

Staschewski, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich beantworte die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Hausold, vorgetragen von der Frau Abgeordneten Leukefeld, für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Ja, die Situation bei der asola Solarpower GmbH in Erfurt ist der Landesregierung bekannt. Das Unternehmen hat erhebliche Absatzschwierigkeiten, unter anderem durch die gesenkten Förderungen, zum Beispiel Einspeisevergütung, sowie gestiegene Preise im Konkurrenzkampf durch chinesische Anbieter in erster Linie. Diese Situation führte zu marktstrukturellen Veränderungen und erforderte auch den Abbau von Dauerarbeitsplätzen. Das ist ja kein Phänomen, das nur ein Unternehmen in Deutschland betrifft, sondern grundsätzlich der Branche zurzeit zu schaffen macht. Diese Maßnahme im Speziellen bei diesem Unter-

(Staatssekretär Staschewski)

nehmen soll nach Einschätzung des Unternehmens allerdings nur vorübergehender Natur sein, um die zurzeit bestehenden wirtschaftlichen Probleme auf dem Absatzmarkt zu überwinden und die Existenz des Unternehmens zu sichern. Eine Insolvenz aber hätte dann den sofortigen Verlust aller geförderten Dauerarbeitsplätze zur Folge gehabt.

Zu Frage 2: Dem Unternehmen wurden folgende Fördermittel gewährt: 2007 ein GuW-Darlehen in Höhe von 250.000 €, 2008 eine Ausfallbürgschaft des Freistaats über 1,6 Mio. €, 2007 eine Bürgschaft der BBT in Höhe von 200.000 €, zwei MBG-Beteiligungen in Höhe von insgesamt 1 Mio. € - das war auch 2008 -, eine stille Beteiligung aus dem PET-Fonds in Höhe von 5 Mio. € - das war auch 2008 - sowie Fördermittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in Höhe von rund 1,9 Mio. € in 2007 und 2008. Die intensive Förderung aus der GRW, die arbeitsplatzgebunden ist, wurde unter folgenden arbeitsplatz- und zuschussbestimmten Maßnahmen gewährt: Es müssen erstens insgesamt 93 Dauerarbeitsplätze geschaffen und besetzt werden. 2. Es werden nur Investitionen im Zusammenhang mit der Neuschaffung von Arbeitsplätzen gefördert. 3. Der Investitionszuschuss wird nur für den Teil der Investitionskosten gewährt, der 500.000 € für jeden zusätzlichen Dauerarbeitsplatz und Ausbildungsplatz nicht übersteigt. Ein Zuschlag von 4 Prozent bezogen auf die förderfähigen Investitionskosten wird für das Investitionsvorhaben gewährt, wenn die geplanten Dauerarbeitsplätze geschaffen und besetzt werden, wenn das durchschnittliche Lohn- und Gehaltsgefüge Bruttolohn einschließlich Lohnnebenkosten der zu schaffenden Dauerarbeitsplätze über dem Durchschnitt des verarbeitenden Gewerbes liegt und wenn der Anteil der einzustellenden Mitarbeiter mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss mehr als 15 Prozent beträgt. Ein Zuschlag in Höhe von 3,5 Prozent bezogen auf die förderfähigen Investitionskosten wird für das Investitionsvorhaben gewährt, wenn das Unternehmen Teil eines bestehenden Clusters ist und ein Zuschlag von 3,5 Prozent auf die förderfähigen Investitionskosten für das Investitionsvorhaben gewährt, wenn die Betriebsstätte in Erfurt ein funktional vollständiges Unternehmen darstellt. Das waren die damaligen Bedingungen 2007/2008.

Zu Frage 3: Welche Schlussfolgerungen ziehen wir? Eine Arbeitsplatzgarantie, also einklagbarer Anspruch eines Beschäftigten, gibt es eben in der GRW-Förderung nicht. Wird das Arbeitsplatzziel aufgrund von marktstrukturellen Veränderungen verfehlt, regelt der bundesweit einheitlich geltende GRW-Koordinierungsrahmen, dass von einem Widerruf des Zuwendungsbescheides und einer Rückforderung der bereits gewährten Fördermittel abgesehen werden kann, wenn innerhalb des fünfjährigen Überwachungszeitraums, also beginnend nach

Abschluss der Investition, die in Aussicht gestellten Arbeitsplätze maximal 36 Monate nicht erfüllt wurden. Dieser Überwachungszeitraum kann von den genannten fünf bis auf acht Jahre ausgedehnt werden, was in diesem Fall auch erfolgte. Die Verlängerung des Überwachungszeitraumes soll unterstützend bei der Erhaltung des Unternehmens und der vollständigen Sicherung der beauftragten Dauerarbeitsplätze wirken. Dem Unternehmen gegenüber wurde vermittelt, dass die fünfjährige Besetzung der 93 Arbeitsplätze über den verlängerten Zeitraum von acht Jahren das Ziel der Verlängerung ist. Sollte das Unternehmen dieses Ziel nicht erreichen, werden die gewährten Zuschussmittel anteilig oder vollständig zurückgefordert. Die Höhe der Rückforderung richtet sich nach der Höhe und der Dauer der Unterschreitung des Arbeitsplatzziels, das ist ja entsprechend den Rahmenbedingungen so vorgegeben.

Zu Frage 4: Die Solarbranche ist momentan in einer wirklich schwierigen Situation, wir hatten das ja hier im Parlament mehrmals schon in der Debatte. Ziel von uns, der Landesregierung, ist es, Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Thüringen zu erhalten, und dazu verfolgen wir natürlich die Marktentwicklung seit Längerem sehr intensiv. Wir suchen gemeinsam mit den Vertretern der Solarbranche nach Wegen, die Branche zu stärken. Wir haben jüngst mit dem Branchennetzwerk „SolarInput e.V.“ ein Strategiepapier für die thüringische Solarbranche/-wirtschaft erarbeitet. In Zusammenarbeit mit Unternehmen, Forschungsinstituten und externen Experten haben wir zeitnah praxistaugliche Lösungen und künftige Entwicklungspfade definiert. Zentrale Handlungsfelder sind - ich wiederhole das hier noch einmal -: industriepolitische Ansätze, Marktentwicklungen und Marktinstrumente sowie Innovationen und Marktstrategien. Wir haben uns ja auch entsprechend in Initiativen auf Bundesebene dafür eingesetzt und zu einer nachhaltigen Konsolidierung der Fertigungskapazitäten sollen beispielsweise stärkere internationale Sicherung der Betriebe und ein gemeinsames Label der Thüringer Solarbranche beitragen. Arbeitsgruppen werden Vorschläge und Ideen aus dem Strategiepapier weiter verfolgen und umsetzen.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch die Fragestellerin.

Abgeordnete Leukefeld, DIE LINKE:

Herzlichen Dank. Ich habe eine Nachfrage konkret zum Betrieb. Wenn ich das richtig verstanden habe, sehen Sie derzeit keine Möglichkeit, unmittelbar diesen Unternehmen in der Situation - sie haben ja immerhin 10 Mio. € Fördermittel erhalten - noch einmal eine Unterstützung zu geben, oder sehe ich das falsch?

Staschewski, Staatssekretär:

Im Moment ist die Frage, dass wir diesen Zeitrahmen oder Zeitraum verlängert haben, wo wir gesagt haben, wir gewähren jetzt bis zu acht Jahre, wo wir sagen, ihr könnt zwischenzeitlich dieses Soll an zu schaffenden Arbeitsplätzen nicht erfüllen, wir erweitern diesen Zeitrahmen der Beobachtung. Das ist ein Zukommen, das wir zu dem Unternehmen gemacht haben, das mit dem Unternehmen auch so abgestimmt ist. Nach Einschätzung des Unternehmens gehen die davon aus, dass diese Maßnahmen auch nur von vorübergehender Natur sind und benötigt werden, um dann wieder Fuß zu fassen und entsprechend auf die Dauer auf die Arbeitsplätze, die vorgegeben sind durch die GRW, zu kommen.

Vizepräsident Gentzel:

Weitere Nachfragen sehe ich nicht. Danke, Herr Staatssekretär. Wir machen weiter mit der Mündlichen Anfrage der Abgeordneten Berninger von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5175.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Vielen Dank, Herr Präsident.

Ende „rassistischer Kontrollpraxis“ auch in Thüringen?

Nachdem bereits die Vereinten Nationen das sogenannte „racial profiling“, die Auswahl von zu überprüfenden Personen nach ethnischen Merkmalen wie der Hautfarbe, für unrechtmäßig erklärt hat, machte das Oberverwaltungsgericht (OVG) Koblenz nunmehr am 29. Oktober 2012 deutlich, dass ein Ausweisverlangen der Polizei dann rechtswidrig ist, wenn äußere körperliche Merkmale, wie zum Beispiel die Hautfarbe, ausschlaggebende Kriterien für die polizeiliche Maßnahme sind. Eine solche Maßnahme verstößt dann gegen das Diskriminierungsverbot nach Artikel 3 Grundgesetz.

Auch in Thüringen berichten immer wieder Menschen von Polizeikontrollen durch die Bundespolizei und die Thüringer Polizei in Zügen und auch auf öffentlichen Plätzen, die ausschließlich Menschen betreffen, denen aufgrund äußerer Merkmale unterstellt wird, nichtdeutscher Herkunft zu sein. Eine diese, als „rassistische Kontrollpraxis“ kritisierte, Verfahrensweise befördernde Regelung enthält § 14 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a Doppelbuchst. bb Polizeiaufgabengesetz (PAG).

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Dienstanweisungen bzw. Polizeidienstvorschriften zur Durchführung von Identitätsfeststellungen mit welchem Inhalt existieren bzw. sind nunmehr in Vorbereitung, die verhindern sollen, dass die gegen das Diskriminierungsverbot verstoßende

Kontrollpraxis in Thüringen weiterhin Anwendung findet?

2. Welche Veränderungen der Kontrollpraxis der Polizei in Thüringen hat die rechtliche Würdigung des OVG Koblenz bereits zur Folge gehabt und welche Veränderungen sind derzeit in Vorbereitung?

3. Wie begründet die Landesregierung eine sich gegebenenfalls aus den Antworten zu Fragen 1 und 2 ergebende Folgenlosigkeit der rechtlichen Würdigung des OVG Koblenz auf die Kontrollpraxis der Polizei Thüringens?

4. Wie kann nach Ansicht der Landesregierung die Befugnis zur Identitätsfeststellung nach § 14 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a Doppelbuchst. bb PAG noch praktisch umgesetzt werden, wenn entsprechend des Verbots des sogenannten „racial profiling“ bzw. der festgestellten Grundgesetzwidrigkeit eine Auswahl der zu kontrollierenden Personen nicht nach ethnischen Merkmalen erfolgen darf?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Innenministerium, Staatssekretär Herr Rieder.

Rieder, Staatssekretär:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Berninger beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Die Unterstellung, dass es bei der Thüringer Polizei eine gegen das Diskriminierungsverbot verstoßende Kontrollpraxis gibt, entbehrt jeder Grundlage.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Zu Fragen 2 und 3: Mit der Antwort auf Frage 1 erübrigt sich die Antwort auf die Fragen 2 und 3.

Zu Frage 4: Die Frage geht am Wortlaut der gesetzlichen Regelung vorbei, weil Anknüpfungsmerkmal der Norm ein bestimmter Ort, nicht eine bestimmte Person ist.

(Zwischenruf Abg. Kowalleck, CDU: Sehr vorsichtig, die Antwort.)

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch die Fragestellerin.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Obwohl ich einigermaßen fassungslos bin, Herr Rieder, will ich doch fragen. Die Thüringer Landesregierung wartet also erst auf einen entsprechenden OVG-Beschluss um eine rechtliche Würdigung in Thüringen?

Rieder, Staatssekretär:

Die Fassungslosigkeit ist ganz auf meiner Seite, weil ich nicht verstehe, wie man so eine bössartige Unterstellung in die Welt setzen kann.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE:
Das beantwortet trotzdem nicht die Frage.)

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine weitere Nachfrage, zunächst durch die Abgeordnete König.

Abgeordnete König, DIE LINKE:

Mich würde interessieren, was denn Thüringer Polizisten von anderen Polizisten unterscheidet, beispielsweise in der Ausbildung, so dass Sie ausschließen können, dass das, was Frau Berninger hier vorgetragen hat, auch in Thüringen Anwendung findet.

(Zwischenruf Abg. Recknagel, FDP: Sie übertragen Einzelfälle auf alles.)

Rieder, Staatssekretär:

Ich habe gesagt, dass es für die Unterstellungen keine Grundlage gibt. Dabei bleibt es, es sei denn, Sie beweisen das Gegenteil und das können Sie nicht.

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Aber das ist keine Antwort auf meine Frage.)

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine weitere Nachfrage durch Abgeordnete Astrid Rothe-Beinlich.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Staatssekretär Rieder, Sie haben eben ausgeführt, dass der Ort und nicht die Person ausschlaggebend sei. Können Sie uns Orte benennen, die dazu führen, dass es dort häufigere Kontrollen gibt und auch begründen, warum dort derartige Kontrollen gehäuft auftreten?

Rieder, Staatssekretär:

Ich kann Ihnen keinen Ort sagen, wo häufiger Kontrollen stattfinden in Anwendung des § 14 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb.

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Das geht nicht, da muss der Präsident doch mal eingreifen.)

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine weitere Nachfrage durch die Fragestellerin.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Dann möchte ich vielleicht mal auf die Sprünge helfen. Orte die mir bekannt sind, sind in Erfurt beispielsweise der Anger, wo die Thüringer Polizei ...

Vizepräsident Gentzel:

Ich fände es sehr nett, wenn wir bei der Frageform in der Fragestunde bleiben.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Ebenfalls in Erfurt der Hauptbahnhof, wo es um die Bundespolizei geht

Vizepräsident Gentzel:

Frau Abgeordnete, machen Sie es mir bitte nicht so schwer.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Man wird doch eine Frage einleiten dürfen, Herr Präsident, mit Verlaub, meine Frage ist, warum an solchen Orten dann nur Menschen kontrolliert werden, wo aufgrund äußerer Merkmale angenommen wird, dass es sich um Ausländerinnen und Ausländer handelt und beispielsweise ich mit einer hellen Hautfarbe oder andere Menschen, die als Europäerinnen erkennbar sind, nicht.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Die kennen Sie alle als Abgeordnete.)

Rieder, Staatssekretär:

Für die Thüringer Polizei kann ich Ihre Behauptung nicht bestätigen.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: So gut ist die Polizei auch wieder nicht.)

Vizepräsident Gentzel:

Weitere Nachfragen sehe ich nicht. Danke, Herr Staatssekretär. Wir machen weiter mit der Mündlichen Anfrage des Abgeordneten Untermann von der Fraktion der FDP in der Drucksache 5/5181 in der Neufassung.

Abgeordneter Untermann, FDP:

Danke, Herr Präsident.

Erneute Bauverzögerung an der A 71

Laut Presseberichten (Bild und Mitteldeutsche Zeitung/MZ-online vom 16. Oktober 2012) verzögert sich die Freigabe des Autobahnabschnittes zwischen dem Dreieck Südharz/Anschlussstelle A 38 und der Anschlussstelle bei Heldrungen erneut. Der geplante Fertigstellungstermin war für Mitte 2012 beabsichtigt. Als Gründe für die Verzögerung wurde ein Rechtsstreit hinsichtlich der Vergabe des Auf-

(Abg. Untermann)

trages zur Ausstattung der A 71 mit Leitplanken benannt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Gründe führte eine Baufirma an, die ein Nachprüfungsverfahren bei der Vergabekammer in Thüringen auslösten?
2. Wurden bei dem Ausschreibungs- und Vergabeverfahren die Fristen eingehalten (bitte den zeitlichen Ablauf der Verfahren aufzeigen)?
3. Wie ist der momentane Stand der Baumaßnahme A 71 zwischen der Anschlussstelle Dreieck Südharz und der Anschlussstelle Heldringen und für welchen Zeitpunkt ist die Verkehrsfreigabe des oben genannten Autobahnabschnittes geplant?
4. Welche Mehrkosten entstehen durch die Verzögerung der Verkehrsfreigabe (bitte die Mehrkosten einzeln auflisten)?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr und das macht Staatssekretärin Frau Klaan.

Klaan, Staatssekretärin:

Sehr geehrter Herr Präsident, die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Untermann beantworte ich für die Thüringer Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Das betroffene Bauunternehmen wendet sich gegen den Ausschluss aus dem Vergabeverfahren zur Vergabe der Schutz- und Leiteinrichtung an der A 71. Es ist der Auffassung, dass es ein ausschreibungskonformes Angebot abgegeben hat.

Zu Frage 2: Sämtliche Fristen wurden eingehalten. Die Bekanntmachung der Ausschreibung erfolgte am 9. Mai 2012, der Submissionstermin war am 5. Juni 2012, das Ende der Zuschlagsfrist war am 15. August 2012.

Zu Frage 3: Die baulichen Voraussetzungen für die Verkehrsfreigabe sind im Wesentlichen geschaffen. Wegen des noch laufenden Nachprüfungsverfahrens können die sicherheitsrelevanten Schutzeinrichtungen erst nach Abschluss des Verfahrens vergeben und ausgeführt werden. Ein konkreter Termin kann gegenwärtig nicht genannt werden. Hierzu muss zunächst die Entscheidung des Oberlandesgerichtes Thüringen im laufenden Nachprüfungsverfahren abgewartet werden.

Zu Frage 4: Hierzu können zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Angaben gemacht werden. Diese Frage kann erst nach Vergabe und Prüfung der Anspruchsvoraussetzung beantwortet werden.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch den Fragesteller.

Abgeordneter Untermann, FDP:

Danke, Frau Klaan. Wie Sie wissen, ist das noch nicht die gesamte Fertigstellung des Lückenschlusses. Es gibt ja noch das Stück Sömmerda-Heldringen, was jetzt in Arbeit ist, Gott sei Dank. Sehen Sie da ähnliche Probleme noch auf uns zukommen?

Klaan, Staatssekretärin:

Wir haben grundsätzlich bei Vergabeverfahren die Option, dass im Vergabeverfahren durch Widersprüche die eigentlichen Vergabeprozesse hinausgezögert werden. Insofern kann ich auch für die anderen Abschnitte im Moment keine Termingarantie übernehmen. Wir haben an dieser Stelle auch nicht mit Vergabeverfahren gerechnet, aber wie gesagt, es ist auch anders gekommen, als wir geglaubt haben.

Vizepräsident Gentzel:

Weitere Nachfragen sehe ich nicht. Danke, Frau Staatssekretärin. Ich rufe auf die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Renner von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5182.

Abgeordnete Renner, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident.

Rechtswidrige Einschränkung der Meinungsfreiheit in Thüringen?

Für eine Versammlung am 3. November 2012 in Erfurt erließ die zuständige Versammlungsbehörde entsprechend § 15 Versammlungsgesetz die Auflage, dass das Zeigen von Bildern des langjährigen Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan, verboten sei. Nach einer Pressemitteilung der Veranstalter der Versammlung hat die vor Ort befindliche Polizei darüber hinaus untersagt, dass zwei Schilder, auf denen die Aufhebung der Isolationshaft von Abdullah Öcalan und die Freiheit von Abdullah Öcalan gefordert wurde, mitgeführt und gezeigt werden.

Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ist das bloße Verwenden der Kennzeichen einer einem Betätigungsverbot in Deutschland unterliegenden Auslandsorganisation nicht strafbar. Nach einschlägigen Gerichtsentscheidungen fehle es daher an einer die versammlungsrechtliche Auflage rechtfertigenden unmittelbaren Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Allenfalls können „einheitliche Fahnen mit dem Konterfei Öcalans auf Demonstrationen in der massierten Form eines Fahnenmeers“ zu einer „aus der Sicht eines unbefangenen, aber

(Abg. Renner)

informierten Betrachters ... Werbung für die verbotene PKK“ führen.

Für die polizeiliche Untersagung der Forderung nach einem Ende der Isolationshaft für Abdullah Öcalan ist der unzulässige Eingriff in die Meinungsfreiheit wohl gegeben, da hier weder Symbole der dem Betätigungsverbot unterliegenden PKK und ERNK Verwendung finden, noch eine Unterstützungshandlung für die dem Betätigungsverbot unterliegende PKK und ERNK abgeleitet werden kann.

Ich frage die Landesregierung und sehe angesichts der Beantwortung der Fragen meiner Kolleginnen König und Berninger mit freudiger Erwartung entgegen:

1. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zum durch die Versammlungsbehörde ausgesprochenen Verbot des Mitführens von Bildnissen des langjährigen PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlich geschützten Meinungsfreiheit, der „Nichtstrafbarkeit des Verwendens von Bildern von Abdullah Öcalan“ sowie des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes rechtlich und sachlich und wie begründet sie ihre diesbezügliche Auffassung?
2. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zum durch die Polizei ausgesprochenen Verbot des Mitführens von zwei Schildern, auf denen die Aufhebung der Isolationshaft von Abdullah Öcalan und die Freiheit von Abdullah Öcalan gefordert wurde, vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlich geschützten Meinungsfreiheit rechtlich und sachlich und wie begründet sie ihre diesbezügliche Auffassung?
3. Existieren in Thüringen für Versammlungsbehörden Vorgaben bzw. verbindliche und unverbindliche Hinweise o.Ä. des Thüringer Innenministeriums und nachgeordneter Behörden zum versammlungsrechtlichen Umgang mit Bildnissen von Abdullah Öcalan und dessen Namensnennung im Rahmen von bei Versammlungen erhobenen politischen Forderungen und welchen Inhalt haben diese?
4. Existieren in Thüringen für die Polizei verbindliche Hinweise und Erlasse o.Ä. aufgrund einer mit der Staatsanwaltschaft abgestimmten rechtlichen Würdigung der Strafbarkeit des Verwendens und Zeigens von Bildnissen von Abdullah Öcalan und der öffentlich erhobenen Forderung nach der Freilassung von Abdullah Öcalan und welchen Inhalt haben diese?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Gentzel:

Jetzt schauen wir einmal, ob die Antwort länger dauert als die Frage. Herr Staatssekretär Rieder aus dem Innenministerium bitte.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE:
Die Antwort wird kürzer sein.)

Rieder, Staatssekretär:

Ich bemühe mich, wenn es auch schwerfällt. Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Renner beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Die Landeshauptstadt Erfurt als zuständige Versammlungsbehörde hatte in ihrem Auflagenbescheid vom 1. November 2012 unter anderem bestimmt, dass Kennzeichen und Symbole der mit Betätigungsverbot in der Bundesrepublik Deutschland belegten Arbeiterpartei Kurdistans PKK einschließlich ihrer Teilorganisation Nationale Befreiungsfront Kurdistan ERNK nicht gezeigt werden dürfen. Dazu gehören insbesondere das Verbreiten, Zeigen oder Verwenden von verbotenen Kennzeichen dieser Organisation und das Zeigen des Bildes von Abdullah Öcalan in diesem Zusammenhang. So steht es wörtlich im Auflagenbescheid. Die Landesregierung hält die dem Bescheid der Stadt Erfurt zugrunde liegende Rechtsauffassung unter Berücksichtigung der Rechtsprechung für zutreffend.

Zu Frage 2: Die vor Ort anwesende Versammlungsbehörde wurde auf ein kleines Mädchen aufmerksam gemacht, welches - neben seiner Mutter stehend - in eine PKK-Fahne mit dem Bildnis von Abdullah Öcalan eingehüllt war. Die Fahne wurde vor Beginn der Demonstration entfernt. Weiterhin wurde das Mitführen eines Schildes mit dem Wortlaut „Freiheit für Öcalan“ durch die Versammlungsbehörde als nicht statthaft angesehen und mittels mündlicher Aufforderung vor Ort untersagt. Demgegenüber hat die Versammlungsbehörde entschieden, dass das Schild „Aufhebung der Isolation für Öcalan“ weiterhin gezeigt werden darf. Diese einzelfallbezogene Herangehensweise steht im Einklang mit der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung.

Zu Fragen 3 und 4: Das Justizministerium hat im Jahr 1999 gegenüber dem Thüringer Innenministerium zur Frage der strafrechtlichen Bewertung des Zeigens von Öcalan-Bildern Stellung genommen. In der Stellungnahme heißt es unter anderem, dass reine Sympathiebekundungen, die sich ausschließlich auf die Person des Abdullah Öcalan beziehen, nicht strafbar seien. Über dieses Schreiben wurden sowohl die Versammlungsbehörden als auch die Polizeidienststellen in Kenntnis gesetzt. Verbindliche Vorgaben bestehen jedoch nicht.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt Nachfragen durch die Fragestellerin.

Abgeordnete Renner, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident. Ich war etwas überrascht über das schnelle Ende der Antworten. Wir haben in dem Eingangstext zu unserer Mündlichen Anfrage auf ein OVG-Urteil von Berlin vom 18. April 2008 abgestellt. Sie sprachen jetzt, Herr Staatssekretär, an zwei Stellen von einschlägiger Rechtsprechung bzw., dass das Handeln der Polizei und Versammlungsbehörden im Einklang stünde mit verwaltungsrechtlicher Rechtsprechung. Können Sie mir da entsprechend die Fundstellen für Ihre Rechtsauffassung mitteilen?

Rieder, Staatssekretär:

Gern. Zunächst zu dem Urteil des OVG Berlin-Brandenburg, was Sie zitiert haben. Dem Urteil liegt ein Sachverhalt zugrunde, in dem der Antragsteller eine Demonstration angemeldet hat. Das Thema der Demonstration war „Demokratie stärken, PKK-Verbot aufheben, Freiheit für A. Öcalan und Frieden in Kurdistan“. Die Versammlungsbehörde in Berlin hat diese Demonstration verboten, das Verbot wurde vom OVG bestätigt. Nur nebenbei wurde Bezug genommen auf das Zeigen von Öcalan-Bildern, indem das OVG eine Stelle in der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin erwähnt hat. Daraus abzuleiten, das Zeigen von Öcalan-Bildern sei gestattet, wäre eine deutliche Überinterpretation der Entscheidung des OVG Berlin.

Sie wollten auch eine Entscheidung haben. Ich beziehe mich auf das Oberverwaltungsgericht der Freien Hansestadt Bremen, eine Entscheidung vom 25.10.2005. Da ging es um eine Feststellungsklage, mit der beanstandet wurde, dass das Zeigen von Öcalan-Bildern von der Versammlungsbehörde im Wege eines Auflagenbescheides untersagt worden war. Das ist vor allen Dingen die Entscheidung, die ich meine. In der Entscheidung bringt das OVG Bremen zum Ausdruck, dass in aller Regel das Zeigen von Öcalan-Bildern auf einer Demonstration gegen das Betätigungsverbot verstößt, mithin gegen § 20 des Vereinsgesetzes. Davon gibt es eine Ausnahme, die ich gern zitieren würde, Randnummer 30: „bei Meinungsäußerungen, die erkennbar keinen Zusammenhang zum Organisationsbereich der betroffenen Vereinigung oder deren Wirken aufweisen, kann die Verwendung von Öcalan-Bildern deshalb im Einzelfall ‚sozial adäquat‘ sein“, also erlaubt sein.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE:
Das war mal eine Antwort.)

Vizepräsident Gentzel:

Weitere Nachfragen sehe ich nicht. Danke, Herr Staatssekretär. Wir machen weiter mit der Mündlichen Anfrage der Abgeordneten Jung von der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5191.

Abgeordnete Jung, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident.

Haltung der Landesregierung zur Stärkung von Betreuungsbehörden und zur Klarstellung von Betreuerkompetenzen

Im Juli 2012 hatte die Bundesregierung einen Gesetzentwurf mit Änderungen zur Stärkung der Funktionen der Betreuungsbehörden als Referentenentwurf vorgelegt. Der Gesetzentwurf befindet sich nun in der weiteren Beratung. Darin werden Vorschläge einer interdisziplinären Arbeitsgruppe zum Betreuungsrecht aufgegriffen. Die Arbeitsgruppe hatte im Herbst 2011 der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister einen entsprechenden Abschlussbericht vorgelegt. Die Vorschläge des Entwurfs sollen auch dazu dienen, die Bestellung eines gesetzlichen Betreuers, soweit möglich, zu vermeiden. Darüber hinaus soll z.B. auch die Aufgabenerfüllung durch Fachkräfte sichergestellt werden.

Am 20. Juni 2012 fällte der Bundesgerichtshof zwei Beschlüsse, in denen er abweichend von seiner bisherigen Rechtsprechung neue Vorgaben für die Zulässigkeit von sogenannten Zwangsbehandlungen, d. h. medizinischen Behandlungen gegen den Willen der bzw. des Betroffenen, festlegte. Der BGH stellt in seinen Beschlüssen fest, dass die vom Bundesverfassungsgericht in seinen Urteilen vom 23. März 2011 und vom 12. Oktober 2011 gemachten Vorgaben für Zwangsbehandlungen im Maßregelvollzug auch auf Zwangsbehandlungen im Rahmen der Betreuung angewendet werden müssen und stellt eine Regelungslücke fest. Angeblich sollen die Vorschläge zur Schließung der Gesetzeslücke im Rahmen der Beratung der Bundestagsdrucksache 17/10492 Eingang finden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie stellen sich Inhalt und aktueller Beratungsstand des Gesetzentwurfs zur Stärkung der Funktionen der Betreuungsbehörden nach Kenntnis der Landesregierung dar?
2. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zum in Frage 1 nachgefragten Gesetzentwurf, auch mit Blick auf etwaige kritische Stellungnahmen von Organisationen und Verbänden zu diesem Entwurf?
3. Welchen rechtlichen Anpassungsbedarf im Bundes- und/oder Thüringer Landesrecht sieht die Landesregierung, ausgehend von den o.g. Beschlüssen des Bundesgerichtshofs, datierend vom 20. Juni 2012 und bezogen auf das Problem der sogenannten Zwangsbehandlung?
4. Wie soll nach Kenntnis der Landesregierung das etwaige beschleunigte Gesetzgebungsverfahren zur Umsetzung der BGH-Entscheidungen vom 20. Juni 2012 ablaufen und welche Möglichkeiten

(Abg. Jung)

der Einflussnahme haben das Land Thüringen bzw. die Thüringer Landesregierung?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Justizministerium. Herr Staatssekretär Prof. Dr. Herz, bitte.

Prof. Dr. Herz, Staatssekretär:

Vielen Dank, Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Jung beantworte ich für die Thüringer Landesregierung wie folgt.

Zu Frage 1: Eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe zum Betreuungsrecht hat sich in den Jahren 2009 bis 2011 mit der Frage einer strukturellen Reform des Betreuungswesens befasst und Maßnahmen zur Verbesserung vorgeschlagen. Die Justizministerinnen und Justizminister haben im Herbst 2011 den Abschlussbericht dieser Arbeitsgruppe beraten und das Bundesjustizministerium gebeten, einen entsprechenden Gesetzentwurf zu erarbeiten. Dem ist das Bundesjustizministerium mittlerweile mit dem Referentenentwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Funktion der Betreuungsbehörde nachgekommen. Der Entwurf will die Betreuungsbehörde sowohl im Vorfeld als auch im gerichtlichen Verfahren stärken, um die Bestellung eines rechtlichen Betreuers, soweit dies möglich ist, zu vermeiden und damit die Selbstbestimmung des Betroffenen zu fördern. Der Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz sieht insbesondere Folgendes vor:

1. die obligatorische Anhörung der Betreuungsbehörde im Verfahren,
2. die gesetzliche Festlegung qualifizierter Kriterien für den sogenannten Sozialbericht der Betreuungsbehörde,
3. die Konkretisierung der Aufgaben der Betreuungsbehörde im Betreuungsbehördengesetz und
4. die gesetzliche Bestimmung, dass diese Aufgaben durch Fachkräfte wahrzunehmen sind.

Was den erfragten Verfahrensstand anbelangt, so handelt es sich nach Erkenntnissen meines Hauses nach wie vor um einen Referentenentwurf.

Zu Frage 2: Die Landesregierung begrüßt den hier in Rede stehenden Referentenentwurf des BMJ. Allerdings hat eine Stellungnahme der gerichtlichen Praxis in Thüringen gezeigt, dass wesentliche Vorschläge des Entwurfs bereits jetzt vielerorts gängige Praxis sind. Daher dürften die beabsichtigten Regelungen nur im begrenzten Umfang zu einer Entlastung der Gerichte und zu einer Verringerung der Betreuungsverfahren führen. So ist es bereits jetzt in Thüringen gerichtliche Praxis, die Betreuungsbehörde im Rahmen der Sachaufklärung bei

der Beistellung von Betreuern, der Erweiterung des Aufgabenkreises des Betreuers, der Verlängerung der Betreuung und der Anordnung eines Einwilligungsvorbehalts anzuhören. Die Berichte der Behörden sind überwiegend umfassend und bilden damit eine gute Entscheidungsgrundlage für die Betreuungsgerichte. Die Landesregierung begrüßt die in dem Entwurf vorgesehene Verpflichtung zur Anhörung der Betreuungsbehörde, da die Zusammenarbeit zwischen Betreuungsgericht und Betreuungsbehörde abhängig von der personellen und fachlichen Besetzung der Behörde regional sehr unterschiedlich ausgestaltet sein kann. Zu begrüßen ist schließlich auch die beabsichtigte Regelung zu den weiteren Informations- und Beratungsangeboten der Betreuungsbehörden einschließlich der Vermittlung anderer Hilfen sowie der Unterstützung und Beratung Vorsorgebevollmächtigter.

Letztlich dürfte es sich bei dem Entwurf unseres Erachtens um einen ersten Schritt zur Reform des Betreuungsrechts handeln, und zwar mit dem Ziel einer Stärkung des Selbstbestimmungsrechts der Betroffenen.

Zu Frage 3: Die Landesregierung sieht aufgrund der vom Bundesgerichtshof aufgezeigten Regelungslücke im Betreuungsrecht einen in der Tat dringenden Regelungsbedarf. Die zu schaffende Rechtsgrundlage muss den aus den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und des BGH abzuleitenden Anforderungen gerecht werden. Das Bundesministerium der Justiz hat in der Zwischenzeit den Entwurf einer Formulierungshilfe zur Regelung der betreuungsrechtlichen Einwilligung in eine ärztliche Zwangsmaßnahme erarbeitet, der vom Bundeskabinett am 7. November 2012 beschlossen wurde. Der Entwurf sieht unter anderem eine Änderung des § 1906 des Bürgerlichen Gesetzbuches vor. Danach soll die Einwilligung des Betreuers in eine ärztliche Zwangsmaßnahme nur unter folgenden engen Voraussetzungen möglich sein:

1. Die Einwilligung kommt nur bei einem krankheitsbedingt einwilligungsunfähigen Betreuten in Betracht.
2. Die Einwilligung des Betreuers muss zur Abwendung eines dem Betreuten drohenden, erheblichen gesundheitlichen Schadens erforderlich sein.
3. Der erhebliche gesundheitliche Schaden darf nicht durch eine andere zumutbare Maßnahme abgewendet werden können.
4. Der zu erwartende Nutzen der ärztlichen Zwangsmaßnahme muss die zu erwartenden Beeinträchtigungen deutlich überwiegen.

Auch sieht der Entwurf vor, dass die Einwilligung in die ärztliche Zwangsmaßnahme der Genehmigung des Betreuungsgerichts bedarf und dass die Zwangsbehandlung nur im Rahmen einer statio-

(Staatssekretär Prof. Dr. Herz)

nären Unterbringung nach § 1906 Abs. 1 BGB erfolgen kann.

Die Landesregierung begrüßt, dass die Bundesregierung hier zeitnah tätig geworden ist, um die Regelungslücke zu schließen. Allerdings teilt die Landesregierung die auf der Konferenz am 15. November 2012 - also letzte Woche - in Berlin vertretene Auffassung der Justizministerinnen und Justizminister aller Länder, wonach die vom Bundesministerium der Justiz erarbeitete Formulierungshilfe der Problematik nicht vollständig gerecht wird, denn danach soll eine ärztliche Zwangsmaßnahme nur dann zulässig sein, wenn der Patient in einer geschlossenen Einrichtung aufgrund richterlicher Entscheidung untergebracht ist. Wird aber eine ärztliche Maßnahme gegen den Willen des Betroffenen nur im Rahmen einer geschlossenen Unterbringung erlaubt, so bleibt einem nicht unerheblichen Teil der Betroffenen die notwendige und zugleich schonende Zuwendung medizinischer Hilfe versagt. Zu denken ist dabei insbesondere auch an Demenz erkrankte Betroffene in Pflegeheimen oder Krankenhäusern bei der Behandlung somatischer Leiden. Was die Frage nach einem etwaigen Anpassungsbedarf im Landesrecht anbelangt, so wird sich die Landesregierung hierzu parallel zum Gesetzgebungsverfahren beim Bund eine abschließende Meinung bilden.

Zu Frage 4: Wie bereits dargelegt, hat das Bundeskabinett am 7. November dieses Jahres den Entwurf einer Formulierungshilfe zur Regelung der betreuungsrechtlichen Einwilligung in eine ärztliche Zwangsmaßnahme beschlossen. Nach Informationen des BMJ ist geplant, den Entwurf im weiteren Verlauf im Rahmen eines „Omnibusverfahrens“ in ein anhängiges Gesetzgebungsverfahren, das bereits zum ersten Mal den Bundesrat passiert hat, zu integrieren. Dabei wird es sich voraussichtlich um die Drucksache 17/10492 handeln. Was die Einflussmöglichkeiten des Freistaats anbelangt, so werden sich diese nach dem vom Bund geplanten Verfahren im Wesentlichen auf den zweiten Bundesratsdurchgang des besagten „Omnibusverfahrens“ beschränken. Darüber hinaus hat der Thüringer Justizminister die Landesinteressen im Rahmen der hier in Rede stehenden Problematik auf der 84. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister am 14. und 15. November in Berlin vertreten und insbesondere, wie zu Frage 3 dargestellt, eine Erweiterung des Anwendungsbereichs der angedachten Regelung gefordert. Vielen Dank.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch die Fragestellerin.

Abgeordnete Jung, DIE LINKE:

Danke, Herr Staatssekretär. Ich habe nur eine Nachfrage. Wie Sie auf eine Fragestellung ausge-

führt haben, ist die Besetzung vor Ort sehr unterschiedlich. Dadurch entstehen natürlich auch sehr unterschiedliche Wartezeiten. Es mehren sich ja die Fälle, wo gerade junge Jugendliche, drogenabhängig, in so ein Verfahren müssen. Die Frage ist: Welche kurzfristigen Regelungen kann es denn geben, um diese langen Verfahren, die manchmal zu lang sind, abzukürzen?

Prof. Dr. Herz, Staatssekretär:

Kurzfristige Regelungen kann es nur im Rahmen der Möglichkeiten der Betreuungsgerichte geben, diese bemühen sich sehr und haben auch einige Erfolge erreicht. Aber eine Abhilfe dieses Problems wird erst durch die gesetzliche Neuregelung erfolgen können.

Vizepräsident Gentzel:

Weitere Nachfragen sehe ich nicht. Danke, Herr Staatssekretär. Bevor ich die letzte Mündliche Anfrage für heute aufrufe, möchte ich noch mal daran erinnern, dass wir als folgende Tagesordnungspunkte Wahlen haben.

Ich rufe auf die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kemmerich von der Fraktion der FDP in der Drucksache 5/5195.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Laut Medieninformationen haben Thüringer Kommunen einen Zweckverband gegründet, um bis Jahresende die E.ON Thüringer Energie zu übernehmen. Seitens des Thüringer Innenministeriums wird das Anliegen der Kommunen, dem gegründeten „Kommunalen Energiezweckverband“ beizutreten, unterstützt. Seitens des Wirtschaftsministeriums wurde ein vertraulicher Bericht vom Innenministerium zum Stand des Verfahrens „blockiert“. Eine genaue Prüfung und Transparenz des Verfahrens wird hingegen gefordert. In Regierungskreisen wird daher vom „Eklat im Kabinett“ gesprochen.

Ich hoffe, man kann mich hören, weil, ich höre mich kaum selber.

Vizepräsident Gentzel:

Also, hier vorn hört man Sie glänzend, Herr Kemmerich.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Das ist schön.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zum Verhalten der Ministerien im Interesse der

(Abg. Kemmerich)

Thüringer Kommunen und eines transparenten Verfahrens?

2. Wie ist der aktuelle Stand der Übernahme und inwiefern ist eine geforderte genaue Prüfung des Verfahrens bereits erfolgt und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

3. Welche Haftungsgefahren sieht die Landesregierung hinsichtlich der Übernahme?

4. Welchem Ministerium obliegt die Zuständigkeit des Verfahrens?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet die Staatskanzlei, und zwar macht das die Ministerin Frau Walsmann.

Walsmann, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefin der Staatskanzlei:

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich beantworte die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kemmerich für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Die Gründung des kommunalen Zweckverbandes geschieht in der eigenen Verantwortung der Kommunen. Die Landesregierung ihrerseits hat im Zusammenhang mit der Umsetzung ihres energiepolitischen Konzepts ein hohes Interesse daran, dass eine mögliche Übertragung der von E.ON angebotenen Anteile an die ETE in kommunaler Trägerschaft und deren gestalterischer Verantwortung gelingt. Ich verweise da auf die Aktuelle Stunde vom gestrigen Tage. Die Thüringer Staatskanzlei hat gemeinsam mit dem Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie alle Beteiligten einschließlich des Innen- und Finanzministers sehr frühzeitig an einen Tisch geholt, um den erforderlichen Abstimmungsprozess aktiv zu moderieren und zu begleiten.

Zu Frage 2: Auch hier verweise ich auf die Erörterung der gestrigen Aktuellen Stunde hier im Hohen Haus. Bislang wurde lediglich die von den Kommunen beantragte Satzung für einen kommunalen Zweckverband geprüft und durch das Landesverwaltungsamt genehmigt. Eine abschließende Entscheidung in der eigentlichen Hauptsache ist damit noch nicht gegeben. Derzeit erfolgt die Prüfung der mit der Bildung des Zweckverbandes und dem Aktenerwerb verbundenen vermögens-, unternehmens- und haushaltsrechtlichen Fragestellungen durch die Kommunen im Anschluss durch das Landesverwaltungsamt.

Zu Frage 3: Die erforderlichen Genehmigungsanträge, die eine detaillierte Prüfung erlauben, wurden bisher noch nicht gestellt. Wir befinden uns im kommunalaufsichtsrechtlichen Verfahrensbereich.

Vizepräsident Gentzel:

Entschuldigung, Frau Ministerin. Ich bitte um ein bisschen mehr Ruhe hier im Haus, es ist ein ziemlich kompliziertes Gebiet.

Walsmann, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefin der Staatskanzlei:

Zu Eckwerten, über die vorab informiert wurde, ist Vertraulichkeit vereinbart.

Zu Frage 4: Die Zuständigkeiten innerhalb der Landesregierung sind klar geregelt. Hier handelt es sich um einen kommunalaufsichtsrechtlichen Genehmigungsvorgang, der wegen seiner politischen Bedeutung auch ressortübergreifende Bedeutung hat und an dem neben dem Innenministerium das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie, das Finanzministerium und koordinierend die Staatskanzlei beteiligt sind. Danke.

Vizepräsident Gentzel:

Ich sehe den Nachfragewunsch durch den Fragesteller. Bitte, Herr Kemmerich.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

In den üblich gut unterrichteten Kreisen wird von einem Unternehmenswert gesprochen, der ohne Berücksichtigung von der Verschuldung der Unternehmung von 1,8 Mrd. € ausgeht. Können Sie begründen, wie dieser Unternehmenswert zustande kommt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass aus den veröffentlichten Bilanzen hervorgeht, dass langjährige Mittel ein Vorsteuergewinn von 63 Mio. € und ein Nachsteuergewinn von 40 Mio. € sind.

Walsmann, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefin der Staatskanzlei:

Herr Abgeordneter Kemmerich, ich habe bereits ausgeführt, dass gegenwärtig die Prüfung der mit der Bildung des Zweckverbandes und anderen Dingen durch die zuständigen Ressorts verbundenen vermögens-, unternehmens- und haushaltsrechtlichen Fragestellungen erfolgt. Es ist ein informeller Austausch zu Eckwerten erfolgt, zu denen ich mich nicht äußern werde an dieser Stelle. Das war Ergebnis der Vereinbarung mit den kommunalen Vertretern.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine weitere Nachfrage durch den Fragesteller.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Wie ist denn sichergestellt, der Zeitplan ist sehr knapp bis zum 31.12. des Jahres, Weihnachten liegt bekanntlich auch noch dazwischen, dass die kommunalen Entscheidungsträger ausreichend informiert sind und eine vernünftige Basis für die Entscheidung, die sie zu treffen haben, bis zum 31.12. erhalten.

Walsmann, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefin der Staatskanzlei:

Die kommunalen Entscheidungsträger haben sich selbst den Termin 26.11., das ist der Montag nächster Woche, zu einer Informationsveranstaltung gesetzt. Darüber hinaus begleiten die Landesregierung und das jeweils federführende Ressort, indem die notwendigen Plausibilitätsprüfungen und andere Dinge schon begleitend in dem Prozess auch durchgeführt werden.

Vizepräsident Gentzel:

Weitere Nachfragen sehe ich nicht. Danke, Frau Ministerin. Damit schließe ich auch die Fragestunde und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 30**

Nachwahl und ggf. Ernennung und Vereidigung eines stellvertretenden Mitglieds des Thüringer Verfassungsgerichtshofs

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU

- Drucksache 5/5123 -

Von meiner Seite einen Hinweis dazu: Gemäß Artikel 79 Abs. 3 Satz 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen und § 3 Abs. 1 und Abs. 3 in Verbindung mit § 2 Abs. 2 des Thüringer Verfassungsgerichtshofgesetzes wählt der Landtag die Mitglieder des Thüringer Verfassungsgerichtshofs und deren Stellvertreter mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder für die Dauer von fünf Jahren. Mit der Annahme des Mandates der Abgeordneten des Thüringer Landtags ist Frau Abgeordnete Groß als stellvertretendes Mitglied des Thüringer Verfassungsgerichtshofs aus dem Amt ausgeschieden.

Die jetzige Wahl erfolgt in geheimer Wahl ohne Aussprache. Der Wahlvorschlag liegt Ihnen in der Drucksache 5/5123 vor. Vorgesprochen wurde Herr Staatssekretär a.D. Kjell Eberhardt. Wir verfahren wie folgt. Jeder Abgeordnete erhält nach seiner Namensnennung einen Stimmzettel und er kann auf dem entweder mit Ja, Nein oder Enthaltung stimmen. Als Wahlhelfer berufe ich die Abgeordneten Kowalleck, Kanis und Bärwolff. Ich eröffne die Wahlhandlung und bitte die Schriftführer, die Namen zu verlesen.

Abgeordneter Kellner, CDU:

Adams, Dirk; Augsten, Frank; Bärwolff, Matthias; Barth, Uwe; Baumann, Rolf; Bergner, Dirk; Berninger, Sabine; Blechschmidt, André; Carius, Christian; Diezel, Birgit; Döring, Hans-Jürgen; Doht, Sabine; Eckardt, David-Christian; Emde, Volker; Fiedler, Wolfgang; Gentzel, Heiko; Grob, Manfred; Groß, Evelin; Günther Gerhard; Gumprecht, Christian; Hartung, Thomas; Hausold, Dieter; Hellmann, Manfred; Hennig, Susanne; Hey, Matthias; Heym, Michael; Hitzing, Franka; Höhn, Uwe; Holbe, Gudrun; Holzapfel, Elke; Huster, Mike; Jung, Margit; Kalich, Ralf; Kanis, Regine; Kaschuba, Karin; Kellner, Jörg; Kemmerich, Thomas; Klaubert, Birgit; König, Katharina; Koppe, Marian; Korschewsky, Knut; Kowalleck, Maik; Krauß, Horst.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Klaus von der Krone, Jörg Kubitzki, Dagmar Künast, Tilo Kummer, Frank Kuschel, Annette Lehmann, Wolfgang Lemb, Ina Leukefeld, Christine Lieberknecht, Dr. Gudrun Lukin, Dorothea Marx, Christoph Matschie, Beate Meißner, Peter Metz, Carsten Meyer, Dirk Möller, Mike Mohring, Eleonore Mühlbauer, Maik Nothnagel, Birgit Pelke, Dr. Werner Pidde, Egon Primas, Bodo Ramelow, Lutz Recknagel, Jürgen Reinholz, Martina Renner, Astrid Rothe-Beinlich, Manfred Scherer, Dr. Johanna Scheringer-Wright, Fritz Schröter, Jennifer Schubert, Heidrun Sedlacik, Anja Siegesmund, Diana Skibbe, Karola Stange, Christina Tasch, Heike Taubert, Heinz Untermann, Dr. Mario Voigt, Marion Walsmann, Frank Weber, Siegfried Wetzel, Henry Worm, Gerold Wucherpfennig.

Vizepräsident Gentzel:

Dann frage ich in die Runde: Hatten alle Abgeordneten die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben? Ich sehe da keinen Widerspruch. Damit schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlkommission muss noch wählen - das ist auch geschehen. Ich fange noch einmal an. Hatten jetzt alle Abgeordneten die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben? Ich sehe keinen Widerspruch. Damit schließe ich die Wahlhandlung und bitte um Auszählung der Stimmen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich verkünde das Wahlergebnis zur Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds des Thüringer Verfassungsgerichtshofs. Für den Wahlvorschlag in der Drucksache 5/5123 der CDU, Kjell Eberhardt, haben mit Ja gestimmt 57 Abgeordnete, mit Nein haben 25 Abgeordnete gestimmt, es gab 1 Enthaltung. Damit ist die Zweidrittelmehrheit der gesetzlichen Mitglieder des Landtags, das wären 59 Stimmen gewesen, nicht erreicht.

Ich unterbreche jetzt die Sitzung, um den Fraktionen die Möglichkeit zu geben, sich zu verständigen,

(Vizepräsident Gentzel)

wie wir in diesem Wahlgang weiter verfahren. Danke.

Werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe auf den zweiten Wahlgang zur Nachwahl und gegebenenfalls dann zur Ernennung und Vereidigung eines stellvertretenden Mitglieds des Thüringer Verfassungsgerichtshofs. Es gibt die Verständigung mit der antragstellenden Fraktion, dass dieser zweite Wahlgang mit erneut dem Wahlvorschlag für Herrn Kjell Eberhardt durchgeführt wird. Dazu verfahren wir wie folgt: Im Prinzip genauso wie im ersten Wahlgang.

(Heiterkeit im Hause)

Man ist sich hier oben nicht immer ganz so sicher, ob das wirklich auch alle verstanden haben.

(Heiterkeit im Hause)

Deshalb ziehen wir das noch mal durch. Es werden also die Namen verlesen, jeder Abgeordnete erhält einen Stimmzettel und er kann dann entweder mit Ja, Nein oder Enthaltung stimmen. Als Wahlhelfer berufe ich wieder die Abgeordneten Kowalleck, Kanis und Bärwolff. Ich eröffne die Wahlhandlung und bitte die Schriftführer, die Namen zu verlesen.

Abgeordneter Kellner, CDU:

Adams, Dirk; Augsten, Frank; Bärwolff, Matthias; Barth, Uwe; Baumann, Rolf; Bergemann, Gustav; Bergner, Dirk; Berninger, Sabine; Blechschmidt, André; Carius, Christian; Diezel, Birgit; Döring, Hans-Jürgen; Doht, Sabine; Eckardt, David-Christian; Emde, Volker; Fiedler, Wolfgang; Gentzel, Heiko; Grob, Manfred; Groß, Evelin; Günther, Gerhard; Gumprecht, Christian; Hartung, Thomas; Hausold, Dieter; Hellmann, Manfred; Hennig, Susanne; Hey, Matthias; Heym, Michael; Hitzing, Franka; Höhn, Uwe; Holbe, Gudrun; Holzapfel, Elke; Huster, Mike; Jung, Margit; Kalich, Ralf; Kanis, Regine; Kaschuba, Karin; Kellner, Jörg; Kemmerich, Thomas; Klauert, Birgit; König, Katharina; Koppe, Marian; Korschewsky, Knut; Kowalleck, Maik; Krauß, Horst.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Klaus von der Krone, Jörg Kubitzki, Dagmar Künast, Tilo Kummer, Frank Kuschel, Annette Lehmann, Wolfgang Lemb, Ina Leukefeld, Christine Lieberknecht, Dr. Gudrun Lukin, Dorothea Marx, Christoph Matschie, Beate Meißner, Peter Metz, Carsten Meyer, Dirk Möller, Mike Mohring, Eleonore Mühlbauer, Maik Nothnagel, Birgit Pelke, Dr. Werner Pidde, Egon Primas, Bodo Ramelow, Lutz Recknagel, Jürgen Reinholz, Martina Renner, Astrid Rothe-Beinlich, Manfred Scherer, Dr. Johanna Scheringer-Wright, Fritz Schröter, Jennifer Schubert, Heidrun Sedlacik, Anja Siegesmund, Diana Skibbe, Karola Stange, Christina Tasch, Heike

Taubert, Heinz Untermann, Dr. Mario Voigt, Marion Walsmann, Frank Weber, Siegfried Wetzel, Henry Worm, Gerold Wucherpfennig.

Vizepräsident Gentzel:

Ich frage, hatten alle Abgeordneten die Möglichkeit, Ihre Stimme abzugeben? Da sehe ich keinen Widerspruch. Damit schließe ich die Wahlhandlung und bitte um Auszählung.

Werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gebe das Wahlergebnis bekannt. Für den Wahlvorschlag der Fraktion der CDU in der Drucksache 5/5123 Kjell Eberhardt haben gestimmt mit Ja 61 Abgeordnete, mit Nein haben 23 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Enthaltungen. Damit ist die Zweidrittelmehrheit der gesetzlichen Mitglieder des Landtags, die hätte bei 59 Stimmen gelegen, erreicht. Damit ist Kjell Eberhardt als stellvertretendes Mitglied des Thüringer Verfassungsgerichtshofs gewählt. Ich gratuliere und gehe davon aus, dass er die Wahl annimmt. Ich sehe das Nicken.

Wir kommen jetzt zur Ernennung und zur Vereidigung und die wird durchgeführt durch die Landtagspräsidentin Frau Diezel.

Präsidentin Diezel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, nach § 5 in Verbindung mit Abs. 2 Satz 2 des § 2 des Thüringer Verfassungsgerichtshofsgesetzes ist vorgesehen, dass die Mitglieder und die stellvertretenden Mitglieder des Thüringer Verfassungsgerichtshofs eine von der Präsidentin des Thüringer Landtags unterzeichnete Ernennungsurkunde erhalten und vor dem Landtag ihren Eid leisten. Sie haben sich von den Plätzen erhoben. Als Erstes bekommen Sie Ihre Ernennungsurkunde.

Herr Eberhardt, ich verlese Ihnen als Erstes die Eidesformel, die sie dann mit „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.“ oder „Ich schwöre es.“ bekräftigen können. Die Eidesformel lautet: Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.

Herr Eberhardt:

Ich schwöre, so wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Ich gratuliere Ihnen im Namen des Thüringer Landtags und wünsche Ihnen Kraft, Gesundheit und Gottes Segen für Ihr Amt.

Herr Eberhardt:

Danke schön.

(Beifall im Hause)

Vizepräsident Gentzel:

Ich schließe hiermit den Tagesordnungspunkt 30 und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 31**

**Nachwahl eines Mitglieds des
Stiftungsrats der „Stiftung
Europäische Jugendbildungs-
und Jugendbegegnungsstätte
Weimar“**

Wahlvorschlag der Fraktion der
CDU

- Drucksache 5/5133 -

Gemäß § 6 Abs. 2 und 3 der Stiftungssatzung beruft das für Jugend zuständige Ministerium zwei Mitglieder auf Vorschlag des Thüringer Landtags in den Stiftungsrat, die nicht Mitglied des Landtags sein müssen. Das Wahlverfahren ist in der Satzung nicht geregelt. Deshalb findet die allgemeine Verfahrensvorschrift des § 9 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung Anwendung. Die Fraktion der CDU hat anstelle des bisherigen Mitglieds, Frau Uta Wahl, Herrn Ullrich Walter vorgeschlagen. Der Wahlvorschlag liegt Ihnen in der Drucksache 5/5133 vor. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich gehe deshalb davon aus, dass die Aussprache nicht gewünscht ist. Gut, das nehme ich so zur Kenntnis.

Gemäß § 46 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung kann bei Wahlen durch Handzeichen abgestimmt werden, wenn kein Mitglied des Landtags widerspricht. Gibt es Widerspruch gegen eine solche Wahl? Das nehme ich so zur Kenntnis. Das heißt, wir stimmen ab mit einem Stimmzettel. Es ist folgendermaßen: Jeder Abgeordnete erhält seinen Stimmzettel und er kann auf dem entweder Ja, Nein oder Enthaltung ankreuzen. Als Wahlhelfer berufe ich die Abgeordneten Kowalleck, Kanis und Bärwolff. Ich eröffne die Wahlhandlung und bitte die Schriftführer, die Namen zu verlesen.

Abgeordneter Kellner, CDU:

Adams, Dirk; Augsten, Frank; Bärwolff, Matthias; Barth, Uwe; Baumann, Rolf; Bergemann, Gustav; Bergner, Dirk; Berninger, Sabine; Blechschmidt, André; Carius, Christian; Diezel, Birgit; Döring, Hans-Jürgen; Doht, Sabine; Eckardt, David-Christian; Emde, Volker; Fiedler, Wolfgang; Gentzel, Heiko; Grob, Manfred; Groß, Evelin; Günther, Gerhard; Gumprecht, Christian; Hartung, Thomas; Hausold, Dieter; Hellmann, Manfred; Hennig, Susanne; Hey, Matthias; Heym, Michael; Hitzing, Franka; Höhn, Uwe; Holbe, Gudrun; Holzapfel, Elke; Huster, Mike; Jung, Margit; Kalich, Ralf; Kanis, Regine; Kaschu-

ba, Karin; Kellner, Jörg; Kemmerich, Thomas; Klau-
bert, Birgit; König, Katharina; Koppe, Marian; Kor-
schewsky, Knut; Kowalleck, Maik; Krauß, Horst;

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Klaus von der Krone, Jörg Kubitzki, Dagmar Künast, Tilo Kummer, Frank Kuschel, Annette Lehmann, Wolfgang Lemb, Ina Leukefeld, Christine Lieberknecht, Dr. Gudrun Lukin, Dorothea Marx, Christoph Matschie, Beate Meißner, Peter Metz, Carsten Meyer, Dirk Möller, Mike Mohring, Eleonore Mühlbauer, Maik Nothnagel, Birgit Pelke, Dr. Werner Pidde, Egon Primas, Bodo Ramelow, Lutz Recknagel, Jürgen Reinholz, Martina Renner, Astrid Rothe-Beinlich, Manfred Scherer, Dr. Johanna Scheringer-Wright, Fritz Schröter, Jennifer Schubert, Heidrun Sedlacik, Anja Siegesmund, Diana Skibbe, Karola Stange, Christina Tasch, Heike Taubert, Heinz Untermann, Dr. Mario Voigt, Marion Walsmann, Frank Weber, Siegfried Wetzels, Henry Worm, Gerold Wucherpfennig.

Vizepräsident Gentzel:

Ich frage: Hatten alle Abgeordneten die Möglichkeit ihre Stimme abzugeben? Ich sehe keinen Widerspruch. Damit schließe ich die Wahlhandlung und bitte um Auszählung der Stimmen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich stelle folgendes Wahlergebnis fest. Für den Wahlvorschlag der Fraktion der CDU in der Drucksache 5/5133, Herr Ullrich Walter, haben gestimmt 48 Abgeordnete, mit Nein haben 32 Abgeordnete gestimmt, es gab 4 Enthaltungen. Damit ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht.

Damit ist Herr Walter als Mitglied gewählt. Ich gratuliere und gehe davon aus, dass Herr Walter die Wahl annimmt. Damit kann ich diesen Tagesordnungspunkt schließen.

Wir nehmen zunächst erst einmal einen Wechsel im Sitzungspräsidium vor.

Vizepräsidentin Hitzing:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5**

**Thüringer Gesetz zur freiwilli-
gen Neugliederung kreisange-
höriger Gemeinden im Jahr
2012**

(Vizepräsidentin Hitzing)

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 5/4714 -

dazu: Beschlussempfehlung des Innenausschusses

- Drucksache 5/5236 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion der FDP

- Drucksache 5/5249 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

- Drucksache 5/5252 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 5/5255 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD

- Drucksache 5/5256 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

- Drucksache 5/5257 -

ZWEITE BERATUNG

Das Wort hat jetzt Abgeordneter Fiedler aus dem Innenausschuss zur Berichterstattung.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Beschlussempfehlung des Innenausschusses: Wir haben das „Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2012“ beraten. Der Gesetzentwurf ist am 20. Juli 2012 an den Innenausschuss überwiesen worden. Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 46. Sitzung am 20. Juli 2012 und seiner 50. Sitzung am 16. November 2012 beraten. Daran sieht man schon, es hat eine Weile gedauert. Den von den Neugliederungsmaßnahmen betroffenen Gebietskörperschaften und den Einwohnern der Gemeinden sowie den kommunalen Spitzenverbänden hat der Innenausschuss jeweils Gelegenheit gegeben, im Rahmen einer schriftlichen Anhörung zu dem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen. Wir haben das auch dann im Innenausschuss ausgiebig diskutiert.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das stimmt nicht.)

Na, na, na, Herr Kollege Kuschel, immer bei der Wahrheit bleiben, das ist immer gut. Wir haben ausgiebig diskutiert und auch die Dinge besprochen. Man sieht auch an den Änderungsanträgen, die auf dem Tisch liegen, dass nicht alles durchgekommen ist. Manches, was sogar von der CDU selber eingebracht wurde, wurde wieder zurückgezogen. Wir haben dort einige Dinge im Rohr. Ich sage jetzt den Rest nicht noch mal an, was dort beschlossen wurde, weil davon wieder einiges geändert wurde. Ich wünsche uns eine gute Beratung.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Hitzing:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Fiedler. Ich eröffne jetzt die Aussprache. Es liegt mir eine Rednerliste vor. Das Wort hat als Erster Abgeordneter Adams für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste hier im Thüringer Landtag, aus fast 40 bisherigen Gebietskörperschaften sollen mit diesem Gesetz 13 neue Gebietskörperschaften geschaffen werden. Es ist ein freiwilliger Prozess vor Ort vorgenommen worden. Diese 13 neuen Kommunen zeigen damit noch einmal deutlich, was wir schon alle lange wissen, wir brauchen in Thüringen größere, neue und effektive Gebietskörperschaften, die ihre Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger gut tun können. Ich erspare mir an dieser Stelle das, was gesagt werden müsste, nämlich eine lange Reihe dessen aufzuzählen, was die Landesregierung versäumt hat in diesem Prozess, eine solche Gebietsreform für ganz Thüringen auf den Weg zu bringen

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und vor allen Dingen auch für die freiwilligen Gebietszusammenschlüsse, wenn das schon nicht gelingt, eine allgemeine Gebietsreform voranzubringen, für die freiwilligen Zusammenschlüsse wenigstens Kriterien aufzustellen, die sie hinterher auch selber einhält, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Stattdessen haben wir Arbeitskreise ohne Ende in dieser Landesregierung. Ein Gutachten wird erarbeitet, das ich, ohne es zu kennen, schon im Voraus lobe, weil es endlich einen Standpunkt formulieren wird, wie auch immer er ist, der dann zur Diskussion und damit der Diskussion zugänglich gemacht wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Landesregierung muss man aber sagen, Gutachten sind nur gut, wenn man auch damit etwas vorhat. Gutachten zum Verschieben, das ist nicht die richtige Variante.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Gesetzentwurf der Landesregierung ist auch der Ausfluss eines imaginären Willens des Innenministeriums. Imaginär, weil niemand den Willen des Innenministeriums kennt, niemand wissen kann, wie die Entscheidungen des Innenministeriums ablaufen werden. So ist es auch in diesem Jahr der Ge-

(Abg. Adams)

meine Straufhain, die im letzten Jahr mit Gleich-
amberg gemeinsam gehen wollte, und in diesem
Jahr mit dem Heldburger Unterland zusammenge-
hen wollte, nicht gelungen, einen Antrag zu stellen,
der auch genehmigt werden kann. Man darf das als
Indiz der Beratungsverweigerung aus dem Innenmi-
nisterium sehen. Und das, meine sehr verehrten
Damen und Herren, obwohl in gleichgelagerten Fäl-
len, wie z.B. in den neuen Gemeinden Nobitz, Amt
Wachsenburg und Barchfeld-Immelborn, man hier
eine Genehmigung erteilt hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, schaut
man nüchtern darauf, dass es sich hier um Verwal-
tung und Verwaltungshandeln handelt, könnte man
den Begriff Willkür vor Augen bekommen.

(Beifall DIE LINKE)

Aber es ist vielmehr, so scheint es uns, ein politi-
sches Aushandeln, eine politische Aushandlungs-
geschichte, bei der es nicht mehr um reine Kriterien
geht. So viel zur Kritik an der Landesregierung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir als
GRÜNE schauen aber auch mit Besorgnis darauf,
dass manche Abgeordnete der Koalition unterwegs
sind mit ihrer Einzelmeinung als Einzelperson und
den Gemeinden Hoffnung machen, dass sie etwas
ändern könnten, wo sie doch in der Koalition ein-
fach nur in ihrer Fraktion dafür sorgen müssten,
dass es ein starkes Ja gibt zu einer Entschlie-
ßung, die wir im letzten Jahr getroffen haben, in der man
nämlich sagt, wir wollen im Umfeld von größeren
Städten keine weiteren Gemeindezusam-
menschlüsse zulassen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wäre der richtige Weg gewesen, mit diesen po-
litischen Argumenten ganz in der Öffentlichkeit zu
kämpfen und zu sagen, deshalb ist es falsch. Des-
halb argumentieren wir dagegen, nicht aber als Ein-
zelperson unterwegs zu sein, und ein bisschen da-
für zu werben, dass alle sich noch einmal versu-
chen aufzunehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN hat einen Änderungsantrag
gestellt zur Entschlie-ßung des Innenausschusses.
Die Entschlie-ßung des Innenausschusses ist unse-
rer Meinung nach eine ...

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Be-
schlussempfehlung und nicht Entschlie-ßung.)

Bitte? Beschlussempfehlung.

(Beifall DIE LINKE)

Die Beschlussempfehlung des Innenausschusses
zeigt ein deutliches Maß an Verfahrensuntreue und
eine ganz beunruhigende Vorstellung von Bürger-

beteiligung, meine sehr verehrten Damen und Her-
ren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN)

Wir lehnen diese Entscheidung des Innenaus-
schusses ab,

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Was?)

weil wir der Meinung sind, dass man nicht nach ei-
nem ehrlich lange geführten Prozess, auf den sich
alle verlassen konnten, in dem alle zu Wort gekom-
men sind, dann auf Zuruf einiger, und das unter der
vermeintlichen Vorstellung, dass das Bürgerbeteili-
gung sei, dann einfach den Namen ändern sollte,
meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das ist doch
geändert.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an der
Stelle huscht mir zweifach ein Lächeln über das
Gesicht, nicht nur, weil BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
diesen Antrag mit der Nummer 5/5255 gestellt hat
und ein gleichlautender Antrag der CDU mit der
Nummer 5/5256 eingegangen ist und die CDU und
SPD wahrscheinlich nicht umhinkommen werden,
dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu-
stimmen zu müssen, weil sonst auch ihre Vorlage
weg ist.

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Das
wird dadurch auch nicht schöner.)

Nein, mir huscht auch ein Lächeln über das Ge-
sicht, weil man an dieser Stelle ganz exemplarisch
ausführen kann, dass manche Entscheidungen, die
ad hoc im Innenausschuss geführt werden, wo man
hinterher gar nicht mehr nachvollziehen kann oder
niemand mehr es gewesen sein will, hier im Ple-
num einmal debattieren kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wer-
ben eindringlich für unseren Antrag um Ihre Zustim-
mung. Um ganz klar zu sagen, wann immer wir wie-
der Gemeindezusammenschlüsse, ob freiwillig oder
allgemein, in einer großen Gebietsreform voranbrin-
gen wollen, wir wollen, dass es hier eine Verfah-
renstreue gibt. Wenn sich zwei Partner zu etwas
entschieden haben, dann darf nicht der größere
probieren, den kleineren zu schlucken, meine sehr
verehrten Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Antrag der LINKEN wäre auch ein Weg gewe-
sen, aber er überzeugt uns nicht, weil er doch ein
wenig hier in diesem Gesetz ...

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Zu
viele Bürgerrechte.)

Nein, es sind nicht zu viel Bürgerrechte, lieber Herr
Kuschel, es ist ein falscher Blick. Wenn Sie heute
sagen, wir schreiben ein Gesetz, der Name sei

(Abg. Adams)

übergangsweise so und das neue Parlament, in dem natürlich die größere Kommune ein Übermaß haben wird, beschließt dann neu, dann überzeugt uns das nicht.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Es wird neu gewählt.)

Auch hier haben wir eine ganz klare Haltung. Treue im Verfahren, alle müssen sich darauf verlassen können, dass das, was vorher, am Beginn des Verfahrens gesagt wird, an Verfahrensschritten auch eingehalten wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb würden wir dem Antrag der LINKEN nicht zustimmen. Wir haben sehr große Sympathien zum Antrag der FDP in Drucksache 5/5249. Sie haben verschiedene Änderungen hier vor. Inhaltlich haben wir sehr große Sympathien. Sie sprechen da Straufhain an, aber wir glauben, dass es formal nicht möglich sein wird aufgrund des Artikel 92 der Thüringer Verfassung, weil wir hier nämlich das Problem haben, dass wir eine wirklich ordentliche Bürgerbeteiligung haben müssten. Lassen Sie mich meine Bedenken kurz ausführen. Sie können ja dann dazu noch etwas sagen, ich bin darauf auch sehr gespannt. Wir brauchen eine ordentliche Bürgerbeteiligung, die man im bisherigen Verfahren nur gewährleisten konnte, weil wir schon vor der Sommerpause hier beteiligt haben. Wie wir das bis zum 31.12. jetzt noch hinbekommen sollen, scheint mir schleierhaft zu sein.

(Beifall SPD)

Und zu viel Eile im Verfahren hilft auch nicht, wenn man eigentlich Gutes will, was ich damit deutlich gesagt haben möchte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werben für unseren Änderungsantrag und wir werden beantragen, diesen Gesetzentwurf getrennt nach Artikeln abzustimmen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Hitzing:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Adams. Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Hey für die SPD-Fraktion.

Abgeordneter Hey, SPD:

Frau Präsidentin, vielen Dank. Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste auf der Besuchertribüne, zum Abschluss der Debatte und bei der Abstimmung werden wir hier im Hause feststellen, dass nicht alle Abgeordneten diesem Gesetzentwurf zustimmen werden.

(Beifall DIE LINKE)

Das betrifft auch Abgeordnete meiner Fraktion. Das ist sicher ungewöhnlich, wenn ich so beginne, aber das hat seinen Grund, weshalb wir heute mit Enthaltungen und auch mit Neinstimmen konfrontiert werden. Ich will nicht auf jeden Einzelparagraphen eingehen. Mein Vorredner hat dies ja auch nicht gemacht, wenn ich diesen Gesetzentwurf hier mit Ihnen diskutiere. Aber an der einen oder anderen Stelle werde ich auf bestimmte Neugliederungen doch noch eingehen müssen.

Zunächst will ich sagen - und das gilt auch, Herr Adams, für die gesamte Fraktion der SPD -, wir begrüßen es ausdrücklich, wenn sich Kommunen in Thüringen auf den Weg machen und sich zu größeren Einheiten neu gliedern und auch, dass sie es freiwillig tun, begrüßen wir ausdrücklich. Das Problem bei diesen Neugliederungen lässt sich am besten damit umschreiben, dass die Regeln für einen Zusammenschluss in unserem Land - ich will es mal vorsichtig ausdrücken - sehr streitanfällig sind. Die SPD-Fraktion wird deshalb nicht müde - und ich auch nicht - zu sagen, dass bei diesen Neuregelungen endlich Klarheit über diese Regeln herrschen muss.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Aber wer soll es denn machen, wenn nicht ihr.)

Wenn ein einziges Kriterium neben den rechtlichen Mindestanforderungen, nämlich nur das öffentliche Wohl oder das sogenannte Gemeinwohl herangezogen wird, auf das man achten muss bei diesen Neugliederungen, dann ist die Auslegung dieses öffentlichen Wohls zumindest sehr streitanfällig. Ich will Ihnen anhand dieses Gesetzentwurfs auch gern erläutern, was ich damit meine. Wir haben hier § 1 oder § 5 im Gesetz, die regeln die Zusammenschlüsse von Saara-Nobitz und Ichtershausen und der Wachsenburggemeinde und das geschieht in unmittelbarer Nähe zu den Städten Altenburg und Arnstadt. Also vor den Toren der Stadt sollen Neugliederungen erfolgen, die auch unmittelbare Auswirkungen auf diese großen zentralen Orte Arnstadt und Altenburg haben. Um es salopp zu sagen, solche Hochzeiten direkt in der Nachbarschaft eines großen Ortes sind problematisch für die perspektivische Entwicklung dieser Städte, denn sollte die Struktur einer solchen Stadt oder eines solchen zentralen Ortes eine andere werden, also sollte an eine territoriale Erweiterung dieser Stadt gedacht werden, geht das nicht, weil dort durch eine Neugliederung eine solche Erweiterung dann nicht mehr möglich ist. Das sieht man in Saara-Nobitz und in Ichtershausen und in der Wachsenburggemeinde anders als in Altenburg oder in Arnstadt und genau da setzt die Diskussion um das öffentliche Wohl und auch um diese Freiwilligkeit ein. Denn die Frage muss ja gestellt werden: Was ist denn wichtiger, das Wohl dieser Städte oder der zentralen Orte oder die Freiwilligkeit der Nachbargemeinden oder das öffentliche Wohl insgesamt

(Abg. Hey)

und wer definiert das, wie wird das ausgelegt? Das ist auch der Grund für die große Unsicherheit vor Ort in den Städten und Gemeinden. Da wird man teilweise gefragt: Könnt ihr mir mal erklären, was ihr im Landtag eigentlich da so genau wollt? Ich habe das letztens schon einmal angesprochen - ich glaube in der Aktuellen Stunde -, dass der Gemeinde- und Städtebund eine bemerkenswerte Stellungnahme zu diesem Gesetzentwurf abgegeben hat. Der Gemeinde- und Städtebund bemängelt dort ausdrücklich, dass es keine verbindlichen Kriterien gibt, nach denen die Kommunen ihre Planungen für die zukünftigen Strukturen vor Ort ausrichten können. Und er sagt sogar, dass das landespolitische Vorgehen ohne ein tragfähiges Konzept vor dem Hintergrund des geltenden rechtlichen Rahmens als verfassungsrechtlich bedenklich einzustufen ist. Also das muss man sich hier im Hohen Hause wirklich auch einmal auf der Zunge zergehen lassen. Bei einer so wichtigen Frage wie der Neugliederung der kommunalen Familie hat der größte Interessenverband der Städte und Gemeinden solche Bedenken; das sollten wir ernst nehmen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb hat sich die Koalition im vergangenen Jahr durch einen entsprechenden Antrag verständigt - ich habe ihn hier, ich schaue ihn immer mal an und freue mich daran -, diese alles entscheidende Frage bei Neugliederung, nämlich das öffentliche Wohl genauer zu definieren. Jetzt kommen wir zu der Frage, Herr Kuschel, die Ihren Zwischenruf vorhin vielleicht gerechtfertigt hat. Dieser Antrag ist mehrheitlich verabschiedet worden - auch mit Ihrer Stimme, wenn ich mich richtig entsinne, also auf alle Fälle auch mit Stimmen der Opposition - und der legt fest, welche Maßstäbe und Kriterien angelegt werden sollen bei Neugliederung der Gemeinden. Dieser Antrag im Übrigen feiert am 15.12. Geburtstag, weil er da genau ein Jahr alt wird. Und dass ein Geburtstag auch Grund für Kritik sein kann, werde ich Ihnen nachher noch begründen, weil sich vor diesem Antrag, also vor diesem 15.12. bereits Kommunen auf den Weg zur Neugliederung gemacht haben und Saara-Nobitz, auch die Wachsenburggemeinde und Ichtershausen gehören beispielsweise dazu, sollen diese Kriterien, die in diesem Antrag stehen, keine Anwendung finden. Ich sage das einmal ganz deutlich: Gäbe es diese Vereinbarung nicht - also mit dieser Stichtagsregelung -, wäre bei aller Freiwilligkeit keine Neugliederung zustande gekommen, wenn man die Kriterien mit zur Grundlage nimmt. Wir sind bei diesem Gesetzentwurf mehrheitlich für diesen Kompromiss der Stichtagsregelung, ich muss sagen, zum Teil auch schweren Herzens, weil es Abgeordnete auch in unserer Fraktion gibt, die sagen, es ist völlig egal, ob 15.12. und Stichtagsregelung oder nicht, diese Neugliederung im speziellen Fall kann doch

nicht im Hinblick auf die strukturelle Entwicklung in der Region richtig sein.

(Beifall DIE LINKE)

Aus dieser Grundüberzeugung heraus kann ich dann diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen. Ich achte ausdrücklich diese Grundüberzeugung, auch das will ich hier klar sagen. Es betrifft im Übrigen nicht nur Mitglieder der SPD-Fraktion, das werden wir nachher auch noch feststellen. Es gibt nämlich auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Problem mit der Freiwilligkeit, wenn ich zum Beispiel in die Gemeinden Oppershausen und Kammerforst hineinhöre, das ist der § 10 dieses Gesetzentwurfs. Kammerforst und Oppershausen stellen sich gegen die geplante Neugliederung, die in diesem § 10 fixiert wird. Da frage ich mich, was ist jetzt mit der Freiwilligkeit der Bürgerinnen und Bürger in diesen Gemeinden?

Mal zurück zu § 5: Ich habe hier einen Brief der Landrätin des ILM-Kreises erhalten, eine ehemalige Kollegin von uns hier im Parlament, das ist die Frau Enders. Den haben Sie bestimmt auch bekommen. Da steht sinngemäß: Liebe Abgeordnete, stimmen Sie einer Neugliederung vor den Toren Arnstadts nicht zu. Das ist nicht gut für die Entwicklung unseres Landkreises, für die Region. Es gibt einen Beschluss des Kreistags, meine sehr geehrten Damen und Herren, der ist als Anlage auch beigelegt in diesem Schreiben. Da sagt auch der Kreistag dasselbe mit der gleichen Intention. Wir haben einen dementsprechenden Beschluss des Stadtrats auch von Arnstadt. Und ob ich Kammerforst nehme oder Arnstadt oder Nobitz oder Altenburg - wer bestimmt denn jetzt, was öffentliches Wohl ist und was nicht.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Wir als Landtag.)

Und das macht es so schwierig zu entscheiden und das erklärt die Unsicherheit vor Ort bei den Kommunen, das erklärt auch die Haltung des Gemeinde- und Städtebundes in dieser Frage. Solange keine klaren Regeln da sind, an die sich die kommunale Familie halten kann, solange ist rechtlich gar nicht mehr sicher und bewertbar, wie man eine Neugliederung auch zukünftig umsetzen soll. Deshalb komme ich noch einmal auf unseren Antrag zurück - ist ja demnächst Geburtstagskind - vom 15.12. und da steht, ich zitiere mit Verlaub, Frau Präsidentin: „Für künftige Zusammenschlüsse bittet der Landtag die Landesregierung, insbesondere folgende Maßstäbe bei der Weiterentwicklung der gemeindlichen Strukturen im Freistaat zu berücksichtigen und notwendige gesetzgeberische Anpassungen vorzunehmen.“ Dann kommen diese Kriterien und diese Maßstäbe. Solange dieser Bitte nicht nachgekommen wird, werden bei jeder Neugliederung die gleichen Probleme auftreten wie bei diesem Gesetzentwurf. Deshalb will ich gleich einmal

(Abg. Hey)

die Frage in den Raum stellen: Wann reagiert denn die Landesregierung auf diese Bitte

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

oder auf den dringenden Hinweis des Gemeinde- und Städtebundes wenn schon nicht auf den Antrag? Wann werden die Kriterien dieses Antrags eingearbeitet in eine rechtliche Grundlage für die kommunalen Vertreter vor Ort? Wann wird die Unsicherheit in den Kommunen endlich beendet sein? Ich kann jedenfalls für meine Fraktion sprechen und sagen, die nächsten Neugliederungen hier im Freistaat, die demnächst, wie ich gehört habe, schon wieder anstehen sollen, müssen sich zumindest diesen Kriterien stellen, weil es auch einfach nicht sein kann, dass hier ein Antrag mehrheitlich gefasst wird und das war es dann. Wenn das so ist, dann kann ich zumindest in Fragen der Gemeindegliederung in Thüringen demnächst sagen, dass der Landtag die Sitzungszeit sich sparen kann, dann winken wir ohne Prüfung alles durch.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich kurz auf die Änderungsanträge eingehen. Mein Kollege Adams hat ja schon das eine oder andere auch zu seinem Antrag gesagt. Die FDP hat einen Antrag gestellt, fünf weitere Fusionen ins Gesetz aufzunehmen. Sie stellen in der Begründung im Übrigen - das ist interessant - wieder auf das öffentliche Wohl ab. Nun haben Sie ja gehört, was ich von diesem Begriff halte und wie dehnungsfähig auch dieses Wort ist. Aber ich frage einmal ernsthaft, wenn Sie einen solchen Änderungsantrag mit dem heutigen Tag, oder wir hatten ihn auch gestern bereits - das muss ich zugeben - in unseren Postfächern, wenn Sie den hier ernsthaft einbringen und glauben, dass ohne Behandlung im Innenausschuss, ohne die fällige Anhörung, die auch noch gemacht werden muss - Herr Adams hat ja darauf abgestellt -, dass also ohne Bewertung der Neugliederung und ohne Diskussion diese fünf Paragraphen noch ins Gesetz aufgenommen werden, dann frage ich Sie, was glauben Sie eigentlich, wie das hier in diesem Hause läuft?

(Zwischenruf Abg. Bergner, FDP: Dazu sage ich Ihnen gleich etwas.)

Darauf sind wir auch sehr gespannt, Herr Bergner.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich verweise auf den Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU, SPD. Herr Adams hat gemeint, der sei nur von der CDU; schwierig, wir haben eine Koalition, da werden Anträge gemeinsam gestellt. Da geht es um eine Namensgebung in der neu entstehenden Kommune Königsee-Rottenbach, die nach Inkrafttreten des Gesetzes auch so heißen soll, weil auch wir der Meinung sind, dass sich beide Namen in der neuen Gemein-

de wiederfinden sollen. Ich weiß nicht regulatorisch, ich glaube wohl, dass der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eher da war und das zielt auch auf das ab, was Herr Adams gesagt hat. Deswegen müsste, glaube ich, auch im parlamentarischen Geschäftsgang der Antrag zuerst aufgerufen werden. Sei es drum, aber der Antrag von CDU und SPD hat ja denselben Inhalt. Damit würde sich dann auch, das ist ja das Angebot an die Fraktion DIE LINKE, der Änderungsantrag, der zunächst, nicht der jetzt eben verteilt wurde, aber der zunächst uns vorgelegen hat, erübrigen. Sie wollen ja, dass der neu gewählte Stadtrat das entscheiden soll und das hätte sich dann im Prinzip mit Verabschiedung dieses Antrags von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN respektive gleichlautend natürlich den von CDU und SPD bereits erledigt.

Bei aller Kritik und auch aller Aufregung will ich abschließend aber auch nicht versäumen, allen Kommunen, die durch diesen Gesetzentwurf erfasst werden, also von A wie Auerstedt bis Z wie Zeulenroda-Triebes, viel Glück und Erfolg zu wünschen auf ihrem neuen und von jetzt an gemeinsamen Weg. Es sind ja etliche Vertreter aus den jeweiligen Gemeinden heute hier auf der Besuchertribüne. Noch einmal aber, die Diskussion über die weitere Vorgehensweise bei Neugliederungen muss irgendwann, und ich glaube sehr, sehr bald, hier in diesem Landtag Erfolge zeigen. Wir als SPD-Fraktion sagen das mit äußerstem Nachdruck. Jetzt empfehle ich Ihnen die Annahme dieses Gesetzentwurfs und freue mich auf eine spannende Abstimmung. Danke.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Hitzing:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hey. Um das noch einmal ganz klarzustellen, der parlamentarische Ablauf war auch so, zuerst wurde der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufgerufen und dann der der Koalition. Es hat jetzt das Wort der Herr Abgeordnete Bergner für die FDP-Fraktion.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste, ich bin froh, dass das Gesetz nun endlich behandelt werden kann. Die Kommunen, die im Gesetz genannt werden, haben jetzt noch gut einen Monat Zeit, um die vorgenommenen Änderungen durchzusetzen. Das, meine Damen und Herren, ist nun nicht viel Zeit für die teilweise nicht einfachen Prozesse. Wir begrüßen grundsätzlich die Zusammenschlüsse, die aufgrund eigener Entscheidungen in den Gemeinden zustande kommen, denn wir sind der festen Überzeugung, einen Zwang von oben braucht es dafür nicht und Zwang führt schon lange nicht dazu, dass

(Abg. Bergner)

die Zusammenschlüsse wirklich funktionieren. Es funktioniert immer nur dann, wenn Menschen freiwillig zueinanderfinden.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, auch wenn ich froh bin, dass wir das Gesetz heute abschließend behandeln, bin ich mit dem Inhalt des Gesetzes nicht in Gänze zufrieden. Zum einen werden Kommunen in dem Gesetzentwurf genannt, bei denen es meines Erachtens noch Gesprächsbedarf gegeben hätte. Zum anderen gibt es Kommunen, bei denen alle Voraussetzungen für eine freiwillige Neugliederung vorliegen und die sich überhaupt nicht in dem Gesetzentwurf wiederfinden. Deswegen, meine Damen und Herren, hatten wir schon im Innenausschuss im Juli einen Änderungsantrag zum Gesetzentwurf eingebracht, so überraschend kommt er also nicht, um diesen Kommunen zumindest die Chance zu geben, im Anhörungsverfahren zum Gesetzentwurf teilzunehmen. Dieser Änderungsantrag, meine Damen und Herren, wurde von CDU und SPD abgelehnt

(Beifall DIE LINKE)

und damit auch die Anhörung verhindert. Hierzu gehört beispielsweise der Zusammenschluss der VG Mihla und Creuzburg. Aber auch die Gemeinde Straufhain, das ist heute schon gesagt worden, trifft es erneut. Nachdem man im vergangenen Jahr aus nicht nachvollziehbaren Gründen deren Versuch, freiwillig mit Gleichenberg zusammenzugehen, blockiert hat, wurde nun der gewollte Zusammenschluss mit der VG Heldburger Unterland nicht in den Gesetzentwurf aufgenommen. Auch die Auflösung der VG Leubatal wollte man nicht noch einmal im Innenausschuss diskutieren und es liegt auf der Hand, dass mir das natürlich persönlich auch auf den Nägeln brennt.

Wir legen Ihnen deshalb, meine Damen und Herren, auch heute in der abschließenden Beratung unseren Änderungsantrag zur Abstimmung vor. Ich will Ihnen sagen, wie das funktionieren kann. Wir wollen mit diesem Änderungsantrag erreichen, dass die Kommunen, die Sie nicht in den Gesetzentwurf aufgenommen haben, nun die Chance dazu bekommen. Nicht nur die Vorgehensweise bei den Kommunen, die sich nicht im Gesetz wiederfinden, sondern auch der Inhalt des Gesetzentwurfs an sich ist an manchen Stellen sehr befremdlich. Bei der Auflösung der Gemeinde Voigtländisches Oberland wird zum Beispiel gegen die Variante Bürgerwillen votiert. Auch die Auflösung der VG Vogtei und die Bildung einer Landgemeinde, die nun erfüllende Gemeinde von Kammerforst und Oppershausen werden soll, ist mir so nicht ganz verständlich. Dass es auch bei einer freiwilligen Neugliederung hier und da Probleme gibt, meine Damen und Herren, ist normal. Aber das größte

Problem ist, dass die Gemeinden einen nachvollziehbaren Kompass vermissen.

(Beifall DIE LINKE, FDP)

Niemand kann sagen, wann nach Meinung der Landesregierung das öffentliche Wohl vorliegt. Einmal hängt es von der Größe, das andere Mal vielleicht von der Lage und ein drittes Mal möglicherweise vom Parteibuch ab. Das, meine Damen und Herren, kann nicht richtig sein.

(Beifall FDP)

Dass sich die Kommunen dann manchmal verschaukelt vorkommen, wenn sie es abermals nicht in das Gesetz schaffen, ist mehr als nachvollziehbar.

Meine Damen und Herren, deswegen beantrage ich die Rücküberweisung - jetzt sage ich, wie das gehen kann - von § 2 und § 10 aus dem Gesetzentwurf sowie Nummer 1 des Änderungsantrags zur Beschlussempfehlung, Drucksache 5/5249, für eine erneute bzw. erste Beratung im Innenausschuss und somit auch Einzelabstimmung des Gesetzes.

Meine Damen und Herren, wir wurden im Innenausschuss mit unserem Antrag im Juli blockiert und haben heute die Chance, den Änderungsantrag an den Ausschuss zu überweisen, um ein reguläres Verfahren in Gang zu setzen. Dass ein solches Vorgehen möglich sein muss, hat uns letztes Jahr die Regierungskoalition vorgemacht. Im November 2011 wurde im Innenausschuss durch einen Änderungsantrag von CDU und SPD das Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2011 aufgegliedert, nämlich Vorlage 5/1860, und vier Paragraphen zurückgestellt. Der erste Teil des Gesetzes wurde im November und der zweite Teil im Dezember im Plenum beschlossen. Dieses Vorgehen stelle ich auch heute hier wieder zur Debatte, meine Damen und Herren, da ich der Auffassung bin, dass es die Gemeinden, die sich in unserem Änderungsantrag zur Beschlussempfehlung befinden, verdient haben, angehört zu werden

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Angehört, Herr Bergner.)

(Beifall FDP)

und dass, wenn es dem Willen entspricht, eine Neugliederung stattfinden sollte. Ich danke Ihnen.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Hitzing:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bergner. Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Fiedler für die CDU-Fraktion.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe kommunale Vertreter, die heute hier auf der Tribüne sind, herzlich willkommen, seien Sie herzlich begrüßt, man sieht, nicht nur in den Gemeinde- und Stadträten geht es munter zu, auch im Thüringer Landtag.

Meine Damen und Herren, wir haben heute den Gesetzentwurf der Landesregierung vorliegen und, ich glaube, es war kein einfacher Weg, um bis hierher zu kommen. Ich möchte deswegen noch einmal daran erinnern, dass sich freiwillige Zusammenschlüsse auf den Weg gemacht haben. Ich will der kommunalen Ebene ausdrücklich danken, dass sie sich hier vor Ort gefunden haben und dass sie vor Ort die Dinge erkannt haben, die für sie in Zukunft besser sind. Ich will herzlichen Dank sagen, denn das ist auch eine Erkenntnis, die ist nicht so einfach, denn man hat es oft mit mehreren Gemeinden zu tun und am Ende muss man die alle unter einen Hut bringen. Ich sage nachher auch noch etwas zu den Namen. Auch mit Namen hat man oft seine großen, großen Probleme. Kollege Bergner, ich hoffe, dass Sie es nicht so gemeint haben, dass hier irgendjemand nach Parteibuch eine Gebietsreform macht. Ich will es mal positiv sehen, Sie haben es nicht so gemeint, denn wenn Sie es so gemeint haben sollten im wahrsten Sinne des Wortes, kann ich das nur entschieden zurückweisen. Ich sage Ihnen ein Beispiel: Gemeinden Nobitz und Saara, Nobitz ist SPD, Saara ist CDU und sie haben sich trotzdem gefunden. Ich könnte die Beispiele fortführen.

Das spielt hier keine Rolle und da sollte man gar nicht erst anfangen, dass man solche Dinge überhaupt hier reinbringt, weil das nur die ganze Geschichte, ich sage mal, verschlimmbessert. Deswegen, meine Damen und Herren, denke ich, haben wir es uns nicht leicht gemacht. Das ist nun mal so, in der Koalition ist es vielleicht manchmal schwieriger, als wenn man in der Opposition sitzt. Da kann man sich diejenigen herauspicken, die einem passen und dann schaut man, wo es einem irgendwo passt und dann reiht man sich ein.

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Welche?)

Bitte, Frau Siegesmund? Also Sie wünschen uns, dass wir in die Opposition kommen, das kann ich bei Ihnen nachvollziehen, aber kommen Sie doch erst einmal hier richtig an, damit Sie Opposition richtig durchführen können. Das wünsche ich Ihnen ja, wenn Sie mal 22 Jahre, wie ich, dabei sind, da geht das alles von allein,

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

da brauchen Sie sich gar keine Mühe mehr zu geben. Sie können ja gern wiederkommen. Bei manch anderem bin ich nicht unbedingt der Meinung.

Aber wir wollen uns nicht ablenken lassen, meine Damen und Herren, wir haben einen gewichtigen Gesetzentwurf vor uns liegen und, ich denke, man muss auch mal in der Geschichte ein kleines Stück zurückgehen. Wir sind eine Koalition und in einer Koalition müssen wir immer gemeinsam die Dinge auf den Weg bringen. Das schmerzt mal die eine Seite und das schmerzt mal die andere Seite. Das ist nun mal so, weil man nämlich Kompromisse finden muss.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Aber nicht nur einseitig!)

Kollege Hey, ich denke, man muss Kompromisse finden. Ich erinnere das Hohe Haus, die Koalition, dass wir damals die Freiwilligkeit quasi ausgerufen hatten, viele haben sich auf den Weg gemacht, die haben ihnen Geld zugesagt mit der Freiwilligkeitsphase und dieses Geld haben wir dann gemeinsam bereitgestellt als Koalition und haben natürlich auch gesagt, es wird quasi gebunkert, es geht also auf ein entsprechendes Konto und wenn es nämlich heute nicht beschlossen wird, dann verfällt auch das Geld und deswegen müssen wir die Dinge auf den Weg bringen im Interesse der kommunalen Familie, die sich auf den Weg gemacht haben. Wir haben weiterhin gesagt, dass wir ...

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Wir können das Geld aber auch sparen.)

Ach, Herr Kuschel, ich will mich heute lieber in der Mitte ein bisschen streiten. So weit links, das fällt mir heute schwer.

Dass die Kommunen sich hier gemeinsam gefunden haben, denke ich, ist ein wichtiger Grundsatz und natürlich hat die Landesregierung das hier vorgelegt und ich will ausdrücklich sagen, da widerspreche ich meinem Kollegen, der vorhin gesprochen hat, dass wir der Meinung sind, das Innenministerium und der Innenminister haben eine gute Vorlage gemacht. Der hat beide Vorlagen nach den Kriterien betrachtet, die notwendig sind, um auch das öffentliche Wohl oder das Gemeinwohl hier in den Blick zu nehmen. Dass es dort unterschiedliche Auffassungen gibt, gerade wenn es um Altenburg - die Dinge sind ja benannt worden - oder andere geht, dass man da meint, man muss die noch mehr stärken, das ist eine Geschichte, wir haben auch einen Antrag hier eingebracht, gemeinsam verabschiedet und der wird in Zukunft auch eine Richtschnur mit sein. Aber das Entscheidende ist ...

(Zwischenruf Abg. Mühlbauer, SPD)

Frau Mühlbauer, Sie stimmen doch ohnehin nicht zu, also muss ich mit Ihnen doch jetzt nicht reden.

(Zwischenruf Abg. Mühlbauer, SPD)

Dass du heute in der ersten Reihe sitzen darfst, das ist verwunderlich. Das Entscheidende ist doch, dass wir hier das auf den Weg bringen, was die

(Abg. Fiedler)

Kommunen gemeinsam hier gemacht haben. Ich will daran erinnern, erste und zweite Charge haben wir es manchmal als Arbeitstitel genannt. Dort haben wir gesagt, es geht nach den Kriterien, die wir in der Koalition gemeinsam ausgehandelt haben und da ist die erste Charge und die zweite Charge in der Koalition beschlossen worden.

(Zwischenruf Abg. Mühlbauer, SPD: Wann denn?)

Da das so ein Stückchen gedauert hat aus unterschiedlichen Gründen, natürlich vor allen Dingen weil wir die Anhörung gemacht haben. Wir haben ja im Innenausschuss nicht umsonst eine Anhörung gemacht, weil wir ganz genau wissen, vor dem Verfassungsgericht müssen wir sattelfest sein, denn der eine oder andere wird klagen. Und bisher haben wir dort immer ganz gut bestanden.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Ja, so wie ... beim Polizeiaufgabengesetz?)

Man kann, einmal noch ein Blick nach links, natürlich schon klagen, aber man muss auch klageberechtigt sein. Das kommt auch noch dazu.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ich will einfach daran erinnern, dass die Koalition gemeinsam diese zwei Pakete auf den Weg gebracht hat. Dass das manchmal schwerfällt und dass die einen oder anderen das ein bisschen anders sehen, ich kann Ihnen auch ein Beispiel nennen, dass es auch bei uns nicht so einfach war und ist. Wir haben also auch - ich habe Ihnen das Beispiel genannt Nobitz-Saara, Altenburger Land insgesamt - zwei Kollegen, die betroffen sind in zwei verschiedenen Kreisen und trotzdem ist das Ding zusammengekommen. Das geht, wenn man will, wenn man mitmacht bei der ganzen Geschichte. Dass bei manchen Dingen auch bestimmte Vorbehalte sind - ich nehme jetzt auch nur einige raus, ich werde nicht das ganze Paket noch einmal runterdeklinieren -, wie bei Vogtländisches Oberland, dort sind einige Dinge genannt worden, die durchaus überlegenswert sind und waren. Und ob die Landgräfin, Landrätin hat entsprechend ...

(Heiterkeit im Hause)

Die Landrätin hat auch dort noch einmal bei uns interveniert, sicher auch bei anderen interveniert, wir sollten darüber noch einmal nachdenken und so weiter, aber gerade in der Ecke hatten wir schon einmal Probleme. Damals haben wir die zurückgestellt, diesmal haben wir uns entschieden, wir ziehen jetzt durch, so wie es vom Innenministerium vorgelegt wurde. Herr Innenminister, herzlichen Dank auch an die Abteilung, an Frau Moss und alle, die beteiligt waren. Sie haben uns immer hervorragend begleitet, da kann auch die SPD mitklopfen.

(Beifall CDU, SPD)

Die Frau Moss und die Leute aus dem Innenministerium haben uns gut begleitet, haben für uns die Arbeit gemacht mit der Auslegung, Vorbereitung etc. Darauf kann man sich verlassen, vielen Dank. Ich denke auch, man muss solche Dinge wirklich diskutieren. Ich habe da kein Problem, dass wir bei Vogtländisches Oberland sagen, wir hätten das machen können, wir hätten auch noch etwas ausgliedern können, aber wir haben uns am Ende eben dazu entschieden, dass wir dem folgen. Vor allen Dingen wollten wir ein Paket am Ende hinten abliefern und nicht irgendwelche Stückelungen dort rausnehmen. Der FDP will ich noch ausdrücklich sagen, gut gemeint, aber da haben zwei schon etwas dazu gesagt, es wird halt nichts aus rechtlichen Gründen. Deswegen ist es so wie es ist. Sie können noch hoffen auf eine dritte Charge, dass die Koalition die Kraft oder die entsprechenden Möglichkeiten hat oder sieht, dass man nach bestimmten Kriterien - Herr Hey, ich sage jetzt bewusst nach bestimmten Kriterien - sich da noch einmal ranmacht und überlegt, was geht und was geht nicht, das muss man sehen, das muss vorgelegt und geprüft werden. Also, der FDP können wir nicht folgen. Damit ich es nicht vergesse, Herr Adams ist nicht da. Ich stelle es zurück, erinnert mich daran, dass ich Adams nicht vergesse oder bringt es ihm rüber. Ich komme jetzt zu Königsee und Gemeinde Rottenbach. Hier gibt es auch einen Kollegen bei uns, Gerhard Günther, der dort ein höchstes Interesse daran hat und uns beknet und bearbeitet hat bis zum Gehnichts mehr, dass wir in dem ersten Änderungsantrag, den wir in der Beschlussempfehlung drin hatten, als Name nur Königsee hineinschreiben und Rottenbach quasi wegstreichen, das war die Beschlussempfehlung, das war das mit dem leichten Lächeln. Wir haben uns dann danach noch einmal mit der ganzen Materie auseinandergesetzt, nicht nur, weil es so viele Anrufe gab, sondern weil einfach auch man einmal sehen muss, wenn sich Kommunen vor Ort gefunden haben, die haben quasi einen Vertrag miteinander geschlossen und haben entsprechend den Namen hineingeschrieben. Das ist eben oft so schwierig, wenn man sich da um Namen, Wachsenburggemeinde war da schlauer, die haben gleich einen Begriff genommen, der gar nicht so angreifbar ist, dass man hier dieses quasi dort, wir hatten gedacht, wir sollten es ändern. Wir haben uns nach den Gesprächen dazu entschlossen und da wird das leichte Lächeln von Adams und anderen vielleicht noch ein bisschen größer werden, nun waren die GRÜNEN ein bisschen vor uns dran, weil wir natürlich immer noch Koalitionsabstimmungen haben. Deswegen gehe ich davon aus, dass wir kein Problem haben, am Ende dem Antrag der GRÜNEN zuzustimmen, er ist identisch mit dem gemeinsamen Antrag, den wir gebracht haben. Diese Spiele werden wir uns nicht antun, dass wir da nun hin und her. Ich muss

(Abg. Fiedler)

sagen, zur LINKEN noch mal, dass Sie hier versucht haben, jetzt irgendwie von hinten durch die Brust so einen Vermittlungsvorschlag zu machen, hätten Sie es gleich richtig gemacht, wären Sie auf der richtigen Seite gewesen. So haben Sie wieder eine halbe Krücke auf den Weg gebracht. Die zieht nicht, denn man kann doch nicht den Leuten vor Ort am Ende alles aufbürden, damit die sich gegenseitig an die Kandare gehen.

(Beifall CDU)

Ich denke, meine Damen und Herren, hier sind wir am Ende. Mit großen Schmerzen haben wir den Namen wieder zurückgedreht wie er mal vereinbart wurde, also Königsee-Rottenbach. Ich denke, die kommunale Selbstverwaltung und alle werden vor Ort damit sicher so umgehen, wie es notwendig ist. Meine Damen und Herren, ich könnte noch Barchfeld, Immelborn und den Wartburgkreis nennen. Sie alle, zumindest die Innenpolitiker, kennen die Stellungnahmen, die dort gekommen sind. Ich will nun nicht verschweigen, dass 1.700 Stellungnahmen von Königsee gekommen sind, die nur den Namen Königsee wollten. Ich will es nur mal der Vollständigkeit halber nennen. Das hat uns zunächst dazu gebracht, dass wir das ändern wollten, aber am Ende haben wir das auch aus Koalitionstreue gemeinsam wieder zurückgedreht. Das ist bei solchen Dingen so.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Ha, wie nett.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, wenn man sich am Ende das Ganze ansieht - oder, ich will noch mal auf Straufhain eingehen, auch darüber muss man weiter reden, und vielleicht findet man dann Lösungsvorschläge. Ich will noch mal ausdrücklich betonen, viele Abgeordnete haben mit vielen Leuten gesprochen. Ich kenne auch einige da oben, die mit mir geredet haben, aber auch mit anderen. Wenn man eine Hoffnung aufmacht, sollte man auch versuchen, dass die Hoffnung zu erfüllen ist. Ich weiß, auch der Innenminister hat viele, viele Gespräche vor Ort geführt und er war zu vielen, vielen Runden und nach meiner Kenntnis hat er immer dort ziemlich klare Linie gezeigt.

(Beifall DIE LINKE)

Deswegen ist das wichtig in so einer Entscheidung, dass man nicht zu viel Hoffnung macht, wenn man sie dann nicht erfüllen kann, sondern dann lieber etwas dämpfen und sagen, wir müssen uns gemeinsam zusammenfinden, machen wir es noch oder machen wir es nicht.

Meine Damen und Herren, ich will noch mal ausdrücklich darauf verweisen, hier geht es auch um Geld, was wir den Kommunen geben wollen, damit das nicht untergeht. Sie kriegen in dieser Freiwilligkeit noch das Geld, aber nichtsdestotrotz lässt die

Kommunalordnung noch einige Dinge zu. Auch das will ich noch mal sagen. Es kommt, weil das in der Kommunalordnung so geschrieben steht, wenn manche untermäßig werden, unter 3.000, die übliche Verfahrensweise. Ich will da klare Linie reden, nicht dass jemand sagt, das hätte uns ja noch mal jemand sagen können. Es sind einige Dinge, die laut Kommunalordnung, wenn sie denn anstehen, entsprechend dann hier zu realisieren sind. Da kommt auch nicht immer nur Freude auf.

(Beifall SPD)

Dass man über diese Dinge auch zu reden hat, das ist eben so. Wir werden sehen, wie wir uns dazu vielleicht einig werden. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir haben am Ende einen Gesetzentwurf, ich will jetzt nicht noch mal auf den Antrag der LINKEN eingehen, einen Antrag der GRÜNEN, unseren gemeinsamen, einmal hin und einmal her. Man muss doch mal zugeben können, dass man gemeinsam etwas zurückgedreht hat. Was ist denn da nur dabei? Bei manchen denke ich immer, da fällt eine Perle aus der Krone. Man muss doch mal was zugeben können, dass man das macht.

(Beifall SPD)

Ich will noch mal verweisen, in § 14 Abs. 1 wird ein Satz angefügt, Sie können das nachlesen, dass die Amtszeit dort nur einmal gewählt wird und wir sie quasi verlängern. Das bleibt die einzige Änderung, die wir dort eingefügt haben. Wir wollen nicht, dass vor Ort noch zweimal gewählt wird. Ich denke, es ist mit dem zuständigen Ministerium und auch Justiz abgeprüft, dass das geht. Damit haben wir das auch auf der Reihe.

Meine Damen und Herren, ich empfehle uns, dass wir dem Gesetzentwurf der Landesregierung zustimmen. Es hat eine lange Zeit gebraucht, bis es durchgekommen ist, viele Beratungen waren notwendig, es ist jetzt beim Parlament, wir haben ordentliche Anhörungen dazu gemacht. Ich werbe darum, dass wir der Freiwilligkeit, die Kommunen hier eingebracht haben, auch - unseren abschließenden Segen kann ich nicht sagen - die abschließende positive Meinungsänderung mit auf den Weg geben. Ich werbe darum, dass wir das auch so machen. Danke.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Hitzing:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Fiedler. Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Kuschel für die Fraktion DIE LINKE.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Gäste auf der Tribüne, Herr Fiedler hat ja hier als Berichterstatter wieder eine Situation

(Abg. Kuschel)

im Innenausschuss dargestellt, die wir anders wahrgenommen haben.

(Beifall DIE LINKE)

Damit sich die Zuschauer mal selbst ein Bild davon machen können, wie nach den Aussagen von Herrn Fiedler eine ausgiebige Beratung aussieht, will ich das mal kurz schildern.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Na, na, nicht aus dem Ausschuss plaudern!)

Solange ich keine Namen nenne, wer was gemacht hat, kann ich aus dem Ausschuss berichten.

Wir haben eine mündliche Anhörung beantragt, damit wir mit den Betroffenen in den Dialog kommen, das haben CDU und SPD abgelehnt. Es hat nur eine schriftliche Anhörung stattgefunden.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Richtig, weil es ...)

Selbst der Wunsch einiger Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, den Innenausschuss vor Ort zu einer Diskussionsrunde einzuladen, wurde abgelehnt, Herr Fiedler. Klar, weil Ihre Argumente, das hat ja Ihr Redebeitrag jetzt eben wieder gezeigt, derart schwach sind, dass Sie sich scheuen, dieser Diskussion gegenüberzutreten.

(Beifall DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dann haben wir eine Woche vor der zweiten endgültigen Beratung die Anhörungsunterlagen bekommen in einem Karton, es waren sieben Aktenordner. Dafür hatten wir fünf Werktag Zeit, die zu sichten. Das haben wir getan und haben im Innenausschuss beantragt, zu den 13 Paragraphen eine Einzelberatung durchzuführen, weil die Situation in allen 13 Einzelfällen völlig verschieden ist. Auch unsere Positionen sind zu den Paragraphen unterschiedlich, wir haben z.B. mit neun beantragten Maßnahmen überhaupt keine Probleme gehabt, da haben wir gesagt, da ist alles in Ordnung. Das hat auch die Anhörung gezeigt, bei vier hatten wir Diskussionsbedarf. Wiederum haben CDU und SPD entgegen der bisherigen Gepflogenheiten seit 2004 das abgelehnt. Solange ich hier in dem Landtag bin, war es ein ungeschriebenes Gesetz, wenn eine Fraktion eine Einzelabstimmung beantragt hat, dass das erfolgte. Das haben Sie gebrochen.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das stimmt überhaupt nicht.)

Sie waren nicht mal bereit, über die Einzelfälle zu diskutieren, geschweige denn einzeln abzustimmen. Das ist Ihre Art der Beratung und im Zweifelsfall kommt dann der Höhepunkt, Sie wechseln dann Abgeordnete aus, wenn sie eine andere Meinung vertreten.

(Beifall DIE LINKE)

Sie wechseln Abgeordnete so lange aus, bis Ihre eigene Mehrheit steht. Ihre Aussage, Herr Fiedler, weil die Gemeinden einmal jetzt das Geld bereits haben, sind wir sozusagen in der Verpflichtung auch Dingen zuzustimmen, die wir aus raumordnerischer und landesplanerischer Sicht ablehnen, das ist doch wohl der Höhepunkt.

(Beifall DIE LINKE)

Herr Fiedler, also Sie sind eigentlich besser. Diesem Wettbewerb der Unterbietung von Intelligenz will ich mich nicht anschließen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich stimme dem Herrn Bergner von der FDP ausdrücklich zu, der sagt: „keinen Zwang“. Aber, Herr Bergner, auch Sie müssen akzeptieren, es muss Regeln geben. Freiwilligkeit stößt dort auf Grenzen, wo Rechte Dritter betroffen sind

(Beifall DIE LINKE, SPD)

und wo Entwicklungspotenziale Dritter aber derart gehemmt werden, da muss Freiwilligkeit begrenzt sein. Dann ist es unsere Verantwortung - wer soll es denn machen -, wir können dann nur entscheiden, wenn sich die Leute vor Ort nicht einigen können, was denn jetzt öffentliches Wohl ist und was aus landesplanerischer und raumordnerischer Sicht notwendig ist. Das ist deshalb notwendig, weil wir als Land 60 Prozent der Finanzierung der Gemeinden über den Kommunalen Finanzausgleich realisieren müssen, weil die Steuerschwäche der Kommunen eben immer noch so stark ist, weil Ihre Partei auf Bundesebene den Staat ausplündert usw. Das könnte ich schon wieder fortsetzen, aber das will ich jetzt nicht machen.

Aber in der Verantwortung, wo die Gemeinden in einer so hohen finanziellen Abhängigkeit des Landes sind, müssen wir doch diese Verantwortung wahrnehmen und können nicht sagen, weil das dort freiwillig ist, egal, Augen zu und durch, dann bestätigen wir das. Das wird nicht funktionieren.

Herr Hey, eine Enthaltung ist ein Ausweichen vor der Verantwortung, das wissen Sie. Eine Enthaltung am heutigen Tag ist wie eine Jastimme. Diejenigen, die wirklich mit diesem Gesetzentwurf ein Problem haben, müssen mit Nein stimmen. Wenn Sie sich enthalten, drücken Sie sich wieder vor der Verantwortung. Herr Hey, Sie appellieren hier, machen Appelle, das ist eigentlich Aufgabe der Opposition, denn wir haben keinen Zugriff zu dieser Landesregierung, keinen unmittelbaren, aber den haben Sie doch, Sie sind doch Regierungspartei. Da können Sie doch nicht Ihren Appell richten, die Regierungspartei möge mal was machen. Wer soll es denn machen? Das müssen Sie machen, Sie als Regierungspartei, oder müssen sagen, es geht

(Abg. Kuschel)

eben nicht weiter in dieser Koalition. Es geht nicht weiter.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir nehmen den Gemeinde- und Städtebund mit seinen Hinweisen ernst, die verfassungsrechtlichen Bedenken. Aber was machen Sie denn?

(Beifall DIE LINKE)

Wenn es Ihnen immer passt, dann sagen Sie, ja wohl, Gemeinde- und Städtebund und Landkreistag teilen unsere Position, und wenn es Ihnen nicht passt, werden sie zur Seite geschoben. Auch das ist sehr inkonsequent.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Nein, das wechseln Sie.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, einige Gemeinden nutzen natürlich die ihnen zustehenden Möglichkeiten, die sie haben. Insofern haben wir gar keinen Vorwurf zu formulieren an solche Gemeinden, wie die Wachsenburggemeinde, Ichtershausen, Nobitz, Saara oder Immelborn und Barchfeld. Die nutzen die Möglichkeiten, die ihnen das Gesetz bietet. Ich habe hohes Verständnis, dass die natürlich auch erbot sind, weil diese Landesregierung die Regeln nicht aufgestellt hat - mal von dem Entschließungsantrag abgesehen, da waren die Regeln enthalten -, was nun funktionieren soll. Aber man muss auch sagen, diese Gemeinden hätten überhaupt nicht die Chance gehabt, derartige Anträge zu stellen oder solche Vorhaben zu formulieren, wenn wir eine verantwortungsbewusst handelnde Landesregierung hätten,

(Beifall DIE LINKE)

die raumordnungs- und landesplanerisch mal weiter denkt, über das Parteibuch hinweg, denn es drängt sich der Verdacht auf, dass die CDU, nachdem sie die Städte verloren hat, dort im ländlichen Raum um jeden Preis ihre Position halten will und deshalb sagen, wir wollen diese Kleingliedrigkeit und wir wollen jetzt die Gemeinden als Bollwerk gegen Entwicklungspotenziale der Städte stellen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Nordhausen ...)

Sie instrumentalisieren damit die Landespolitik parteipolitisch und das lehnen wir ab. Dieser Auseinandersetzung müssen Sie sich stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es fehlt ein Leitbild, es fehlt das Konzept. Es gibt allerdings diesen Resolutionsbeschluss, dem wir als LINKE zugestimmt haben - SPD und CDU haben ihn eingebracht -, weil wir ihn vernünftig finden. Wir finden die dort formulierten Positionen tatsächlich vernünftig. Aber, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, wenn Sie einsehen, dass - vor einem Jahr - bestimmte Entwicklungen in der Ver-

gangenheit falsch gelaufen sind, da können Sie doch nicht sagen, wir haben das festgestellt, aber wir machen es irgendwann mal und lassen die Fehlentwicklung weiterlaufen. Ich komme noch mal dazu, diese Fehlentwicklung wird uns noch viel Geld kosten. Das alles zu korrigieren, wird eine große Herausforderung für eine künftige Landesregierung ohne Beteiligung der CDU.

(Beifall DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die SPD muss entscheiden - auch in dieser Frage -, ob sie weiter am Koalitionsfrieden um jeden Preis festhält unter der Selbstaufgabe. Ich kann mich da durchaus hineinversetzen. Frau Kollegin Mühlbauer hat es nicht einfach. Sie sitzt im Stadtrat in Arnstadt und entscheidet dort mit, diese Fusion zum Beispiel Ichtershausen/Wachsenburggemeinde abzulehnen. Sie sitzt im Kreistag - gleiches Verhalten. Hier im Landtag kommt sie durch den Koalitionsvertrag derart unter Druck, das kann einen schon zerreißen. Irgendwann müssen Sie mal eine Entscheidung treffen, weil wir seit 2009 erleben,

(Zwischenruf Abg. Mühlbauer, SPD: Das habe ich schon.)

dass an inhaltlichen Einzelfragen immer wieder auch die Koalitionsfrage gestellt wird und die SPD gute Positionen einfach aufgibt. Ich sage noch einmal, Ihre Position - ich gehe davon aus, der Entschließungsantrag vom 15. Dezember 2011 ist im Wesentlichen durch die SPD geprägt,

(Beifall SPD)

zumindest das, wenn ich die Wahlprogramme mal zugrunde lege und die Beschlüsse von Landesparteitagen, jetzt müssen Sie nur dafür sorgen, dass Sie auch in der Regierungspraxis Wirkung entfalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will zu einigen Einzelbeispielen etwas sagen. Es wird Sie nicht verwundern, dass ich mich insbesondere mit Ichtershausen/Wachsenburggemeinde beschäftige, weil ich da natürlich auch kommunalpolitisch verankert bin, aber weil es auch exemplarisch für andere ist. Wir als LINKE haben grundsätzlich mit den vorgeschlagenen Neugliederungsmaßnahmen Saara-Nobitz im Bereich Altenburg Probleme, aber auch im Bereich Immelborn-Barchfeld mit Bezug auf Bad Salzungen. Bei Immelborn und Barchfeld muss man noch hinzusagen, es ist nicht nur gegen die Entwicklungspotenziale Bad Salzungen gerichtet, sondern diese neue Gemeinde erreicht jetzt schon nicht die Einwohnerzahl von 5.000. Wenn wir Politik aus der Sicht von Bürgerinnen und Bürgern machen, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch auf eine leistungsfähige Kommunalverwaltung haben.

(Beifall DIE LINKE)

(Abg. Kuschel)

Diesen Anspruch haben sie. Diese leistungsfähige Verwaltung kann ich aber nur mit Personal realisieren, das hoch ausgebildet und auch spezialisiert ist. Da sagen alle Experten - und da schließen wir uns auch an, auch ich mich persönlich -, ab einem Personalbestand von etwa 20 Beschäftigten in einer Verwaltung kann ich eine Spezialisierung vornehmen. Unter dem geht es nicht, unter dem müssen das Allround-Könnler sein und da macht eine Beschäftigte früh das Standesamt und nachmittags soll sie als Ordnungsbehörde die gefährlichen Hunde in der Gemeinde irgendwie in den Griff bekommen. Das wird nicht dauerhaft funktionieren. Wenn ich aber 20 Beschäftigte unterstelle beim gegenwärtigen Schlüssel von 1,9 in der Kernverwaltung, dann wäre ich eigentlich bei 10.000 Einwohnern, um eine Verwaltung aufzubauen. Nun sagen wir, die Tradition in Thüringen, die Siedlungstradition, ist eine andere, aber unter 5.000 Einwohner kommen alle Gemeinden in dieses Problem, dass sie nicht mehr ausreichend leistungsfähiges Personal vorhalten können. Von daher ist diese Grenze nicht irgendwo ausgehandelt worden, sondern sie ist auch tatsächlich inhaltlich begründet. Deswegen haben wir das Problem mit Immelborn und Barchfeld neben dieser Schwächung des zentralen Ortes Bad Salzungen.

Aber zurück zu Arnstadt. Wir haben dort das erste Problem, dass wir der Auffassung sind, dass dort ein verfassungsrechtlicher Widerspruch offen erkennbar ist. Das trifft noch mal den Innenminister, der ist ja im Hauptberuf mal Jurist gewesen, er ist immer noch Jurist, der müsste das wissen. Im Innenausschuss war Ihre Argumentation nicht so überzeugend, aber da waren Sie überrascht von den Fragen, denn Sie hatten gedacht, wir agieren so wie CDU und SPD und schweigen. Von daher also noch mal an dieser Stelle, wenn eine Mitgliedsgemeinde einer Verwaltungsgemeinschaft eine Neugliederung haben will, braucht sie die Zustimmung der Verwaltungsgemeinschaft, so steht es im Gesetz. Die erfüllende Gemeinde ist eine besondere Art der Verwaltungsgemeinschaft. Das steht auch im Gesetz. Jetzt erfüllt die Stadt Arnstadt seit 1994 die Wachsenburggemeinde und insofern muss nach unserer und nach meiner Überzeugung die Stadt Arnstadt natürlich beteiligt sein, wenn man dieses Rechtsinstitut einfach aufhebt.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Man kann doch nicht sagen, bei der Verwaltungsgemeinschaft müssen andere mitentscheiden, zum Beispiel bei der Stadt Plaue, die will nach Arnstadt, das blockiert die Verwaltungsgemeinschaft Oberes Geratal, einzelne kleine Gemeinden sagen Nein, und hier in dem Fall, da wird die Stadt Arnstadt nicht mal beteiligt, außer dass sie sich in der Anhörung äußern kann. Stadtratsbeschlüsse werden nicht zur Kenntnis genommen, als wenn Stadtratsbeschlüsse keine demokratische Meinungsäuße-

rung wären, und Kreistagsbeschlüsse offenbar auch nicht, zumindest aus Sicht von CDU und SPD. Deshalb mein Appell an die Regierungskoalition schon aus diesem Punkt heraus, weil Herr Fiedler hier gesagt hat, Überprüfung vor dem Verfassungsgericht, das ist für mich ein großer Mangel. Diese geplante Fusion Wachsenburggemeinde/Ichtershausen hat finanzielle Auswirkungen.

(Beifall SPD)

Das hat das Finanzministerium bestätigt. Der Kreis verliert 230.000 € Kreisumlage. Das müssen die anderen Mitgliedsgemeinden bezahlen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Da sagt der Innenminister im Ausschuss, das ist kein Schaden, sondern das ist eine Rechtsfolge eines neuen Gesetzes. Das ist ungefähr so, als wenn der Bundestag die Mehrwertsteuer erhöht, da können sich die Leute auch nicht wehren. Das ist eine Diskussion, alle Achtung. Ich dachte, Herr Innenminister, Sie nehmen diese Einsprüche der kommunalen Ebene ernst. Es stellt sich natürlich die Frage, ob nicht der Ilm-Kreis hier einen Erstattungsanspruch gegenüber dem Land hat, wenn der Landtag eine solche Neugliederungsmaßnahme beschließt.

(Beifall SPD)

Die Frage stellt sich uns. Es kommt ein weiterer Konfliktpunkt hinzu. Das ist der inzwischen ruinöse Wettbewerb, den zwei Gemeinden in der Region Arnstadt betreiben, nämlich die zwei Gemeinden, die sich jetzt zusammenschließen wollen. Die Wachsenburggemeinde reduziert den Hebesatz der Gewerbesteuer von 400 auf 210, noch mal: von 400 auf 210. Die Gemeinde Ichtershausen kann es sich leisten, seit 1990 den Hebesatz bei 300 unverändert zu lassen. Die Stadt Arnstadt hat jetzt einen Hebesatz von 375, hat keinen ausgeglichenen Haushalt, muss wahrscheinlich auf über 400 gehen. Jetzt haben wir ein Industriegebiet, auf der einen Straßenseite gilt der Hebesatz von 375, künftig 400, auf der anderen Straßenseite von 300, und wenn ich an das Ende des Gewerbegebiets oder Industriegebiets gehe von 210. Da wollen Sie sagen, das ist eine ausgewogene harmonische Entwicklung, wie es im Landesentwicklungsplan oder Raumordnungsgesetz steht? Nein. Sie fördern die kommunale Konkurrenz, lehnen sich zurück und freuen sich, wenn die kommunalen Akteure aufeinander „einschlagen“.

(Zwischenruf Abg. von der Krone, CDU: Du bist ein richtiger Gauner.)

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Das finde ich ein starkes Stück. Da muss ein Land reagieren, und wenn es die Landesregierung nicht macht, dann müssen wir als Gesetzgeber sagen, aber jetzt ist mal Schluss mit lustig.

(Abg. Kuschel)

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Herr von der Krone nimmt zwar für sich in Anspruch, er hätte das Industriegebiet Erfurter Kreuz allein errichtet mit 42 Mio. €. Nein, 90 Prozent Förderung sind darin von Bund und Land über die GAFörderung und ohne die LEG wäre es gar nicht zustande gekommen. Ichtershausen und auch die Stadt Arnstadt hätten das allein nie bewerkstelligen können. Deswegen war es eine vernünftige Entscheidung, eine vernünftige landespolitische Entscheidung.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Jetzt muss man auch dafür Sorge tragen, dass sich die Region harmonisch entwickelt und nicht, dass derartige Konkurrenzsituationen entstehen, denn Konkurrenz nützt nie etwas. Wir setzen auf Kooperation, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Dann müssen wir noch mal sagen, weil es immer wieder thematisiert wird, die Alternative für uns ist nicht die Eingemeindung von Ichtershausen und der Wachsenburggemeinde nach Arnstadt, das steht überhaupt nicht zur Debatte, sondern unser Angebot ist eine verstärkte Kooperation. Gegenwärtig besteht da überhaupt noch keine Not. Was ändert sich denn für Bürgerinnen und Bürger tatsächlich in der Wachsenburggemeinde durch diese Fusion? Erst einmal ist es gar keine Fusion, das wissen die Leute gar nicht, sondern die Wachsenburggemeinde löst sich auf, geht in die Gemeinde Ichtershausen und die benennen sich um in Amt Wachsenburg. Wenn ich mich mit Leuten in der Wachsenburggemeinde unterhalte, die haben irgendwie ein Problem und sagen, uns hat man erzählt Fusion. Aber zugesagt ist, in Holzhausen soll es eine Außenstelle der Verwaltung in Ichtershausen geben. Die gibt es jetzt schon, denn durch die Erfüllung der Stadt Arnstadt ist das gegeben. Eine Außenstelle der Bibliothek soll entstehen - Arnstadt hat eine viel ausgeprägtere Bibliothek als Ichtershausen - und es soll eine Außenstelle des Bauhofs vorgehalten werden. Also das kann Arnstadt auch noch bieten. Von daher ändert sich für die Bürgerinnen und Bürger der Wachsenburggemeinde nichts, außer dass sie künftig am Rathaus in Arnstadt vorbeifahren, um nach Ichtershausen zu kommen. Allerdings muss dann endlich die Landesregierung die Ichtershäuser Straße in Arnstadt mal sanieren, weil sonst verlieren die aus der Wachsenburggemeinde ihre Räder und dann sind die wieder böse, also von daher müssen Sie zumindest das auf die Reihe bekommen.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Das müssen Sie zumindest auf die Reihe bekommen. Das können wir aus der Rücklage von Ichtershausen nehmen, ihr habt ja über 10 Mio. € drin.

(Beifall DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Freiwilligkeit ist für uns LINKE ein hohes Gut, aber wenn es an Grenzen stößt, müssen auch die Auswirkungen auf Dritte berücksichtigt werden. Im Übrigen ist das schon geschehen. Diese Landesregierung hat vor Jahresfrist ein höheres Maß an Verantwortung an den Tag gelegt, nämlich, ich darf daran erinnern, vor Jahresfrist wollten sich Steinbach und Schweina zusammenschließen, auch mit hoher Bürgerbeteiligung. Bürgerbefragung in beiden Orten, hohe Zustimmungsquote, 90 Prozent und vernünftigerweise hat diese Landesregierung gesagt, nein, ohne Bad Liebenstein geht es nicht und jetzt ist Bestandteil dieses Gesetzes Bad Liebenstein. Also von daher ist die Hürde doch gar nicht so hoch, vernünftige Politik in diesem Land zu machen. Manchmal in den Vorjahren haben Sie Chaos organisiert, darauf will ich auch noch einmal verweisen, es ist etwas länger her, da haben Sie die VG Rennsteig aufgelöst mit Floh-Seligenthal und Brotterode. Da hatte Brotterode noch 3.100 Einwohner. Dann sind die völlig ins Trudeln geraten. Jetzt ist wieder eine Neuordnung da mit Trusetal, wo sich die Leute in der Region fragen, also alle fünf Jahre eine Neugliederung ist auch nicht das, was man hier anstreben müsste.

Zu den Änderungsanträgen: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben einen Änderungsantrag eingebracht. Der politische Irrtum ist uns nicht fremd, deswegen, Herr Fiedler, von uns bekommen Sie da keine Häme oder Kritik, nur immer das Angebot, eine Selbsthilfegruppe zu gründen. Das haben Sie bisher abgelehnt.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Also von daher haben wir hohes Verständnis. Aber ich bin überzeugt, unsere Argumente im Innenausschuss, die Sie damals noch zurückgewiesen haben, am Freitag, da haben Sie noch einmal darüber nachgedacht und haben Sie für vernünftig gehalten und deshalb diesen Änderungsantrag eingebracht. Unser Änderungsantrag ist damit erledigt. Wir haben ihn als Kompromiss formuliert und, Frau Präsidentin, im Namen meiner Fraktion ziehen wir also diesen Änderungsantrag mit Bezug auf Königsee und Rottenbach zurück.

Zum Änderungsantrag der FDP: Wir sind immer diskussionsbereit, aber er lässt eben bestimmte Strukturdefizite, die wir für nicht heilbar halten, außer Acht. Das ist die VG, die wollen wir als Auslaufmodell. Sie wollen sie stabilisieren letztlich. Es sind Neugliederungen am Rande von Städten. Das betrifft Eisenach, was Creuzburg und Mihla betraf, also auch dort ein Konflikt, und Sie wollen auch Gemeinden bilden unter 5.000 Einwohner, also bei Kaltennordheim. Von daher sehen wir Probleme und sagen, wir wollen keine Schwächung der städtischen Zentren und wir wollen auch die Verwaltungsgemeinschaft nur noch dort, wo über Bürger-

(Abg. Kuschel)

entscheid Bürgerinnen und Bürger das selbst bestätigen, aber ansonsten wollen wir das als Auslaufmodell. Trotzdem sagen wir, wir führen hier keine verrechtlichte Diskussion, da teilen wir Ihre Auffassung, das geht zu heilen, was Anhörungen und so weiter betrifft, aber wir haben inhaltliche Probleme. Die haben nicht Sie zu verantworten, sondern diese inhaltlichen Probleme liegen wieder bei der Landesregierung, weil dort entsprechend klare Ziele fehlen.

Wir haben einen zweiten Änderungsantrag vorgelegt, den halten wir aufrecht, in dem wir die §§ 1, 5 und 12 gestrichen haben wollen. § 1 ist Altenburger Land, § 5 ist Arnstadt und Wachsenburggemeinde, Ichtershausen und § 12 ist Immelborn, Barchfeld, Bad Salzungen. Dazu habe ich bereits gesprochen. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Vizepräsidentin Hitzing:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kuschel. Nur noch einmal, um ganz sicher zu gehen, wir reden von der Drucksache 5/5252, die Sie jetzt zurückgezogen haben.

(Zuruf Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE: Ja.)

Ja, danke. Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Bergemann für die Fraktion der CDU.

Abgeordneter Bergemann, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kuschel, ich finde das schon ein starkes Stück, was Sie hier losgelassen haben. In Ihrer Zeit als IM konnten Sie sicher Menschen beleidigen und demütigen, aber hier einen Wettbewerb zu niederer Intelligenz aufzurufen, ich finde das eine Unverschämtheit gegenüber einem Kollegen aus dem Parlament, das gehört sich nicht. Da hätte ich mir durchaus gewünscht, dass auch die Präsidentin das mal bemerkt, das gehört sich nicht.

(Beifall CDU, SPD, FDP)

Man kann zu einer Sache in der Debatte ordentlich diskutieren, aber so muss man Menschen nicht behandeln.

Warum ich noch mal vorgehe, hat den Grund, dass Sie gesagt haben, Sie sprechen der Verwaltung von Immelborn-Barchfeld die Leistungsfähigkeit ab. Da muss ich sie enttäuschen. Offensichtlich kennen Sie das Gebiet dort recht gut - eigentlich - und Sie haben sich ein bisschen zurückgezogen, aber haben ja jahrelang dort gewirkt. Eine Gemeinde Barchfeld-Immelborn und ein Bürgermeister Franz Römhild (SPD), der aus Gesundheitsgründen abtreten musste und nicht wieder kandidieren konnte, jetzt unter einem Bürgermeister Ralf Groß (CDU) -

eine top dastehende Gemeinde, gewerbemäßig sehr gut dastehend, gute Bevölkerungsentwicklung, gute Infrastruktur, wo sich Menschen zusammengefunden haben, wo beide einheitliche Beschlüsse gefasst haben, Bürgerwille da ist. Sie haben recht, dass die etwas untermäßig sind mit unter 5.000, aber mit einer guten Tendenz. So einer Gemeinde es zu verwehren, dass sie zusammengehen, die schon über viele Jahre gemeinsam in einer Verwaltungsgemeinschaft gearbeitet haben, ohne Bad Salzungen hervorragend aufgestellt sind. Jetzt über den Weg den Status der Kreisstadt zu stärken, möglicherweise irgendwann mal mit einer Diskussion zu Eisenach - das haben Sie ja im Hinterkopf -, um möglicherweise den Kreissitz dort halten zu wollen, das halte ich für nicht fair. Das haben die Menschen, die Bürger dort nicht verdient, dass Sie dieser leistungsstarken Gemeinde sagen, nein, das geht nicht, weil wir wollen die Strukturveränderung haben, damit Sie nach Bad Salzungen gehen können. Das halte ich für unredlich. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Hitzing:

Danke, Herr Abgeordneter Bergemann. Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Lehmann. Für die CDU ist insgesamt noch eine Redezeit von 2:30.

Abgeordnete Lehmann, CDU:

Gut, da muss ich mich beeilen. Sehr geehrte Damen und Herren, werte Gäste, vor allem sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Bolte, sehr geehrter Herr Siegmund aus Kammerforst, ich habe mich hier gemeldet, um meine Meinung als Abgeordnete zu diesem Gesetz kundzutun. Grundsätzlich - das wissen hier auch alle - bin ich für das Institut der Landgemeinde und freue mich über alle, die sich bisher auf den Weg gemacht haben, Landgemeinden gegründet haben. Das gilt genauso für die neue Landgemeinde Vogtei, die mit diesem Gesetz beschlossen werden soll. Wir als CDU-Fraktion haben das damals entwickelt und auch in die Thüringer Kommunalordnung hineingeschrieben.

Insofern könnte ich dem Gesetz eigentlich zustimmen. Dies kann ich aber nicht, weil es den § 10 Abs. 5 gibt, in dem für die Gemeinden Kammerforst und Oppershausen geregelt werden soll, dass sie - entgegen ihren Gemeinderatsbeschlüssen und entgegen dem Willen der Mehrheit der Bürger - von der neuen Landgemeinde erfüllt werden sollen. Damit bin ich nicht einverstanden. Insofern müsste ich den Gesetzentwurf ablehnen. Da ich aber alle anderen Landgemeinden, die sich hier auf den Weg machen, nicht behindern möchte, werde ich mich also enthalten. So viel vielleicht vorweg.

Mir ist es wichtig, dass der Bürgerwille und die Bürgerbeteiligung auch anerkannt werden und hier

(Abg. Lehmann)

auch in die Gesetze einfließen sollen. Wir alle reden so oft von Politikverdrossenheit und davon, dass die Bürger sich beteiligen sollen. Es gab 412 Stellungnahmen im Rahmen des Anhörungsverfahrens zu dieser Problematik, 275 waren dagegen. Es gibt eindeutige Gemeinderatsbeschlüsse und es gibt sogar Gemeinderatsbeschlüsse der drei Mitgliedsgemeinden der neuen Landgemeinde Vogtei, dass man Kammerforst und Oppershausen nur erfüllen möchte, wenn die beiden das auch wollen. Auch das wollen sie nicht, sondern sie möchten zur Verwaltungsgemeinschaft Unstrut-Hainich. Diese Verwaltungsgemeinschaft hat sieben Mitgliedsgemeinden, die gleichlautende Beschlüsse gefasst haben, die beiden aufnehmen zu wollen. Auf die finanziellen Auswirkungen will ich jetzt nicht eingehen, aber eines können Sie gewiss sein. Für Kammerforst und Oppershausen wird die hier im Gesetz vorgesehene Regelung mit Sicherheit teurer als alles andere gekommen wäre. Dass hier die Meinung der Kommunalaufsicht des Unstrut-Hainich-Kreises zum Gesetz wird, das finde ich unmöglich, muss ich ehrlich sagen und das kann ich nicht teilen. Ich finde, dass hier eine falsche Entscheidung getroffen wird und möchte mich, wie gesagt, als Wahlkreisabgeordnete dazu dann enthalten.

Vizepräsidentin Hitzing:

Danke, Frau Abgeordnete Lehmann. Die Redezeit für die Fraktion der CDU wäre damit gänzlich ausgeschöpft. Es hat jetzt das Wort Herr Abgeordneter Meyer für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Sie haben noch 3:10 Minuten.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will zwei Argumente noch einmal nennen und damit noch meine Entscheidung begründen, wie ich gedenke hier abzustimmen. Das Erste ist, dass ich es sehr richtig finde, und das finden wir als Fraktion grundsätzlich, wenn Bürger gemeinsam entscheiden dürfen. Die Freiwilligkeit in diesem Bereich ist nach meiner festen Überzeugung aber nicht die Freiwilligkeit gewesen, alles tun zu können,

(Beifall SPD)

sondern ist, es freiwillig tun zu können und nicht von der Landesregierung gezwungen zu werden. Das müssen wir nicht gut finden, wir halten es für Rückzugsgefechte der CDU in einem Spiel, das Sie längst verloren haben, weil Sie wissen, dass solch eine große Lösung kommen muss, wir brauchen eine Kreisgebietsreform, die dann

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

auch mit klaren Vorgaben vonseiten des Landes arbeitet. Sie machen alles hier falsch, wenn Sie das nicht tun, Sie können kein Landesentwicklungsprogramm machen und keine Gebietsreform dazu denken, Sie können keine Solidarität einfordern in Zeiten knapper Kassen im Kommunalen Finanzausgleich und keine Gebietsreform machen. Das wissen Sie auch. Ich kann es nicht ändern, Sie stehen heute hier und müssen dieses tun wie Sie es tun.

(Beifall SPD)

Vernünftig wäre es, wenn wir wenigstens dieses Gesetz im Einzelnen abstimmen würden,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn Sie haben gehört, Sie zwingen sogar einzelne Abgeordnete Ihrer Fraktion dazu, sich zu enthalten, weil sie es in bestimmten Bereichen nicht mit Ihrem Gewissen vereinbaren können, was sie dort an - entschuldigen Sie bitte - nicht guter Entwicklung machen.

Die Freiwilligkeit hat da ihre Grenzen, wo man nicht nur für sich selbst, sondern auch für andere Solidarität üben muss und es nicht tut.

(Beifall DIE LINKE)

Die Solidarität zu üben, um große Mittelzentren zu stärken, ist für alle in der ganzen Region vernünftig. Dafür machen Sie Landespolitik hier. Wenn Sie das negieren und dafür sorgen, dass beispielsweise die Einnahmemöglichkeiten im Kommunalen Finanzausgleich für eine Stadt wie Bad Salzungen, wie Altenburg, Mühlhausen oder Hildburghausen nicht verbessert werden können, nur weil sie es sich nicht trauen, dieser Absicht der Vorortgemeinden keinen Riegel vorzuschieben, dann machen Sie einen schweren Fehler meiner Ansicht nach.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil das so ist und weil ich nicht nur Demokrat bin, sondern auch Demokrat bin, der Regionalplanung richtig findet, weil ich glaube, dass sie der demokratischen Legitimation aller Bürgerinnen und Bürger in diesem Land dient, wenn wir dafür sorgen, gerade auch bei zurückgehenden Bevölkerungszahlen gerade auch in diesen Gebieten, über die wir gerade gesprochen haben. Selbst der Landkreis Weimarer-Land wird in den nächsten Jahren 20 Prozent seiner Einwohnerschaft verlieren, obwohl er an den großen Zentren liegt. Sie wissen genau, wie die Situation in den Landkreisen ist, über die wir gerade sprechen. Aus diesem Grund werde ich mich nicht nur enthalten, sondern gegen dieses Gesetz stimmen. Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Hitzing:

Danke, Herr Abgeordneter Meyer. Es liegt mir jetzt aus den Reihen der Abgeordneten keine Redemel-

(Vizepräsidentin Hitzing)

dung mehr vor und das Wort hat jetzt der Herr Innenminister.

Geibert, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten, der Landtag behandelt heute in zweiter Beratung den Entwurf des Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2012. Wie in den vergangenen Jahren gab eine Vielzahl von Gemeinden freiwillig mit ihren übereinstimmenden Anträgen den Anstoß zu den vorgeschlagenen kommunalen Neugliederungsmaßnahmen. Von den beantragten Strukturänderungen sind im Rahmen des Neugliederungsgesetzes 2012 insgesamt 56 Gemeinden betroffen. Die Anträge zeigen deutlich die Bereitschaft der kommunalen Seite, die Möglichkeiten zur Steigerung der Leistungs- und Verwaltungskraft im Hinblick auf die gegenwärtigen und sich für die Zukunft abzeichnenden Herausforderungen effektiv zu nutzen. Es gibt durchaus weitere Gemeinden, die diese Bereitschaft bekundet haben.

Mit Blick auf den gestern vorgelegten Änderungsantrag der FDP-Fraktion bin ich im Übrigen guter Dinge, dass auch dort aufgeführte Vorhaben ihren Weg ins Gesetzgebungsvorhaben finden werden. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren von der FDP, würde dieses Hohe Haus heute Ihrem Antrag folgen, dann müsste sich der Gesetzgeber entscheiden, ob er den betroffenen Kommunen 1,3 Mio. € Fördermittel entziehen will oder parlamentarisch Anhörungsgrundsätze verletzen möchte.

(Beifall CDU)

Davon kann ich nur dringend abraten. Mit dem Stichwort Anhörung bin ich wieder bei dem heute zu beratenden Regelungsentwurf. Entsprechend dem Beschluss des Innenausschusses vom 20. Juli 2012 wurde zum Gesetzentwurf der Landesregierung ein schriftliches Anhörungsverfahren durchgeführt. Der Innenausschuss hatte beschlossen, das Verfahren auf der Grundlage der Formulierungsvorschläge des Innenministeriums durchzuführen. Die Anhörung der beteiligten kreisangehörigen Gemeinden, der Einwohner und der Verwaltungsgemeinschaften erfolgte durch die jeweils zuständigen kommunalen Aufsichtsbehörden der Landratsämter. Die Anhörung der kreisfreien Stadt Suhl erfolgte durch das Thüringer Landesverwaltungsamt. Die Landesregierung hat dem Landtag die Zusammenfassung der Ergebnisse der schriftlichen Anhörung zum vorliegenden Gesetzentwurf in Form eines Berichtes einschließlich der zugehörigen Stellungnahmen zugeleitet. Die Auswertung beruhte dabei ebenfalls auf den Meldungen der Kommunalaufsichtsbehörden. Das Anhörungsverfahren hat im Ergebnis die von den Kommunen im Rahmen der Freiwilligkeitsphase beantragten und von der Lan-

desregierung vorgeschlagenen Änderungen kommunaler Verwaltungsstrukturen bestätigt. Zu dem Gesetzentwurf in Drucksache 5/4714 sind im Innenministerium insgesamt 3.197 Stellungnahmen eingegangen. Die Einzelheiten der Ergebnisse des Anhörungsverfahrens wurden bereits im Innenausschuss des Thüringer Landtags behandelt. 3.197 Stellungnahmen, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich denke, diese Zahl macht deutlich, mit welch hohem Interesse die Bürgerinnen und Bürger vor Ort sich angesichts der spürbaren Auswirkungen einer jeden Neugliederungsmaßnahme zu Wort melden. Diese Zahl macht einmal mehr deutlich, dass Neugliederungsmaßnahmen den Nerv des kommunalen Zusammenlebens und der örtlichen Gemeinschaft treffen. Das mahnt uns, auch künftig mit der gebotenen Sorgfalt und Ausgewogenheit vorzugehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, für alle 13 im Entwurf des Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden 2012 vorgeschlagenen Neugliederungsmaßnahmen liegen Gründe des öffentlichen Wohls vor. Insoweit, Herr Bergner, sind wir bei dem entscheidenden Stichwort, das Sie eben eingeführt haben, die Gründe des öffentlichen Wohls. Das ist gerade ein unbestimmter Rechtsbegriff, der eine Vielzahl von Gesichtspunkten umfassen kann. Es stellt gerade kein statisches Verfahren dar, um den Verhältnissen vor Ort bestmöglich gerecht werden zu können, was mit dem vorliegenden Entwurf geschieht.

(Beifall CDU)

Ziel dieser freiwilligen Maßnahmen ist es, eigenständige und handlungsfähige Selbstverwaltungskörperschaften zu schaffen, die umfassend leistungsfähig sind, denn damit lässt sich den ständig steigenden Anforderungen an die kommunale Aufgabenerfüllung als auch den Erwartungen der Bürger gerecht werden. Und weil aus Sicht der Landesregierung dieses Ziel in den Fällen des Gesetzentwurfs erreicht wird, haben wir diesmal bereits in der Antragsphase mit Fördermitteln die Fusionsbestrebungen angeregt und unterstützt.

Mit diesem Gesetzentwurf sollen insbesondere diese nach § 36 Abs. 4 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes bereits geförderten Neugliederungsanträge gesetzgeberisch umgesetzt werden. Dies betrifft den weit überwiegenden Teil des Gesetzentwurfs, etwa die Erweiterung der Gemeinde Nobitz oder die Erweiterung der Städte Greiz und Zeulenroda-Triebes oder die Neubildung der Gemeinde Kyffhäuserland, um hier nur drei Beispiele zu nennen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, erforderlich sind gemeindliche Verwaltungsstrukturen mit einer ausreichenden Verwaltungskraft, damit die Gemeinden in einer rechtsstaatlichen, zweckmäßigen und hinreichend spezialisiert-

(Minister Geibert)

ten Verwaltung sachgerecht Aufgaben wahrnehmen können. Die heutige Debatte hat aber einmal mehr gezeigt, wie wichtig es ist, die Vorteile von freiwilligen Gemeindegemeinschaften zu betonen. Natürlich müssen die vorhandenen Potenziale der Einzelgemeinden genutzt werden, selbstverständlich geht es um eine Verbesserung der Leistungskraft und auch der Verwaltungskraft der beteiligten Gemeinden. Aber das muss nach wie vor mit Augenmaß erfolgen. Und gerade dann, wenn der Freistaat die kommunalen Gliederungen nicht nur am Reißbrett entwirft, sondern die Entscheidungen des Gesetzgebers auf dem Willen der Bürger vor Ort basieren, dann leistet die Landespolitik einen wichtigen Beitrag für Identifikation und demokratische Legitimation vor Ort. Deshalb sieht die Landesregierung in diesem Gesetzentwurf einen weiteren wichtigen Beitrag zur Verbesserung der bestehenden gemeindlichen Verwaltungsstrukturen auf freiwilliger Basis. Ich bitte um Ihre Unterstützung zu dem Gesetzentwurf und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Hitzing:

Vielen Dank, Herr Minister Geibert. Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Es gibt keinen Wunsch auf Rede. Wir beginnen als Erstes mit der Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP. Hier gab es von der Fraktion der FDP mit der Drucksache 5/5249 den Wunsch, dass I in Zusammenhang mit den §§ 2 und 10 an den Ausschuss zurücküberwiesen wird. Wer sich dem anschließen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen der FDP und DIE LINKE. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen CDU und SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist diese Rücküberweisung nicht angenommen worden.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung des Änderungsantrags der Fraktion der FDP, Punkt II und ... Herr Bergner.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Frau Präsidentin, ich beantrage für unseren Änderungsantrag namentliche Abstimmung.

Vizepräsidentin Hitzing:

Wir reden jetzt vom gesamten Änderungsantrag, gut. Jetzt geht es um die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP in der Drucksache 5/5249. Ich bitte um Bereitstellung der Wahlurnen und die namentliche Abstimmung ist hiermit eröffnet.

Hatte jetzt jeder die Möglichkeit, seinen Stimmzettel abzugeben? Das scheint der Fall zu sein, dann

schließe ich die namentliche Abstimmung und bitte um Auszählung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es liegt mir ein Abstimmungsergebnis vor. Es wurden 82 Stimmen abgegeben, davon gab es 6 Jastimmen, 68 Neinstimmen und 8 Enthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP abgelehnt (namentliche Abstimmung siehe Anlage).

Wir fahren fort in der Abstimmung und kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 5/5255. Wer sich diesem Änderungsantrag anschließt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen aus den Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU. Gegenstimmen? Gegenstimmen kommen aus der Fraktion der FDP und 1 Stimme aus der CDU. Stimmenthaltungen? Sehe ich nicht und damit ist dieser Änderungsantrag angenommen worden.

Der Herr Abgeordnete Günther bittet um das Wort für eine persönliche Erklärung.

Abgeordneter Günther, CDU:

Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mein Abstimmungsverhalten begründen. Erst einmal freue ich mich, dass ich hier sein kann.

(Beifall im Hause)

Da danke ich allen demokratischen Kräften von vor 20 Jahren, insbesondere Helmut Kohl, die mir das Ticket nach Hannover ausgestellt haben, sonst wäre ich nämlich nicht mehr da.

(Beifall CDU)

Nun zur Abstimmung. Herr Kollege Adams hat hier gesprochen von einem Schnellschuss und von Abstimmung auf Zuruf. Herr Kollege Kuschel sprach von mangelnder Bürgerbeteiligung. Sie müssen entschuldigen, ich bin noch nicht ganz dicht, aber bei mir geht das wieder weg.

(Beifall CDU)

Da kann ich Ihnen nur sagen, wenn sich 1.726 Königseer Bürger an dieser Anhörung beteiligen, hat der Innenausschuss sehr wohlüberlegt eine Beschlussempfehlung abgegeben. Für diese 1.726 Bürger stehe ich hier. Gerade Sie sind doch für breite Bürgerbeteiligung, deswegen verstehe ich Ihren Antrag überhaupt nicht. Die Bürger von Rottenbach waren eingeladen, sich an dieser Bürgerbefragung zu beteiligen. Deren Bürgermeister aber hat das abgelehnt. Den Pfosten wird ja hoffentlich keiner wieder wählen. Ich kann nur sagen, wenn wir in Zukunft mehr politische Beteiligung wollen und wieder mehr Akzeptanz haben wollen, müssen wir solche Einwände ernst nehmen und eben nicht, Herr Adams, auf Anruf eines Bürgermeisters, welcher

(Abg. Günther)

mit Halbwahrheiten gespickt ist, reagieren und dann kluge Entschlüsse wieder umwerfen. Eines noch zum Schluss: Liebe Freunde, ich habe die Welt von einer anderen Seite gesehen. Ich sage Ihnen, so lange, wie ich hier bin, wird für mich Politik sein, immer wieder das Wort zu nehmen und Politik - jetzt ist sie nicht da, die Kollegin mit den roten Schuhchen - besteht für mich nicht aus Deals, sondern aus klarem Wettbewerb. Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall CDU, SPD, FDP)

Vizepräsidentin Hitzing:

Danke, Herr Abgeordneter Günther. Wir fahren fort in der Abstimmung und kommen jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/5257 und wir haben einen Geschäftsordnungsantrag von Herrn Abgeordneten Blechschmidt.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin, namens meiner Fraktion beantrage ich Einzelabstimmung der Punkte 1, 2 und 3.

Vizepräsidentin Hitzing:

Dann machen wir das so. Wir haben den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksache 5/5257. Es ist beantragt worden getrennte Abstimmung der Punkte 1, 2 und 3. Ich sehe keinen Widerspruch. Dann tun wir das so.

Wir beginnen mit dem Punkt 1. Wer sich dem Punkt 1 anschließen kann, der da lautet „Der § 1 wird gestrichen.“, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE, Teile der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Danke. Gegenstimmen? Kommen aus den Fraktionen CDU und SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen aus den Fraktionen FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Mehrheitlich ist der Punkt 1 abgelehnt.

Punkt 2, der da lautet „§ 5 wird gestrichen.“ Wer sich dem anschließen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Diese Stimmen kommen aus den Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 2 Stimmen aus der SPD. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen SPD und CDU. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen aus den Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist das auch mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt haben wir noch den dritten Teil, das ist der Wortlaut „Der § 12 wird gestrichen“. Wer sich dem anschließt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind Stimmen aus den Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 2 Stimmen aus der

SPD. Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen der CDU und SPD. Stimmenthaltungen? Das sind Stimmen aus den Fraktionen der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Vielen Dank. Damit ist auch der dritte Teil abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Innenausschusses in der Drucksache 5/5236 unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Abstimmung der Änderungsanträge. Wer sich dem anschließt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Das hätten Sie ansagen müssen.)

Herr Mohring, ist das eine Wortmeldung?

Ja, es gab da kleine Ungereimtheiten. Jetzt gibt es einen Geschäftsordnungsantrag, Herr Adams.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: In der Abstimmung gibt es keinen Geschäftsordnungsantrag.)

(Unruhe CDU)

Also, wir waren bereits in der Abstimmung, Herr Adams.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, Sie hatten aufgerufen und ich hatte mich sofort gemeldet.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Im Leben nicht.)

Vizepräsidentin Hitzing:

Herr Adams, das habe ich so nicht gesehen, aber wenn das so ist und das bestätigt wird, dann bitte.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielleicht löst sich das auch sofort. Ich hatte in meiner Rede beantragt, dass die §§ 1 bis 13 ...

Vizepräsidentin Hitzing:

Das haben wir besprochen.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Gut. Das wird dann im nächsten Schritt gemacht?

Vizepräsidentin Hitzing:

So ist das. Das hat Ihre parlamentarische Geschäftsführerin vorhin mit mir besprochen.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Dann danke ich Ihnen, dass Sie mich kurz angehört haben. Vielen Dank.

Vizepräsidentin Hitzing:

Wir stimmen jetzt über die Beschlussempfehlung ab. Wer sich der anschließen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Nein, wir stimmen über die geänderte Beschlussempfehlung ab.)

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Mohring, das sagte ich bereits beim ersten Mal. Dann gab es die Irritation. Jetzt lese ich es Ihnen noch mal vor. Wir stimmen ab über die Beschlussempfehlung des Innenausschusses in der Drucksache 5/5236 unter der Berücksichtigung der Ergebnisse der Abstimmung der Änderungsanträge.

Verehrter Herr Abgeordneter, das sagte ich vorhin auch.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Da hat der Kollege drüben gesprochen.)

Gut, wenn wir uns jetzt darüber einig sind, worüber wir abstimmen, dann frage ich Sie jetzt: Wer sich dem anschließen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen der CDU und der SPD. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus der Fraktion DIE LINKE, 2 Stimmen aus der Fraktion der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen aus den Fraktionen der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Teilen der Fraktion DIE LINKE. Damit ist die Beschlussempfehlung mehrheitlich angenommen.

Jetzt kommen wir, Herr Adams, zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Drucksache 5/4714 in zweiter Beratung unter der Berücksichtigung des Ergebnisses der Abstimmung über die Beschlussempfehlung, die wir eben gerade durchgeführt haben. Da hat Herr Abgeordneter Adams getrennte Abstimmung über die einzelnen Artikel beantragt. Herr Adams, gehe ich recht in der Annahme, dass Sie bis § 13 meinen?

(Zuruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Richtig.)

Okay. Dann fangen wir jetzt damit an.

(Unruhe CDU)

Gibt es Widerspruch?

(Zuruf Abg. Heym, CDU: Ja, es gibt Widerspruch.)

Es gibt Widerspruch. Dann stimmt der Landtag ab, weil es ein Gesetzentwurf ist. Wer sich dem Widerspruch anschließt, also nicht getrennt abzustim-

men, der muss bitte jetzt seine Hand heben. Das sind die Stimmen der CDU und der SPD. Wer für die getrennte Abstimmung ist, der hebt jetzt seine Hand. Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP und zwei Stimmen aus der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? Die gibt es nicht. Damit ist die getrennte Abstimmung mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt stimmen wir über den Gesetzentwurf in Gänze ab, der die Drucksachennummer 5/4714 trägt, es geht hier um die zweite Beratung. Wer sich dem Gesetzentwurf anschließen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen der CDU und der SPD. Gibt es Gegenstimmen? Die kommen aus den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und Teile der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? Die kommen aus den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und der FDP und 1 Stimme aus der CDU. Damit ist der Gesetzentwurf angenommen.

(Beifall CDU)

Da der Gesetzentwurf angenommen wurde, kommen wir jetzt zur Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf. Wer dem Gesetzentwurf so zustimmt, den bitte ich jetzt, sich von den Plätzen zu erheben. Vielen Dank. Die Gegenstimmen erheben sich bitte jetzt von Ihren Plätzen. Vielen Dank. Und die Stimmenthaltungen bitte jetzt. Danke. Damit ist der Gesetzentwurf angenommen.

(Beifall CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich den Tagesordnungspunkt schließe, möchte Frau Abgeordnete Doht eine persönliche Erklärung abgeben zu ihrem Stimmverhalten und anschließend Frau Abgeordnete Mühlbauer. Bitte, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Doht, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich habe aus zwei Gründen gegen diesen Gesetzentwurf gestimmt. Zum einen habe ich dagegen gestimmt, weil ich die Auffassung des Gemeinde- und Städtebunds teile, dass freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden ohne flankierende Leitlinien durch das Land verfassungsrechtlich bedenklich sind.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Zweiten habe ich dagegen gestimmt, weil nach meiner Auffassung die Zusammenschlüsse in den §§ 1, 5 und 12 gegen das Gemeinwohl verstoßen. Willkürliche Zusammenschlüsse nach dem Motto reiche Kommunen gegen arme Kommunen, das Umland gegen die Städte, die kleinen Kommunen gegen die zentralen Orte führen nicht zu tragfähigen Strukturen. Sie stehen den Zielen der Landesplanung - und wir haben gerade gestern das

(Abg. Doht)

Landesplanungsgesetz beschlossen - diametral entgegen. Die Sicherung der Daseinsvorsorge und die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen werden damit letztendlich unmöglich gemacht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Hitzing:

Danke, Frau Abgeordnete Doht. Ich bitte jetzt Frau Abgeordnete Mühlbauer.

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Sehr geehrte Damen und Herren auf den Zuschauerbänken, Werte Kollegen, ich habe gegen das Gesetz gestimmt, weil ich hier eindeutig darauf aufmerksam machen will, dass wir in der Verantwortung und in der Pflicht sind. Ich bin hier als Abgeordnete des Freistaats Thüringen, habe auf die Verfassung geschworen und trete hier auch für die Verfassung ein.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Wir auch.)

Wir haben in dieser Verfassung stehen, dass wir gleiche Lebensbedingungen in Thüringen verwirklichen wollen. Wo sind die gleichen Lebensbedingungen, wenn die Stadt Plaue aus der VG nicht entlassen werden kann und wir hier überhaupt nichts regeln.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich fordere Sie heute eindringlich auf, wir sind in der Pflicht, wir müssen hier handeln, wir müssen hier reagieren, so kann es nicht mehr weitergehen. Ich bitte, verwirklichen Sie die gute Politik, die wir hier fraktionsübergreifend machen von der Landesplanung bis hin auch zum Haushalt. Wir wollen interkommunale Zusammenarbeit haben. Lassen Sie uns unsere Zentren stärken, unsere zentralen Orte, nur dann kommen wir gemeinsam in dieser Region weiter. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Hitzing:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Mühlbauer. Ich schließe an dieser Stelle den Tagesordnungspunkt 5.

Ich rufe entsprechend der Vorabstimmungen den **Tagesordnungspunkt 10** auf

Europapolitische Strategie der Landesregierung - Thüringen in Europa stärken hier: Nummern 2 und 3

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

- [Drucksache 5/3295 - Neufassung](#) -

dazu: Beschlussempfehlung des Europaausschusses

- [Drucksache 5/5225](#) -

dazu: Bericht des Europaausschusses

- [Drucksache 5/5224](#) -

dazu: Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD

- [Drucksache 5/5229](#) -

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubitzki aus dem Europaausschuss zur Berichterstattung.

Abgeordneter Kubitzki, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, auf Beschluss des Europaausschusses gebe ich Ihnen den Bericht des Ausschusses. Die Landesregierung hat dem Landtag das Dokument „Europapolitische Strategie der Thüringer Landesregierung“ im Rahmen einer Unterrichtung in Angelegenheiten der Europäischen Union übermittelt. Gemäß § 54 a Abs. 1 der Geschäftsordnung wurde das Dokument an den Europaausschuss federführend sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss, an den Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz, an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit, an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur, an den Innenausschuss, an den Ausschuss für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, an den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit, an den Justiz- und Verfassungsausschuss sowie an den Gleichstellungsausschuss zur Mitberatung überwiesen. Die Fraktionen der CDU und SPD haben gemäß § 54 a Abs. 1 Satz 5 der Geschäftsordnung beantragt, die Unterrichtung der Landesregierung im Plenum zu beraten. Die Mitberatung im Sinne von § 54 a Abs. 1 Geschäftsordnung in den oben genannten Ausschuss-Sitzungen entfiel damit. Die Beratung erfolgte in der 67. Plenarsitzung am 13. Oktober 2011. Es wurde beschlossen, die Beratung zum Sofortbericht der Landesregierung im Europaausschuss fortzusetzen sowie die Nummer 3 des oben genannten Antrags an den Europaausschuss zu überweisen.

Der Europaausschuss hat die Nummern 2 und 3 des Antrags in seiner 4. Sitzung am 11. November 2011 erstmalig beraten und beschlossen, bezüglich der Nummer 2 des Antrags den Haushalts- und Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit, den Innenausschuss, den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur, den Justiz- und Verfassungsausschuss, den Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz, den Ausschuss für Bau, Landesentwick-

(Abg. Kubitzki)

lung und Verkehr, den Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit, den Gleichstellungsausschuss und den Petitionsausschuss um Mitberatung zu ersuchen. Der Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit hat die Nummer 2 des Antrags in seiner 26. Sitzung am 6. Dezember 2011, der Gleichstellungsausschuss in seiner 19. Sitzung am 7. Dezember 2011, der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur in seiner 30. Sitzung am 8. Dezember 2011 und der Innenausschuss in seiner 35. Sitzung am 9. Dezember 2011 beraten und dem Europaausschuss jeweils empfohlen, nach Abschluss seiner Beratung dem Landtag einen Bericht im Sinne des § 86 Abs. 6 der Geschäftsordnung zu erstatten. Der Justiz- und Verfassungsausschuss hat die Nummer 2 des Antrags in seiner 35. Sitzung am 7. Dezember 2011 und der Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit in seiner 27. Sitzung am 19. Januar 2012 beraten und dem Europaausschuss jeweils empfohlen, die Vorlage für erledigt zu erklären.

Der Ausschuss für Bau, Landesentwicklung und Verkehr hat die Nummer 2 des Antrags in seiner 25. Sitzung am 7. Dezember 2011 beraten und dem Europaausschuss folgende Stellungnahme abgegeben: Der Ausschuss für Bau, Landesentwicklung und Verkehr teilt die in den Abschnitten „Europäische Kohäsionspolitik“ und „Europäische Verkehrspolitik“ formulierten Bewertungen und unterstützt die Landesregierung in ihren diesbezüglich gesehenen Handlungserfordernissen.

Der Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz hat die Nummer 2 des Antrags in seiner 32. Sitzung am 9. Dezember 2011 beraten und dem Europaausschuss folgende Stellungnahme abgegeben: Der Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz teilt die im Rahmen der europapolitischen Strategie der Thüringer Landesregierung 2011 formulierten Bewertungen und unterstützt die Landesregierung in ihren diesbezüglich gesehenen Handlungserfordernissen sowie bei der Umsetzung der jeweiligen Zielvorstellungen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat die Nummer 2 des Antrags in seiner 42. Sitzung am 8. Dezember 2011 und seiner 43. Sitzung am 19. Januar 2012 beraten und folgenden Beschluss gefasst: Der Haushalts- und Finanzausschuss teilt die in den Abschnitten „EU-Haushalt“, „Europäische Kohäsionspolitik“, „Gemeinsame Agrarpolitik“ formulierten Bewertungen und unterstützt die Landesregierung in ihren diesbezüglich gesehenen Handlungserfordernissen.

Der Petitionsausschuss hat den Bericht der Landesregierung in seiner 27. Sitzung am 29. Januar 2012 beraten und zur Kenntnis genommen.

Der Europaausschuss hat die Nummer 2 des Antrags weiterhin in seiner 6. Sitzung am 20. Januar

2012, in seiner 8. Sitzung am 16. März 2012, in seiner 9. Sitzung am 27. April 2012, in seiner 10. Sitzung am 25. Mai 2012, in seiner 13. Sitzung am 14. September 2012, in seiner 14. Sitzung am 12. Oktober 2012 sowie in seiner 15. Sitzung am 16. November 2012 beraten und beschlossen, dem Landtag einen schriftlichen Bericht im Sinne des § 86 Abs. 6 Satz 1 in Verbindung mit § 77 Abs. 3 der Geschäftsordnung zu erstatten.

Der Europaausschuss hat die Nummer 3 des Antrags in seiner 4. Sitzung am 11. November 2011, in seiner 13. Sitzung am 14. September 2012, in seiner 14. Sitzung am 12. Oktober 2012 sowie in seiner 15. Sitzung am 16. November 2012 beraten.

Im Rahmen der Beratungen des Europaausschusses zu Nummer 2 des Antrags wurde insbesondere deutlich, wie wichtig es ist, sowohl im Thüringer Landtag als auch innerhalb der Landesregierung das Bewusstsein für die Bedeutung von EU-Angelegenheiten in allen Bereichen der Landesverwaltung zu schärfen.

In acht Sitzungen des Europaausschusses wurden folgende Themen beraten: Zum Thema „Europäische Rahmenbedingungen“ befasste sich der Ausschuss unter anderem mit der Notwendigkeit einer stärkeren europäischen und internationalen Ausrichtung Thüringens, die von der Wirtschaftsförderung in einem globalen Wettbewerb über Kooperationsprojekte von Hochschulen und Schulen bis zu den Fremdsprachenkenntnissen jedes Einzelnen reicht und nicht zuletzt auch Weltoffenheit und Toleranz in Thüringen fördert. Die Landesregierung erläuterte die von ihr auf diesem Gebiet ergriffenen Maßnahmen im Bereich der europäischen Fortbildung, der Ausbildung im öffentlichen Dienst sowie der beruflichen Mobilität von Landesbediensteten. Als wichtiges Element der internationalen Ausrichtung Thüringens wurden die Partnerschaften des Landes mit Malopolska, der Picardie und Ungarn thematisiert.

Der Europaausschuss vertrat die Ansicht, dass in allen Fraktionen eine Sensibilisierung für europäische Themen erforderlich sei, da die Europapolitik in alle Fachbereiche hineinspiele. Es müsse vermieden werden, dass die Europapolitik im Landtag allein Aufgabe des Europaausschusses sei und im Übrigen unberücksichtigt bliebe.

Beim Thema „Europa vermitteln“ wurde deutlich, dass es in Zeiten der Euroschuldenkrise schwierig ist, Europa zu vermitteln, weil viele positive Nachrichten von negativen Schlagzeilen überdeckt werden. Zur Vermittlung von Europa gehöre es, Kenntnisse über die Geschichte und Funktionsweise der EU zu vermitteln, um Vorurteilen und Missverständnissen entgegenzuwirken. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass die Rolle der nationalen Politik manchmal kritisch zu betrachten sei, da sie hin und wieder dazu neige, Erfolge für sich zu reklamieren

(Abg. Kubitzki)

und Misserfolge der Europäischen Union zuzuschreiben. Wichtig sei es, eine grundsätzlich positive Stimmung zur EU als Werte-, Rechts-, Sozial- und Wirtschaftsgemeinschaft zu erzeugen.

Die Landesregierung wies darauf hin, dass sie mit dem europäischen Informationszentrum in der Staatskanzlei über ein attraktives Informationsangebot für Bürgerinnen und Bürger verfüge. Die Angliederung an die Staatskanzlei als Europaministerium habe sich bewährt. Auch die Veranstaltung „Jugend in Bewegung - auf nach Europa“ am 5. Juli 2012, an der sich alle Fraktionen beteiligt haben, wurde thematisiert. Studenten und Auszubildende konnten im Rahmen der Veranstaltung die Möglichkeiten und Vorteile für einen Auslandsaufenthalt kennenlernen. Im Rahmen der Diskussion zum EU-Haushalt wurde verdeutlicht, dass der sogenannte mehrjährige Finanzrahmen die Weichen dafür stellt, in welcher Höhe zukünftig Mittel beispielsweise für die europäische Strukturpolitik, die Agrarpolitik sowie Forschung und Innovation in Thüringen zur Verfügung stehen.

Erklärtes Ziel der europäischen Institutionen sei es, den mehrjährigen Finanzrahmen bis Ende 2012 zu verabschieden. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen weiterhin der Gesamtrahmen des mehrjährigen Finanzrahmens und der Vorschlag der Kommission, ein neues Eigenmittelsystem einzuführen. Die Landesregierung erläuterte, dass sich an den Verhandlungen zur Kohäsionspolitik zeige, dass die Frage des Gesamtrahmens zunehmend für die Länder bedeutsam werde.

In diesem Zusammenhang wurde insbesondere die Forderung der ostdeutschen Länder nach einem Sicherheitsnetz diskutiert. Es wurde deutlich, dass die zu erwartende Höhe der Fördermittel im Zeitraum 2014 bis 2020 noch offen sei. Gegenwärtig wird noch über eine Mittelausstattung in Höhe von 55 Prozent bis zu zwei Dritteln der im Zeitraum 2007 bis 2013 erfolgten Mittel diskutiert. Dies würde entsprechende Einbußen für Thüringen zur Folge haben.

Der Ausschuss diskutierte die Frage der Einführung einer EU-Finanztransaktionssteuer sowie einer EU-Mehrwertsteuer, während die Verwendung von Mitteln aus einer neu einzuführenden EU-Finanztransaktionssteuer auf Ebene der Europaministerkonferenz kontrovers diskutiert werde, werde die Einführung einer EU-Mehrwertsteuer einhellig abgelehnt, erläuterte die Landesregierung. Das Europäische Parlament beabsichtigt dagegen offensichtlich, seine Forderungen nach einer eigenen EU-Einnahmequelle mit großem Nachdruck durchzusetzen. Das EP habe bereits mit einem Leerlaufen der Verhandlung gedroht, sollten bezüglich der Eigenmittel keine Standpunktänderungen eintreten.

Im Rahmen der Debatte zu diesem Punkt positionierten sich die Ausschussmitglieder positiv zu ei-

ner EU-Finanztransaktionssteuer. Die Einführung einer EU-Mehrwertsteuer wurde von den Ausschussmitgliedern ablehnend bewertet. Grundlage der Länderarbeit zu mehrjährigen Finanzrahmen sei die entsprechende Stellungnahme des Bundesrates, so die Landesregierung. Darin werde unter anderem die Absicht der Kommission begrüßt, den mehrjährigen Finanzrahmen auf die Verwirklichung der Europa-20-Strategie auszurichten. Die Landesregierung begrüßte die Verpflichtung zur Erstellung der sogenannten nationalen Reformprogramme. Das Vorhaben der Kommission, die Zahlung von Fördergeldern an die Erfüllung makro-ökonomischer Kriterien und politischer Verpflichtungen zu knüpfen, werde von der Landesregierung jedoch abgelehnt. Man erlebe gerade Kohäsionspolitik, welche Probleme sich daraus ergeben würden.

Thüringen wird sich im Rahmen der Verhandlungen dafür einsetzen, dass die Auswahl der politischen Instrumente und die eigene Prioritätensetzung der Region vorbehalten bleibt, damit man über die nötige Flexibilität verfügt, auf regionale Bedürfnisse entsprechend zu reagieren. Die Strategie „Europa 2020“ soll zwar den Rahmen bilden, muss aber dennoch Flexibilität ermöglichen.

Der Ausschuss diskutierte ausführlich über die Aufgaben der von der Landesregierung eingesetzten interministeriellen Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Operationellen Programme.

Zum Thema der europäischen Raum, der Freiheit, Sicherheit und des Rechts führte die Landesregierung aus, dass die nationalen Rechtssysteme auf der Basis des Lissabon-Vertrages zur notwendigen Verstärkung der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit jetzt wesentlich effizienter zusammenarbeiten könnten. Im Hinblick auf die polizeiliche Zusammenarbeit verfolgte die EU-Kommission fünf Kernziele, die in den nächsten Jahren als stärkste Herausforderung für die innere Sicherheit der EU angesehen wurden.

1. der bessere Schutz der Bürger und Unternehmen in Cyberspace;
2. die Schwächung internationaler krimineller Netzwerke;
3. Maßnahmen gegen Terrorismus, Radikalisierung und die Rekrutierung von Terroristen;
4. die Erhöhung der Sicherheit an den Außengrenzen und
5. die Verbesserung der Widerstandsfähigkeit Europas gegen Krisen und Katastrophen.

Thüringen zum Beispiel hat den Aufbau der ungarischen Justiz und den Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit in der Slowakei unterstützt. Auch in anderen Ländern in Osteuropa sei beispielsweise über Praktika Know-how vermittelt worden. Der europäische Aspekt bei der Ausbildung des Justiz-

(Abg. Kubitzki)

personals solle auch in Thüringen verstärkt werden. Durch die Abschaffung der Binnengrenzen habe auch das Thema Grenzkontrollen bzw. Asyl und Einwanderung neue Brisanz erhalten. Der Ausschuss diskutiert in diesem Zusammenhang auch die Umsetzung des Schengener Informationssystems.

Zur europäischen Verkehrspolitik erläuterte die Landesregierung das Weißbuch der Europäischen Kommission, Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum hin zu einem wettbewerbsorientierten und Ressourcen schonenden Verkehrssystem. Dabei seien drei Punkte wesentlich:

1. die Abhängigkeit vom Öl zu reduzieren;
2. das Problem der steigenden Treibhausgasimmission zu lösen und
3. die drohende Überlastung der Verkehrsnetze abzuwenden.

In diesem Zusammenhang diskutierte der Ausschuss insbesondere auch die Frage, wie das Problem wachsender Verkehrsströme einerseits bei der Vorgabe sinkender CO₂-Immissionen andererseits zu lösen sei.

Schließlich erörterte der Europaausschuss in seiner 13. Sitzung am 14. September 2012 die im Hinblick auf die künftige EU-Förderung für Thüringen besonders relevanten Themen der europäischen Kohäsionspolitik sowie der gemeinsamen Agrarpolitik.

Im Rahmen der Erörterung der europäischen Kohäsionspolitik wurde deutlich, dass bei den Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen das sogenannte Sicherheitsnetz und die Höhe der Mittelzuweisung für die aus der Höchstförderung ausscheidenden Regionen noch immer diskutiert werden. In der kohäsionspolitischen sogenannten Verhandlungsbox, auf die sich der Rat für allgemeine Angelegenheiten im Juni geeinigt habe, sei nur immer von einer Höhe von 55 Prozent bis zu zwei Dritteln der bisherigen Zuweisungen die Rede, erläuterte die Landesregierung. Endgültige Entscheidungen werde es erst im Rahmen einer Gesamteinigung über den mehrjährigen Finanzrahmen geben. Im November werde ein europäischer Rat sich ausschließlich mit dem mehrjährigen Finanzrahmen befassen. Von einer Einigung sei frühestens im Frühjahr 2013 auszugehen. Im Ergebnis ist mit erheblichen Mindereinnahmen aus den europäischen Strukturfonds für die nächste Förderperiode zu rechnen. Gleichzeitig kann aber mit einiger Wahrscheinlichkeit mit einer Aufrechterhaltung der 75-prozentigen Kofinanzierungsquote für die neuen Länder gerechnet werden.

Erfreulich seien die Entwicklungen bei den Verhandlungen über die Strukturfondsverordnung auf Ratsebene, berichtete die Landesregierung. Nach Auffassung der Mitgliedstaaten solle stärker zum

Ausdruck kommen, dass die Ausrichtung auf inhaltliche EU-Vorgaben Hand in Hand mit Freiräumen für bedarfsbezogene Entwicklungsstrategien gehen müsse. In den sogenannten Übergangsregionen solle der Mindestanteil der für den ESF vorgesehenen Mittel nicht mehr mit 40 Prozent vorgegeben werden. Sollten die bisherigen Kompromisse Bestand haben, dürften die Regionen mehr Förderungsspielräume erhalten als von der Europäischen Kommission vorgeschlagen worden sei.

Zur landesinternen Vorbereitung der neuen Förderperiode erklärte die Landesregierung, die Bedingungen für die Programmplanung seien schwierig, da inhaltliche und finanzielle Rahmen für die nächste Förderperiode noch nicht feststehen. Gegenwärtig wurden in einer interministeriellen Arbeitsgruppe auf Arbeitsebene die Abstimmungen für diese Eckpunkte vorgenommen. Das Kabinett werde sich voraussichtlich im Oktober damit befassen.

Auch die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik ist in die entscheidende Phase getreten. Der Kommissionsvorschlag umfasst Verordnungsvorschläge über die Direktzahlung an die Landwirte, über die ländliche Entwicklung, über die künftige Ausrichtung des ELER, über die Organisation der europäischen Agrarmärkte und über die Finanzkontrollen in der Agrarpolitik. Die Landesregierung erläuterte, dass im europäischen Gesetzgebungsverfahren gegenwärtig das Europäische Parlament am Zug sei, die Berichterstatter im federführenden sowie den mitberatenden Ausschüssen hätten ihre Berichtsentwürfe vorgestellt. Hierzu seien insgesamt über 7.000 Änderungsanträge eingegangen. Die Abstimmungen in den zuständigen Ausschüssen des Europäischen Parlaments sind für das Jahresende 2012 vorgesehen.

Die amtierende zyprische EU-Ratspräsidentschaft, die vom Europaausschuss in seiner Sitzung am 13. Juli 2012 angehört wurde, agiert nach Angaben der Landesregierung äußerst effizient und wolle die Ratsdokumente noch vor Jahresende 2012 abschließen. Aus Sicht der Thüringer Landesregierung ist mit einem Abschluss jedoch eher in der ersten Jahreshälfte 2013 unter irischer Ratspräsidentschaft zu rechnen. Die irische Ratspräsidentschaft wird vom Europaausschuss voraussichtlich im Februar 2013 angehört werden.

Die Landesregierung erläuterte, die Kommission habe inzwischen einige erfreuliche Kompromisse vorgeschlagen. Agrarumweltmaßnahmen, die bisher im Rahmen der zweiten Säule in Deutschland erbracht worden seien, sollten mit dem geplanten Greening und den Direktzahlungen der ersten Säule an Landwirte gleichgestellt werden. Hoffnungsvoll stimme auch, dass bei den Geldern zur ländlichen Entwicklung künftig private Kofinanzierungen mit hoher Wahrscheinlichkeit möglich sein würden.

(Abg. Kubitzki)

Das sei eine wesentliche Forderung Thüringens gewesen.

Problematisiert wurde im Rahmen der Beratung des Europaausschusses, dass die Kappung der Direktzahlung ab 300.000 € sowie die Degression der Zahlung auf europäischer Ebene noch immer mehrheitsfähig erscheine. Thüringen ist mit seinen Agrargenossenschaften damit eine leidtragende Region. Im Ausschuss bestand Einvernehmen, dass neue bürokratische Hürden und eine weitere Verkomplizierung der Abläufe nicht akzeptabel seien. Inakzeptabel sei auch, dass im Strukturfonds ELER im Gegensatz zu EFRE und ESF bislang kein Sicherheitsnetz für Regionen wie Thüringen vorgesehen sei, die bislang Höchstfördersätze erhalten hätten. Hier besteht die Gefahr, dass ohne Abfederung die Finanzierungssätze auf ein Maß zurückgehen, das den Bestand von Projekten massiv gefährdet.

Die Mitglieder des Europaausschusses waren sich einig, dass die ländlichen Regionen nur dann gestärkt werden können, wenn dort auch Arbeitsplätze geschaffen würden. Die Thüringer Agrarbetriebe aller Größenklassen würden dabei eine bedeutende Rolle spielen. Damit das so bleibe, brauche man auch gerechte Regelungen für die Direktzahlung an Landwirtschaftsbetriebe.

Meine Damen und Herren, im Ergebnis der Beratung zu Nummer 2 des Antrags empfiehlt der Europaausschuss dem Landtag, die Beschlussempfehlung zu Nummer 3 des Antrags in Drucksache 5/3295 - Neufassung - anzunehmen. Die Beschlussempfehlung liegt dem Landtag als Drucksache 5/5225 vor. Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Kubitzki, für die umfangreiche Berichterstattung. Ich eröffne nunmehr die Aussprache. Es liegen Wortmeldungen aus allen Fraktionen vor und als Erster hat das Wort der Abgeordnete Koppe für die FDP-Fraktion.

Abgeordneter Koppe, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen, schon einmal vielen Dank an den Berichterstatter. Ich glaube, der hat jetzt fast alles gegeben, was er noch hatte um diese Uhrzeit, er war schon ...

(Heiterkeit im Hause)

(Zwischenruf Abg. Jung, DIE LINKE: Du hast gesagt, es war eine Ausnahme.)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Das Wort hat jetzt Herr Koppe.

Abgeordneter Koppe, FDP:

Vielen Dank, dann lassen wir das mal so stehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Thüringens Interesse in Europa wahrzunehmen und regionale Interessen zu bündeln, muss der Kompass für eine erfolgreiche Thüringer Europapolitik sein. Insofern ist die Grundlage dazu, zunächst völlig unabhängig vom Inhalt einen möglichst breiten Diskussionsprozess in Gang zu setzen, damit die Landesregierung im Einklang hier mit dem Hohen Haus, dem Thüringer Landtag, die Interessen in Brüssel breit vertreten kann. Ich denke, wir alle können nach knapp einem Jahr sagen, dass es uns allen gemeinsam gelungen ist. Jeder konnte sich entsprechend seines Fachgebiets in die Debatte einbringen. Die europapolitische Strategie der Landesregierung wurde in allen Fachausschüssen intensiv debattiert. Ich denke, dies hat sich auch zum Vorteil aller gelohnt. An dieser Stelle gilt mein Dank nicht zuletzt Kollegen Kubitzki, der als Vorsitzender des Europaausschusses gemeinsam mit der Verwaltung, ich sage es jetzt mal etwas flapsig, mit Geduld und Spucke die Diskussion geleitet und zu dem vorliegenden Ergebnis nicht unwesentlich beigetragen hat. Am Umfang und Inhalt des Berichts können Sie ablesen, wie intensiv sich das Hohe Haus damit beschäftigt hat. An dieser Stelle will ich aber auch mal meinen Fraktionskollegen danken, die mir neben dem Tagesgeschäft mit ihrem fachpolitischen Rat stets zur Seite gestanden haben. Ich will an dieser Stelle nur auf ein paar wenige, für mich zentrale Dinge eingehen. Dass Europa und die europäischen Institutionen wichtig sind, zeigt die Tatsache, dass mittlerweile rund 80 Prozent unserer Gesetze und Vorschriften aus Brüssel kommen. Dass wir uns selbst als Landtag ein passendes Instrument wie den Europaausschuss gegeben haben und dieser, ich sagte das schon, so gut funktioniert, zeigt, dass wir Thüringer uns tatsächlich auch gedanklich in der Mitte Europas befinden und uns auch auf der Brüsseler Ebene in Entscheidungsprozesse einbringen wollen und auch können.

(Beifall FDP)

Wie mühsam dann jedoch manchmal das Tagesgeschäft ist, weiß jeder, der einmal die Stapel an Initiativen der EU-Kommission, an Beschlüssen und der Grün- und Weißbücher gesehen hat, mit denen wir uns im Ausschuss selbst, aber auch in den Fachausschüssen beschäftigen. EU-Politik ist aber auch Landespolitik und wir tun gut daran, uns auch weiterhin in diesem Bereich als Freistaat aktiv und vital zu zeigen. Dass man als Landesebene dann doch auch von einer politischen Großwetterlage abhängig ist, zeigt momentan auch die aktuelle Diskussion um den EU-Haushalt, der ja bekanntlich bei

(Abg. Koppe)

den Briten noch auf Skepsis stößt. Klar ist aber auch, dass uns als Thüringen gerade die Kohäsionspolitik besonders treffen wird. Das Herausfallen, und das wissen Sie alle, aus dem Ziel-1-Fördergebiet ab 2014 wird in den folgenden Haushaltsjahren auch im Landeshaushalt seine Spuren hinterlassen. Noch ist nicht ganz klar, wie viele Mittel wir im Freistaat letztlich erwarten können. Dass es aber deutliche Einbußen geben wird selbst bei einer Zweidrittellösung, muss uns zumindest allen klar sein. Gut und richtig ist meiner Meinung nach, dass wir deutlich gemacht haben, dass wir der Einführung einer EU-Mehrwertsteuer ablehnend gegenüberstehen.

(Beifall FDP)

Generell bin ich auch der Meinung, dass wir mit einer eigenen Steuerkompetenz der EU sehr vorsichtig umgehen müssen, auch wenn es das EU-Parlament anders sieht. Ich glaube, wir sind in Europa bisher sehr gut damit gefahren, dass sich die EU-Mittel direkt aus der Wirtschaftsleistung der Mitgliedstaaten ergeben und wir zurückfließende Mittel in die Regionen und weniger in die Staaten geben. Dies hat uns gerade in Thüringen in den letzten 20 Jahren sehr geholfen. Ein entscheidender Punkt ist für mich aber auch die Senkung von bürokratischem Handeln und bisher komplizierten Abläufen, unter anderem auch bei der Mittelverwendung. Es ist klar, wir haben dies ja auch in Brüssel bei einem Gespräch mit Edmund Stoiber aus erster Hand erfahren dürfen, wie schwierig sich der Bürokratieabbau bisweilen gestaltet. Es ist auch stets eine Herausforderung, beispielsweise die konkrete Mittelverwendung zu überprüfen, ohne die Beantragenden mit Anträgen und Nachweisverpflichtungen zu erschlagen. Hier hoffe ich, dass die Landesregierung entscheidende Impulse setzen kann, damit Europa auch in der Praxis bürgerfreundlicher werden kann. Abschließend möchte ich noch einmal betonen, dass gerade die Präsenz in Brüssel existenziell dafür ist, eigene Interessen frühzeitig - ich betone frühzeitig - in EU-Verhandlungen einzubringen. Ich wünsche jedenfalls auch von dieser Stelle der Landesregierung ein glückliches Händchen bei der Durchsetzung Thüringer Interessen auf Europaebene. Dies, das wissen wir alle, ist mit Sicherheit kein leichtes Unterfangen, aber wenn wir uns weiterhin gemeinsam dafür einsetzen, also Landesregierung und Landtag, dann sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Europapolitik gegeben. Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Koppe. Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Dorothea Marx für die SPD-Fraktion.

Abgeordnete Marx, SPD:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und liebe Zuschauer auf der Tribüne, schön, dass Sie so spät auch noch bei uns sind. Der britische Historiker Timothy Garton Ash hat die Europa folgendermaßen beschrieben. Eine Frau - Europa ist ja eine Frau - jetzt mittleren Alters, ausgezeichnet mit dem Nobelpreis, die mehrere Herzinfarkte hinter sich hat, durchlebt gerade die größte gesundheitliche Krise ihres Lebens. Und in der Tat, die gegenwärtige Finanz-, Banken- und Wirtschaftskrise hat zu einem Vertrauensbruch mit der Europäischen Union geführt. Die EU steckt bei unseren Bürgern in der Sinnkrise. Das hat bekanntlich auch Auswirkungen auf die Haushaltsverhandlungen in Brüssel, die in dieser Nacht wohl einem gewissen Showdown entgegensehen.

(Zwischenruf Abg. Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Freitag oder Samstag frühestens.)

Ja, gut, wenn es denn so lange dauert, da muss ich vielleicht doch noch einmal Willy Brandt zitieren, der nicht nur politisch ganz tief sinnige Sprüche, sondern auch mal lustige hinterlassen hat. Einer war der, dass es mit den Europaverhandlungen so ähnlich zugehe, wie mit dem Liebesspiel zwischen Elefanten. Alles spielt sich auf hoher Ebene ab, wirbelt viel Staub auf und es dauert sehr lange, bis etwas dabei herauskommt. Dann hätten Sie recht, Herr Meyer.

Thüringen profitiert wie viele andere mittel- und ostdeutsche Bundesländer ganz besonders von der EU-Regionalpolitik, nicht nur beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Da ist es immer am plakativsten, wenn die Schilder an der Straße stehen, aber auch ganz viele andere Förderungen haben unser Land hier mit aufbauen geholfen und das wissen wir auch alle. Wir können uns deswegen kaum vorstellen, dass künftig mehr als ein Viertel oder gar mehr als ein Drittel der EU-Fördergelder verlorengehen könnte, denn das würde die Haushaltslage Thüringens weiter anspannen, da ja auch die Mittel aus dem Solidarpakt bis 2019 auslaufen werden.

„Die Einheit Europas war ein Traum weniger, sie wurde eine Hoffnung für viele und ist heute eine Notwendigkeit für alle.“ Das hat schon Konrad Adenauer vor 50 Jahren gesagt und dieses Zitat ist immer noch aktuell. Trotz aller krisenhaften Zuspitzungen der jüngeren Vergangenheit, Europa und die europäische Integration sind und bleiben Garant für die Sicherung von Frieden, Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung in Deutschland und in Thüringen. Aber leider behandeln wir Europa ja immer noch stiefmütterlich und auch die Europapolitik. Wir haben uns zwar bemüht, der umfangreiche Bericht hat es gezeigt, jetzt mal in den Ausschüssen des Landtags insgesamt aufzuschlagen mit dem Thema, aber trotzdem sind wir jetzt am späten

(Abg. Marx)

Donnerstagabend wieder so ein bisschen unter uns, aber wir lassen uns nicht abbringen.

Wir haben uns als Koalition bereits im Koalitionsvertrag 2009 vorgenommen, Thüringen als starke Region in der Mitte Europas ins Bewusstsein zu rufen, zu festigen und darauf zu achten, dass die Mitwirkungsrechte Thüringens an den Entscheidungen von Brüssel und Straßburg künftig nicht zu kurz kommen. Die europapolitische Strategie der Landesregierung ergänzt und verfestigt diesen Willen der sie tragenden politischen Parteien. Wir haben uns auch die Steigerung der Europakompetenz sowohl bei der Landesverwaltung als auch bei der Ausbildung der künftigen Akademiker, zum Beispiel auch gerade der Juristen an Thüringer Universitäten, vorgenommen. Denken Sie deshalb auch an den kulturellen Gedankenaustausch und ganz wichtig auch an die fortdauernde Aufklärung, zum Beispiel durch das europäische Informationszentrum in der Regierungsstraße. Aber Europapolitik ist nicht mehr nur die vielen bunten Prospekte, die wir aller Orten finden können, sondern wir unterstützen insbesondere auch die pluralistische und bunt gemischte Durchführung zahlreicher Aktionen und Veranstaltungen z.B. während der jährlichen Europawoche im Mai, die schon eine gute Tradition geworden sind. Europa muss den Menschen immer noch nähergebracht werden.

Ich möchte an dieser Stelle auch mal Frau Holeschovsky in der Brüssler Vertretung Danke sagen, die uns immer gute Programme organisiert und uns auch mit Entscheidungsträgern in Brüssel immer gut zusammenbringt, denn wir können die Bedeutung einer möglichst frühzeitigen Information und Einflussnahme auf europäische Gesetzgebung nicht hoch genug schätzen. Wir freuen uns in dem Zusammenhang auch über das Engagement unseres Justizministers Holger Poppenhäger, der als frisch gewählter Leiter der deutschen Delegation im Ausschuss der Regionen Thüringen eine starke Stimme geben wird. Als Sozialdemokratin sage ich aber auch, wir dürfen hier nicht stehenbleiben, wir müssen endlich Lehren aus den Fehlentwicklungen der letzten Jahre ziehen, um zu wirtschaftlicher Stabilität in Europa zurückzufinden und das Vertrauen in die europäischen Institutionen, die europäische Einigung, den Euro wieder zu stärken. Zu hohe Staatsschulden bringen Mitgliedstaaten in eine gefährliche Abhängigkeit von den Finanzmärkten und sind auf Dauer unsozial. Es bedarf deshalb eines dauerhaften Schuldenabbaus in der Eurozone, der nur mit wirtschaftlicher Dynamik und mit Wachstum in neuen innovativen und zukunftsfähigen Branchen gelingen kann. Mit der Initiative Europa 2020 verbindet die EU für alle Mitgliedstaaten ehrgeizige Wachstums- und Beschäftigungsziele, die dieser Idee entsprechen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu einem Richtungswechsel in der EU gehören auch eine entschlossene Regulierung, eine ge-

rechte Besteuerung der Finanzmärkte und eine verstärkte finanz- und wirtschaftspolitische Koordinierung der Regierungen in Europa. Was viele nicht wissen, die Krisenländer Europas haben unter anderem auch deswegen so große Probleme, ihre Schulden abzubauen, weil sie nicht nur wirtschaftliche Probleme und eine hohe Staatsverschuldung haben, sondern auch Höchstzinsen auf dem europäischen Kapitalmarkt zahlen müssen. Bis 2009, bis zum Ausbruch der Wirtschaftskrise waren die Zinsen, die europäische Länder für ihre Haushaltskredite bezahlen mussten, annähernd gleich. Ab 2009 sind sie in einem enormen Auseinanderklaffen. Zuletzt haben Sie vielleicht auch noch einmal gelesen oder gehört, dass die Bundesregierung mittlerweile schon fast gar keine Zinsen mehr zahlt, also wir bekommen das Geld sozusagen geschenkt, während sich andere im Hochzinsrahmen bewegen. Das macht es für diese Länder so schwer, auch bei gutem Willen und auch bei, man muss schon sagen, Drangsalierung ihrer Bevölkerung wirklich die Sparziele zu erfüllen. Deswegen haben wir auch eine besondere Verantwortung für eine gemeinsame Finanzpolitik und können vor allen Dingen auch eines nicht verlangen von diesen Ländern, dass die sich nämlich komplett kaputtsparen. Wir sollten, wenn wir diese Forderung stellen oder wenn wir von anderen hören, die sie stellen, besonders von der schwarz-gelben Regierung im Bund, uns einmal daran erinnern, dass wir in Deutschland anders durch die Krise gekommen sind, gerade nicht durch Kaputtsparen, sondern durch sinnvolles Investieren und sogar auch durch sinnvolle Kreditaufnahme.

(Beifall Abg. Hey, SPD)

Durch dieses antizyklische Verhalten sind wir Deutschen gut durch die Krise gekommen. Jetzt verlangen wir aber von den krisengeschüttelten Staaten Europas genau das, was wir selber für uns als falsch empfunden und richtigerweise nicht gemacht haben. Ein stabiler Euroraum kann deshalb nur durch eine gemeinsame Haftungs- und Solidarunion entstehen. Wir müssen aber auch sicherstellen, dass die Rechte der demokratisch legitimierten Parlamente und des Europaparlaments im Besonderen dabei gewahrt werden. Das durch den Vertrag von Lissabon eingeführte Subsidiaritätsfrühwarnsystem leistet einen wichtigen Beitrag zur Wahrnehmung der parlamentarischen Verantwortung in den Regionen für den europäischen Integrationsprozess. Der neue Europaausschuss ist ein Zeichen dafür; die Beteiligung unseres Landtags an dem Frühwarnsystem sowie die Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung, die wir hier feierlich unterzeichnet haben, haben den Einfluss des Parlaments deutlich gestärkt.

Am Ende noch einmal zurück zur Europapolitik: Im Ganzen muss die bestehende Wirtschafts- und Finanzunion endlich durch eine Sozialunion flankiert

(Abg. Marx)

werden, die ihr Fundament in einer sozialen Wertordnung mit verbindlichen sozialen Mindeststandards und starken sozialen Grundrechten hat, wie sie bereits in der EU-Grundrechtscharta angelegt sind. Nur so können wir auch junge Menschen und Europaskeptiker von der Idee der vereinigten Staaten von Europa überzeugen. Ich will Ihnen noch einmal ganz engagiert sagen, die Lösung der Krise heißt nicht weniger, sondern heißt mehr Europa, denn die europäische Wirtschafts- und Währungsunion ist auch ein Wachstumsfaktor und vielleicht sogar der wichtigste für unser eigenes Land. Deswegen freue ich mich auch, dass wir in dem gemeinsamen Entschließungsantrag der Koalition viele dieser Punkte aufgegriffen und uns vor allen Dingen dazu bekannt haben, die Finanzmärkte zu regulieren, denn das ist Voraussetzung dafür, dass die Krise in Europa oder in vielen Ländern der Europäischen Union zu unser aller künftigem Wohl behoben werden kann. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank, Frau Abgeordnete Marx. Als Nächster hat jetzt das Wort der Abgeordnete Bergemann für die CDU-Fraktion.

Abgeordneter Bergemann, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wollte gerade sagen, Sternstunde des Parlaments, um die Zeit abends haben wir noch nie so viele Gäste gehabt wie heute. Das tut richtig gut. Einen guten Nachhauseweg und behalten Sie Europa in guter Erinnerung!

(Heiterkeit im Hause)

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Unternehmer aus Nordhausen.)

Sehr gut. Unternehmer brauchen Europa genauso wie wir auch.

Vor einem Jahr etwa hat Frau Ministerin Walsmann hier von dieser Stelle aus die europapolitische Strategie eingebracht, die das Kabinett in Brüssel, glaube ich, damals beschlossen hatte. Man kann jetzt feststellen, die Landesregierung hat mit der Strategie klare Positionen bezogen auf der Grundlage, vor allen Dingen auch die Thüringer Interessen dort zu berücksichtigen, die Thüringer Handlungsfähigkeiten mit einzubringen, welche Möglichkeiten wir haben. Ich denke, das ist sehr gut gelungen, denn der Vorsitzende hat in seinem sehr ausführlichen Bericht mal ein Bild gezogen über alle Ausschüsse, was dort in der Vergangenheit bewältigt worden ist. Ich glaube, auch diese Strategie hält bis zum Ende der Legislatur und wird auch an Aktualität nicht verlieren. Das kann man, glaube ich, heute schon ein-

schätzen bei den Themen, die wir dort aufgerufen haben, die die Landesregierung mit uns gemeinsam versucht, dort zu lösen.

Ich finde auch gut, dass wir in den neun Fachausschüssen eine Diskussion dazu geführt haben. Das war nicht immer so. Das zeigt auch, dass das Bewusstsein in den einzelnen Fachausschüssen deutlich gewachsen ist, sich mit Europa auseinanderzusetzen. Wir als beratender, als federführender Europaausschuss, glaube ich, das haben auch Vordner schon gesagt, haben parteiübergreifend einen guten Konsens gefunden. Lieber Marian, geschätzter Kollege, ich bin richtig überrascht, als wir vor einem Jahr hier gestanden haben, hat deine Rede noch für allerhand Unmut hier im Haus gesorgt, wenn ich mich da recht erinnere. Also die FDP hat in diesem einen Jahr deutlich an europapolitischer Kompetenz dazugewonnen. Da kann man nur sagen, Glückwunsch, weiter so.

(Beifall SPD)

Ich denke, man muss auch eines noch mal klar sagen: Neben der Bewältigung der Schuldenkrise im Euroraum stehen auch grundsätzliche Entscheidungen des Finanzrahmens der EU, der Kohäsionspolitik, der gemeinsamen Agrarpolitik auf der europäischen Agenda. Deshalb werbe ich an der Stelle noch mal für unseren Entschließungsantrag, den CDU und SPD eingebracht haben, der Ihnen allen zugewandt ist, der das auch noch mal unterstützen soll, um unserer Landesregierung auf dem Weg in den weiteren Verhandlungen den Rücken zu stärken. Denn Vertrauen in ein künftiges Europa, wenn wir das stärken wollen, vor allen Dingen auch für die nachfolgenden Generationen - das haben heute Morgen sehr viele Redner im Rahmen des Monitors dankenswerterweise auch noch mal aufgerufen -, das kann natürlich nur so sein, da muss es eine Weiterentwicklung geben von der Wirtschafts- und Währungsunion zu einer Stabilitätsunion. Das steht, glaube ich, außer Frage.

(Beifall Abg. Mohring, CDU; Abg. Marx, SPD; Abg. Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil meine Kollegin vorhin Schwarz-Gelb zitiert hat, zitiere ich jetzt mal Rot-Grün: 2002 bis 2005, vier Jahre hintereinander, ist es der rot-grünen Bundesregierung gelungen, die meisten Stabilitätskriterien zu verletzen. Das heißt nämlich, dass die 3-Prozent-Grenze bei der Nettoneuverschuldung nicht eingehalten worden ist. Herr Meyer, stimmt?

(Zuruf Abg. Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sagt man.)

Das muss man einfach mal sagen. Das hat mich dann überhaupt nicht gewundert, dass da die ganzen Verstöße dagegen ohne Sanktionen geblieben sind. Das ist dann eben so gewesen. Wir wissen das alle noch gut genug. Es war auch einigen Mitgliedstaaten möglich und es war überhaupt kein

(Abg. Bergemann)

Problem, viele Jahre Schuldenberge anzuhäufen, ohne dass dies zu höheren Zinsen geführt hätte. Frau Kollegin Marx hat auf die Zinsen hingewiesen, auch zu der Zeit hat es keine höheren Zinsen gegeben und auch keine Sanktionen gegeben. Deshalb war das natürlich eine Einladung, immer Schulden anzuhäufen. Völlige Fehlentwicklung, wie wir heute feststellen müssen. Deshalb bin ich sehr dankbar, dass die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum ESM und zum Fiskalpakt so wichtig war, nämlich Solidarität bedeutet auch, dass ich Verpflichtungen, die ich abgebe, einhalte. Es heißt auch weiterhin, dass wir Stabilität in diesem Europa, in den Staaten sichern müssen. Denn wir wollen - wie gesagt, gerade das gibt der Entschließungsantrag her - an diesem wichtigen Punkt auch in der Zukunft mitwirken. Wir haben vorhin, ich glaube, Sie haben es auch gesagt, mehr Europa, wenn wir über Europa reden, ist das für uns vor allen Dingen im täglichen politischen Alltag, nicht nur hier im Plenarsaal, sondern draußen vor Ort, wo wir dazu gefragt werden. Da gibt es genügend Anknüpfungspunkte zu den Unternehmen und wir haben die Gelegenheit, unsere gemeinsame Pflicht durch dieses Subsidiaritätsfrühwarnsystem wahrzunehmen. Das ist auch heute Morgen noch mal gesagt worden, mitwirken und mithelfen, mittun. Frau Kollegin Siegesmund, weil Sie heute Morgen auch einen sehr guten Beitrag zur Europapolitik gehalten haben, vielleicht können Sie auch noch ein bisschen Einfluss nehmen, Herr Meyer weiß das ja, wenn der Ausschuss nach Brüssel reist. Mitwirken heißt halt auch, dass sich dann auch die Europaabgeordneten der einzelnen Fraktionen mal für uns öffnen, Herr Meyer.

(Zwischenruf Abg. Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh, das machen die GRÜNEN aber.)

Herr Bütikofer war das letzte Mal nicht dabei, wenn ich es richtig weiß. Ich war ja auch anwesend. Das tut auch gut, wenn die kleinen Parlamentarier aus Thüringen nach Brüssel reisen und dann mit den Europaabgeordneten in Kontakt kommen, dass sich die Leute auch unseren Fragen dort stellen, damit wir auf regionaler Ebene ein bisschen mehr wirken können. Ich finde, das ist gut, wenn das so kommt.

Seit Mai 2011 haben wir hier im Thüringer Landtag über 200 Frühwarndokumente - heute Morgen hat einer gesagt Schwarten - gelesen. Es ist schon eine Anstrengung, wenn man das mal so durcharbeitet mit Unterstützung der Verwaltung, mit Unterstützung der zuständigen Staatskanzlei natürlich, sonst kann man das gar nicht alles leisten mit den Fachleuten, die da sitzen. Ich glaube, das macht auch deutlich, dass es gut ist, dass wir uns mit diesem Subsidiaritätsfrühwarnsystem so auseinandersetzen, denn ein Viertel allein dieser ganzen Vorlagen ist im Europaausschuss bzw. in weiteren Fachausschüssen besprochen worden. In 14 Fällen haben

wir die Landesregierung aufgefordert, Subsidiaritätsbedenken im Bundesratsverfahren geltend zu machen und in sechs Fällen haben wir die Landesregierung gebeten, Subsidiaritätsrügen zu erheben.

Wir können in diesem Zusammenhang feststellen, dass sich die Landesregierung in jedem Punkt an unsere Absprachen gehalten hat, ob das jetzt in Bezug auf die Vorgaben des Ausschusses war oder ob es bis zu entsprechenden Bundesratsplenaranträgen war. Frau Ministerin Walsmann, herzlichen Dank. Ich finde schon, das ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regierung, die nicht in allen Ländern so ist, das darf man noch mal betonen. Ich glaube, wir sind da auch eine ganz schöne Ausnahme.

(Zwischenruf Abg. Koppe, FDP: Bis jetzt, ja.)

Bei der Frage, was jetzt Gegenstand einer Subsidiaritätsrüge sein kann, gibt es sicher unterschiedliche Auffassungen, vor allem aber, ob das Fehlen einer Kompetenznorm oder einer Verletzung des Verhältnismäßigkeitsprinzips geeignet ist, Subsidiaritätsrügen zu tragen, das war immer mal umstritten. Trotzdem, glaube ich, haben wir innerhalb unseres Ausschusses das Richtige daraus gemacht und die Möglichkeiten auch genutzt, das umzusetzen. Klar ist das so, wenn unklare Voraussetzungen da sind, das erschwert die Zusammenarbeit auf regionaler, auf nationaler und auf europäischer Ebene und ein einheitliches Verständnis von Subsidiaritätsrügen würde da, glaube ich, auch bei den vorgesehenen Quoren sehr mithelfen, dass man die auch erreichen kann. Wenn das nicht der Fall ist, behindert das natürlich die ganze Arbeit.

Deshalb begrüße ich auch, dass die ganze Europaministerkonferenz sich dazu verständigt hat im November dieses Jahres, an der Erarbeitung klarer Anwendungskriterien mitzuwirken oder sie ins Leben zu rufen, dass wir da vorwärtskommen. Das könnte natürlich auch die Arbeit für uns innerhalb unseres Landtags deutlich erleichtern. Was insbesondere fehlt, ist ein abgestimmtes Vorgehen der nationalen Parlamente. Nur dann machen ja auch so zeitaufwendige Prüfungen, wie wir sie alle durchmachen müssen, einen Sinn, dass wir das nicht nur innerhalb des Thüringer Landtags, sondern auch innerhalb des Bundesrats - da gilt ja das Gleiche - tun können.

Die bisherige Praxis im Frühwarnsystem hat uns zumindest gelehrt, wir sollten auch die praktische Anwendung von Subsidiaritätsrügen nicht überschätzen, aber es ist trotzdem wichtig, dass man sich in die Pflicht nimmt, um zu den entsprechenden EU-Vorhaben auch eindeutig und rechtzeitig sich positionieren zu können, auch um Unterstützung für diese Positionen zu werben, sei es bei anderen Ländern oder bei Partnern.

(Abg. Bergemann)

Auf den Punkt Kohäsionspolitik - Mittelausstattung möchte ich jetzt eigentlich gar nicht noch mal eingehen. Ich denke, die Ministerin wird den Punkt ansprechen, weil sie ja viel näher dran ist an all den Dingen. Klar ist - alle Vorredner haben das schon gesagt -, was es für uns bedeuten wird, Sicherheitsnetz, Absenkung, auf welchen Prozentsatz wissen wir nicht. Heute und morgen ist Sondergipfel. Ich persönlich glaube nicht daran, nachdem vorige Woche die Haushaltsverhandlungen zwischen EU-Parlament und EU-Rat gescheitert sind für den Haushalt 2013, dass man sich heute oder morgen auf diesen mittelfristigen Finanzrahmen verständigen wird. Das kann ich mir schlecht vorstellen, aber sei es drum, vielleicht muss man auch da hinschauen, Frau Ministerin. Es sind ja nicht nur wir Thüringer betroffen, sondern es werden ja auch andere Regionen in Europa betroffen sein. Wir haben ja auch Partnerregionen, vielleicht kann man mit denen mal reden, dass man da gemeinsame Positionen findet und gemeinsam intervenieren kann. Ich glaube, das wäre ganz wichtig.

(Beifall CDU)

Der Kürzungsvorschlag von Herrn van Rompuy, wenn der kommt, wird es schon ein bisschen eng, denn die Kürzungen sind vergleichsweise gering im Bereich Wettbewerb und Wachstum bei minus 11 Mrd. Aber relativ hoch sind sie bei der Kohäsion, da sind es über 29 Mrd. von den vorgeschlagenen rund 75 Mrd. und bei der Agrarpolitik sind es 25 Mrd. Das wird uns, glaube ich, wehtun, weil allein davon 16 Mrd. geplant sind, bei den Direktzahlungen einzukürzen. Das ist schon ein Hammer für uns, denn man bekommt das auch nahe mit. Ich sitze freundlicherweise durch das Votum des Parlaments in einer Fachkommission im AdR, in der NAT-Fachkommission, wo man gerade über die Agrarpolitik einiges mitbekommt, wie sich dort die Gemengelage darstellt. Es steht auch im Bericht, die Kappungsgrenze, die 300.000 €, die da jetzt im Spiel sind, sind längst überholt. Da gibt es ganz klare Stellungnahmen auch innerhalb solcher Fachgremien, die von 250.000 bis 150.000 reden. Da sind wir auch noch nicht am Ende der Fahnenstange, weil das natürlich unsere großen Agrargesellschaften mit hohen Zahlungsansprüchen, die strukturbestimmend sind, treffen wird. Es ist auch zu befürchten, dass die Gegenrechnung, die die Kommission an der Stelle macht, dass bäuerliche Gehälter gegengerechnet werden können, vor der WTO Bestand haben werden. Das wird auch nicht ganz so einfach sein. Wir haben hier in Thüringen andere Voraussetzungen als die kleinbäuerliche Struktur in anderen Bundesländern - das wissen wir alle -, deshalb müssen wir uns auch nicht nur auf die Durchsetzung der Interessen des Bundes verlassen - da bin ich ein bisschen skeptischer -, sondern da müssen wir unsere Landesregierung bitten, dass sie im Kontext der Ostministerpräsidenten

wirbt und dass wir da ein Stück vorwärtskommen. Auch zum Greening will ich nichts wiederholen - das steht im Antrag alles drin, das hat Kollege Kubitzi vorgelesen. Wichtig ist an der Stelle, dass man vor Ort ist. Ich glaube, irgendwann demnächst wird es ein Gespräch mit dem Kommissionspräsidenten Barroso geben. Das ist eine Gelegenheit, auch noch mal auf unsere Situation aufmerksam zu machen. Europa funktioniert nur so, nicht von hier aus, sondern von dort vor Ort. Das ist gut, dass die Landesregierung sagt, wir sind da vor Ort, nicht nur die Kabinettsitzungen, sondern dass wir als Ausschuss da sind und die einzelnen Fachausschüsse auch Kontakte in Brüssel wahrnehmen. Das ist, glaube ich, der richtige Weg.

Dann gab es noch so Diskussionen zu Verordnungsvorschlägen über die Finanzkontrollen. Das ist auch nicht ganz so einfach. Da gibt es welche, die Anträge das erste Mal einreichen. Die muss man wieder anders bewerten, als die, die schon routinierte Profis sind, die mehrfach Anträge einreichen. Das ist auch kein leichtes Aufgabengebiet, aber da geht es um Einschränkung der Bürokratie. Das ist natürlich in unserem Interesse. Ich glaube, Herr Koppe hat es angesprochen, dass wir, als wir bei Stoiber waren, tolle Zahlen gehört haben, was alles auch an Bürokratievereinfachung da ist. Da geht es um Jahreseinsparung von fast 40 Mrd., nur bis jetzt wird nichts umgesetzt. Die Idee und die Vorschläge sind da, aber aus dem Potenzial heraus etwas in praktische Politik umzusetzen bisher leider dünn.

Abschließend vielleicht noch zur Öffentlichkeitsarbeit ein paar Worte: Klar ist die Großwetterlage schwierig. Kollegin Marx hat gesagt, obwohl die EU den Friedensnobelpreis bekommen hat, weht ein starker Wind ins Gesicht. Das merkt man draußen bei allen Diskussionen. Aber es kommt gerade darauf an, dass wir jetzt Kommunikation betreiben, Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Das Auswärtige Amt hat hier ein Strategiepapier „Europa erklären, Europa diskutieren“ vorgelegt. Ich glaube, das ist so eine Möglichkeit, die Initiative von Mitbürgerinnen und Mitbürgern ihnen ins Bewusstsein zu rufen, welchen Wert wir in Europa haben: Frieden, Freiheit, unter welchen Bedingungen wir das heute gestalten können. Das sollte man nutzen. Natürlich bedarf auch das einer engeren Abstimmung mit den Ländern und den europäischen Instituten. Da setzt auch die Europaministerkonferenz noch mal einen Akzent, indem sie sagt, so eine Kommunikationsstrategie muss auch um regionale und lokale Aspekte erweitert werden. Da muss man auch ein bisschen kleinteiliger werden, um das aufzunehmen, was da unten die Leute vor Ort bewegt, die am Ende auch Projekte umsetzen.

Vielleicht noch eine letzte Bemerkung: Wir haben insgesamt - Landesregierung und auch einige Kolleginnen und Kollegen von uns - dieses Jahr über

(Abg. Bergemann)

60 Öffentlichkeitsveranstaltungen durchgeführt. Hier im Thüringer Landtag haben wir mit jungen Leuten unterschiedlichster Zielgruppen auch Veranstaltungen durchgeführt, sachliche Debatten zu europapolitischen Themen geführt. Ich bin froh, der Termin für die Europa-Woche steht schon nächstes Jahr, dass er wieder im Mai sein wird und der Schulprojekttag am 6. Mai. Das könnte sich vielleicht jeder Kollege schon mal in sein Notizbuch schreiben - 6. Mai nächsten Jahres Projektschultag, das ist die beste Gelegenheit, mit jungen Leuten in die Diskussion zu kommen, weil das auch wichtig ist, dass wir nach außen hin zeigen, womit wir uns hier im Parlament befassen. Es ist immer interessant, ich habe voriges Jahr die doppelte Zeit gebraucht, weil die Jugendlichen mich gebeten haben, ob ich länger bleiben kann, so interessant war es. Das hat man nicht immer, aber das zeigt, dass bei jungen Menschen Interesse da ist. Dann darf ich mich anschließend auch bedanken, vor allen Dingen bei unserem Thüringenbüro in Brüssel, weil dort schon über viele Jahre - wenn man selbst fast 20 Jahre dabei ist, kennt man das - gute Arbeit geleistet wird.

(Beifall Abg. Kummer, DIE LINKE)

Besonderer Dank an Frau Ministerin Walsmann, weil ich weiß, noch ist ja keine Entscheidung gefallen zum EIZ. Es ist ganz wichtig, dass wir das hier bei uns vor der Haustür in der Regierungsstraße auch weiterhin betreiben können, denn ich habe die Zahlen nicht im Kopf, aber ich weiß, dass Unmengen von jungen Leuten, von Schülern, nicht nur Junge, auch Ältere, gestandene Senioren dort sind und Material mitnehmen. Nichts gegen Broschüren, das gehört alles mit dazu, das braucht man auch, aber dass man die Kommunikation hat über das EIZ, ich denke, das ist wichtig, damit Europa in Thüringen auch den Platz bekommt, nicht aufgrund seiner Bedeutung oder wie in Sonntagsreden immer nur Gegenstand von Vorurteilen ist, sondern dass es tatsächlich, so wie es ist, mitten im Alltag steht. Ich bitte herzlich um Zustimmung zu unserem Entschließungsantrag. Danke schön.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Bergemann. Als Nächster hat jetzt der Abgeordnete Carsten Meyer für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abgeordneter Meyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ja, Europa ist auch in diesem Hohen Haus immer so eine Achterbahnfahrt zwischen der ganz großen Vision und den sehr großen Mühen der Ebenen. Ich wollte am An-

fang auf die Kollegin Marx reflektieren, weil ich fand ehrlich, Frau Marx, Ihr Bild von Europa, von so einer, ich muss schon fast sagen, pflegebedürftigen alten Frau, das ist Gott sei Dank nicht meins. Meins ist aber auch ein bisschen komisch und vielleicht gefällt das auch dem einen oder anderen nicht, aber ich will Ihnen trotzdem sagen, was mein Bild von Europa ist. Ich sehe Europa eher als Pilz. Sie wissen es vielleicht nicht, aber das größte Lebewesen der Welt ist ein Pilz in Nordamerika von mehreren 1.000 km².

(Beifall Abg. Bärwolff, DIE LINKE)

Der hat den Vorteil, dass er in allen Lebensräumen zu Hause ist - wie Europa auch, dass er überall unerwartet auftaucht - wie Europa auch, dass er alles durchdringt - wie Europa auch und dass er die Erde fruchtbar macht und man damit wirtschaften kann - wie Europa auch. Das allerschönste an diesem Pilz ist, er ist unsterblich. Das ist das Allerbeste daran, dieser Pilz ist das älteste Lebewesen der Erde und das wünschen wir für Europa auch, dass es lange lebt und nicht wie diese in der Pflegestufe 2 befindliche Dame dahinsiechen möge. Das mal als Vorbemerkung.

Es ist viel über die Diskussion bei uns in den Ausschüssen gesagt worden und das merken auch die Kolleginnen und Kollegen, die mit dabei sind. Dort herrscht in der Regel relativ große Einigkeit, allerdings auch nicht immer. Ich will das nur ganz schnell, ich habe nicht so viel Zeit hier, mal kurz auf den Bericht reflektieren und ein Beispiel nehmen, und zwar weil es in diesen Bereich hineindrückt mit der Agrarpolitik. Da wird also in dem Bericht ausgeführt, problematisiert wurde im Rahmen der Beratung des Europaausschusses, dass die Kappung der Direktzahlung ab 300.000 € sowie die Degression der Zahlung auf europäischer Ebene noch immer mehrheitsfähig erscheine. Thüringen ist in seinen Agrargenossenschaften eine der leidtragenden Regionen. Dieses Wort „leidtragend“ sollten wir uns abgewöhnen im Zusammenhang mit Europa. Wir sind eine der betroffenen Regionen, ein Teil unserer Agrargenossenschaften ist betroffen, unzweifelhaft und außerordentlich positiv. Aber man muss doch den europäischen Blick obendrauf legen und überlegen, wie Europa eigentlich in der Agrarpolitik gedacht wird von Irland und Frankreich, von Spanien und Bulgarien aus. Da muss man dann feststellen, dass von den 3.600 Betrieben in Thüringen wahrscheinlich 440, die über 500 ha haben, betroffen sind im Sinne von, dass sie von einer Kappungsgrenze betroffen sein könnten, und die 3.200 darunter eben nicht. Betroffen, aber nicht leidtragend, das ist der Unterschied.

Jetzt noch einige Bemerkungen zu dem Entschließungsantrag. Ich finde den Titel von dem Entschließungsantrag sehr gut: „Thüringens Zukunft heißt Europa“. Das kann ich unterschreiben. Im Absatz 1

(Abg. Meyer)

des Entschließungsantrags wird davon geredet, dass Europa damit einen dauerhaften Schuldenabbau, eine entschlossene Regulierung, eine gerechte Besteuerung der Finanzmärkte und eine abgestimmte Wirtschaftspolitik braucht.

(Beifall Abg. Schubert, Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer würde dagegen reden? Nur wie sollen diese vier Punkte erreicht werden? Meiner Ansicht nach kann das nur heißen, dass Europa, dass die Europäische Union und die Eurozone - das sind drei ganz verschiedene Teilräume - sich weiterentwickeln, gemeinsam entwickeln müssen. Dann steht in diesem Absatz auch, dass die Rechte der demokratisch legitimierten Verfassungsorgane der Mitgliedstaaten und des Europaparlaments gewahrt werden. Gemeint ist das wahrscheinlich, so interpretiere ich diesen Antrag, eher defensiv im Sinne von Angst davor, dass Europa in die Souveränität der Mitgliedstaaten eingreifen könnte. Diese Angst ist ja durchaus nicht unberechtigt. Wir GRÜNE gehen aber positiv an das Thema heran. Wir fordern eine verfassungsgebende Versammlung in Deutschland, um das Grundgesetz so zu ändern, dass Europa weitergehen kann, Herr Bergemann. Das ist der große Unterschied zwischen der CDU und uns und da können wir auch im Ausschuss keinen Deckel draufmachen. Wir wollen, dass das Grundgesetz so geändert wird durch uns als souveränes Volk, mit einer Volksabstimmung, dass wir irgendwann einmal ein europäischer Bundesstaat werden. Da sind wir die einzigen in diesem Raum, das weiß ich, ändert aber nichts an der Tatsache, das ist mein Traum von Europa und da muss man auch feststellen, da treffen wir uns eben nicht in Ihrem Entschließungsantrag wieder. Das ist nun einmal so.

Zum Zweiten: Bei ESF und EFRE, nur einmal als Bemerkung, verantwortet die Europäische Union natürlich nicht die absehbaren Kürzungen für die Periode 2014 bis 2020, sondern das verantworten ausschließlich und ganz allein die Regierungen der Mitgliedstaaten. Die tagen heute und reden darüber, dass sie das Geld nicht geben werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das liegt nicht an Europa. Diese Sprachregelung ärgert uns, weil die Sprachregelung muss deutlich sein. Man muss Ross und Reiter nennen und hier ist klar, der Reiter sind die souveränen Regierungen, die es verhindern, dass beispielsweise Europa auch eine eigene Kompetenz zur Steuerhebung bekommt.

Dann wird in diesem Entschließungsantrag, ich zitiere noch einmal, ein bisschen gekürzt, aber ich hoffe sachrichtig: Kürzungen dürfen nicht überproportional bei den EU-Strukturfondsmitteln vorgenommen werden. Eine Position, die ich auch teile.

Nur wenn das stimmt, dass Sie das wirklich wollen, dann müssen Sie sich höchstwahrscheinlich, weil 40 Prozent Europas im Haushalt sind Agrar, für mehr Kürzungen im Agrarbereich einsetzen.

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Ich habe die Zahlen doch genannt.)

Sie haben die Zahlen genannt, aber das war keine proportionale Frage, das war eine gleichmäßig hohe Zahlung. Aber wenn 40 Prozent Agrar sind und 25 Prozent Strukturfondsmittel, dann sind 25 Mrd. € bei dem einen nicht das wie bei dem anderen prozentual. Den Mut muss man dann auch haben, Herr Bergemann, und feststellen, eigentlich wollen Sie, wenn Sie mehr Strukturfondsmittel wollen, weniger Agrarfondsmittel, denn der Rest spielt keine Rolle.

Die Forderung nach einem Sicherheitsnetz bei 75 Prozent ist bekannterweise, das haben alle schon gesagt, lange obsolet. Wir wollen es gern, wir bekommen es aber nicht, leider. Da sind wir uns ja einig. Das steht da jetzt zwar drin, ich kann es nicht ändern, Sie könnten es ändern - aber wohin. Wir hoffen ja alle darauf, dass es möglichst nah an 75 Prozent kommt. Herr Bergemann, mal sehen, wo wir uns da wiederfinden. Wir haben im Ausschuss ja schon 57 Prozent gehört. Ich wäre auch für jedes Prozent dankbar, was über 57 Prozent ist.

Im vierten Teil Ihres Entschließungsantrags geht es noch einmal um die Agrarpolitik. Wir sind deutlich als GRÜNE in diesem Fall anderer Auffassung als Sie. Es geht nicht um die Frage, ob es eine Kappungsgrenze gibt, das ist eine Frage der Technik, aber eine Degression in der Förderung, die ist vernünftig. Eine Förderdegression auch in der Agrarpolitik ist deshalb vernünftig, weil die Größe von Betrieben ein guter und sinnvoller Maßstab ist, um den Förderzweck bestmöglich zu erreichen, öffentliche Mittel sparsam einzusetzen und auch den Wettbewerb nicht zu verzerren. Ob Kappung oder degressive Förderung ist uns da ganz egal. Die komparativen Kostenvorteile von Betrieben mit 2.000 Hektar gegenüber Betrieben mit 200 Hektar und von diesen zu Betrieben mit 20 Hektar müssen bei der Ökologisierung der EU-Landwirtschaft berücksichtigt werden. Das halten wir für vernünftig. Wie gesagt, die Technik, darüber kann man sich streiten.

Was die Höhe des Haushalts EU insgesamt angeht 2014 bis 2020, da muss man ja hier gemeinsam eigentlich nur anfangen zu weinen, denn selbst die Beibehaltung des Budgets von dieser jetzigen Förderperiode, was kein Mensch hier ernsthaft glaubt, bedeutet ja sieben Jahre, in denen die Kostensteigerung für Personal, für Material, für Betriebsmittel und, Frau Kollegin Marx hat dankenswerterweise darauf hingewiesen, für die Finanzierung schlicht und ergreifend nicht mehr dabei sind. Sieben Jahre Inflation, sieben Jahre Personalkostensteigerung müssten ja sowieso schon als Erstes abgefedert

(Abg. Meyer)

werden. Das sind, keine Ahnung, 10 bis 40 Prozent der Leistungen, ich habe bewusst einmal so eine große Spanne aufgemacht, das kann für uns 10 Prozent bedeuten in Deutschland, es kann für Griechenland, Irland und Portugal 40 Prozent bedeuten; Finanzierungskosten mal als Stichwort genannt.

Zum Schluss will ich Ihnen aber eine vorbehaltlose Zustimmung geben, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen aus der Koalitionsfraktion, der Punkt 5 über die Finanz-, Banken- und Wirtschaftskrise weist unter anderem aus - ich zitiere da wieder einen Satz - dass „Informationen über die Vorteile der Europäischen Union als Wertegemeinschaft notwendig sind.“ - allerdings.

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: ... und Wirtschaftsgemeinschaft.)

Ja, das habe ich weggelassen, ich wollte ja immer nur einen bestimmten Teil rauswerfen. Sie haben völlig recht, Herr Bergemann, ich habe gesagt, sinnzusammenhängend. Sie haben völlig recht. Wirtschaft ist gar keine Frage, da sind wir uns einig. Bei der Wertegemeinschaft will ich nur einen Punkt drauflegen, das finde ich extrem wichtig. Das kommt jetzt zu kurz. Darauf hat auch Frau Marx zu Recht hingewiesen. Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, dass die Vision Europa immer mehr versandet - leider -, weil immer mehr oben drüber kommt. Wir begreifen gar nicht mehr, was die da oben mit unseren vielen zig Milliarden eigentlich machen. Ich bin eigentlich sehr froh darüber, dass wir bislang eine Debatte in Deutschland vermieden haben. Da muss man, glaube ich, jetzt ins Rund hier schauen, dass alle politisch Tragenden in der Öffentlichkeit eine Schlammebatte über die Frage, warum die Griechen unser Geld verfeuern, nicht geführt haben, mal von wenigen Ausnahmen abgesehen, aber eigentlich nicht geführt haben. Das ist ein schönes Zeichen dafür, wie Europa in unserer Gesellschaft angekommen ist, muss ich mal deutlich sagen. Das geht hier wirklich an alle demokratischen Parteien in diesem Parlament und sowieso natürlich auch an die Öffentlichkeit.

Und dann gibt es da noch den Satz, der heißt: „Die ... Wirtschafts- und Finanzunion muss durch eine Sozialunion flankiert werden.“ Damit sind Sie eigentlich ganz nah bei der GRÜNEN-Position, das finde ich wirklich bemerkenswert. Das finde ich extrem bemerkenswert, bei einer Sozialunion heißt es eine politische Union, sonst geht es überhaupt nicht und eine politische Union heißt automatisch Abgabe von Souveränität aus den Einzelstaaten nach Europa, und zwar nicht nur für Wirtschaft und Finanzen, sondern auch für Soziales und alles was dazu gehört. Diesen Satz da reingeschrieben zu haben - vielen, vielen Dank.

Natürlich braucht es auch eine eigene Steuerhebungsquote. Da geht es dann schon wieder los im Kleinklein, wo Sie dann wieder sagen, das hätten

wir aber nicht so gern, das braucht Europa aber. Wer eine Sozialunion will, muss auch dafür sorgen, dass die Sozialunion sich finanzieren kann. Dass Sie sich das bisher nicht zutrauen ist schade, aber der Satz steht ja immerhin drin.

Und dann eine letzte Bemerkung, dann muss ich nämlich auch Schluss machen hier vorn, Herr Bergemann, was die Verschuldung angeht unter Rot-Grün. Abgesehen davon, dass wir mit unseren 6 Prozent uns nicht immer für die anderen 94 Prozent verhaften lassen, meiner Ansicht nach gilt die Verschuldungsquote auch gemessen durch die Verschuldung der Länder. Und in der Zeit, von der Sie gesprochen haben, hat dieses schöne Land einige Milliarden Schulden mehr aufgehäuft, auch die waren in der Quote mit drin. Die haben mit dafür gesorgt, dass wir die Quote gerissen haben. Wir sind sozusagen alle gleichmäßig schuld und das ist auch gut so. Danke.

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Na, jetzt haben Sie aber einen schönen Bogen hingekriegt.)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank, Herr Meyer. Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Jörg Kubitzki für die Fraktion DIE LINKE.

Abgeordneter Kubitzki, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Marian Koppe, auch wenn es jetzt 19.00 Uhr ist, jetzt komme ich noch mal zur Hochform. Meine Damen und Herren, es ist zwar 19.00 Uhr, aber die Diskussion beweist auch, wie tiefgründig die geführt wird zu diesem Thema. Ich muss, glaube ich, feststellen, wir haben noch nie so ausführlich über eine europapolitische Strategie einer Landesregierung diskutiert hier in diesem Haus, wie das dieses Mal über ein Jahr geschehen ist. Das zeugt davon, dass sich hier etwas im Haus geändert hat, positiv geändert hat,

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Das liegt an uns.)

was die Haltung zu Europa betrifft: Na ja, weil wir heute hier einen positiven Trend haben, bleiben wir mal dabei. Aber es liegt auch an der Qualität der europapolitischen Strategie, das hatte ich ja schon bei der Einbringung gesagt, die wirklich thüringenbezogen ist und ausgerichtet ist. Aber die Diskussion hat auch bewiesen, meine Damen und Herren, dass man über ein politisches Thema trotz unterschiedlicher politischer Ansichten in der einen oder anderen Frage auch sachlich und thüringenbezogen diskutieren kann. Ich glaube, das ist für mich vor allem das Primäre in dieser Diskussion - die Diskussionskultur, die sich hier gezeigt hat. Nicht immer ist man, wenn man etwas an europäischer

(Abg. Kubitzki)

Politik - da gebe ich Herrn Meyer recht -, die geprägt wurde durch die Politik der Mitgliedstaaten, wenn man da etwas kritisiert, dass man sofort in eine antieuropäische Ecke geschoben wird.

Auch ich möchte mich für diese sachliche Diskussion, die wir geführt haben, bei allen Ausschüssen, die im Bericht genannt wurden, die sich mit der Strategie beschäftigt haben, auch noch mal recht herzlich bedanken und natürlich auch bei den Mitgliedern vor allem des Europa Ausschusses.

Bei der Frau Marx hatte ich schon die Angst, als sie das mit der Thüringer Vertretung in Brüssel gesagt hat, wir machen da eine Vergnügungsreise hin - ich bin immer fix und alle, wenn wir da wiederkommen, weil wir doch wirklich intensive Gespräche führen und, was das Wichtigste ist, vor allem Informationen aus erster Hand bekommen, und, was wichtig ist, wir als Thüringer auch unsere Probleme dort darlegen können. Was das Problem der Subsidiaritätskontrolle betrifft, da möchte ich natürlich auf eine Diskrepanz hinweisen, meine Damen und Herren. Ich sehe bei der Subsidiaritätskontrolle oder bei den Frühwarndokumenten eine Diskrepanz zwischen Entscheidungen des Deutschen Bundestages und Entscheidungen im Bundesrat. Wenn z.B. der Bundesrat sechs Rügen ausgesprochen hat und der Bundestag nur eine bis Mitte des Jahres, so muss ich die Frage stellen, wissen die Abgeordneten des Bundestages, mit welchen Problemen wir uns in den Ländern befassen müssen und was unsere Beweggründe waren für diese Subsidiaritätsrügen. Aus dem Grunde haben wir auch im Ausschuss den Beschluss gefasst, dass die europapolitischen Sprecher der Fraktionen im Januar sich mit den Europaabgeordneten des Bundestagsausschusses für Europaangelegenheiten treffen werden, weil wir dieses Problem mal ansprechen wollen.

Meine Damen und Herren, zu dem Entschließungsantrag: Ich war in vielen Fragen, gebe ich zu, sehr positiv überrascht, überrascht u.a., weil die Probleme sachlich angesprochen wurden, weil Thüringer Probleme angesprochen wurden und ich muss es so sagen, weil - das behaupte ich jetzt einmal - vor einem Jahr vielleicht noch nicht denkbar gewesen wäre, dass neben einer Wirtschafts- und Fiskalunion auch eine Sozialunion für Europa gefordert wird.

(Beifall DIE LINKE)

Genau das ist der Hauptkritikpunkt an der gegenwärtigen Politik, die innerhalb der Europäischen Union geführt wird, dass nämlich die Sozialunion fehlt. Genau das muss eingebracht werden, meine Damen und Herren. Deshalb verstehe ich den Punkt 1 des Antrags dann dazu nicht so richtig. Wenn wir davon sprechen, Europa ist in einer Krise, so muss ich immer wieder sagen, wir haben hier in Europa Staatsschuldenkrisen. Das ist Fakt. Und wir haben die Staatsschuldenkrisen, weil durch

eine Steuerpolitik vor allem auch die Staaten arm gemacht wurden.

(Zwischenruf Abg. Koppe, FDP: Das wird immer schlechter.)

Nein, nein. Und es wird oft von politischen Vertretern - dazu muss ich sagen, nicht hier in diesem Haus - innerhalb der EU und auch von den Medien z.B. immer das Bild gezeichnet von den faulen Griechen. Da muss ich natürlich fragen, von wem sprechen wir dort? Sprechen wir von den Bankern, dass es dort kein Steuersystem gab, oder sprechen wir von den Busfahrern und von der Verkäuferin? Da müssen wir immer die Ursachen nennen dafür, warum ist das in Griechenland so gekommen. Dass die da keine Steuerverwaltung hatten, ist der eine Punkt. Dass aber dort auch keine Einnahmen erzielt wurden aufgrund dieser Tatsache, dass aber auch die Steuerpolitik so war, dass keine Einnahmen erzielt wurden, das ist der nächste Grund. Wer heute das Morgenmagazin in der ARD gesehen hat; so kann man auch nicht herangehen. Da wurde ein Bericht gezeigt von einem SOS-Kinderdorf in Griechenland, wie dort viele Mütter ihre Kinder abgeben, weil sie ihre Kinder nicht mehr ernähren können unter dieser gegenwärtigen Situation und gleichzeitig höre ich dort aber, dass diese SOS-Kinderdörfer versteuert werden. Da muss ich sagen, das ist eine falsche Steuerpolitik. Auf der anderen Seite erfahren wir jetzt, dass die, die in Griechenland Geld haben, ihr Geld nicht in Griechenland anlegen, sondern z.B. en gros Immobilien in Berlin kaufen und keiner tut etwas dagegen. Das ist doch das Problem, warum Europa und u.a. auch Griechenland in so eine Situation gekommen ist. Wir sollten als Deutschland auch eins sagen, auch wir haben daran verdient, wir sind doch Exportland und

(Beifall Abg. Kummer, DIE LINKE)

wir konnten unsere Produkte so günstig verkaufen, weil wir u.a. eine Niedriglohnpolitik haben, weil wir auch Sozialabbau betrieben haben. Deshalb haben wir niedrige Stückkosten erzielt und konnten damit das in das Ausland verkaufen. Wir haben verdient an dem Export in andere Länder, auch an dem Verkauf an unsere europäischen Nachbarn. Aber jetzt besteht die Gefahr, meine Damen und Herren, dass auch aufgrund der Krise in diesen Ländern das wieder zurückschlagen wird. Wir merken das, Veröffentlichungen gibt es dazu auch in unserer Presse, dass z.B. dadurch, dass wir keine Wirtschaftsentwicklung mehr in diesen Ländern haben, die Kaufkraft rapide gesunken ist in diesen Ländern. Wir werden unsere Produkte nicht mehr loskriegen, und das wird sich auch auf unsere Wirtschaft niederschlagen. Deshalb, das wurde hier schon von Vordnern gesagt, brauchen wir für diese südeuropäischen Länder, meine Damen und Herren, eine Wirtschaftsförderung. Wir brauchen eine Konjunkturbelebung und wir müssen die Kaufkraft erhöhen und

(Abg. Kubitzki)

vor allem müssen wir den Menschen dort in diesen Ländern, meine Damen und Herren, wieder Arbeit geben. Da sage ich, unter den Maßgaben, wie das jetzt läuft, kommt Griechenland zum Beispiel in 10 bis 20 Jahren nicht von seinen Schulden runter. Deshalb sollte man wirklich auch über einen Schuldenerlass für Griechenland nachdenken.

Zur Frage der Kohäsionspolitik, die hier genannt wurde: Eines muss ich jetzt mal an dieser Stelle sagen, es wundert mich, wenn wir über Kohäsionspolitik reden, dass ausgerechnet das Ministerium und der Minister, der jede Woche mit einer anderen Zahl durch die Lande reist und verkündet, was wir alles für Mittel weniger kriegen, dass der an dieser Diskussion nicht teilnimmt. Also das muss ich sagen, das verwundert mich schon sehr, weil das nämlich auch mit zur Verunsicherung beiträgt, wenn ich jede Woche eine andere Zahl nenne, was wir hier in Thüringen nicht bekommen. Was die Frage betrifft, meine Damen und Herren der Koalition, was in Ihrem Entschließungsantrag steht, das ...

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, DIE LINKE:
Sag doch mal, wen Du meinst.)

Ach so, entschuldigt, für die Kohäsionspolitik federführend, das muss ich an dieser Stelle sagen, ist das Wirtschaftsministerium verantwortlich. Es ist der Wirtschaftsminister gemeint, muss ich an dieser Stelle sagen, entschuldigt, wenn man täglich damit zu tun hat.

(Beifall DIE LINKE)

Aber das meine ich, weil wir da wirklich die unterschiedlichsten Zahlen schon gehört haben und die sind wirklich nicht dienlich. Er verwaltet die jetzigen Fonds und er will ja auch die nächsten Fonds wieder verwalten. Wir unterstützen die Punkte im Entschließungsantrag. Jawohl, wir brauchen eine Übergangsperiode, jawohl, wir brauchen die Kofinanzierungssätze von 75 Prozent. Wir müssen unsere Forderungen deutlich machen gegenüber der gemeinsamen Agrarpolitik. Es trifft unsere Agrargenossenschaften, wenn sich das durchsetzt, was da die Europäische Union vorhat. Wir brauchen auch weiterhin das Europäische Informationszentrum. Ich möchte das aber noch erweitern, wir brauchen auch die angegliederten Europa-Büros in unseren Regionen. Wichtig für die EU-Fonds ist der EU-Haushalt. Da soll ja heute eine Entscheidung fallen, was ich auch nicht glaube, dass die getroffen wird. Bloß es wird von den Mitgliedstaaten, und da bin ich bei Kollegen Meyer, immer wieder gesagt, wir müssen auch bei den Einnahmen sparen und beim EU-Haushalt sparen. Ich kann ja nicht in die Kaffeemaschine oben nur zwei Tassen Wasser reinkippen und erwarten, dass unten vier Tassen Kaffee rauskommen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Doch, wenn ich kleinere Tassen nehme.)

Das geht nicht. Die Maschine müssen Sie erst mal erfinden. Das Gleiche ist es mit dem EU-Haushalt. Wenn wir mehr Staaten haben, wenn wir Probleme haben, muss auch nachgedacht werden, ob der EU-Haushalt in dieser Form Bestand hat oder ob man nicht wirklich nachdenken muss, die Einnahmen in den EU-Haushalt auch durch die Mitgliedstaaten, durch ihre Beiträge zu erhöhen.

Wir sind uns sicher, meine Damen und Herren, wir werden weniger Geld bekommen. Egal, was der Wirtschaftsminister sagt, wie viel das sein wird, wir werden weniger Geld bekommen. Deshalb gerade liegt in diesem Ministerium eine hohe Verantwortung, was die Erarbeitung der Operationellen Programme betrifft. Gerade wenn wir weniger Geld haben, müssen wir bedenken, wir brauchen dann aber mit den weniger Mitteln mehr Nachhaltigkeit, also den Einsatz der Mittel mit mehr Nachhaltigkeit, und wir sollten darüber nachdenken, dass die einzelnen Fonds auch stärker vernetzt werden können. Das ist unserer Ansicht nach besonders wichtig für den ländlichen Raum. Der ESF muss verwendet werden für Armutsbekämpfung und natürlich auch für Arbeitsmarktpolitik. Darüber nachdenken sollte man, ob der ESF nicht wieder in das Sozialministerium eingegliedert wird. Man sollte darüber nachdenken, ob Frau Taubert wieder mit ihrem Ministerium den ESF verwaltet,

(Beifall DIE LINKE)

weil das nämlich schon was wäre für die Stärkung der sozialen Infrastruktur, denn da waren wir schon mal besser drauf, und dass das Sozialministerium, gerade was das betrifft, nicht nur Bittsteller dann bei dem jetzigen zuständigen Ministerium ist. Wir brauchen bei der Kohäsionspolitik, bei der Erarbeitung der Operationellen Programme eine stärkere Einbeziehung und Mitarbeit der Sozialpartner. Wir brauchen aber auch Bürokratieabbau, wurde schon genannt, aber ich meine da nicht nur den Bürokratieabbau, meine Damen und Herren, bei der EU, ich meine auch den Bürokratieabbau bei der Nachweisführung und dergleichen mehr bei uns hier bei der Verwaltung dieser Fonds. Auch da brauchen wir Bürokratieabbau. Ich hoffe auch, dass der Landtag stärker bei der Erarbeitung der Operationellen Programme durch das zuständige Ministerium einbezogen wird.

Alles in allem wird das Thema Europa, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, uns noch weiter beschäftigen, weil das Problem der Kohäsionspolitik erst jetzt beginnt. Ich stelle jetzt hier an dieser Stelle auch die Bitte und den Antrag, dass wir über den Punkt 1 des Entschließungsantrags getrennt abstimmen können und die restlichen Punkte dann im Paket. Ich danke Ihnen.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Kubitzki. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten vor, es hat sich aber für die Landesregierung zu Wort gemeldet Frau Ministerin Walsmann.

Walsmann, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefin der Staatskanzlei:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wenn heute die europäischen Staats- und Regierungschefs zusammenkommen, schauen auch wir gebannt nach Brüssel. Auf dem Sondergipfel geht es um viel Geld. Für Thüringen geht es um die Entscheidung, wie viel von diesem Geld zukünftig in die Regionalentwicklung fließen wird. Die Thüringer Interessen sind klar. Landtag und Landesregierung haben intensiv für ein Sicherheitsnetz geworben, dass uns zwei Drittel der bisherigen Fördermittel aus der EU-Kohäsionspolitik auch in der Förderperiode 2014 bis 2020 belässt. Die Landesregierung hat in den vergangenen Wochen nochmals alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Bundesregierung auf Kurs zu halten. Wir haben der Bundeskanzlerin und dem Auswärtigen Amt klar signalisiert, dass sich die EU-Kohäsionspolitik nicht zum Sparen eignet. Ich wünsche mir daher einen erfolgreichen Gipfel für Europa, für Thüringen, denn die Bewältigung der drängenden Probleme in Europa setzt voraus, dass die Politik sich auf diese Aufgaben konzentriert. Sie sollte sich daher nicht mit aufreibenden Haushaltsverhandlungen blockieren.

Europa braucht dringend neuen Schwung, einen Schwung, wie es ihn hier im Thüringer Landtag im vergangenen Jahr gegeben hat und mit der europapolitischen Strategie der Thüringer Landesregierung ist uns bislang etwas Einmaliges gelungen. Noch nie ist so intensiv über die Zukunft Thüringens in Europa und die Zukunft Europas in Thüringen diskutiert worden.

(Beifall CDU)

Kein europapolitisches Dokument der Landesregierung hat bislang eine solch breite und kontinuierliche Aufmerksamkeit erhalten wie diese Strategie. Wir verdanken diese positive Entwicklung zum einen unserem strategischen Konzept, das die langfristigen Entwicklungen in Europa im Auge hat. Die Strategie beschreibt die für Thüringen relevanten Herausforderungen auf europäischer Ebene in den zentralen Politikfeldern und koppelt immer zurück mit dem, was für uns vor Ort das Entscheidende ist, und auf diese Herausforderungen haben wir eben Handlungsbedarf abgeleitet und Handlungsempfehlungen ausgesprochen. Es sind die Positionen, die bis zum Ende der Legislaturperiode nichts an Aktualität verlieren werden.

Zum anderen hat sich die Einrichtung eines eigenständigen Europaausschusses im Zusammenhang mit unserer Vereinbarung über die Beteiligung des Landtags in EU-Angelegenheiten, ich sage es mal, als Glücksfall erwiesen. Der Ausschuss hat der Strategie über ein Jahr hinweg in acht Sitzungen große Aufmerksamkeit zukommen lassen und der vorliegende Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen ist Ausdruck dieser intensiven Befassung. Die Diskussion in neun mitberatenden Fachausschüssen hat die europapolitische Auseinandersetzung inhaltlich weiter bereichert. Denn in der Tat, alle Vorredner haben es gesagt, Europa betrifft Thüringen in allen Politikfeldern. Der Europaausschuss hat daher zu Recht die Fachausschüsse mit in die Pflicht genommen.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich für diesen interessanten, intensiven und auch andauernden Diskurs bedanken bei allen, bei den Mitgliedern des Europaausschusses, dem Vorsitzenden, bei allen, die dazu beigetragen haben, den Mitgliedern der Fachausschüsse, die daran mitgewirkt haben, den europapolitischen Sprechern vorn dran, das sage ich ganz deutlich, die sich da auch ganz intensiv eingebracht haben. Ich denke, es war eine konstruktive Zusammenarbeit. Wir sind gefordert, sie fortzusetzen, intensiv fortzusetzen.

Ich will ein Wort zum Subsidiaritätsfrühwarnsystem sagen. Wir haben uns da herantasten müssen, alle zusammen. Der Kern des europapolitischen Diskurses bildet das Zusammenwirken beim Subsidiaritätsfrühwarnsystem, denn nahezu alle Frühwarn Dokumente sind Ausfluss der aktuellen Europapolitik. Ich erinnere beispielsweise an die erst kürzlich diskutierten Vorlagen zur Einrichtung einer europäischen Bankenaufsicht, zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen. Unsere Diskussionen haben dabei immer Thüringer Betroffenheit im Auge, sei es bei der Frage, ob für Pflegeberufe künftig die Hochschulreife vorausgesetzt wird oder ob ältere Autos künftig jährlich zu TÜV-Untersuchungen sollen. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, dass sich das Zusammenwirken aller Beteiligten im Frühwarnsystem erst einmal einspielen musste. Auf der Ebene des Landtags mussten wir die gleichen Erfahrungen machen wie auf der Ebene des Bundesrates und der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten. Es gibt keine eindeutigen Kriterien, keine unstrittige Blaupause für die Rüge einer Verletzung des Subsidiaritätsprinzips. Aber ich denke, wir haben trotz dieser Unsicherheit hier im Landtag mittlerweile einen guten praktikablen Weg gefunden, der die Möglichkeiten des Frühwarnsystems nutzt, ohne seine Instrumente durch inflationären Gebrauch zu entwerten.

(Beifall Abg. Bergemann, CDU)

(Ministerin Walsmann)

Meine Damen und Herren, das Subsidiaritätsfrühwarnsystem atmet zudem den Geist des Vertrags von Lissabon. Mit dem geltenden EU-Grundlagenvertrag und seiner Interpretation durch das Bundesverfassungsgericht haben die nationalen Parlamente eine bedeutende Rolle im europäischen Kompetenzgefüge bekommen. Sie sind nun Mitspieler und nicht mehr länger nur Zuschauer.

(Beifall CDU)

Diesen Geist müssen wir bewahren, das ist wichtig. Wenn es darum geht, das europäische Vertragssystem an die aktuellen Herausforderungen anzupassen, sollte man das nicht vergessen.

Meine Damen und Herren, bezüglich der Währungs- und Wirtschaftsunion brauchen wir weitreichende Neujustierungen im Rechtsrahmen der EU, das ist ganz offensichtlich. Die Finanz-, Banken- und Wirtschaftskrise hat uns einige Geburtsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion deutlich vor Augen geführt. Ob diese Neujustierung innerhalb des bestehenden Rechts oder durch Vertragsänderung erfolgen kann, ist eine ganz andere Frage. Ich unterstütze es nachdrücklich, dass die Anstrengungen derzeit auf allen Ebenen darauf konzentriert sind, das Vertrauen in die europäischen Institutionen und den Euro wiederherzustellen, denn es ist auch eine Vertrauenskrise, die eingetreten ist. Wir brauchen eine pragmatische Herangehensweise, gerade weil mit Blick auf die weit auseinanderliegenden Vorstellungen der Mitgliedstaaten eine erneute Vertragsänderung schwer zu realisieren sein wird. Die Landesregierung hat mit dem Thüringer Landtag die bereits umgesetzten und geplanten Maßnahmen zur Integration des Haushaltsrahmens, des Finanzrahmens und des wirtschaftspolitischen Rahmens ausführlich erörtert.

Ich möchte nur noch einmal stichpunktartig unsere zentralen Positionen unterstreichen:

1. Wir brauchen eine neue Stabilitätskultur in Europa, denn die europäische Staatsschuldenkrise hat klare Risse bekommen. Eine ausufernde Verschuldung macht Staaten verwundbar. Nur wenn es uns gelingt, in ganz Europa finanzpolitisch nachhaltig zu agieren, bleiben finanzielle und damit politische Freiräume auch in Zukunft bestehen.
2. Wir brauchen tragfähige Instrumente, um diese Stabilitätskultur dauerhaft zu verankern. Der Fiskalpakt ist ein entscheidender Baustein auf dem Weg zu einer finanzpolitischen Stabilitätsunion. Er bedeutet eine deutliche Verschärfung gegenüber den Bestimmungen im Stabilitäts- und Wachstumspakt.
3. Wir brauchen außerdem eine effiziente Regulierung der Finanzmärkte. Nationale Alleingänge angesichts hochgradig interdependenter Finanzmärkte machen keinen Sinn. Hier liegt in diesem Bereich eine große Verantwortung für Europa. In den vergangenen zwei Jahren sind bereits wesentliche

europäische Finanzmarktvorschriften überarbeitet worden. Ich sage hier nur Ratingagenturen, Leerverkäufe, Finanzinstrumente, Insidergeschäfte, die Sanierung und die Abwicklung von Kreditinstituten, das sind nur einige Beispiele, um die Vielfalt der Regelungsbereiche zu beschreiben. Ich erwähne auch nur das Stichwort der Forderung der Kommission nach einem integrierten Finanzrahmen mit einer gemeinsamen Bankenaufsichtsbehörde, einem gemeinsamen Abwicklungsrahmen sowie koordinierten nationalen Einlagensicherungssystemen. Auch wenn hier sicher Handlungsbedarf besteht, muss ich sagen, bei derartig weitreichenden Entscheidungen, die tief in nationale Kompetenzen und Strukturen eingreifen, muss Zeit für die Prüfung der konkreten Vorschläge bleiben. Die jeweiligen Vorteile einer vertieften Integration müssen gegenüber dem Erhalt bewährter Strukturen und der Wahrung des Subsidiaritätsprinzips abgewogen werden.

Meine Damen und Herren, auch bei der Koordinierung der Wirtschaftspolitik sind wir ein ganzes Stück vorangekommen. Was wir hier brauchen ist vor allem die konsequente Umsetzung der bereits vereinbarten Maßnahmen. Ich spare mir Ausführungen zum europäischen Semester. Wir haben das, glaube ich, im Ausschuss ausführlich beraten und uns dazu verständigt.

(Beifall CDU, SPD)

Ich will aber etwas zu den Rechten der nationalen Parlamente sagen. Ohne Zweifel, die Bewältigung der Finanz-, Banken- und Wirtschaftskrise führt zu einem deutlichen Integrationsschub. Das kann man grundsätzlich nur begrüßen. Gerade die Haushaltspolitik zeigt aber, dass die Rechte der demokratisch legitimierten Verfassungsorgane nicht einfach schleichend ausgehöhlt werden dürfen.

Innerhalb eines Jahres, ich darf daran erinnern, hat das Bundesverfassungsgericht allein in vier Fällen über die parlamentarische Rückbindung von Entscheidungen der Bundesregierung beim Euro-Krisenmanagement befunden.

(Beifall Abg. Höhn, SPD; Abg. Koppe, FDP)

Dem Urteil vom 19. Juni, es ist noch frisch in Erinnerung, haben wir es zu verdanken, dass die Bundesregierung schließlich einlenkte und auch für die Einrichtung zum europäischen Stabilitätsmechanismus, dem ESM, eine Zustimmung des Bundesrats einholte. Das wollen wir mal nicht vergessen, dass vorher eine ganz andere Diskussionslage war. Das Bundesverfassungsgericht hat klar herausgestellt, auch wenn es sich bei dem ESM um einen völkerrechtlichen Vertrag handelt, der außerhalb der bisherigen Struktur des Unionsrechts etabliert wurde, ist er dennoch eine Angelegenheit der Europäischen Union und deshalb greifen die Unterrichts- und Beteiligungsrechte von Bundesregierung und Bundesrat.

(Ministerin Walsmann)

Meine Damen und Herren, was für die EMS-Ratifizierung gilt, muss auch für zukünftige Änderungen des ESM-Vertrags und für andere wichtige Entscheidungen gelten. Meine Damen und Herren, Europa braucht Reformen. Nur über den Weg von Reformen werden wir politische Stabilität sichern und wirtschaftliche Dynamik in Europa freisetzen. Auch der europäische Binnenmarkt und die europäische Strategie für Wachstum und Beschäftigung Europa 2020 dürfen wir da als Reformagenda nicht vergessen.

Ich will als letzten Punkt, weil es ja auch schon spät ist und ich merke, die Konzentration lässt nach

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber eines zu unserem wichtigsten Feld sagen. EU-Kohäsionspolitik - ich glaube, das ist das, was uns im Moment auf den Nägeln brennt. Wenn wir an diesem Punkt große Abstriche hinnehmen müssen, sind viele Dinge, die wir in den letzten Jahren aufgebaut haben, schwer zu bewahren. Eine zentrale Bedeutung hat bei der Umsetzung der Strategie Europa 2020 insbesondere die EU-Regionalpolitik in Thüringen.

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Wenn Sie bitte Frau Ministerin Walsmann noch die notwendige Aufmerksamkeit schenken könnten.

Walsmann, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefin der Staatskanzlei:

Bei der laufenden Vorbereitung der Förderperiode müssen wir uns klar an der Frage ausrichten, welche Maßnahmen und Projekte in welchem Umfang zur Umsetzung der Ziele der Strategie Europa 2020 beitragen. Mit deutlich weniger Mitteln werden wir konkrete Zielvorhaben der Kommission umzusetzen haben. Das erfordert eine Konzentration der Förderzwecke, auch wenn es schwerfallen wird, sich von bewährten Förderbereichen zu verabschieden. Die heute im Europäischen Rat zur Diskussion stehende Verhandlungsbox sieht nunmehr ein Sicherheitsnetz von 57 Prozent für die Höchstförderung ausscheidender bisheriger Regionen wie Thüringen vor. Wer rechnen kann, merkt, dass das klar unter 66,6 Prozent liegt, was wir eigentlich am Anfang erhofft haben und was von der Kommission vorgeschlagen wurde und die sich alle deutschen Länder und die Bundesrepublik als Zielmarke wünschen. Bezogen auf die aktuelle Mittelausstattung in Höhe von 2,106 Mrd. würde der Vorschlag der Kommission für Thüringen einen zukünftigen Ansatz von ca. 1,4 Mrd. bedeuten. Bei einem Sicherheitsnetz von 57 Prozent wären wir bei ungefähr 1,2. Unsere Handlungsspielräume bei der Bewältigung unserer verbleibenden strukturellen Defizite würden damit deutlich eingeschränkt.

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, sind die Verhandlungslinien für den Sondergipfel klar. Die Nettozahlerländer, darunter auch Deutschland, fordern deutliche Einsparungen gegenüber dem Kommissionsvorschlag. Der sieht 988 Mrd. € an Ausgaben und 1.033 Mrd. € an Verpflichtungsermächtigungen vor und weitere 60 Mrd. € für Ausgaben außerhalb des EU-Haushalts. Die Nettozahler wollen davon Abstriche in Höhe von 100 Mrd. € machen. Großbritannien gar von 200 Mrd. €. Großbritannien hat ja bekanntlich bereits gedroht, den Gipfel platzen lassen zu wollen, wenn den Forderungen des Landes nicht Rechnung getragen wird.

Meine Damen und Herren, die zyprische Ratspräsidentschaft hatte vor zwei Wochen Kürzungen von mindestens 50 Mrd. € vorgeschlagen und EU-Ratspräsident van Rompuy hat jetzt mit seiner neuen Verhandlungsbox die Zahl auf 77 Mrd. € konkretisiert. Also die Zahlen sind nicht besonders erfreulich, um die es geht. Erfreulicher sind die Fortschritte in den inhaltlichen Verhandlungen zu den Strukturfondsverordnungen. Da zeichnet sich wirklich ein Ergebnis ab, nämlich zu mehr Flexibilität beim Einsatz der Strukturfonds, und auch die Möglichkeit zur Förderung produktiver Unternehmensinvestitionen soll wieder ausgeweitet werden.

Ich überspringe die EU-Agrarpolitik.

(Beifall SPD, FDP)

Das ist einer der wichtigsten Bereiche, ich weiß nicht, warum man hier klatscht an der Stelle.

Aus meiner Sicht ist das Entscheidende, und das sage ich deutlich zum Abschluss: Wir können hier sehr intensiv diskutieren, aber es ist das Entscheidende, Gespräche zu führen,

(Beifall Abg. Döring, SPD)

Menschen zusammenzubringen und vor allen Dingen mit unserer europapolitischen Strategie für unsere Zielstellungen zu werben. Ich will auch noch mal sagen, deshalb ist es wichtig, dass wir in Brüssel vertreten sind. Deshalb sind es keine Vergnügensreisen, sie sind in der Tat anstrengend.

(Beifall CDU, DIE LINKE, FDP)

Das sind jetzt mehr als die Mitfahrer. Sie sind anstrengend, weil man viel erklären muss. Sie sind deshalb wichtig, weil wir in vielerlei Bereichen andere Konstruktionen haben als andere Mitgliedstaaten. Unser föderalistisches System muss vielen vermittelt werden, unsere Kommunale Selbstverwaltung muss vielen vermittelt werden, die Entscheidungen vorbereiten. Deshalb ist es wichtig, face to face vor Ort zu sein, das ist durch nichts anderes zu ersetzen. Deshalb ist unser Landesbüro wichtig und deshalb wird nächste Woche unsere Ministerpräsidentin bei Barroso einen Termin wahrnehmen, begleitet von den Ministerpräsidenten von Sachsen und Sachsen-Anhalt, weil es um etwas geht für uns

(Ministerin Walsmann)

in Europa. Deshalb ist es so wichtig, dass wir uns immer wieder zu den Themen austauschen, die formal gesehen sicher manchmal einen trockenen Anstrich haben, die formal gesehen langwierig sind, die Dokumente durchzulesen, aber die wichtig für uns sind, weil in dem Kleingedruckten das Entscheidende dafür steht, ob das Subsidiaritätsprinzip eingehalten wird und ob unsere Interessen kompatibel sind mit den Dingen, die sie auf europäischer Ebene spiegeln. Deshalb ist es wichtig, immer wieder dafür einzutreten, vor Ort zu sein und das zu sagen, was uns berührt. Danke schön.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, FDP)

Vizepräsidentin Rothe-Beinlich:

Vielen herzlichen Dank, Frau Ministerin Walsmann, für Ihren Beitrag. Es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Abstimmung, und zwar zunächst zum Antrag. Abgestimmt wird hier direkt über die Nummer 3 des Antrags der Fraktionen der CDU und SPD in der Drucksache 5/3295, und zwar über die Neufassung. Wer diesem Antrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen aller Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? Das ist auch nicht der Fall. Damit ist dies einstimmig angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD in der Drucksache 5/5229. Ich frage zunächst: Wird Ausschussüberweisung beantragt? Das ist nicht der Fall. Es wurde aber Einzelabstimmung beantragt, und zwar zu Punkt 1 und dann zu allen weiteren Punkten im Block. Dann verfahren wir so.

Wir stimmen jetzt ab über den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD in der Drucksache 5/5229, und zwar zunächst über Punkt 1. Wer diesem die Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen SPD, CDU und FDP. Gibt es Gegenstimmen? Das sind die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? Das sind die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Punkt 1 mehrheitlich angenommen.

Wir stimmen jetzt ab über die Punkte 2 bis 8 aus dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD. Wer diesen zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU und FDP. Gibt es Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthält sich. Damit ist dieser Entschließungsantrag mit großer Mehrheit angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich schließe damit diesen Tagesordnungspunkt. Außerdem darf ich auch die heutige Sitzung schließen und darauf verweisen, dass wir morgen um 9.00 Uhr mit der Regierungserklärung zur Kulturpolitik beginnen. Vielen herzlichen Dank.

Ende: 19.37 Uhr

Anlage**Namentliche Abstimmung in der 102. Sitzung
am 22.11.2012 zum Tagesordnungspunkt 5****Thüringer Gesetz zur freiwilligen
Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im
Jahr 2012**

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 5/4714 -

dazu: Beschlussempfehlung des
Innenausschusses

- Drucksache 5/5236

hier: Änderungsantrag der Fraktion der FDP

- Drucksache 5/5249 -

1. Adams, Dirk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung	42. Korschewsky, Knut (DIE LINKE)	nein
2. Augsten, Dr. Frank (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung	43. Kowalleck, Maik (CDU)	nein
3. Bärwolff, Matthias (DIE LINKE)	nein	44. Krauß, Horst (CDU)	
4. Barth, Uwe (FDP)	ja	45. Krone, Klaus von der (CDU)	nein
5. Baumann, Rolf (SPD)	nein	46. Kubitzki, Jörg (DIE LINKE)	nein
6. Bergemann, Gustav (CDU)	Enthaltung	47. Künast, Dagmar (SPD)	nein
7. Bergner, Dirk (FDP)	ja	48. Kummer, Tilo (DIE LINKE)	nein
8. Berninger, Sabine (DIE LINKE)	nein	49. Kuschel, Frank (DIE LINKE)	nein
9. Blechschmidt, André (DIE LINKE)	nein	50. Lehmann, Annette (CDU)	nein
10. Carius, Christian (CDU)	nein	51. Lemb, Wolfgang (SPD)	nein
11. Diezel, Birgit (CDU)	Enthaltung	52. Leukefeld, Ina (DIE LINKE)	nein
12. Döring, Hans-Jürgen (SPD)	nein	53. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
13. Doh, Sabine (SPD)	nein	54. Lukin, Dr. Gudrun (DIE LINKE)	nein
14. Eckardt, David-Christian (SPD)	nein	55. Marx, Dorothea (SPD)	nein
15. Emde, Volker (CDU)	nein	56. Matschie, Christoph (SPD)	nein
16. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	57. Meißner, Beate (CDU)	nein
17. Gentzel, Heiko (SPD)	nein	58. Metz, Peter (SPD)	
18. Grob, Manfred (CDU)	nein	59. Meyer, Carsten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung
19. Groß, Evelin (CDU)	nein	60. Möller, Dirk (DIE LINKE)	nein
20. Günther, Gerhard (CDU)	nein	61. Mohring, Mike (CDU)	nein
21. Gumprecht, Christian (CDU)	nein	62. Mühlbauer, Eleonore (SPD)	nein
22. Hartung, Dr. Thomas (SPD)	nein	63. Nothnagel, Maik (DIE LINKE)	
23. Hausold, Dieter (DIE LINKE)	nein	64. Pelke, Birgit (SPD)	nein
24. Hellmann, Manfred (DIE LINKE)	nein	65. Pidde, Dr. Werner (SPD)	nein
25. Hennig, Susanne (DIE LINKE)		66. Primas, Egon (CDU)	nein
26. Hey, Matthias (SPD)	nein	67. Ramelow, Bodo (DIE LINKE)	nein
27. Heym, Michael (CDU)	nein	68. Recknagel, Lutz (FDP)	ja
28. Hitzing, Franka (FDP)	ja	69. Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
29. Höhn, Uwe (SPD)	nein	70. Renner, Martina (DIE LINKE)	nein
30. Holbe, Gudrun (CDU)	nein	71. Rothe-Beinlich, Astrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung
31. Holzapfel, Elke (CDU)	nein	72. Scherer, Manfred (CDU)	nein
32. Huster, Mike (DIE LINKE)	nein	73. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (DIE LINKE)	nein
33. Jung, Margit (DIE LINKE)	nein	74. Schröter, Fritz (CDU)	nein
34. Kalich, Ralf (DIE LINKE)		75. Schubert, Jennifer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung
35. Kanis, Regine (SPD)	nein	76. Sedlacik, Heidrun (DIE LINKE)	nein
36. Kaschuba, Dr. Karin (DIE LINKE)	nein	77. Siegesmund, Anja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Enthaltung
37. Kellner, Jörg (CDU)	nein	78. Skibbe, Diana (DIE LINKE)	nein
38. Kemmerich, Thomas L. (FDP)		79. Stange, Karola (DIE LINKE)	nein
39. Klaubert, Dr. Birgit (DIE LINKE)	nein	80. Tasch, Christina (CDU)	nein
40. König, Katharina (DIE LINKE)	nein	81. Taubert, Heike (SPD)	nein
41. Koppe, Marian (FDP)	ja		

82. Untermann, Heinz (FDP)	ja	88. Wucherpfennig, Gerold (CDU)	nein
83. Voigt, Dr. Mario (CDU)	nein		
84. Walsmann, Marion (CDU)	nein		
85. Weber, Frank (SPD)	nein		
86. Wetzel, Siegfried (CDU)	nein		
87. Worm, Henry (CDU)	nein		